

# Wie Bürger\*innen über Demokratie sprechen

Die Diskursqualität beim „Bürgerrat Demokratie“ und welche Schlüsse wir daraus für die Gestaltung von Beteiligungsprozessen ziehen können

Erstgutachterin:

Prof. Dr. Angelika Vetter  
Institut für Sozialwissenschaften  
Abteilung für politische Systeme und politische Soziologie

Zweitgutachter:

Prof. Dr. André Bächtiger  
Institut für Sozialwissenschaften  
Abteilung für Politische Theorie und Empirische Demokratieforschung

vorgelegt von:

Bruno Wipfler  
Großglocknerstraße 61, 70327 Stuttgart  
Mobil: +49 157 52200685  
Mail: bruno.wipfler@posteo.de  
Matr.--Nr.: 3330890

Abgabedatum: 28. Juli 2020

# Inhalt

<b>Tabellenverzeichnis.....</b>	<b>III</b>
<b>Abkürzungen.....</b>	<b>IV</b>
<b>Vorwort.....</b>	<b>V</b>
<b>1 Einleitung.....</b>	<b>1</b>
<b>2 Minipublics im Kontext epistemischer Argumentationen.....</b>	<b>6</b>
2.1 Ein epistemischer Zugang zum politischen System.....	6
2.1.1 <i>Zwei Spielarten des politischen Kognitivismus.....</i>	<i>7</i>
2.1.2 <i>Epistemische Qualität als Kriterium für bessere Politik.....</i>	<i>9</i>
2.1.2.1 Grundlagen: Über Fakten und Bewertungen*.....	10
2.1.2.2 Selektionsregeln zum Überprüfen epistemischer Qualität.....	11
2.1.2.3 Objekte, Ebenen und Elemente epistemischer Qualität.....	14
2.1.2.4 Diversität und Urteile bei unvollkommener Information.....	15
2.1.2.5 Zusammenfassung und Einordnung als Kriterium.....	17
2.1.3 <i>Epistemische Qualität im Kontext politischer Systeme.....</i>	<i>17</i>
2.2 Minipublics als Ereignisse mit epistemischer Funktion.....	21
2.2.1 <i>Formen, Zwecke und Potenziale von Minipublics.....</i>	<i>22</i>
2.2.2 <i>Aufbau und Funktionsweise von Minipublics.....</i>	<i>26</i>
2.2.3 <i>Faktoren für die epistemische Qualität bei Kleingruppendiskussionen.....</i>	<i>29</i>
2.2.3.1 Deliberative Fähigkeiten und die Meinungsführer*innenproblematik.....	29
2.2.3.2 Moderation, Gesprächsformate und Zeitfenster.....	31
2.3 Kriterien zur Erhebung der epistemischen Qualität.....	33
2.3.1 <i>Entwicklung des kollektiven Repertoires an Argumenten.....</i>	<i>34</i>
2.3.2 <i>Qualität der Argumente.....</i>	<i>35</i>
2.4 Hypothesen zur epistemischen Qualität beim Bürgerrat.....	37

<b>3 Datengrundlage und Methodik.....</b>	<b>39</b>
3.1 Der Bürgerrat Demokratie und die erhobenen Daten.....	39
3.2 Inhaltsanalysen und Intrakoder-Übereinstimmung.....	41
3.3 Rekonstruktion und Analyse von Argumenten.....	49
3.4 Statistische und Problem-geleitete Auswertungen.....	50
<b>4 Ergebnisse.....</b>	<b>53</b>
4.1 Gesprächsstruktur und Statistik der Redebeiträge.....	53
4.2 Themenanalyse.....	55
4.3 Elemente epistemischer Qualität.....	56
4.4 Argumente im Fokus.....	59
4.5 Mögliche Faktoren für EEQ.....	61
4.6 Meinungsführer*innen.....	61
<b>5 Interpretation und Diskussion.....</b>	<b>63</b>
5.1 Epistemische Kreativität, Intensität und Ausgewogenheit.....	63
5.1.1 <i>Elemente epistemischer Qualität</i> .....	65
5.1.2 <i>Ausgewogenheit und Vielseitigkeit der Diskussionen</i> .....	69
5.2 Redeanteile, stille Gruppen und Meinungsführerschaft.....	71
5.3 Ergebnissicherung – Festhalten und Aufgreifen von EEQ.....	73
<b>6 Fazit: zur epistemischen Qualität von Minipublics.....</b>	<b>75</b>
<b>7 Empfehlungen für Minipublics mit epistemischer Funktion.....</b>	<b>79</b>
<b>Literatur.....</b>	<b>i</b>
<b>Anhang.....</b>	<b>x</b>
<b>Eidesstattliche Erklärung.....</b>	<b>lxvii</b>

## Tabellenverzeichnis

Tabelle 1: Durchschnittliche Wortanzahl und Beitragsquote nach Demographie.....	54
Tabelle 2: EEQ nach Prozessschritten und Neuheit.....	57
Tabelle 3: Qualitäten der Faktenaussagen.....	57
Tabelle 4: Ausrichtung der EEQ zu Bürgerbeteiligung nach Anzahl und Prozent.....	58
Tabelle 5: Qualität der Bewertungen nach Wertgrundlage.....	59
Tabelle 6: Stärke der Argumente für Empfehlungen des Bürgerrats.....	61
Tabelle 7: Vergleich der beobachteten Teilnehmenden nach sozioökonomischen Merkmalen....	xxvii
Tabelle 8: Intrakoder-Übereinstimmung - vollständig.....	xxvii
Tabelle 9: Intrakoder-Übereinstimmung - aggregierte Kategorien.....	xxix
Tabelle 10: Quantitative Statistik der Redebeiträge nach Sprecher*innen.....	xxx
Tabelle 11: Behandelte Themen und Intensität der Behandlung.....	xxxi
Tabelle 12: EEQ - Anzahl und Quote nach Thema und Neuheit.....	xxxii
Tabelle 13: Vollständigkeit der identifizierten Argumente.....	xxxiv
Tabelle 14: Gültigkeit des Schlussmusters der Argumente.....	xxxiv
Tabelle 15: Stärke der Argumente.....	xxxiv
Tabelle 16: T-Tests: EEQ/1000 Wörter – Unterschiede nach Teilnehmendencharakteristika.....	xxxv
Tabelle 17: Kreuztabelle und Test (Fischer) für Bildungsklassen und Meinungsführerschaft.....	xxxv
Tabelle 18: Deskriptiver Vergleich von Meinungsführer*innen und anderen Teilnehmenden.....	xxxvi
Tabelle 19: T-Tests: Unterschiede – Meinungsführer*innen und andere Teilnehmende.....	xxxvii
Tabelle 20: Deskription: Unterschiede zu den Meinungsführern - ohne Moderation.....	xxxviii
Tabelle 21: T-Tests für Meinungsführer (ohne Moderation).....	xxxix
Tabelle 22: Empfehlungen des Bürgerrat Demokratie.....	xl
Tabelle 23: Zuordnung relevanter Themen zu Empfehlungen des Bürgerrats.....	xli
Tabelle 24: Rekonstruktion und Auswertung der identifizierten Argumente.....	xlii

## Abkürzungen

- BB = Bürgerbeteiligung. Diese Abkürzung wird in Tabellen verwendet.
- CIR = Citizens' Initiative Review – ein Format der Bürgerbeteiligung, bei dem Volksinitiativen diskutiert und pro- und kontra-Argumente herausgearbeitet werden
- DD = Direkte Demokratie. Diese Abkürzung wird in Tabellen verwendet.
- DQI = Diskursqualitätsindex. Ein von Steenbergen u. a. (2003) entwickelter Index, der häufig zur Beurteilung der Diskursqualität herangezogen wird.
- EEQ = Elemente epistemischer Qualität. Dieses Konstrukt wird in dieser Arbeit eingeführt und steht für Einheiten wie Ideen, empirische und normativen Behauptungen, die als Bausteine relevant für die Qualität politischer Urteile sind.

## Vorwort

Die vorliegende Arbeit ist in der Zeit zwischen Dezember 2019 und Juli 2020 entstanden. Gleichzeitig ist sie aber auch das Ergebnis einer Auseinandersetzung mit ein und demselben Projekt über mehrere Jahre hinweg: Die Idee, eine Forschungsarbeit über den *Bürgerrat Demokratie* zu schreiben, kam mir im Juni 2018, nachdem der Verein Mehr Demokratie e.V. dieses Projekt vor größerer Bühne vorgestellt hatte. Glücklicherweise fand ich mit Prof. Dr. Angelika Vetter auch sofort eine Betreuerin, die mein Interesse an dem Projekt gefördert und mich in ersten Besprechungen auf den richtigen Weg gebracht hat. In der folgenden Zeit wurde der Bürgerrat aber immer weiter verschoben und das Konzept für den Prozess derart verändert, dass nicht mehr sicher war, ob die geplante Forschungsarbeit überhaupt noch möglich sein würde. Als der Prozess im Juni 2019 schließlich doch noch begann, war es ein Glücksfall, dass die Kontaktaufnahme mit dem Evaluationsteam von der *Forschungsstelle Demokratische Innovationen* der Goethe-Universität Frankfurt dazu geführt hat, dass ich bis Dezember 2019 an der Evaluation des Bürgerrat Demokratie mitwirken durfte. Dort konnte ich nicht nur wertvolle Erfahrungen sammeln und mich mit Kolleg\*innen über den Bürgerrat Demokratie austauschen, sondern ich bekam auch die Möglichkeit beim Bürgerrat selbst dabei zu sein und bei der Datensammlung zusammenzuarbeiten.

Die endgültige Forschungsfrage für diese Arbeit wurde erst Ende 2019 festgelegt. Die Diskursqualität zu untersuchen versprach ein lohnenswertes Unterfangen im Rahmen meiner Masterarbeit zu sein, und es gab mit dem Diskursqualitätsindex auch bereits eine einigermaßen etablierte Methode dazu. Die systematische Auseinandersetzung mit der Fachliteratur warf aber große Fragen bezüglich der Relevanz meiner Fragestellung unter Anwendung auf die vorhandenen Daten auf, weshalb die Arbeit im Mai 2020 noch einmal neu ausgerichtet wurde.

Dafür, dass trotz aller Hindernisse nun eine fertige Arbeit vorliegt, möchte ich an dieser Stelle meinen Dank aussprechen ...:

... meinen Betreuer\*innen: Prof. Dr. Angelika Vetter dafür, dass sie mir Ideen gegeben, mich in zahlreichen Beratungsterminen immer wieder unterstützt und jede Veränderung des Forschungsschwerpunkts mitgemacht hat, und Prof. Dr. André Bächtiger dafür, dass er mir trotz seines vollen Terminkalenders mehrmals die Gelegenheit gegeben hat, meine Ideen rückzukoppeln und mit seinen Kenntnissen vom aktuellen Stand der Forschung abzugleichen.

... meinen Dozent\*innen der analytischen Philosophie an der Universität Tübingen, ohne deren Lehre ich den gewählten Forschungsschwerpunkt der epistemischen Qualität nicht mit dieser Sicherheit hätte bearbeiten können.

... meinen Kolleg\*innen von der Forschungsstelle Demokratische Innovationen, die mich in die Evaluation des Bürgerrat Demokratie mit einbezogen haben, und insbesondere Rikki Dean und

Stefan Jung dafür, dass sie mir die Daten aus der Befragung der Teilnehmenden zugänglich gemacht haben. Das Gleiche gilt für die freundliche Unterstützung durch Christine von Blanckenburg, die mir Zugang zu der internen Ergebnissicherung des Bürgerrat Demokratie gewährt hat.

... meinen Kommiliton\*innen vom Referat für Nachhaltigkeit, von Campus for Future und von der Landes-ASTen-Konferenz dafür, dass sie mich daran erinnern haben, dass es auch noch außerhalb des Studiums wichtige Dinge zu tun gibt, mir aber auch gesagt haben, wann es genug ist.

... und der Studienstiftung des deutschen Volkes dafür, dass sie mich über viele Jahre und bis zum Schluss unterstützt hat, sodass ich mich auf meine Studien konzentrieren konnte.

Ohne all diese Unterstützung wäre die Arbeit in der vorliegenden nicht Form möglich gewesen, und ich hoffe, dass sie dieser Unterstützung mit einem relevanten Beitrag zum aktuellen Diskurs über die Möglichkeiten von Minipublics gerecht werden kann.

Bruno Wipfler

Stuttgart, den 28. Juli 2020

# 1 Einleitung

Die Demokratien dieser Welt befinden sich in ständigem Wandel. Eine der Neuerungen, zu denen es im Zuge dieses Wandels gekommen ist, ist der Einsatz so genannter Minipublics. Diese Formate der zufallsbasierten Bürgerbeteiligung werden in Deutschland bereits seit einigen Jahrzehnten eingesetzt – zum Beispiel in Form der in den 1970er Jahren entworfenen Planungszelle (vgl. Dienel 2009). Dabei ging es meist um die Behandlung von Fragestellungen auf der kommunalen Ebene. In den letzten beiden Jahrzehnten kam es weltweit aber vermehrt auch auf der Ebene von übergeordneten Regierungseinheiten und Nationalstaaten zum Einsatz von Minipublics. Bekannte Beispiele hierfür sind die *Citizens' Assembly on Electoral Reform* in British Columbia aus dem Jahr 2004 (vgl. Warren und Pearse 2008), die pan-europäische Deliberative Poll *Europolis* (vgl. Isernia und Fishkin 2014) und das *Australian Citizens Parliament* (vgl. Carson u. a. 2013) aus dem Jahr 2009, die *Irish Constitutional Convention 2012-2014* (vgl. Suiter u. a. 2016) und die in den Jahren 2016 bis 2018 darauf folgende *Irish Citizens' Assembly* (vgl. Farrell u. a. 2019).<sup>1</sup> Eines der ersten Minipublics auf nationaler Ebene in Deutschland war der im Jahr 2019 vom Verein *Mehr Demokratie e.V.* initiierte *Bürgerrat Demokratie* (vgl. Geißel u. a. 2019). Im Fokus dieser Arbeit steht der zentrale Verfahrensschritt dieses Bürgerrats, bei dem 160 zufällig ausgewählte Bürger\*innen aus ganz Deutschland zusammen kamen, um Empfehlungen zur Verbesserung der Demokratie auf Bundesebene zu erarbeiten.

Der wissenschaftliche Diskurs über Minipublics ist eng verbunden mit dem Diskurs der deliberativen Demokratietheorie. Beide Diskurse beschäftigen sich in den vergangenen Jahren vermehrt mit der Frage, wie in der Praxis Legitimität in einem politischen System entstehen kann (vgl. Bächtiger und Parkinson 2019; Dryzek und Niemeyer 2010; Goodin 2008; Mansbridge u. a. 2012) und welche Rolle Minipublics dabei spielen könnten (vgl. Beauvais und Warren 2019; Böker 2017; Curato und Böker 2016; Lafont 2015; Felicetti u. a. 2016; Niemeyer 2014; Rummens 2016; Setälä 2017; Warren und Gastil 2015). Basierend auf den Argumenten aus diesem Diskurs gibt es inzwischen eine Reihe von Vorschlägen für die Ausgestaltung von Minipublics und ihre institutionalisierte Einbindung ins politische System (vgl. Abizadeh 2020; Geißel und Jung 2019; Nanz und Leggewie 2016). Im US-Staat Oregon ist eine solche Einbindung bereits in Form von *Citizens' Initiative Reviews* (CIR) Realität geworden, in denen vor Volksentscheiden von zufällig ausgewählten Bürger\*innen die besten Gründe für und gegen die Unterstützung des zur Abstimmung stehenden Vorschlags identifiziert werden (vgl.

---

1 Dies sind bei Weitem nicht alle vergleichbaren Prozesse. In der Datenbank *participedia.net* finden sich inzwischen mehr als 50 Beteiligungsprozesse weltweit auf nationaler oder internationaler Ebene, zu denen Teilnehmende per Zufallsauswahl eingeladen wurden.



Knobloch u. a. 2013, 2014). Dabei handelt es sich bisher aber noch um eine von wenigen Ausnahmen: Ein Großteil der Minipublics wird heute wie früher (vgl. Goodin und Dryzek 2006) in einer klassischen Form geplant, in der ohne feste Einbindung ins politische System ein relativ repräsentatives Sample der Bevölkerung Empfehlungen für die Politik erarbeitet und anschließend darauf hofft, dass sie darauf eingeht. Auch wenn man sich in der Literatur weitgehend einig ist, dass es sich bei Minipublics um außergewöhnliche Prozesse handelt, in denen viele Ideale der deliberativen Theorie verwirklicht werden (vgl. Smith und Setälä 2018), so ist doch zumindest für solche *beratenden* Minipublics (vgl. Fung 2003: 341) nicht klar, was sie für das politische System leisten *können* und welchen Einfluss sie überhaupt auf politische Entscheidungen haben *sollten*. Während diese Fragen in der Theorie noch offen diskutiert werden, sind in Deutschland bereits weitere Minipublics auf nationaler Ebene im Gespräch (vgl. Wohlfarth 2020) und beschlossen (vgl. Deutscher Bundestag 2020). Dadurch erhalten die Fragen auch eine praktische Relevanz, wenn es darum geht, wie Politik und Öffentlichkeit mit den Ergebnissen dieser Minipublics umgehen sollen.

Ein großer, aber viel zu wenig behandelter Teil der Antwort auf diese Fragen hängt mit der epistemischen Funktion von Demokratien zusammen – und mit der Frage, inwiefern Minipublics einen Beitrag zu dieser epistemischen Funktion leisten können. Die epistemische Funktion von Demokratie besteht laut Estlund und Landemore (2018: 116) darin, uns zu helfen, die *richtigen* politischen Entscheidungen zu treffen und damit eine Art demokratische Wahrheit zu finden. Bei dieser demokratischen Wahrheit handelt es sich nach meiner rationalistischen Lesart um ein höchst hypothetisches Konstrukt. Für Lafont (2019: 98) gehört aber ebenfalls zur epistemischen Funktion, dass Demokratien dafür sorgen, dass politische Entscheidungen gegenüber den Betroffenen rechtfertigbar sind, was laut Habermas (unveröffentlicht), Bächtiger und Parkinson (2019) geteilte Überzeugungen, bzw. ein Wiedererkennen der Betroffenen in der Politik voraussetzt. Ich widerspreche der Ansicht, dass es sich beim Wiedererkennen in der Politik um eine epistemische Funktion von Demokratien handelt, weil beide Funktionen einander widersprechen können und weil Politik gegenüber Bürger\*innen auch mit Scheinargumenten und Erzählungen gerechtfertigt werden kann, denen jede epistemische Basis fehlt. Ich erkenne aber an, dass die Rechtfertigbarkeit gegenüber den Betroffenen ein wichtiger Aspekt von legitimer Politik ist. Dementsprechend soll der Bürgerrat Demokratie in dieser Arbeit unter beiden Gesichtspunkten betrachtet werden, und es wird gefragt: *War die Diskursqualität beim Bürgerrat Demokratie dergestalt, dass wir erwarten könnten, dass er einen Beitrag a) zur epistemischen Funktion der Demokratie oder b) zur Rechtfertigbarkeit guter Politik gegenüber der Bevölkerung leisten kann?* In dieser Frage geht es im Grunde darum,

ob ein empfehlendes Minipublic sich eher dazu eignet, die Entscheidungsträger\*innen in der Politik zu adressieren oder die breite Öffentlichkeit. Die Thesen, dass die Eignung gut sein könnte, wurden bereits für beide Optionen vertreten (zu a) vgl. Fung 2003: 349f.; Landemore 2013a; Min und Wong 2018; Vandamme und Verret-Hamelin 2017; zu b) vgl. Bächtiger und Goldberg unveröffentlicht; Warren und Gastil 2015).

Die vorliegende Arbeit geht davon aus, dass für beide Funktionen die *epistemische Qualität des Minipublics* relevant ist: Wenn das Minipublic a) dazu beitragen sollte, dass sich die Qualität einer politischen Entscheidung verbessert, dann müsste es dafür sorgen, dass Argumente im politischen Entscheidungsprozess berücksichtigt werden, die ohne das Minipublic nicht berücksichtigt worden wären. Die bloße Aneignung von Argumenten der Expert\*innen genügt dafür nicht, denn deren Wissen könnte auch auf anderen Wegen in die Politik gelangen. Autor\*innen wie Estlund und Landemore (2018), Landemore (2013a) und Vandamme und Verret-Hamelin (2017) legen aber auf Grundlage des *Diversity-Trumps-Ability-Theorems* (vgl. Hong und Page 2004) nahe, dass die Teilnehmenden von Minipublics gerade wegen ihrer Vielfalt durchaus dazu in der Lage sein könnten, bei der Deliberation solche neuen Argumente oder Handlungsoptionen zu entwickeln. Wenn hingegen b) Minipublics dafür sorgen sollen, dass gute Politik gegenüber der Bevölkerung rechtfertigbar wird, dann kommt es nicht darauf an, dass das Minipublic neue Argumente einbringt. Die Anforderungen an die epistemische Qualität des Minipublics wären dennoch hoch, weil Empfehlungen, denen wir vertrauen tatsächlich *gute* Empfehlungen sein sollten. Das beinhaltet, dass die Empfehlungen informiert und rational sind und eventuell sogar dem entsprechen, was die gesamte Bevölkerung empfohlen hätte, wenn sie teilgenommen hätte. Damit die Bevölkerung das Minipublic als Ausgangspunkt für Deliberationen nutzen kann (vgl. Bächtiger und Goldberg unveröffentlicht; Niemeyer 2014), wäre es außerdem wichtig, dass zentrale Argumente für und gegen die Empfehlungen enthalten sind und kommuniziert werden.

Die epistemische Qualität von Minipublics wurde bisher meist unter dem Gesichtspunkt untersucht, ob sich bei Minipublics das Wissen der Teilnehmenden erweitert oder ob sich ihre Einstellungen verändert haben (vgl. Isernia und Smets 2014; Kanra 2012; Luskin u. a. 2014). Niemeyer (2011) und Maia u. a. (2018) sind einen Schritt weiter gegangen und haben untersucht, ob und wie sich durch Deliberationsprozesse die Gründe der Teilnehmenden für ihre Einstellungen geändert haben. So konnten die epistemischen Abläufe in der *Black-Box Minipublic* erhellt und gezeigt werden, dass sich durch die Deliberation der Raum der Gründe für die Positionen der Teilnehmenden erweitert. Ein solcher Wissenszuwachs kann *für das politische System* aber nur über die Qualität der öffentlich zugänglichen Ergebnisse eines Minipublics wirksam werden oder wenn die Teilnehmenden das Erlernete einsetzen, um als selbstwirksame

Bürger\*innen über Bewegungen Druck auf die Politik auszuüben (vgl. Goodin und Dryzek 2006: 234f.). Dass Teilnehmende beim Beschluss von Empfehlungen mehr verschiedene Argumente berücksichtigen, als ohne das Minipublic, ist allerdings ein sehr niedriger Standard, wenn man beurteilen möchte, wie gut die Empfehlungen eines Minipublics tatsächlich sind. Um die epistemische Qualität des Bürgerrats in einer größeren Detailtiefe zu erheben, werden in der vorliegenden Arbeit daher zusätzlich zum Argumente-Repertoire (vgl. Cappella u. a. 2002) auch noch nach Webler (1995) und Brun und Betz (2016) die Qualität der Annahmen untersucht, auf denen die Argumente aufgebaut sind, und die Menge der verarbeiteten Annahmen und Argumente (von nun an „Elemente epistemischer Qualität“ oder EEQ) wird in ein Verhältnis gesetzt zu der Menge, die die Teilnehmenden von den Expert\*innen als Input erhalten haben. Anhand dieser Daten sollen die folgenden Forschungsfragen beantwortet werden:

*F1: Inwiefern entstehen im Bürgerrat Demokratie Elemente epistemischer Qualität, die nicht bereits als Experteninputs an die Teilnehmenden herangetragen wurden?*

*F2: Inwiefern finden sich diese neuen und alten Elemente epistemischer Qualität im Output des Bürgerrats und sind somit für das politische System nutzbar?*

*F3: Wie hoch ist die Qualität der Elemente epistemischer Qualität gemessen an anerkannten Selektionskriterien?*

Das Entstehen und Weiterleiten von EEQ wird als ein relevanter Aspekt von *Diskursqualität* während eines Minipublics betrachtet. Dabei wird davon ausgegangen, dass die epistemische Qualität des Outputs von Minipublics über ein Komplexes Zusammenspiel verschiedenster Prozessschritte und Faktoren während des Minipublics beeinflusst wird, die sowohl das Entstehen neuer EEQ befördern als auch ihre Weitergabe in den Output des Minipublics verhindern können. Diese Prozesse sollen mit den folgenden Forschungsfragen durchleuchtet werden:

*F4: Welche Faktoren fördern das Entstehen von Elementen epistemischer Qualität?*

*F5: Wie werden Elemente epistemischer Qualität durch den Prozess transportiert und welche Faktoren verhindern, dass sie als Output verfügbar sind?*

*F6: Welche Rolle spielen hierbei insbesondere die Prozessgestaltung und die Moderation während des Minipublics?*

In der letzten Forschungsfrage drückt sich schließlich auch ein pragmatisches Forschungsinteresse aus: Falls sich im Laufe der Arbeit herausstellen sollte, dass die epistemische Qualität des Outputs des Bürgerrats nicht so hoch ist wie erhofft, dann können durch die Behandlung von *F6* Hinweise gefunden werden, ob und, wenn ja, wie bei der Gestaltung zukünftiger Minipublics durch Veränderungen an diesen Faktoren eine höhere epistemische Qualität von Minipublics erreicht werden könnte.

Zur Untersuchung dieser Forschungsfragen wird der Bürgerrat Demokratie als eine zeitliche Sequenz von Experteninputs, Kleingruppendiskussionen und Plena verstanden, an deren Ende als Ergebnis das *Bürgergutachten Demokratie* steht. Jeder Prozessschritt hat eine interne epistemische Qualität und die Möglichkeit, EEQ sichtbar (durch festgehaltene Ergebnisse und Fragen) an den nächsten Prozessschritt weiterzugeben. Aus Zeitgründen wird dabei nur die epistemische Sequenz zu *einem* der sieben während des Bürgerrats behandelten Themen untersucht: Die Sequenz zum *Thema Bürgerbeteiligung*. Innerhalb dieser Sequenz werden die Experteninputs, zwei parallel verlaufende Kleingruppendiskussionen, die festgehaltenen Ergebnisse zum Thema und die Diskussion zur Erarbeitung von Empfehlungen untersucht. Für die Untersuchung werden qualitative Inhaltsanalysen durchgeführt. Als Grundlage für das Kodieren dient das *Content Coding Scheme* von Stromer-Galley (2007), das für den epistemischen Fokus aber noch deutlich erweitert und durch Elemente der Methodik von Maia u. a. (2018) und Dillard (2013) ergänzt wird. Argumente werden als Objekte identifiziert, um sie über den Prozess hinweg verfolgen zu können. Die epistemische Qualität wird anhand einfacher frequentistischer Statistik beschrieben. Zur Bestimmung der Faktoren für die epistemische Qualität werden einfache T-Tests sowie qualitative Untersuchungen nach dem Vorbild von Jaramillo und Steiner (2014) durchgeführt.

Mit dieser Vorgehensweise bei der Untersuchung des *Bürgerrat Demokratie* wird ein neues Feld der Forschung betreten. Das bedeutet, dass es noch keine vergleichbaren Ergebnisse von Untersuchungen anderer Minipublics gibt und dass die Ergebnisse daher für sich selbst sprechen müssen. Auch werden viele deliberative Qualitäten, die bei vergleichbaren Prozessen hervorgehoben wurden, in dieser Untersuchung keine Berücksichtigung finden. Dennoch ist es wichtig, jetzt auch von dieser neuen Perspektive aus auf das Phänomen der Minipublics zu schauen, denn aus der bisher existierenden Forschung alleine lassen sich noch nicht alle Einsatzweisen von Minipublics auf ihre Sinnhaftigkeit hin beurteilen. Die Frage, wie im politischen System epistemische Qualität für Entscheidungen generiert werden kann, ist, wie ich argumentieren werde, auch für die Legitimität von politischen Entscheidungen relevant. Der Ansatz, hierfür deliberative Elemente wie Minipublics einzusetzen, erscheint vielversprechend. Insofern handelt es sich bei der Überprüfung dieses Ansatzes in der vorliegenden Arbeit auch um problembasierte Forschung (vgl. Warren 2017), die dabei helfen kann, die politische Theorie als Ganzes und die Theorie zum Einsatz von Minipublics im System insbesondere weiterzuentwickeln. Dabei endet die Untersuchung bei den Ergebnissen des Bürgerrats, die als *Potenzial* für die epistemische Funktion von Minipublics verstanden werden. Die Frage, ob es realistisch ist, dass das politische System in Deutschland diese Ergebnisse auch nutzen kann, wird hierbei nur leicht berührt.

## 2 Minipublics im Kontext epistemischer Argumentationen

In dieser Arbeit werden Minipublics im Kontext epistemischer Demokratietheorien betrachtet. Dabei handelt es sich um Theorien, die davon ausgehen, dass die Demokratie uns helfen sollte, die richtigen Entscheidungen zu treffen (vgl. Estlund und Landmore 2018: 116). Hierin unterscheidet sich die vorliegende Arbeit auf den ersten Blick von den meisten anderen Beiträgen zu Minipublics, in denen diese aus einer deliberativen Perspektive betrachtet werden. Das bedeutet aber nicht, dass ein vollständiger Bruch mit vergangenen Betrachtungsweisen von Minipublics vollzogen wird, denn zwischen der deliberativen und der epistemischen Perspektive gibt es große Schnittmengen: Der wissenschaftliche Diskurs über Deliberation geht unter anderem davon aus, dass Deliberation epistemische Qualitäten hat (vgl. Estlund und Landmore 2018; Min und Wong 2018: 4f.; Schwartzberg 2015: 189). Außerdem ist ein Teil der Kriterien, die für deliberativ orientierte Betrachtungsweisen von Minipublics relevant sind, wie das Anführen von Gründen und die Inklusion von Sichtweisen, auch für epistemisch orientierte Perspektiven relevant. Tatsächlich argumentiert Chambers (2017: 60), dass die Theorien deliberativer Demokratie schon immer Formen epistemische Demokratietheorien waren. Die in dieser Arbeit eingenommene Perspektive unterscheidet sich dennoch von der Perspektive vieler anderer Arbeiten zu Minipublics, weil Deliberation hier nicht als relevanter Wert an sich betrachtet wird, sondern als etwas, dessen elementare Werte wie Respekt, Öffentlichkeit und das Anführen von Gründen teilweise hilfreich sein können, um die epistemische Qualität von Entscheidungen des politischen Systems zu verbessern. Daraus ergibt sich, dass die vorliegende Arbeit genauer benennt, worauf es bei der Qualität von Entscheidungen im politischen System ankommt, und sich auf diese Elemente innerhalb des Minipublics fokussiert. Ziel dieses Kapitels ist es zunächst, diese epistemisch orientierte Perspektive auf politische Systeme zu beschreiben und zu begründen. Anschließend werden Erkenntnisse über die innere Funktionsweise von Minipublics zusammengetragen, die für die epistemische Sichtweise relevant sind, und es werden Kriterien entwickelt, an denen man die epistemische Qualität von Minipublics festmachen kann, bevor am Ende dieses Kapitels begründete Hypothesen über die epistemische Qualität beim Bürgerrat Demokratie und über die wichtigsten Faktoren für epistemische Qualität bei Minipublics aufgestellt werden.

### 2.1 Ein epistemischer Zugang zum politischen System

In diesem ersten Abschnitt wird erklärt, was epistemische Qualität im politischen Kontext bedeutet. Hierbei muss die *epistemische Qualität* einer Entscheidung oder eines Prozesses klar unterschieden werden von der angenommenen *epistemischen Funktion* der Demokratie. Ausgangspunkt der letzteren ist die Annahme, dass es so etwas

wie *bessere* und *schlechtere* politische Entscheidungen gibt (politischer Kognitivismus) – unabhängig davon, was genau diese Entscheidungen besser oder schlechter macht. In dieser Arbeit wird diesbezüglich angenommen, dass dafür unter anderem die *epistemische Qualität* von Urteilen ausschlaggebend ist. Da die epistemische Qualität von Urteilen neben der Qualität der Verarbeitung auch von der Vielfalt und der epistemischen Qualität des Inputs abhängt, ist es für ein politisches System wichtig, dass verschiedene Akteure im System diesen Input in hoher Qualität zusammentragen. Minipublics könnten einer der dazu beitragenden Akteure im politischen System sein.

### **2.1.1 Zwei Spielarten des politischen Kognitivismus**

Eine Annahme, ohne die ein Fragen nach der epistemischen Qualität von politischen Entscheidungen und dem Beitrag durch Minipublics sinnlos wäre, ist die Annahme eines politischen Kognitivismus. In dieser Arbeit wird weitgehend die *hybride Form eines starken politischen Kognitivismus* geteilt, wie sie von Landmore (2013b: 219) beschrieben wird. Diese Annahme soll im Folgenden erläutert werden, da sie Implikationen für die Operationalisierung von epistemischer Qualität hat und weil in Details leicht von Landmores Position abgewichen wird.

In seiner grundlegendsten Form beinhaltet die Position des politischen Kognitivismus laut Landmore (2013b: 210): „at least some political questions admit of something like a ‚better‘ or ‚worse‘ answer.“ Das ist eine verkürzte Formulierung des Kognitivismus, denn parallel zur metaethischen Position des Kognitivismus müsste hier noch ergänzt werden, dass Überzeugungen über das *Besser-Sein* oder *Schlechter-Sein* von politischen Antworten nicht als solche sinnlos sind, sondern vielmehr *wahrheitswertfähig* (vgl. van Roojen 2018). Diese Formulierung mag abstrakt klingen. Da politische Fragen aber im Grunde Fragen des kollektiven Handelns sind, beinhaltet die Annahme eines politischen Kognitivismus demnach konkreter, dass in der Politik *bessere* und *schlechtere* Handlungsoptionen existieren und dass es nicht *a priori* sinnlos ist, danach zu fragen, welche die besseren sind. Dass Aussagen über *bessere* oder *schlechtere* politische Antworten ihrem Wesen nach wahrheitswertfähig sind, bedeutet nicht, dass wir uns notwendigerweise einig darüber sein müssen, was eine bessere oder eine schlechtere Handlungsoption ist. Eine solche Einigkeit erscheint angesichts des Faktums der Uneinigkeit (vgl. Gutmann und Thompson 1996) in unseren pluralen Gesellschaften sogar unwahrscheinlich, auch wenn lokale Übereinstimmungen von Werten oder universelle Werte wie Menschlichkeit und Respekt (vgl. Parlament der Weltreligionen 1993) denkbar sind. Angesichts dieses Problems gibt es zwei verschiedene Ansätze, die zumindest theoretisch erklären, wie inhaltlich bestimmt werden könnte, was politisch richtig ist: Den Ansatz von Autor\*innen wie Landmore (2013b: 210) und Estlund (1997), die davon ausgehen, dass es dennoch prozessunabhängige Standards für

Korrektheit<sup>2</sup> gibt und den prozeduralen Ansatz von Vertreter\*innen wie Chambers (2017), die davon ausgehen, dass das Richtige erst im Prozess entsteht.

Auf den ersten Blick scheint es, als könne man die Frage nach der Qualität von politischen Urteilen nicht beantworten, ohne sich auf einen dieser beiden Ansätze festzulegen. In den folgenden Kapiteln werde ich dennoch einige – vorwiegend rationalistische – Standards herausarbeiten, die nach beiden Ansätzen für die Korrektheit von politischen Antworten relevant sind und die sich nur darin unterscheiden, dass sie nach dem epistemischen Ansatz von außen an Gegenstände angelegt werden und nach dem deliberativen Ansatz performativ als Selektionsregeln von den Teilnehmenden eines Diskurses angewandt werden. Über Entscheidungen, Aussagen und Überzeugungen, die diesen Standards genügen, wird ebenfalls gesagt, dass sie eine *hohe epistemische Qualität* haben, ohne jedoch dabei etwas über ihre moralische Wahrheit zu sagen. Ich werde im Folgenden argumentieren, dass die *epistemische Qualität* von Entscheidungen, die so erhoben werden kann, durchaus relevant ist. Möglicherweise ist die Art von Urteil auf Grundlage anerkannter Selektionsregeln sogar die beste Art von Urteil, die wir über Politik fällen können, weil beide Ansätze zum Finden politischer Wahrheiten *hypothetische* Beschreibungen sind. Schließlich können wir, wenn es um die Werte der Menschen geht, niemals objektiv mit Gewissheit sagen, welche davon gültig sind, und es kann zumindest auf der Ebene von Staaten niemals gelingen, alle Betroffenen an einem Prozess nach den Prozessregeln des deliberativen Ansatzes zu beteiligen.

Weil ich davon ausgehe, dass Menschen sich über ihre eigenen Präferenzen irren können, ist es wichtig darauf hinzuweisen, dass das, woraus die normative Kraft eines Urteils als *besser* oder *legitim* stammt, nach meinem Verständnis die Grundwerte der Menschen sind, verstanden beispielsweise als volitionale Notwendigkeiten (vgl. Frankfurt 1982), und nicht affektive und oberflächliche Beurteilungen oder Meme. Diese tief verwurzelten Grundwerte der Menschen sind die prozessunabhängigen *Elemente* des Standards für normative Richtigkeit<sup>3</sup>, die aber eventuell nur in möglichst deliberativen Prozessen zu einem kollektiven Standard zusammengesetzt werden können. Darüber, welche Grundwerte die Menschen haben, bleibe ich agnostisch. Welche Ansatzpunkte sich dennoch (möglicherweise sogar universell) bieten, um politische Entscheidungen als besser oder schlechter zu beurteilen, soll im folgenden Abschnitt behandelt werden.

---

2 Landemores Position hierzu ist eine hybride: Sie geht weitgehend von einem *kulturalistischen politischen Kognitivismus* aus, nach dem die *Standards of Correctness* von den gemeinschaftlichen Werten in einem bestimmten Raum zu einer bestimmten Zeit abhängen (vgl. Landemore 2013b: 217ff.), erkennt aber auch einige universelle Werte an.

3 Habermas (unveröffentlicht) weist zur Annahme normativer Wahrheit auf einige Feinheiten hin, weil Normen seiner Ansicht nach so behandelt werden, *als ob* man auf sie binäre Wahrheitswerte anwenden könnte, weshalb der Begriff *Richtigkeit* statt *Wahrheit* genutzt wird.

Dort wird auch deutlich, dass in dieser Arbeit neben dem politischen Kognitivismus auch die Annahme einer *Normativität von Rationalität* in der Politik getroffen wird, in dem Sinne, dass es einen Grund gibt in der Politik rationale Entscheidungen zu treffen.

### **2.1.2 Epistemische Qualität als Kriterium für bessere Politik**

Der Begriff der epistemischen Qualität ist in Teilen der politischen Theorie weit verbreitet. Dem Autor ist aber keine systematische Definition des Begriffs bekannt, und die Etymologie, die den Begriff mit dem Konzept des *Wissens* verbindet, stößt schnell an ihre Grenzen. In diesem Kapitel wird daher versucht, sich dem Begriff über seine Nutzung in der politischen Theorie anzunähern. Dabei ist es wichtig, zwischen Fällen zu unterscheiden, in denen das Attribut „epistemisch“ auf die Demokratie als Ganzes angewandt wird, und Fällen, in denen es auf die Qualität von Argumenten und oder Entscheidungen angewandt wird: Im ersten Fall wird davon ausgegangen, dass *epistemische Demokratien* sich auch dazu eigenen Wahrheitswerte moralischer Natur zu erkennen, während bei der *epistemischen Qualität von Entscheidungen und Argumenten* die Wahrheit von Werturteilen auch ausgeklammert werden kann. Startpunkt der Untersuchung sind wieder die Überlegungen von Landemore, die eine der Hauptvertreterinnen der Suche nach der epistemischen Qualität in der Politik ist. Davor soll an dieser Stelle aber noch eine kurze Auseinandersetzung mit dem häufig von epistemischen Demokrat\*innen angeführten Konzept des *Truth-tracking* folgen.

Viele Vertreter\*innen der epistemischen Demokratietheorie beschreiben ihren Ansatz damit, dass sie davon ausgehen, dass es der Demokratie gelingt, die Wahrheit ans Licht zu bringen (vgl. Landemore 2013b, 2017; Min und Wong 2018). So arbeiten Min und Wong (2018: 4) heraus, dass Demokratie, um diesen Versprechen gerecht zu werden a) dafür sorgen, dass wahre Behauptungen auch als wahr anerkannt werden und b) dafür sorgen, dass Falsches auch als falsch aussortiert wird. Es gibt auch Wissenschaftler\*innen, die versuchen, von dieser Eigenschaft Kriterien für das Erheben epistemischer Qualität abzuleiten (vgl. Friberg-Fernros und Schaffer 2017). Zwar stimme ich Landemore zu, dass Wahrheit ein Konzept ist, ohne das wir uns selbst nicht als rationale und dialogische Kreaturen verstehen könnten (vgl. Landemore 2017: 285), ich gehe aber im Folgenden davon aus, dass dieser Ansatz *ohne weitere Annahmen* keine substantiellen Kriterien hervorbringen kann, weil wir, um die Wahrheit als Kriterium an politische Entscheidungen anlegen zu können, wissen müssten, was die Wahrheit ist. Daran, dass wir hierfür zusätzliche Annahmen treffen müssten, ändert sich auch nichts, wenn wir diesen Standard *vernünftig*, *smart* oder *intelligent* nennen (vgl. Landemore 2013b: 230). Deswegen müssen wir noch tiefer graben. Es sollte an dieser Stelle aber klar gestellt werden, dass die Suche nach einer politischen Wahrheit den epistemisch-demokratischen Ansatz in den Augen anderer nicht direkt disqualifiziert. Auch die Theo-



rie von Jürgen Habermas geht von der Suche nach einer kollektiven Wahrheit aus. Sie geht auf seinen Diskursbegriff zurück und ist prozessorientiert und konsensorientiert. Den Konsens, der bei der inklusiven, zwanglosen und alternativenreichen Argumentation während der Wahrheitssuche entsteht, nennt Habermas nur nicht Wahrheit, sondern einen „vernünftigen Willen“ (Habermas 1973: 148).

### **2.1.2.1 Grundlagen: Über Fakten und Bewertungen\***

In ihrem Buch zeigt Landemore (2013b: 213ff.) anhand von Beispielen sehr eindrücklich auf, dass bei der Bewertung politischer Handlungsoptionen häufig zwei Aspekte relevant sind, die voneinander sehr verschieden sind: Die Wahrheit von empirischen Fakten<sup>4</sup> und die Wahrheit, bzw. Gültigkeit von Werturteilen. Diese Unterscheidung wird im Folgenden noch wichtig sein. Die normative Kraft von *praktischen* Gründen (d. h. Gründen für Handlungen) kann je nach philosophischer Theorie nur aus der „Güte“ einer Handlung, aus der Rationalität selbst, aus den Wünschen der Menschen, oder aus der Moral stammen (vgl. Alvarez 2017), wobei auch Moraltheorien wie die Tugendethik so umformuliert werden können, dass die Normativität der Moral auf Werte zurückgeführt werden kann (vgl. Zimmerman und Bradley 2019). Zwischen diesen verschiedenen Quellen von Normativität gibt es einige Unterschiede, von denen der wichtigste sein dürfte, dass für die Normativität von Moral angenommen wird, dass sie *für alle* gilt, wodurch sie eine höhere Akzeptabilität hat als beispielsweise die Normativität eines persönlichen Wunschs, die nur jeweils für die Person mit diesem Wunsch gilt. Im Folgenden sollen aber der Einfachheit halber alle diese Quellen von Normativität *Bewertungen\** genannt werden, und es ist die Gültigkeit dieser Bewertungen\*, die normative Aussagen hauptsächlich *richtig* oder *unrichtig* macht. Anstatt also bei der Beurteilung von Politik *Kontext-abhängige politische Prinzipien* von *grundlegenden Werten* zu unterscheiden, wäre es daher besser gewesen, wenn Landemore geschrieben hätte:

*Gründe für die Beurteilung von politischen Handlungsoptionen als besser oder schlechter beinhalten neben einem normativen Element (d. h.: einer Bewertung\*) in vielen Fällen auch Annahmen über Fakten oder faktische Zusammenhänge.*

Tatsächlich kommt man in der komplexen politischen Wirklichkeit bei der Bewertung von Politischen Handlungsoptionen nur in seltenen Fällen ohne Annahmen über Fakten oder faktische Zusammenhänge aus. Eines dieser seltenen Beispiele wäre vielleicht der Grund, der dagegen spricht, Soldaten den Befehl zu geben zu töten, *weil das gegen das Tötungsverbot verstößt, bzw. den Wert des Lebens angreift*, doch selbst die-

---

4 Einige philosophische Strömungen bezeichnen auch moralische Phänomene als Fakten, selbst dann, wenn sie nicht von einem Wertrealismus ausgehen. Im Folgenden wird darauf aber nicht eingegangen, und es sind mit Fakten immer *empirisch überprüfbare Phänomene der Welt der Dinge und ihrer Zusammenhänge* gemeint.

ses Argument ist genau genommen von der auf Fakten gerichteten Annahme abhängig, dass ein Befehl zu töten im Regelfall auch tatsächlich befolgt wird. Dieses Beispiel legt nahe, dass in der Realität wahrscheinlich die meisten Gründe für oder gegen politische Handlungsoptionen aus Annahmen über empirische Fakten, bzw. faktische Zusammenhänge und aus Bewertungen\* zusammengesetzt sind. Genau diese Erkenntnis ist ein Ansatzpunkt, um Kriterien zu identifizieren, an denen man sich bei der Beurteilung von politischen Handlungsoptionen als besser oder schlechter orientieren kann, denn sowohl für das Identifizieren wahrer Faktenbehauptungen als auch für das Ausbilden neuer gültiger Überzeugungen und Gründe auf der Basis von bestehenden Annahmen über Fakten und Werte gibt es weithin erprobte und anerkannte Prinzipien, bzw. *Selektionsregeln*. Genau das deutet auch Landemore (2013b: 214) zumindest für das Identifizieren wahrer Faktenbehauptungen an, wenn sie schreibt, dass Fragen faktischer Art Antworten haben, die über den Abgleich mit den entsprechenden Fakten in der Realität verifiziert werden können. Auch eigentlich immaterielle kausale Zusammenhänge gehören ihrem Verständnis nach in diesen Bereich. Landemore selbst schreibt nicht, welche Prinzipien wir benutzen können, um wahre von falschen Faktenbehauptungen zu unterscheiden, doch an dieser Stelle können ergänzend die Ausführungen von Webler (1995) herangezogen werden, die er ursprünglich für die Evaluation von Bürgerbeteiligung zusammen getragen hat.

#### **2.1.2.2 Selektionsregeln zum Überprüfen epistemischer Qualität**

Webler (1995: 66ff.) beruft sich auf die prozedurale Diskurstheorie von Jürgen Habermas und unterscheidet vier verschiedene Typen von Diskurs, um die Wahrheit von Gültigkeitsbehauptungen zu überprüfen: Den explikativen Diskurs, den theoretischen Diskurs, den praktischen Diskurs und den therapeutischen Diskurs, wobei es für jeden Typ Diskurs ihm eigene anerkannte Selektionsregeln gibt, um Gültigkeitsbehauptungen zu überprüfen (vgl. Webler 1995: 56). Wahrheiten über die Welt der Dinge werden laut Webler im *theoretischen Diskurs* behandelt. Anerkannte Selektionsregeln, um wahre von falschen Gültigkeitsbehauptungen in diesem Diskurs zu unterscheiden, sind beispielsweise Regeln der Wissenschaft wie die Nachweisbarkeit von Behauptungen in wiederholbaren Experimenten, aber auch Regeln der theoretischen Autorität von Quellen, bei denen beispielsweise Aussagen von Expert\*innen auf ihrem Fachgebiet (siehe auch Lumer und Dove 2011: 6), Aussagen von Anwohner\*innen zu lokalen Gegebenheiten oder Aussagen über plausible persönliche Erfahrungen eher Gültigkeit zugesprochen wird. Neben diesen Selektionsregeln, die den Abgleich mit der beobachtbaren Welt regeln, gibt es im theoretischen Diskurs laut Webler aber auch noch Selektionsregeln, die den Abgleich von Gültigkeitsbehauptungen mit bereits vorhandenem Wissen regeln, wobei die Konsistenz von neuen und alten Überzeugungen das Maß

der Dinge sei. Der Teil der theoretischen Philosophie, der sich mit Wissen und dem Abgleich von Überzeugungen beschäftigt, ist ein weites Feld (vgl. Steup und Neta 2020), und es gibt ernst zu nehmende Diskussionen darüber, ob angesichts von Unsicherheiten nicht auch vernünftigerweise widersprüchliche Positionen auf Basis der gleichen Indizien ausgeprägt werden könnten (vgl. Schoenfeld 2014). Diese Fälle machen in der Politik aber vermutlich nicht die Mehrheit aus, sodass im folgenden Text vereinfachend davon ausgegangen werden kann, dass in den für die Politik relevanten theoretischen Diskursen für den Abgleich von Überzeugungen Regeln der logischen Konsistenz gelten wie die, dass man nicht gleichzeitig davon ausgehen darf, *dass P* und *dass nicht P*, und die Regel, dass man nicht gleichzeitig davon ausgehen darf, *dass A*, *dass wenn A, dann B* und *dass nicht B*. *Epistemische Qualität* könnte zu einem Teil darin bestehen, Faktenbehauptungen mithilfe dieser Selektionsregeln auszusortieren.

Die Gültigkeitsansprüche von Normen und Werten werden laut Webler hingegen im *praktischen Diskurs* behandelt. Anders als bei der Beschreibung der anderen Diskurse bietet Webler für diesen Diskurs kaum substantielle Selektionsregeln an. Das passt zur Habermas'schen Tradition, in der es zwar prozessunabhängige Standards für Wahrheit von Faktenbehauptungen, nicht aber für die *Richtigkeit* in normativen Fragen gibt (vgl. Chambers 2017: 61). Webler fokussiert sich daher auf den Prozess, der zu kollektiv gültigen Normen und Werten führen könne und der an Regeln der Inklusion und Fairness ausgerichtet sein solle. Interessant ist, dass für Webler der praktische Diskurs, in dem es auch um die Bewertung von Handlungen geht, das Nachdenken über mögliche Handlungsfolgen, also mögliche Fakten der objektiven Welt enthält, und dass in diesen Fragen wieder Expertise und wissenschaftliche Szenarioanalysen anerkannte Selektionspraktiken sind. Ich würde hier mit Goodin (2017: 353) ergänzen, dass, damit die Politik die richtige Entscheidung treffen kann, nicht nur die Handlungsfolgen beurteilt werden müssen, sondern die richtige Handlungsalternative auch tatsächlich zur Auswahl stehen muss. Es wird also auch eine Art Faktenwissen über Handlungsmöglichkeiten gebraucht, was zeigt, dass der praktische Diskurs auf den theoretischen Diskurs angewiesen ist. Abgesehen davon gelten laut Webler auch im praktischen Diskurs wieder Selektionsregeln mit dem Ideal der Konsistenz, denn er schreibt: „Normative choices should conform to established norm orderings.“ (Webler 1995: 69). Das legt nahe, dass es in Weblers Sinne sein könnte, wenn im praktischen Diskurs Regeln der praktischen Rationalität als Selektionsregeln gelten. Dazu gehört einerseits ein angemessenes Abwägen von Gründen für und gegen Handlungen (vgl. Broome 1999: 411ff.; Kearns und Star 2013) und andererseits Regeln der instrumentellen Rationalität zum Überprüfen dieser Gründe. Auch auf diesem Feld gibt es wieder berechnete Einwände gegen die Gültigkeit der Regeln instrumenteller Rationalität *in allen Fällen* (vgl.

Wallace 2020), es scheint aber der Einfachheit halber angemessen, davon auszugehen, dass im praktischen Diskurs weitgehend die Einhaltung von Regeln der *Konsistenz* (Man soll nicht gleichzeitig wünschen, *dass P* und *dass nicht P*) und der *Zweck-Mittel-Kohärenz* erwartet wird (Man soll nicht gleichzeitig wünschen, *dass A*, davon ausgehen, *dass B alles in allem ein notwendiges Mittel zum Erreichen von A ist*, aber nicht wünschen, *dass B*) (für mehr Details siehe Broome 1999).

Zusammengefasst ergibt sich nun folgendes Bild: Es gibt eine große Menge an Argumenten, die dafür angeführt werden können, dass politische Handlungen besser oder schlechter wären. Diese Argumente sind fast immer zusammengesetzt aus Elementen, die in einem theoretischen Diskurs geklärt werden können, und Elementen, die in einem praktischen Diskurs behandelt werden. In beiden Diskursen können die Behauptungen, die in einem Argument gemacht werden, nach verschiedenen Selektionsregeln aussortiert werden. Anerkannte Selektionsregeln gibt es nur für den Abgleich von Überzeugungen mit der objektiven Realität, für den Abgleich von Überzeugungen untereinander (theoretische Rationalität) und für den Abgleich von Präferenzen mit bereits existierenden Bewertungen\* (praktische Rationalität), nicht aber für die freie Ausprägung von Bewertungen\*. Das heißt: Für den normativen Kern einer Bewertung von Politik als gut oder schlecht, gibt es keine anerkannten Selektionsregeln. Mithilfe der übrigen drei Bereiche ist es aber möglich, Argumente für politische Urteile als *formell gültig und faktisch korrekt* zu identifizieren, und genau das ist nach meinem Verständnis relevant für das, was in der politischen Theorie als *epistemische Qualität von Urteilen* gehandelt wird. Die epistemische Qualität eines politischen Urteils ist nach diesem Verständnis genau dann besonders hoch, *wenn bei der Bildung des Urteils eine möglichst große Zahl formell gültiger und faktisch korrekter Argumente vorliegt*. Ein Argument für oder gegen eine politische Handlungsoption, dessen *Elemente* oder *Prämissen* in einem oder mehreren Diskursen aufgrund einer oder mehrerer anerkannter Selektionsregeln zumindest teilweise aussortiert wurden, wird zu einem Argument, dessen Gültigkeit als Ganzes infrage steht. Wenn in einem Diskurs das Gegenteil einer relevanten Prämisse festgestellt werden kann, verliert das Argument sogar komplett seine Geltung.

Ein ähnliches Verständnis haben auch Friberg-Fernros und Schaffer (2017): Sie folgen Lumer und Dove (2011), indem sie davon ausgehen, dass es in der Epistemologie etablierte Prinzipien gibt, um zu überprüfen, was eine Überzeugung rational rechtfertigt. Dabei unterscheiden sie deduktive Argumentationsschemata, die in etwa den von mir erarbeiteten Regeln der theoretischen Rationalität entsprechen, von induktiven Schemata, die Weblers Selektionsregeln für den Abgleich von Überzeugungen mit der Welt der Dinge entsprechen. In dieser Arbeit habe ich mich gegen eine direkte Übernahme von Friberg-Fernros' und Schaffers Ausführungen entschieden, weil sie besonders im

praktischen Diskurs nicht zwischen Regeln der praktischen Rationalität und Selektionsregeln für Bewertungen\* unterscheiden. Auch sie kommen aber zu dem Schluss: „the more the argument leaves out premises necessary to adequately support the conclusion, the lower its epistemic value“ (Friberg-Fernros und Schaffer 2017: o. S.).

### **2.1.2.3 Objekte, Ebenen und Elemente epistemischer Qualität**

*Epistemische Qualität* ist ein Attribut, das auf Begriffe auf verschiedenen Ebenen angewandt werden kann: Auf der obersten Ebene kann es auf politische Urteile und Entscheidungen angewandt werden. Dort ist die epistemische Qualität dann besonders hoch, wenn bei der Bildung dieses Urteils besonders viele Argumente mit einer jeweils hohen epistemischen Qualität vorlagen und auch bedacht wurden (Argument-basierte Theorie). Auf der nächsten Ebene kann das Attribut auch auf jedes einzelne Argument angewandt werden. Die epistemische Qualität eines Arguments ist dann besonders hoch, wenn in das Argument alle relevanten Informationen eingeflossen sind und wenn die in das Argument eingebundenen Fakten und Bewertungen\* keinen anerkannten Selektionsregeln widersprechen. Mit der gleichen Bedeutung kann das Attribut auch auf einzelne Überzeugungen und Bewertungen\* angewandt werden, wobei einige Bewertungen\* auch nicht selbstständig sind, sondern auf Grundwerten und Wertesystemen aufbauen. Auf jeden Fall aber bestehen politische Urteile aus vielen *Elementen*, die teilweise wiederum auf andere Elemente angewiesen sind. Diese Elemente (Argumente, Faktenüberzeugungen und Bewertungen\*) sind die *Elemente epistemischer Qualität* (EEQ), die in dieser Arbeit untersucht werden sollen. Diese einzelnen Elemente zu untersuchen und nicht Urteile als Ganzes, hat den Vorteil, dass auch ohne einen Gesamtüberblick bereits kleinere Urteile zumindest über wichtige Elemente des Urteils gebildet werden können, die Hinweise auf die epistemische Qualität des gesamten politischen Urteils liefern können. Außerdem liegt das Forschungsinteresse dieser Arbeit nicht auf der epistemischen Qualität von politischen Urteilen, sondern auf möglichen *Beiträgen* zur epistemischen Qualität von Urteilen. Ein Beitrag zur höheren Qualität eines Urteils könnte nun genau darin bestehen, dass ein EEQ neu in den Urteilsprozess eingebracht wird (sei es eine hochwertige Faktenüberzeugung, eine konsistent haltbare Bewertung\* oder ein ganzes Argument). Er könnte aber auch darin bestehen, dass EEQ, die sich bereits im Urteilsprozess befinden, kritisch überprüft werden.

Ein politisches Urteil kann dabei mit einem Festzelt verglichen werden, das aus einer Vielzahl von Streben besteht und dessen Stützpfiler (die Bewertungen\*) nur auf einem bestimmten Untergrund gut stehen können. Diese Metapher soll mehrere Dinge veranschaulichen: 1.) ein (perfektes) politisches Urteil besteht aus einer großen Zahl von Elementen, die auch für sich betrachtet abgrenzbare Gegenstände sind, die beurteilt werden können. 2.) Wir können Urteile und ihre Bestandteile auf ihre epistemische

Qualität (z.B. ihre Stabilität) hin untersuchen, selbst, wenn wir noch nicht wissen, ob sie auf der richtigen Wertebasis stehen. 3.) Teile von Urteilen oder Argumenten sind nicht nur für ein bestimmtes Urteil relevant, sondern sie können zum Teil auch in andere Urteile eingebaut werden. Es kann beim Zeltbau eine gewinnbringende Strategie sein, den Menschen alle Bestandteile eines Urteils qualitätsgeprüft an die Hand zu geben, sodass sie sich selbst ein Urteil bilden können, das zu ihnen passt (wie das auch beim CIR der Fall ist).<sup>5</sup> In diesem Bild würde ein Urteil aber immer nur über eine Handlungsoption gefällt. Wer zwischen mehreren Handlungsoptionen entscheiden will, muss auch mehrere solcher metaphorischen Zelte miteinander vergleichen. Und auch für einen letzten Vergleich kann das Bild des Zelts genutzt werden: Damit die Form des Zelts zur Geltung kommt, ist es wichtig, dass an allen Ecken der Konstruktion genügend Bauelemente vorhanden sind. Wenn bei der Konstruktion an einer Ecke besonders viele Elemente fehlen, kann man sich über die Ausprägung des Zelts irren. Das bedeutet, dass bei imperfekter Information Ausgewogenheit und Vielfalt der Argumente eine wichtige Ressource sind, ohne die wir besonders leicht zu falschen Urteilen gelangen können.

#### **2.1.2.4 Diversität und Urteile bei unvollkommener Information**

Dass es für die Suche nach Wahrheit wichtig ist, alternative Rechtfertigungen vorliegen zu haben, hat auch bereits Habermas (1973: 148) formuliert. Diese Annahme, dass eine Diversität der Argumente wertvoll ist, mag manchen Leser\*innen direkt einleuchten, aber sie ist, wie ich zeigen werde, kein Garant dafür, die richtigen Urteile zu fällen. Dazu sollte gesagt sein: Die Frage, wie divers die in einem Urteil verwendeten Argumente sind, ist nur relevant, solange noch nicht alle möglichen Argumente in das Urteil einbezogen wurden: nur dann also, wenn wir mit unvollkommener Information arbeiten. Wenn alle möglichen Argumente bereits berücksichtigt wurden, dann können wir uns sicher sein, dass das Urteil korrekt ist, selbst wenn die Argumente nicht divers sind.

Argumente können dabei in zwei Dimensionen divers sein: Darin, auf welcher Wertebasis sie stehen können und darin, ob sie für oder gegen eine kollektive Handlungsoption sprechen. Bei der Diversität in der Dimension der Wertebasis gilt: So lange wir noch nicht wissen, welche Wertebasis die jeweils gültige in einer Gesellschaft ist, sind Argumente aller Arten von Wertegrundlagen gleich wertvoll für die epistemische Qualität und für das Gesamturteil. Es können höchstens Argumente ausgeschlossen werden, von denen wir uns sicher sind, dass nie ein Mensch in der betroffenen Gesellschaft die entsprechende Werteüberzeugung haben würde (z.B. dass Töten grundsätz-

---

5 Die Frage, ob Bürger\*innen sich ihrer Werte überhaupt zu einem Grad bewusst sind, dass sie wissen, welches Urteil sie fällen müssten, ob sie konsistente Wertesysteme haben und ob sie mit derart vorgefertigten Argumentationsstrukturen tatsächlich etwas anfangen können, ist eine hiervon getrennte Frage, die in dieser Arbeit nicht behandelt werden kann. Schwartzberg (2015) geht mit ihrer *Judgment Democracy* zumindest davon aus.

lich gut sei). Gleichzeitig scheinen Argumente, die auf Werten aufbauen, die nur von wenigen Menschen geteilt werden, wenig relevant zu sein, sobald man weiß, welche Werte in der Gesellschaft vorherrschen. Lustick und Miodownik (2000: 23) suggerieren aber, dass selbst in solchen Fällen vom Mainstream abweichende Argumente wertvoll sein könnten, weil sie zwar heute falsch, aber in der Zukunft richtig sein könnten.

Im Bild des Zelts, bei dem Strukturen an einer Ecke fehlen, ging es eher um Diversität der Argumente im zweiten Sinne. Hier hilft es, sich die Form des fertigen Zelts als einen Raum vorzustellen, der von den verschiedenen Argumenten dafür und dagegen aufgespannt und ausgefüllt wird. Ein großes Problem in Fällen von unvollkommener Information bei Urteilen ist, dass wir nicht wissen, wie groß dieser Raum der Argumente in Wirklichkeit ist und wie weit wir ihn schon ausgefüllt haben. Das macht Urteile bei unvollkommener Information sehr unsicher. Es könnte immer sein, dass wir a) bisher nur einen kleinen Bruchteil aller Argumente entdeckt und bedacht haben oder b) bereits einen großen Teil der Argumente gefunden haben, aber durch einen unglücklichen Zufall überwiegend Argumente identifizieren konnten, die für ein positives Urteil sprechen, obwohl der Großteil der Argumente eigentlich dagegen sprechen würde. An dieser Unsicherheit ändert sich auch dann nichts, wenn sowohl Argumente für als auch gegen ein positives Urteil vorhanden sind, denn es könnten immer genau die fehlenden Argumente sein, die das Urteil umkehren würden.

Dieses Problem kann, solange wir agnostisch über eventuelle unverhandelbare Grundwerte bleiben, vermutlich nur mithilfe von Erfahrungswissen, großen Zahlen und Wahrscheinlichkeit gelöst werden. Eine vorhandene Diversität an Argumenten alleine gibt uns keine Sicherheit, dass unser Urteil vollständig und epistemisch hochwertig ist. Aus unserer Erfahrung in der Welt der Politik wissen wir aber vermutlich, dass es kaum Entscheidungen ohne Nachteile gibt. Deswegen können wir uns *relativ* sicher sein, dass unser Urteil eine geringe epistemische Qualität hat, wenn *überhaupt keine* Argumente für eine Gegenposition einbezogen wurden. Gleichzeitig wissen wir aus Erfahrung, dass wir, wenn wir *mehr* und vor allem *mehr unterschiedliche* Personen fragen, mit einer größeren Wahrscheinlichkeit auch mehr und unterschiedlichere Argumente zu hören bekommen und so mit einer größeren Wahrscheinlichkeit den Raum der möglichen Argumente zu einem großen Teil ausfüllen. Wenn wir uns wiederum sicher sein können, dass wir den Raum der Argumente beispielsweise bereits zu über 80% gefüllt haben, dann können wir uns auch bei unvollkommener Argumentation sicher sein, dass die Strukturen, die wir sehen, bereits der fertigen Konstruktion ähneln und dass ein bisher eindeutig positives Urteil auch bei perfekter Information nicht mehr umgekehrt werden könnte. Das bereits angesprochene *Diversity-trumps-Ability-Theorem* (vgl. Hong und Page 2004) mag umstritten sein, tatsächlich gibt es aber kaum Alternativen zu gro-

ßen Zahlen und Diversität der Sichtweisen, um trotz Unwissenheit über den Raum der Argumente ein gutes Bild von der epistemischen Qualität politischer Urteile zu haben.

### **2.1.2.5 Zusammenfassung und Einordnung als Kriterium**

Das Kapitel hat gezeigt: Epistemische Qualität ist mehr als bloße Informiertheit, denn sie beinhaltet auch, dass die Informationen, die uns für das Urteil zur Verfügung stehen, gewissen Qualitätsstandards genügen müssen: Für eine hohe epistemische Qualität müssen die EEQ der kritischen Überprüfung anhand von anerkannten Selektionsregeln standhalten, und es muss über das Gesetz der großen Zahl und über eine Diversität der Sichtweisen eine möglichst große Abdeckung des Raums der Argumente gewährleistet werden. Die epistemische Qualität von Urteilen kann dabei unabhängig von der Wertebasis einer Bevölkerung erhoben werden.

Um die Relevanz des Kriteriums der epistemischen Qualität in der Bewertung von Politik einschätzen zu können, sollte hier noch erwähnt sein, dass je nach theoretischer Schule bei der Bewertung von Politik auch noch einige weitere Kriterien neben Bewertungen\* und epistemischer Qualität hinzukommen können. Für politische Theorien, die bei der Bewertung auf den Output der Politik fokussiert sind (z.B. über das Konzept des Gemeinwohls), könnten beispielsweise auch Kriterien wie *Effizienz* und *Rechtzeitigkeit* bei der Entscheidungsfindung eine Rolle spielen, die unter Umständen auch politische Entscheidungen mit niedrigerer epistemischer Qualität rechtfertigen können, wenn sie ungefähr den Bewertungen\* der Bevölkerung entsprechen. Epistemische Qualität ist demnach ein Kriterium, das bei der Bewertung von reeller Politik abhängig von der behandelten Frage und der jeweiligen Situation gegen andere Kriterien in seiner Wichtigkeit abgewogen werden muss. In der Frage des Bürgerrats, *ob und wie unsere Demokratie auf Bundesebene ergänzt werden sollte*, gibt es angesichts des einigermaßen funktionierenden parlamentarischen Systems keinen großen Zeitdruck, dafür aber ein großes Interesse daran, dass die Antwort auch theoretisch richtig ist, weil sehr viele wichtige kollektive Entscheidungen unter einer theoretisch falschen Antwort leiden könnten. Deswegen gehe ich im Folgenden davon aus, dass in der Frage des Bürgerrats innerhalb des politischen Systems die epistemische Qualität möglichst maximiert werden sollte, bevor eine Entscheidung getroffen wird.

### **2.1.3 Epistemische Qualität im Kontext politischer Systeme**

Das Forschungsinteresse dieser Arbeit besteht darin herauszufinden, inwieweit Minipublics zur epistemischen Qualität im politischen System beitragen können. Deswegen sollen hier Theorien vorgestellt werden, die erhellen, wie EEQ im politischen System verteilt sind, wo sie entstehen und wo sie gebraucht werden. Das ist hilfreich, um anschließend einordnen zu können, ob und, wenn ja, unter welchen Umständen die epis-



temische Qualität im Output von Minipublics für das System nützlich sein kann. Ausgangspunkt sind hierbei die Grundannahme der Unzulänglichkeit der öffentlichen Meinung und die deliberative Theorie politischer Systeme, weil es ihr gelingt auf eine intelligente Art und Weise die Rolle von gesellschaftlichen Diskursen zu beschreiben und weil sie zum Teil eine epistemische Funktion für sich beanspruchen, bei der es um die Wahrheitssuche, nicht um den Ausgleich von Interessen geht (vgl. Chambers 2017).

An der Basis der Beschreibung politischer Systeme steht die Bevölkerung. Ich verstehe sie als eine Menge von Individuen mit authentischen Emotionen und Wünschen, aber unvollkommenem Wissen (vgl. Delli Carpini und Keeter 1996), begrenzten Ressourcen und unvollständigen und teilweise inkonsistenten Wertesystemen und Bewertungen\* (vgl. Manin 1987: 349ff.), die in vielen Fällen irrationale Entscheidungsheuristiken anwenden (vgl. Kahneman und Tversky 1982). Das bedeutet, dass es oft einen Unterschied zwischen dem gibt, was Menschen in ihren (sehr unterschiedlichen) alltäglichen Situationen von der Politik wünschen, und dem, was sie wünschen würden, wenn sie eine Meinung hoher epistemischer Qualität hätten, also ein kohärentes und vollständiges Wertesystem, ein konsistentes und sicheres Wissen über alle relevanten Fakten und Zusammenhänge und ein bewusstes und rationales Urteil.

Das Ziel der meisten politischen Theorien ist es nun zu beschreiben, wie legitime Entscheidungen zustande kommen können. So verhält es sich auch bei den deliberativen Theorien (vgl. Beauvais und Bächtiger 2016: 2; Dryzek und Niemeyer 2010: 34; Parkinson 2003: 181; Thompson 2008a: 502). Diese Theorien legitimer politischer Entscheidungen sind in einigen Fällen auch zu Theorien des politischen Systems ausgebaut worden (für einen Überblick, siehe Bächtiger und Parkinson 2019: 83ff.). Für die vorliegende Arbeit betrachte ich Überlegungen aus drei verschiedenen deliberativen Systemtheorien als relevant: Die des *Deliberative Systems Approach* (vgl. Mansbridge u. a. 2012), die des sequenziellen Modells (vgl. Goodin 2005; Rummens 2016) und die Beschreibung deliberativer Demokratie von Bächtiger und Parkinson (2019), die sie als „performative, contingent, and distributed“ (ibid.: 114) bezeichnen.

Das deliberative System nach Mansbridge u. a. (2012: 4) besteht aus vielen miteinander verbundenen Einheiten (Akteuren und Institutionen), die die politische Arbeit untereinander teilen und jeweils andere Teile des Systems beeinflussen. Sie unterscheiden drei Funktionen, die deliberative Systeme erfüllen sollen: eine epistemische Funktion, eine ethische Funktion und eine demokratische Funktion (vgl. Mansbridge u. a. 2012: 10ff.), wobei die epistemische Funktion hier die Ausbildung konsistenter und informierter Präferenzen beinhaltet. Dabei gehen sie davon aus, dass nicht jeder Teil des Systems alle Funktionen gut erfüllen kann, sondern dass verschiedene Teile des Systems

im Zusammenspiel die Schwächen des jeweils anderen Teils ausgleichen könnten (vgl. Mansbridge u. a. 2012: 3). Vor dem Hintergrund dieser Theorie erscheint die Annahme dieser Arbeit plausibel, dass beispielsweise ein Minipublic als Teil des Systems nur *einen Beitrag* zum Erfüllen dieser Funktionen bzw. der epistemischen Funktion im Speziellen leisten könnte. Die in der Theorie beschriebene *demokratische Funktion* allerdings legt nahe, dass, damit in diesem System demokratische Legitimität entstehen kann, ebenfalls gewährleistet sein muss, dass Bürger\*innen nicht ohne akzeptablen Grund von der Deliberation ausgeschlossen werden (vgl. Mansbridge u. a. 2012: 12).

Das zweite für diese Arbeit interessante Modell, das Deliberation auf den gesamten politischen Prozess bezieht, ist das von Bächtiger und Parkinson (2019: 88ff.) so bezeichnete sequenzielle Modell von Autoren wie Goodin (2005) und Rummens (2016). Dieses Modell geht davon aus, dass es an irgendeinem Punkt im politischen Prozess eine *Entscheidung* gibt, der eine Reihe von Ereignissen voraus gehen. Bächtiger und Parkinson (2019: 92) beschreiben auf Grundlage dieses Modells eine idealisierte Sequenz von Ereignissen vor einer Entscheidung, bei der es zunächst eine wilde und unkontrollierte Debatte zu einem salienten Thema in der Gesellschaft gibt, der dann institutionalisierte Fokuspunkte geboten werden, um die Debatte in einen Agendasetting-Prozess zu kanalisieren und eine fokussierte Deliberation zu den Themen zu ermöglichen, bevor in einem dritten Schritt eine Entscheidung getroffen wird.<sup>6</sup> Diese Sequenzen können in der Realität zum Beispiel in Krisenfällen zeitlich stark komprimiert sein.

Auch wenn in der Realität solche Sequenzen selten in Reinform zu finden sind (vgl. Bächtiger und Parkinson 2019: 89), kann man als wertvolle Erkenntnis aus dem sequenziellen Modell mitnehmen, dass das Timing von Beiträgen zur deliberativen Sequenz eine Rolle spielt. So wird vermutlich der Output von Minipublics kaum Beachtung finden, wenn er entsteht, bevor ein Thema überhaupt salient geworden ist. Da der epistemische Ansatz nach meinem Verständnis die Legitimität von politischen Entscheidungen zum Teil mit ihrer epistemischen Qualität erklären will, ist es vielmehr wichtig, dass EEQ in die Instanz gelangen, in der letzten Endes die politischen Entscheidungen getroffen werden und dass sie dort zu möglichst vollständigen Urteilen hoher epistemischer Qualität zusammengesetzt werden, *bevor die Entscheidungen getroffen werden*. Das passt auch zu der Aussage von Habermas, dass die Entscheidungen der demokratischen Gesetzgeber für das Attribut der Legitimität intern mit den vorangegangenen Deliberationen verbunden sein müssen (Habermas 2005: 386). Es wäre außerdem wichtig, dass die Urteile der Betroffenen und das Urteil in der Entscheidungsinstanz ungefähr übereinstimmen. Es ist also nicht nur hilfreich, wenn EEQ in die

---

6 Minipublics haben in Bächtigers und Parkinsons (2019: 90) Ausführungen vor allem die Rolle, die öffentliche Diskussion zu fokussieren und dadurch die Agenda zu beeinflussen.

politische Entscheidungsinstanz gelangen, sondern auch, wenn sie in einer nutzbaren (d.h. verständlichen Form) in die Bevölkerung gelangen, um dort die Urteile zu formen.

Nun ist es interessant, wo sich EEQ innerhalb des politischen Systems befinden, wo sie entstehen können und in welcher Form sie gewöhnlich in die Entscheidungsinstanz oder zu den Betroffenen gelangen. Hierbei ist der performative, kontingente und verteilte Ansatz der deliberativen Demokratie nach Bächtiger und Parkinson (2019) hilfreich. Auch Bächtiger und Parkinson (2019: 115ff.) haben sich mit der Frage auseinandergesetzt, was es ist, das innerhalb eines deliberativen Systems von einem Teil des Systems einem anderen mitgeteilt wird und sind zu dem Schluss gekommen, dass es sich dabei einerseits um Gründe oder Begründungen handelt, sei es in Form von Ideen oder von Geschichten, und um die Behauptungen darüber, was getan werden sollte. Mit dieser Beschreibung decken sie grob die EEQ ab, die für einen praktischen Diskurs relevant sind. Sie berufen sich allerdings auf John (1999, 2003) und weisen darauf hin, dass diese Behauptungen und Gründe selten in Form von ausgearbeiteten Argumenten, sondern viel häufiger in Form von *Memen* und *Erzählungen* im deliberativen System kommuniziert werden (vgl. Bächtiger und Parkinson 2019: 97f.).

Meme sind demnach Bedeutungseinheiten, die verschiedene Formen annehmen können, wie beispielsweise Worte, Symbole oder sogar Handlungen und die im öffentlichen Diskurs entstehen und reproduziert werden. In ihnen sind häufig Erzählungen, Bewertungen, Hinweise und Vorschläge mit Rhetorik, Logos, Ethos und Pathos verbunden. Bächtiger und Parkinson (2019: 98f.) stellen keine Qualitätsstandards an Meme, außer dass Forderungen zu handeln authentisch sein sollten, aber sie meinen, es sei wichtig, dass sie im System gehört würden. Zuhören könne darin bestehen, dass in Anhörungen Narrative mit Handlungsvorschlägen, empirischen Hinweisen und Werturteilen verbunden werden, es könne aber auch von Bürgerbeauftragten, Aktivist\*innen, Wissenschaftler\*innen und Journalist\*innen durchgeführt werden. Die Frage, wie diese einmal gehörten Meme von den verschiedenen Stellen des Systems weiter getragen werden, bleibt in weiten Teilen offen, aber es wird deutlich, dass Vertrauen hier eine große Rolle spielt und dass das Zuhören der verschiedenen Ebenen untereinander sichtbar gemacht werden sollte (vgl. Bächtiger und Parkinson 2019: 102).

Von einer normativen Perspektive gibt es große Unterschiede zwischen einem solchen Verständnis deliberativer Systeme und dem, das dieser Arbeit zugrunde liegt. Dennoch kann man aus dieser Beschreibung deliberativer Systeme auch wertvolle Erkenntnisse für die Einordnung von Minipublics und epistemischer Qualität im politischen System entnehmen: 1.) EEQ müssen nicht alle erst mühsam produziert werden, sondern sie sind auch außerhalb von wissenschaftlichen Diskursen schon immer in Memen und Er-

zählungen enthalten, die von verschiedenen Teilen der Gesellschaft gepflegt und auch an die Politik herangetragen werden. 2.) Auch außerhalb von Minipublics kann es viele Möglichkeiten geben, durch die EEQ in Form von Memen in den politischen Entscheidungsprozess einfließen können. Das hängt allerdings davon ab, ob das politische System auch zuhört. Und 3.) Wenn Meme die Form der Kommunikation im politischen System sind, dann kann es sein, dass die eher rational und argumentativ gehaltenen deliberativen Minipublics ihre Ergebnisse auch in verschiedenste Meme transformieren müssten, damit überhaupt EEQ bei verschiedensten Adressat\*innen innerhalb des politischen Systems ankommen. Wenn die Ergebnisse von Minipublics nicht direkt als EEQ in einen politischen Entscheidungsprozess einfließen können (z.B. in Fällen, in denen es sich um die letzte Deliberation vor der Entscheidung handelt), dann ist es möglich oder sogar wahrscheinlich, dass sie von den verschiedenen Akteuren im politischen System als Meme aufgegriffen und noch mehrmals transformiert werden, bevor sie überhaupt an den Punkt einer politischen Entscheidung gelangen. In diesem Fall wäre es kaum zu überprüfen, ob die epistemische Qualität von Minipublics einen Beitrag zur epistemischen Qualität von politischen Entscheidungen leistet. Es wäre denkbar, dass dort in der politischen Entscheidungsinstanz mithilfe von Erfahrungswissen und Politikberatung anhand von Memen wieder vollständige Urteile von hoher epistemischer Qualität entwickelt und gegeneinander abgewogen werden, aber einen Beitrag im Sinne einer relevanten Veränderung würde ein Minipublic unter dieser Annahme nur dann leisten, wenn es die Erzählungen, die dort wieder zu einem Urteil zusammengebaut werden, in eine epistemisch fundierte Richtung verändert hätte. Wenn *sicher gestellt* werden soll, dass die EEQ aus Minipublics politische Entscheidungen verbessern, dann müsste vermutlich auch der Entscheidungsfindungsprozess rationaler werden.

## **2.2 Minipublics als Ereignisse mit epistemischer Funktion**

Nachdem im vorangegangenen Kapitel die Idee der epistemischen Qualität als Kriterium für gute Politik entwickelt und grob im politischen System verortet wurde, soll im folgenden Kapitel der Fokus stärker auf das Format der Minipublics gelegt werden. Dieser Abschnitt soll mit einer groben Beschreibung verschiedener Formen und Ziele von Minipublics beginnen. Dabei soll auch darauf eingegangen werden, welche Rolle die epistemische Qualität gewöhnlich für das Erreichen dieser Ziele spielt. Anschließend wird zusammengefasst, was die Forschung bereits über die interne Funktionsweise von Minipublics und über Faktoren für die Qualität der Diskurse bei Minipublics in Erfahrung gebracht hat. Besonders diese letzten beiden Abschnitte sind relevant, um in den Kapiteln 2.3 und 2.4 Kriterien für die epistemische Qualität bei Minipublics und Hypothesen über ihr Zustandekommen beim Bürgerrat Demokratie aufzustellen.

### 2.2.1 Formen, Zwecke und Potenziale von Minipublics

Der Begriff *Minipublic* geht auf das von Robert Dahl (1989) geprägte Wort *mini-populus* zurück. Dahl hatte dabei eine demographisch repräsentative Versammlung von Bürger\*innen im Sinn, die gemeinsam lernen und beraten sollte, um die öffentliche Meinung und die politische Entscheidungsfindung zu informieren – etwas, was damals experimentell auf unteren Verwaltungseinheiten bereits praktiziert wurde. Laut Setälä (2017: 849) ging es Dahl dabei auch darum, gerade bei komplexen Themen, die sonst von Technokrat\*innen entschieden würden, Bürger\*innen zu beteiligen, um den Rückzug der Bürger\*innen aus den kollektiven Entscheidungsprozessen zu verhindern. Aus dieser Idee entwickelte Fung (2003) das Konzept des *Minipublic*. Er unterschied dabei verschiedene Typen, je nach Zweck (*Bildung, bzw. verbesserte Qualität von Meinungen, partizipative Beratung der Politik, partizipatives Problemlösen, partizipative demokratische Regierung*), Modus der Rekrutierung von Teilnehmenden, Gegenstand und Modus der Deliberation, Zeitpunkt, zeitlicher Struktur und Einfluss.

Allgemein gelten Minipublics als „groups small enough to be genuinely deliberative, and representative enough to be genuinely democratic“ (Goodin und Dryzek 2006: 220). Repräsentativität bedeutet für Goodin und Dryzek im Gegensatz zu Fung (2003), dass es bei Minipublics nicht um Betroffenenbeteiligung, sondern die Beteiligung von in ihrer sozialen Herkunft und ihren Ansichten diversen *Lay Citizens* geht. Dieses engere, bzw. intermediäre (vgl. Ryan und Smith 2014: 12) Verständnis von Minipublics, das meist eine Form der Zufallsauswahl von Teilnehmenden beinhaltet, liegt auch dieser Arbeit zugrunde. Dabei wird hier anerkannt, dass die aus der Repräsentativität erwachsende demokratische Funktion von Autor\*innen wie Lafont (2015) inzwischen infrage gestellt wurde. Die Reihe der Eigenschaften von Minipublics wird teils auch dadurch ergänzt, dass Teilnehmende für ihren Aufwand entschädigt werden (vgl. Escobar und Elstub 2017: 1), dass es häufig Experteninputs gibt und dass Kleingruppendiskussionen bei Minipublics moderiert werden (vgl. Smith und Setälä 2018: 301). Minipublics gibt es aber auch in verschiedenen Größen und mit unterschiedlichen internen Strukturen. Escobar und Elstub (2017) beschreiben eine Auswahl gängiger Formen von mini-publics, die sich unter anderem in der *Anzahl der Teilnehmenden*, den *Phasen des Prozesses*, dem *angestrebten Ergebnis* des Minipublics und im *Modus der Aggregation* der Teilergebnisse zu einem Gesamtergebnis unterscheiden: Während *Citizen Juries* und *Konsensus-Konferenzen* nur bis zu 25 Teilnehmende einbeziehen, nehmen beispielsweise an *Citizens' Assemblies* 100 bis 160 Bürger\*innen teil. Der Prozess ist meistens in Informations- und Deliberations-Phasen unterteilt, wird aber im Fall der *Citizens' Assemblies* noch um eine dazwischen angesiedelte Konsultation mit der Bevölkerung ergänzt. Und während sich *Deliberative Polls* damit begnügen, die informierte Meinung der ein-

zelen Teilnehmenden vor und nach dem Minipublic zu erheben (vgl. Brown 2006: 204), und CIR (vgl. Gastil u. a. 2014) vor allem die Pro- und Kontra-Argumente aus einer Debatte destillieren und zusammenstellen wollen (vgl. Escobar und Elstub 2017: 6), versuchen viele andere Minipublics sich am Ende auf einen gemeinsamen Bericht mit Empfehlungen und Positionen zu einigen. Dabei kann es laut Escobar und Elstub in *Planungszellen* vorkommen, dass nicht die Bürger\*innen selbst, sondern die Organisator\*innen des Prozesses aus den Ergebnissen der einzelnen Planungszellen einen zusammenfassenden Bericht schreiben, der dann von dazu bestimmten Teilnehmenden abgesegnet wird. Beim *Bürgererrat Demokratie* handelt es sich nach diesen Kriterien eindeutig um eine *Citizens' Assembly*, auch wenn es vor der Übergabe der Empfehlungen an die Politik keine Konsultation mit der Bevölkerung im Land gab und die Formulierung des Bürgergutachtens nach einer Abstimmung über die wichtigsten 22 Forderungen im Plenum nur von einem Redaktionsteam in Abstimmung mit wenigen Vertreter\*innen der Teilnehmenden erfolgte (vgl. Geißel u. a. 2019).

Auch die möglichen Ziele oder Zwecke von Minipublics sind vielfältig (vgl. Beauvais und Bächtiger 2016). Sie reichen von der Verwirklichung von Handlungsvorschlägen bis hin zur Sozialisierung und Bildung von Bürger\*innen (vgl. Curato und Böker 2016: 178). Hierbei gibt es – wie immer bei Bürgerbeteiligung (vgl. Renn u. a. 1995: 4f.) – große Unterschiede zwischen Zielen der Organisator\*innen von Minipublics, Zielen von Bürger\*innen im Allgemeinen und Zielen, die verschiedene Stakeholder mit dem Minipublic verbinden. Weil Ziele vom Subjekt abhängig sind, ist es für eine objektive Betrachtung besser, von Potenzialen zu sprechen. Mögliche Potenziale von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen sind in verschiedene Ausarbeitungen zu Kriterien für die Evaluation von Bürgerbeteiligungsveranstaltungen eingeflossen (vgl. Goldschmidt 2014; Rowe und Frewer 2000; Rowe u. a. 2004). Auch wurde von Beauvais und Warren (2019: 908) inzwischen nachgewiesen, dass Minipublics das Potenzial haben, Defizite im demokratischen System auszugleichen. Allerdings meinen sie, dass Minipublics nicht die Antwort auf jedes Defizit in den bestehenden Institutionen sein können. In dieser Arbeit soll nun vor allem das Potenzial von Minipublics behandelt werden, die politische Entscheidungsfindung zu verbessern. Dabei ist zunächst relevant, warum Minipublics überhaupt dazu in der Lage sein sollten, epistemische Qualität zu produzieren.

Hierfür gibt es zwei Argumentationslinien: Vertreter\*innen einer epistemisch orientierten Lesart deliberativer Theorien (vgl. Estlund und Landemore 2018; Landemore 2013a, 2017; Min und Wong 2018) berufen sich in ihren Argumenten häufig auf das umstrittene *Diversity-trumps-Ability-Theorem* (vgl. Hong und Page 2004), das besagt, dass eine kognitiv diverse Gruppe von individuell schlechteren Problemlösern unter bestimmten Umständen typischerweise bessere Ergebnisse produziert als eine ho-

mogene Gruppe von besseren Problemlösern.<sup>7</sup> Dieses Argument würde für die epistemische Qualität der Ergebnisse von großen und diversen Gruppen sprechen, wie sie durch die Zufallsauswahl bei Minipublics oft entstehen (vgl. Landemore 2013a; Vandamme und Verret-Hamelin 2017). Ein zweites Argument, das für einen epistemischen Mehrwert von Minipublics angeführt werden kann, ist, dass in ihnen *Deliberation* stattfindet (vgl. Himmelroos 2017; Smith und Setälä 2018: 304) – eine Form der Kommunikation, der ihrerseits nachgesagt wird, zu epistemisch hochwertigen Ergebnissen zu führen (vgl. Bohman 2007, 2009; Goodin 2017). *Deliberation* kann der Theorie nach auf verschiedene Weisen zu epistemisch besseren Ergebnissen führen. Fishkin (1997) geht davon aus, dass Lerneffekte eintreten und dass die Meinungen der Teilnehmenden danach informierter sind, was bereits mehrfach nachgewiesen wurde (vgl. Isernia und Smets 2014; Kanra 2012; Luskin u. a. 2014). Niemeyer und Dryzek (2007) identifizieren auch intersubjektive Rationalität als eines der Ziele von *Deliberation*, wobei Niemeyer (2011) in einer empirischen Untersuchung nachweisen konnte, dass *Deliberation* tatsächlich die intersubjektive Konsistenz drastisch erhöht und Auseinandersetzungen sachlicher macht. Zu guter Letzt gehen Vandamme und Verret-Hamelin (2017: 27) auch davon aus, dass die Bescheidenheit und die Langzeitperspektive, mit der Bürger\*innen *deliberieren*, die Qualität der Empfehlungen verbessern könnten. Beim Zusammentreffen dieser Argumente im Fall von Minipublics entstehen deshalb verständlicherweise hohe Erwartungen an die epistemische Qualität der Ergebnisse. Diese Erwartungen werden auch von den Organisator\*innen von Minipublics befeuert, die beispielsweise das *Diversity-trumps-Ability-Theorem* auf den Bürgerrat Demokratie anwenden (vgl. Nierth 2019) und behaupten, dass Politiker\*innen durch den Bürgerrat etwas „erfahren (...), was sie sonst nicht erfahren“ (Claudine Nierth nach Deichsel 2020). Die Frage, bis zu welchem Grad epistemische Qualität von Minipublics erreicht werden kann, ist derzeit aber noch offen. Sie soll schließlich mit dieser Arbeit ein Stück weiter beantwortet werden. Morrell (2014: 158) hat aber drei verschiedene Beschreibungen geliefert, die deutlich machen, welche Erwartungen bestehen könnten: *Deliberativer Erfolg* besteht entweder dann, wenn 1.) eine reflektierte Meinung, wenn 2.) eine demokratische Vernunft oder wenn 3.) epistemisch korrekte Ergebnisse herauskommen.

Die nächste Frage ist, wie plausibel es ist, dass Minipublics die epistemische Qualität von Entscheidungen verbessern. Im Kapitel zu *deliberativen Systemen* wurde bereits

---

7 Die Anwendbarkeit dieses Theorems auf Minipublics darf bezweifelt werden. Schließlich handelt es sich bei Minipublics nicht zwangsläufig um Settings der Problemlösung, und die im Theorem ausgeblendete Frage nach der Rolle der Kommunikation und des Lernens spielt bei Minipublics zwangsläufig eine große Rolle. Dafür, dass die Diversität in Minipublics tatsächlich einen positiven Einfluss auf die epistemische Qualität der Ergebnisse haben könnte, sprechen aber Beispiele von Landemore (vgl. 2013a: 1215f.), in denen fachfremde Menschen die besten Ideen zur Lösung eines Problems hatten.

angedeutet, dass diese Verbesserung 1.) darin bestehen kann, dass EEQ für die Ebene der Amtsträger\*innen in Politik und Verwaltung nutzbar werden, oder 2.) für die Ebene der Bürger\*innen nutzbar werden.<sup>8</sup> Dabei handelt es sich um eine vereinfachte Darstellung, die nur die Adressat\*innen von EEQ in den Blick nimmt. Goodin und Dryzek (2006) haben verschiedene Arten identifiziert, auf die Minipublics Einfluss auf die Politik nehmen können, und diese unterscheiden sich nicht nur nach dem Adressaten der EEQ, sondern auch nach der Art und Weise, wie die EEQ von den Adressat\*innen aufgenommen werden. Ein Einfluss auf die Politik kann laut Goodin und Dryzek entstehen A) indem das Ergebnis des Minipublics anschließend zur Wahl steht wie in British Columbia, B) indem die Politik die Empfehlung direkt aufnimmt, C) indem das Minipublic beispielsweise über Medien die öffentliche Debatte informiert, D) indem im Minipublic getestet wird, ob sich Argumentationen der Politik in der Bevölkerung verkaufen lassen, E) indem eine Entscheidung aufgenommen und dadurch legitimiert wird, F) indem einzelne Individuen oder Gruppen mobilisiert werden, um politischen Druck aufzubauen, oder G) durch Transparenz, wenn Amtsinhaber\*innen befragt werden, sodass sie sich verantwortlich zeigen müssen. Sie weisen auch richtigerweise darauf hin, dass es eine offene Frage ist, ob Politiker\*innen überhaupt ein Interesse an informierten politischen Meinungen der Bürger\*innen haben (vgl. Goodin und Dryzek 2006: 227).

James Fishkin (2019: 205) geht davon aus, dass die informierte Meinung, die in seinen *Deliberative Polls* produziert wird, tatsächlich etwas ist, was für die Öffentlichkeit hilfreich ist. Für seine Versteifung auf das Format der *Deliberative Polls*, wurde Fishkin teils zurecht kritisiert (vgl. Chambers 2018), doch das alleine macht seine Annahme nicht weniger plausibel. Setälä (2017: 860) hingegen ist skeptisch. Sie meint, dass unklar sei, wie die epistemischen Vorteile von Minipublics bei der politischen Entscheidungsfindung helfen könnten, und sie führt dabei vor allem Gefahren des Cherry-Picking und eines strategischen Umgangs mit den Ergebnissen von Minipublics an. Laut Fung (2003: 349) hängt der erfolgreiche Eingang der Ergebnisse von Minipublics in die Politik neben der deliberativen Qualität des Minipublics auch vom Thema ab: Amtsinhaber\*innen würden eher Informationen aus Minipublics gewinnen, wenn es sich um ein Thema handelt, über das die Teilnehmenden ein besonderes Wissen innehaben, in denen ihre Ansichten geteilt oder verschleiert sind oder sich sehr wahrscheinlich in einer Deliberation schnell ändern würden. Wenn es hingegen das Ziel sei, mit Minipublics die Bürger\*innen zu informieren, dann sei der Erfolg nur von der deliberativen Qualität des Minipublics und von der Wichtigkeit des Themas oder der Einflussnahmemöglichkeit durch das Minipublic abhängig, die die Teilnahme motivieren könne

---

8 Diese Unterscheidung fällt mit den zwei epistemischen Funktionen zusammen, die Habermas (vgl. Habermas unveröffentlicht) beschreibt: Das Ziel, eine demokratische Wahrheit zu finden, und das Ziel, Politik zu machen, die gegenüber den Bürger\*innen rechtfertigbar ist.



(vgl. Fung 2003: 350). Dabei übersieht Fung aber, dass nur die Bürger\*innen informiert werden und lernen, die tatsächlich teilnehmen (vgl. Bächtiger u. a. 2014: 241), und dass die Information der weiteren Öffentlichkeit durch Minipublics von weiteren Faktoren wie der Salienz des Themas in der Öffentlichkeit abhängt.

### **2.2.2 Aufbau und Funktionsweise von Minipublics**

Die Literatur über die interne Funktionsweise von Minipublics ist überaus umfangreich. In diesem Kapitel kann daher nur ein knapper Überblick über den Aufbau und wichtige Effekte gegeben werden, die innerhalb von Minipublics beobachtet wurden. Dabei wird ein Schwerpunkt auf Phänomene gelegt, die einen Einfluss auf die epistemische Qualität der Ergebnisse haben könnten. Bei all diesen Phänomenen ist es aber wichtig, im Hinterkopf zu behalten, dass es sich bei Minipublics um komplexe Prozesse mit verschiedenen Ebenen (Plena, Kleingruppendiskussionen und Individuen) handelt, die über die Schnittmenge ihrer Mitglieder, Ergebnissicherung und Kommunikation miteinander verbunden sind. Ob Ereignisse in Kleingruppen oder Individuen das Plenum stark beeinflussen können, hängt davon ab, ob sie kommuniziert werden.

Escobar und Elstub (2017: 4f.) haben den Ablauf von Minipublics in fünf Phasen eingeteilt: Die (1) *Planungs- und Rekrutierungsphase*, (2) die *Lernphase*, (3) die *deliberative Phase*, (4) die *Entscheidungsphase* und (5) das *Follow-up*. Bereits in der ersten Phase geschehen viele Dinge, die die epistemische Qualität des Minipublics stark beeinflussen: Es wird z.B. das Prozessdesign festgelegt, das bestimmt, wie viele Deliberationsphasen auf wie viele Lernphasen folgen, es werden Formen der Moderation und der Ergebnissicherung gewählt, die beeinflussen, wie Ergebnisse von Gesprächen festgehalten und an die anderen Prozessschritte weitergeleitet werden, und es werden neben den Teilnehmenden auch die Expert\*innen rekrutiert, die in der zweiten Phase die Inputs geben. Für die epistemische Qualität der Ergebnisse ist bei der Rekrutierung der Teilnehmenden laut *Diversity-Trumps-Ability-Theorem* wichtig, dass es gelingt, möglichst unterschiedlich denkende Menschen zu erreichen (vgl. Vandamme und Verret-Hamelin 2017). Hierbei kommt es auf die externe Inklusion von *Sichtweisen* an, nicht von sozioökonomischen Gruppen (vgl. Bohman 2007: 350). Diese *externe Inklusion aller Sichtweisen* wird außer wegen der epistemischen Qualität auch aus Gründen der Legitimität verlangt (vgl. Brown 2006), es gibt allerdings einen Streit darüber, ob eine Zufallsauswahl diese Diversität garantieren kann (vgl. Singer 2019).

Das Lernen in der zweiten Phase kann durchaus auch die Lektüre von Infomaterial beinhalten, doch einige Minipublics wie der Bürgerrat Demokratie halten schriftliches Informationsmaterial absichtlich knapp, wodurch das Lernen komplett auf die Zeit des Minipublics verlagert wird und für alle die gleichen Lernchancen bestehen. Die Expert\*in-

neninputs und die Fragerunden, aus denen in dann die Lernphase besteht, haben vermutlich einen Einfluss auf den Inhalt der darauf folgenden Gespräche (vgl. Moore 2012: 152ff.). Das könnte ein Problem für die epistemische Qualität darstellen, wenn falsche Informationen gestreut werden oder wichtige Informationen fehlen sollten. Zu einem gewissen Grad können solche Defizite in den auf die Inputs folgenden Diskussionsrunden ausgeglichen werden, in denen teils weiteres Wissen eingebracht und ausgeglichener gelernt wird (vgl. Fishkin und Luskin 2005: 292). Dieses ist, wenn es nicht festgehalten wird, aber nur wenigen zugänglich ist. Ebenfalls problematisch bei der Lernphase können psychologische Bias sein, die verhindern, dass Teilnehmende sich ernsthaft mit entgegengesetzten Positionen auseinandersetzen (vgl. Morrell 2014).

Die anschließende *deliberative Phase* ist vermutlich die wichtigste Phase in einem Minipublic. Es ist aber auch die komplexeste. Gewöhnlich findet diese Phase in kleinen Gruppen in Diskussionen von Angesicht zu Angesicht statt und wird durch eine Tischmoderation unterstützt (vgl. Escobar und Elstub 2017: 5). Hier kann es zu Problemen der *internen Exklusion von Sichtweisen* kommen, wenn es der Moderation nicht gelingt dafür zu sorgen, dass alle Teilnehmenden die gleichen Chancen haben, Themen und Beiträge einzubringen oder Dinge zu hinterfragen (vgl. Trénel 2009: 253). Solche Phänomene könnten aus epistemischer Sicht zu der negativen Folge führen, dass bestimmte Argumente von allen übersehen werden und das Urteil so unausgewogen wird.

In diesen deliberativen Phasen, in der Geschichten erzählt (vgl. Black und Lubensky 2013), Sichtweisen ausgetauscht, Standpunkte bezogen und Argumente ausgetauscht werden (vgl. Bohman 2007), entwickelt sich einerseits das Wissen der einzelnen Teilnehmenden und andererseits auch der Schatz an Handlungsvorschlägen und Argumenten, die von der Moderation für alle festgehalten werden. Es findet also Kompetenzentwicklung auf der individuellen Ebene und auf der Ebene des Minipublics statt (vgl. Webler 1995). Für die Ebene der Individuen konnten Maia u. a. (2018) nachweisen, dass sich der Raum der Gründe, den die Individuen für ihre Positionen anführen, in der Deliberation erweitert, was sie darauf zurückführen, dass die Teilnehmenden das zugrundeliegende Problem besser verstehen und mehr über die Argumente der Gegenseite lernen (siehe auch Fishkin und Luskin 2005: 291f.). Adams (2014) hat gezeigt, dass Teilnehmende ihre Beiträge bei einem Minipublic meist nur mit schwach ausgearbeiteten Argumenten stützen, was eine fragliche Grundlage für die epistemische Qualität der Ergebnisse darstellt. Gerber u. a. (2018) konnten aber für ein Minipublic nachweisen, dass die Meinungen der Teilnehmenden sich besonders dann stark geändert haben, wenn das Level der Ausarbeitung der Argumente in einem Gespräch höher war. Das legt nahe, dass Individuen zumindest für die Änderung ihrer individuellen Meinung Selektionskriterien der Rationalität anwenden und dass *formal besseren*

Gründen<sup>9</sup> auch mehr Gewicht zugemessen wird. Wenn die Teilnehmenden die neuen Argumente, die ihnen einfallen, auch äußern, dann besteht in der deliberativen Phase das Potenzial, dass diese von der Ergebnissicherung festgehalten werden, von anderen Gruppen aufgegriffen werden und so die epistemische Qualität des Minipublics als Ganzes steigern. Allerdings ist ein Einfluss von Beiträgen, die formal Gründe sind, noch keine Garantie für eine hohe epistemische Qualität, denn – wie Mendelberg und Oleske (2000: 182) zeigen – werden auch in formal guten Deliberationen teils Fakten ignoriert und andere erfunden. Auch die Geschichten, die in der deliberativen Phase erzählt werden, können eine wichtige epistemische Funktion erfüllen. Sicher: Einige Geschichten scheinen die Deliberation zwar zu stören (vgl. Jaramillo und Steiner 2014) und vom Thema abzulenken (vgl. Stromer-Galley 2007: 19), in vielen Fällen werden Geschichten aber genutzt, um Dinge zu vermitteln, die sich für viele Menschen anders nicht vermitteln lassen (vgl. Bevir und Bowman 2018: 685). Besonders Frauen und Minderheiten greifen häufiger auf Geschichten zurück (vgl. Polletta und Lee 2006: 710f.). Geschichten können beispielsweise Werte reproduzieren (vgl. Black und Lubensky 2013: 82), Ideen illustrieren, Implikationen von Handlungen beschreiben oder neue Themen ins Gespräch bringen (vgl. Polletta und Lee 2006: 711f.).

In der *Entscheidungsphase* soll ein informiertes Urteil gefällt werden – im Fall der hier betrachteten Minipublics in Form einer Empfehlung, wobei die Argumente dafür in den Abschlussbericht mit einfließen (vgl. Escobar und Elstub 2017: 5). Um die epistemische Qualität während der Entscheidungsphase und im Abschlussbericht hoch zu halten, ist es wichtig, dass die Argumente, die zuvor in der deliberativen Phase erarbeitet wurden, wieder ins Gedächtnis gerufen und festgehalten werden. Das ist beispielsweise beim Bürgerrat Demokratie laut Evaluationsbericht nicht sehr gut gelungen, weil die Entscheidungsphase zu kurz war, um zu gewährleisten, dass alle Beteiligten alle Argumente durchdenken oder hinterfragen konnten (vgl. Geißel u. a. 2019: 25). Dazu, dass Argumente oder Handlungsoptionen in der Entscheidungsphase nicht bedacht werden, könnte es auch kommen, wenn diese schon in den einzelnen Kleingruppendiskussionen, in denen sie aufkommen, aussortiert werden. Dieses Aussortieren von Argumenten und Handlungsoptionen, mag auf den ersten Blick, wenn es Folge von Deliberation ist, wie eine gelungene Reduktion von Komplexität wirken. Es ist aber dann problematisch, wenn keine eindeutigen Verstöße gegen Selektionsregeln vorliegen, sondern der Grund für das Aussortieren ist, dass es nicht mit den aktuellen Präferenzen

---

9 Darüber, was einen guten Grund ausmacht, gibt es verschiedene Meinungen: Steenbergen u. a. (2003: 25) meinen, dass die Kohärenz in der Begründung gegeben sein sollte, dass aber auch durchaus Prämissen ausgelassen werden können, die ohnehin allen klar sind. Es kann außerdem eine Rolle spielen, ob der Grund für andere akzeptabel ist (vgl. Bächtiger und Parkinson 2019: 94), weil er sich z.B. auf kollektive Werte oder das Gemeinwohl beruft.

zen der Teilnehmenden übereinstimmt. Schließlich kann man sich bei einer Runde von nur wenigen Personen nicht sicher sein, einen solchen Einfall von allen Perspektiven aus betrachtet zu haben. Zusätzlich zu diesen Überlegungen gibt es auch eine klassische Argumentationslinie, die besagt, dass Formate, bei denen am Schluss eine Mehrheitsentscheidung getroffen wird, eher wenig Anreize bieten zu deliberieren, während, wenn eine Entscheidung einstimmig getroffen werden soll, die Teilnehmenden stärker aufeinander eingehen und respektvoller mehr Argumente austauschen (vgl. Karpowitz und Mendelberg 2014: 309). Allerdings gibt es auch Forschungsergebnisse, die hier widersprechen (Caluwaerts und Kavadias 2014: 138), und Karpowitz und Mendelberg (2014: 310ff.) haben ebenfalls herausgearbeitet, dass je nach Zusammensetzung der Gruppen bei Konsensentscheidungen auch die Positionen von Frauen benachteiligt werden könnten, wenn Männer mehr reden. Für die epistemische Qualität des Ergebnisses ist das problematisch, wenn dadurch bestimmte Sichtweisen nicht ausgearbeitet werden können oder gewissen Argumenten keine Beachtung geschenkt wird.

### **2.2.3 Faktoren für die epistemische Qualität bei Kleingruppendiskussionen**

Bei der Untersuchung von Diskursqualität haben Bächtiger und Hangartner (2010) Faktoren auf dem Level des Kontexts und der Handelnden identifiziert, die von Bächtiger u. a. (2014: 230ff.) genauer beschrieben wurden. Zusätzlich zu den bereits genannten Faktoren für die epistemische Qualität von Minipublics sollen im Folgenden zwei Arten von Faktoren herausgehoben werden: Die persönlichen Eigenschaften der Teilnehmenden und die Moderation und Aufgabenstellung bei Kleingruppendiskussionen.

#### **2.2.3.1 Deliberative Fähigkeiten und die Meinungsführer\*innenproblematik**

Die Bürger\*innen, die an Minipublics teilnehmen sind nicht alle gleich: Die Diversität ihrer Sichtweisen kann eine wichtige Quelle epistemischer Qualität sein. Die Unterschiede in den deliberativen Fähigkeiten der Teilnehmenden können aber durchaus auch ein Problem für die epistemische Qualität darstellen, besonders wenn sich herausstellen sollte, dass es Meinungsführer\*innen in Kleingruppendiskussionen gibt, an denen sich Teilnehmende besonders bei ihrer Meinungsbildung orientieren.

Meinungsführer\*innen sind in der Theorie Bürger\*innen, die im Vergleich zu den anderen etwas besser gebildet sind, schneller auf Veränderungen in ihrer Umwelt und auf rationale Argumente reagieren und die bei der Deliberation einen größeren Einfluss auf andere ausüben (vgl. Lustick und Miodownik 2000: 26). Im Kontext von Minipublics könnten Meinungsführer\*innen sich beispielsweise dadurch hervortun, dass sie oft als erste auf Fragen, Vorschläge oder Themen reagieren oder diese als erste einbringen. Dadurch, dass andere Teilnehmende die Beiträge akzeptieren und besonders oft darauf eingehen, lenken die Meinungsführer\*innen das Gespräch in eine bestimmte Rich-

tung: Themen und Argumente, die von Meinungsführer\*innen eingebracht oder angetrieben werden, würden viel ausführlicher behandelt als solche, die die Meinungsführer\*innen uninteressant finden. Wenn die Zeit bei der Kleingruppendiskussion begrenzt ist, können einige Themen und Argumente anderer Teilnehmender eventuell gar nicht mehr behandelt werden. Wenn es sich bei diesen Themen und Argumente um solche handelt, die nur Minderheiten in den Sinn kämen, dann könnte die Existenz von Meinungsführer\*innen sogar den Vorteil von diversen Gruppen zunichte machen. Dafür, dass so etwas in Minipublics existiert, sprechen empirische Untersuchungen zum Einfluss sozioökonomischer Eigenschaften von Teilnehmenden auf die Diskursqualität und die deliberativen Fähigkeiten der Teilnehmenden (vgl. Caluwaerts 2012; Gerber u. a. 2018; Han u. a. 2015; Himmelroos 2017; Steiner 2012). Hier sind an erster Stelle natürliche Eigenschaften wie *Alter und Geschlecht* zu nennen:

Wegen des *Alters* ging man ursprünglich davon aus, dass ein höheres Alter zu mehr politischer Erfahrung und dadurch zu höheren deliberativen Fähigkeiten führt (vgl. Bächtiger und Hangartner 2010: 616; Gerber u. a. 2018: 1098). In Minipublics scheint das Alter aber nur einen schwachen Einfluss zu haben (vgl. Gerber u. a. 2018: 1110), und zwar in der Richtung, dass jüngere Teilnehmende leicht erhöhte deliberative Fähigkeiten haben (vgl. Han u. a. 2015: 12; Himmelroos 2017: 19). Bezüglich des *Geschlechts* konnten inzwischen zusätzliche Untersuchungen zu denen von Karpowitz und Mendelberg (2014) zur Benachteiligung von Frauen in der Deliberation durchgeführt werden. So konnte Himmelroos (2017: 14) beispielsweise zeigen, dass Männer um 50% mehr Argumente in eine Diskussion einbringen als Frauen, was bedeuten könnte, dass die Ansichten von Frauen teils überhaupt nicht geäußert werden und nicht in die Deliberation einfließen. Die Ergebnisse von Parthasarathy u. a. (2019) weisen in eine ähnliche Richtung: In den von ihnen beobachteten Beteiligungsveranstaltungen in Indien sprachen Frauen für wesentlich kürzere Zeit als Männer, obwohl sie die Mehrheit der Anwesenden ausmachten. Es gelang ihnen außerdem seltener als Männern, dass Behörden auf ihre Fragen oder Anliegen antworteten, was darauf hinweist, dass es sich bei Männern häufiger um Meinungsführer handeln könnte als bei Frauen.

Eventuelle Meinungsführer\*innen könnten sich aber auch durch erworbene Eigenschaften auszeichnen. Faktoren dafür könnten der *Bildungsgrad* und das *Wissen oder Interesse am Thema* sein. Tatsächlich konnte für Menschen mit einem höheren Bildungsabschluss in Minipublics nachgewiesen werden, dass sie mehr Argumente einbringen (vgl. Himmelroos 2017: 14), Argumentationen von höherer Qualität, mehr Alternativvorschläge und mehr Argumente mit Bezug zum Gemeinwohl (vgl. Han u. a. 2015). Gerber u. a. (2018: 1110) konnten mit den ihnen zur Verfügung stehenden Daten zwar nicht den Effekt des Bildungsabschlusses nachweisen, haben aber herausge-

funden, dass die deliberativen Fähigkeiten von Menschen aus der Arbeiterklasse ebenfalls niedriger sind als die der anderen Teilnehmenden. Das bedeutet, dass man sich unter dem epistemischen Gesichtspunkt sorgen muss, dass die Perspektiven dieser Gruppen eventuell weniger Eingang in das Ergebnis der Minipublics finden. Zusätzlich zum Bildungsgrad hatte Himmelroos (2017) auch vermutet, dass das Themenwissen und das politische Interesse der Teilnehmenden einen positiven Einfluss auf die Anzahl und die Qualität der eingebrachten Argumente haben könnte. Tatsächlich nachweisen konnte er aber nur, dass Menschen mit einem hohen politischen Interesse mehr Argumente einbringen, was die Gefahr mit sich bringt, dass die Beiträge von Menschen mit niedrigem Interesse weniger gut gehört werden.

### **2.2.3.2 Moderation, Gesprächsformate und Zeitfenster**

Vermutungen über ungleich verteilte kommunikative Fähigkeiten haben längst die Runde gemacht und fließen in die Überlegungen zur Gestaltung von Minipublics mit ein. Die Moderation insbesondere hat häufig die Aufgabe, ungleiche Teilhabechancen auszugleichen, aber auch die Auswahl von Gesprächsformaten und Aufgabestellungen kann einen Einfluss auf die epistemische Qualität von Minipublics ausüben.

Bezüglich der *Gesprächsformate* gibt es seit längerem eine Diskussion darüber, ob konfrontative Formate der Kommunikation konsensorientierten Formaten vorzuziehen seien. Unter dem epistemischen Gesichtspunkt scheint Einiges dafür zu sprechen. So führt beispielsweise Manin (2005) an, dass Debatten als Formate helfen können, die Inkonsistenz von Positionen herauszuarbeiten, und dass sie es fördern, dass mehr und bessere Gründe für Positionen gesucht werden. In Laborexperimenten konnte außerdem gezeigt werden, dass Empfehlungen, die mit der Methode der *dialektischen Untersuchung* oder des *Teufelsadvokaten* produziert wurden, eine höhere Qualität hatten als Ergebnisse von konsensorientierten Methoden (vgl. Schweiger u. a. 1986). Bächtiger und Gerber (2014: 116) sprechen daher von einer "epistemological superiority of contestation". Diese Überlegenheit bezieht sich aber eventuell nur auf die Tiefe von Argumentationen, nicht auf die Bandbreite der einbezogenen Sichtweisen, weil es ebenfalls Hinweise darauf gibt, dass konfrontative Gesprächsformate die Motivation schmälern, weiter an einer Diskussion teilzuhaben (vgl. Schweiger u. a. 1986), und marginalisierte Gruppen unterdrücken (vgl. Beauvais 2018: 151).

Auch die Rolle der *Moderation* in Kleingruppen, die lange als unterbelichtet galt, wurde inzwischen erforscht (vgl. Dillard 2013; Landwehr 2014; Moore 2012). Neben Aufgaben aus der Rolle als Prozessbegleiter\*innen identifiziert Landwehr (2014: 79ff.) als Aufgaben der Moderation, den Diskurs zeitlich zu strukturieren, die Diskussionsregeln durchzusetzen, teils den Diskurs zu rationalisieren und zu entemotionalisieren, die ge-

sprächsinterne Inklusion von Teilnehmenden voranzutreiben, Gesagtes festzuhalten, zusammenzufassen und zu aggregieren und Entscheidungen zu treffen. Moore (2012: 147) beschreibt die Rolle der Moderation als „following from the front“. Damit meint er, dass die Moderation zwar eine Führungsrolle innehat, was das Einfordern der Einhaltung von Diskursregeln angeht, gleichzeitig aber den Teilnehmenden in den Inhalten folgen soll, die sie ansprechen. Die Moderation kann die Teilnehmenden aber auch dazu bringen, sich mit den Aussagen der anderen auseinanderzusetzen, sie dazu antreiben, zu einem abschließenden Ergebnis zu kommen und allgemein die Gesprächsdeliberativer machen (vgl. Dillard 2013: 218). Auch wenn die Rolle der Moderation ausführlich beschrieben wurden, so fehlen dennoch Studien über den Effekt, den die Moderation tatsächlich hat (vgl. Smith 2009: 198).<sup>10</sup>

Moderator\*innen sind mal mehr und mal weniger aktive Akteure in Gesprächen. Durch die Vielzahl an Rollen, die sie haben, gibt es eine noch größere Zahl an Strategien, die sie anwenden können, um ihre Rollen zu erfüllen, und Dillard (2013: 222f.) meint, dass sich Unterschiede vor allem in den angewandten Strategien bemerkbar machen. Zu diesen Strategien gehört unter anderem das Erzählen von Geschichten, das Framing des Problems vor einem bestimmten Hintergrund, der Versuch, freundlich oder lustig zu erscheinen, das Interpretieren von Beiträgen, das Spielen des Teufelsadvokaten, das Hervorlocken von Antworten, Verweise auf andere Beiträge und der Versuch, den Fokus des Gesprächs zu verschieben. Nach meinem Verständnis können alle diese Strategien einen Beitrag zur epistemischen Qualität des Minipublics liefern – soziale Strategien wie die Versuche, lustig zu sein auf eine indirekte Weise, indem sie eine Atmosphäre schaffen, in der es für bestimmte Personen einfacher ist, sich zu äußern.

Ein letzter wichtiger Faktor, der mit dem Design und Management von Kleingruppendiskussionen zusammenhängt, ist die Menge an Zeit, die für die Deliberation zur Verfügung steht. Warren und Gastil (2015: 568) schreiben, dass es keine exakte Formel gibt, um zu entscheiden, wie viel Zeit gebraucht wird. Es sei aber wichtig, dass sie ausreichend, um gut durchdachte Meinungen zu bilden. Es ist immer die Aufgabe der Moderation, auch unter Zeitdruck, Deliberation zu ermöglichen und zu Ergebnissen zu kommen, wodurch aber Habermas' Ideal der zwanglosen Deliberation verletzt wird (vgl. Moore 2012: 148). Die Frage, welchen Effekt dieses Arbeiten unter Zeitdruck auf die Qualität der Ergebnisse hat, wurde bisher noch kaum behandelt. Ich gehe in dieser Arbeit davon aus, dass Zeit für die Kompetenzentwicklung auf der Ebene der Individuen eine nicht zu ersetzende Ressource ist, weil es seine Zeit dauert, bis man ein Argu-

---

<sup>10</sup> Ausnahmen sind die Studie von Kuhar und Jeznik (2018) und existierende Studien zum Einfluss der Moderation bei Online-Deliberation (vgl. Trénel 2009; Wright 2009). Das IASS Potsdam fertigt derzeit ebenfalls eine vergleichende Studie über die Effekte verschiedener Formen von Moderation auf Kleingruppen an.

ment verstanden und verinnerlicht hat, um damit arbeiten zu können. Für die Ebene des Minipublics kann ein Mangel an Zeit aber teilweise durch eine große Anzahl parallel verlaufender Kleingruppen aufgefangen werden, die wahrscheinlich bei der Deliberation nicht alle mit den gleichen Problemen und Argumenten anfangen und sich daher ergänzen. Bei einer hohen Anzahl parallel verlaufender Kleingruppen kann also auch bei wenig Zeit eine große Menge an Argumenten gesammelt werden, deren Verarbeitung in der Entscheidungsphase aber nochmals besonders viel Zeit benötigt.

### **2.3 Kriterien zur Erhebung der epistemischen Qualität**

Bevor in den folgenden Kapiteln anhand der Diskursqualität die epistemische Qualität des Bürgerrat Demokratie erhoben werden kann, müssen zuerst noch aus dem bisher Gesagten Kriterien der epistemischen Qualität bei Minipublics abgeleitet werden. Zwar existieren bereits Kriteriensysteme für die Analyse von Minipublics, die eine epistemische Komponente enthalten – hier ist vor allem der DQI zu nennen, der für die Analyse von Parlamentsdebatten entwickelt wurde (vgl. Steenbergen u. a. 2003; Steiner u. a. 2004), inzwischen aber schon mehrfach auf Minipublics angewandt wurde (vgl. Gerber u. a. 2018; Han u. a. 2015; Himmelroos 2017) – diesen gelingt es aber in keinem Fall, die epistemische Qualität in einer Auflösung und Vollständigkeit zu erfassen, die es ermöglicht, daraus schwerwiegende Schlüsse über mögliche epistemische Funktionen von Minipublics zu ziehen (vgl. Friberg-Fernros und Schaffer 2017). Im Folgenden werden daher Elemente von Kriterien, die bereits in der Vergangenheit beschrieben wurden, aufgegriffen und zu einem vollständigeren Kriteriensystem zusammengesetzt. Da ein Minipublic nicht für sich beanspruchen kann, moralische Wahrheiten für die gesamte Bevölkerung festzulegen oder herauszuarbeiten, wird bei dieser Untersuchung ein Verständnis von epistemischer Qualität zugrunde gelegt, bei dem die Wahrheit von Bewertungen\* von der Erhebung ausgeklammert wird.

Die Kriterien, die zum Erheben der epistemischen Qualität anhand der *Diskursqualität* angelegt werden, sind andere als die, die angelegt werden, wenn man sich der epistemischen Qualität über Lerneffekte annähern will. Diese Lerneffekte resultieren zwar vermutlich meist aus den Gesprächen, doch werden Meinungsänderungen nur selten vernehmbar geäußert und können nur durch Befragungen der Teilnehmenden erhoben werden. Die epistemische Qualität an dem zu messen, was offen im Diskurs geäußert wird, ist dennoch ein wichtiger Ansatz, weil die deliberative Theorie schon immer davon ausging, dass der Austausch von Argumenten ein öffentlicher sein sollte (vgl. Elster 1997), und weil auch nur das, was offen geäußert wurde, für die anderen Menschen nachvollziehbar und eine kollektive Ressource ist. Als geeignete Kriterien, um die epistemische Qualität anhand der objektiv beobachtbaren Gespräche und Dokumente des



Prozesses zu beschreiben, werden in diesem Kapitel das *Argumentrepertoire* und die *interne Qualität der Argumente* entwickelt. Anhand des Argumentrepertoires kann sowohl erhoben werden, ob und wie sich der Raum der Argumente für und gegen bestimmte Handlungsoptionen im Minipublic erweitert hat, als auch, ob diese Argumente stark unausgewogen sind. Die Qualität einzelner Argumente hingegen wird mithilfe der Argumentationsanalyse (vgl. Brun und Betz 2016) erhoben und orientiert sich an der Vollständigkeit von Argumenten und der Wahrheit bzw. Akzeptabilität der Prämissen mit Blick auf angewandte Selektionsregeln.

### **2.3.1 Entwicklung des kollektiven Repertoires an Argumenten**

In Kapitel 2.1.2.4 wurde bereits erläutert, wie wichtig es für die epistemische Qualität eines Urteils ist, dass der Raum der Argumente vor einem Urteil möglichst voll erschlossen ist. Da der Bürgerrat als Minipublic mit epistemischer Funktion entweder selbst ein Urteil von beachtlicher epistemischer Qualität fällen soll oder aber Beiträge zur epistemischen Qualität des Urteils im gesamten politischen System liefern sollte, ist das Repertoire an Argumenten, das im Minipublic entsteht, ein wichtiges Kriterium dafür, ob das Minipublic eine epistemische Funktion erfüllen kann. Auf der Ebene von Individuen gab es bereits Ausarbeitungen zu einem *Argumentrepertoire* (vgl. Cappella u. a. 2002) und zu einem *Raum der Gründe* von individuellen Teilnehmenden (vgl. Maia u. a. 2018). Das Argumentrepertoire wird dabei definiert als „range of arguments people hold both in support of and against their favored position on a particular political issue or toward some political object.“ (Cappella u. a. 2002: 76). Entscheidend ist dabei die *Anzahl relevanter Gründe* für und gegen eine Position. In dem Wort *relevant* steckt bereits in Ansätzen ein Versuch, die Qualität der Argumente mit einzubeziehen, im Großen und Ganzen wird diese beim Argumentrepertoire jedoch ausgeklammert (vgl. Cappella u. a. 2002: 88). Maia u. a. (2018) wenden ein ähnliches Konzept als Raums der Gründe von Einzelpersonen auf Minipublics an: Sie erheben, wie viele Gründe für eine Position angeführt werden, und wie viele dagegen. Sie erheben aber auch zusätzlich, welche Personengruppe welche Gründe anführt und wie häufig welche Gründe in welcher Phase angeführt werden. Auf diese Weise kann die Ausgewogenheit der Argumente für und gegen eine Position festgestellt werden. Außerdem erheben Maia u. a. (2018) auf der Ebene des Individuums eine Veränderung der Gründe über die Zeit.

All diese Größen sind auch für die Forschungsfrage dieser Arbeit relevant und werden in das erste der beiden Kriterien mit aufgenommen – allerdings nicht auf der Ebene des Individuums, sondern als die *Entwicklung des kollektiven Repertoires an Argumenten*. Argumente werden dabei als kollektives Gut gesehen. Bei der Betrachtung dieses Kriteriums wird festgehalten, wie viele Argumente insgesamt bei einer Gruppe oder ei-

nem Minipublic für und wie viele gegen die zugrundeliegende Frage und einzelne Handlungsoptionen genannt werden, wobei eine niedrige Zahl an Argumenten für eine niedrigere epistemische Qualität spricht. Es kann auch die Ausgeglichenheit der Argumentation abgeleitet werden, wobei die Abwesenheit von Argumenten der Gegenseite als Indiz für eine niedrige epistemische Qualität eines Urteils gewertet wird. Hierbei ist zu beachten, dass bei einem Minipublic, das weniger experimentell ist als das von Maia u. a. (2018), meist mehr Handlungsoptionen und Fragen zur Disposition stehen. Um Rückschlüsse auf die epistemische Qualität eines Urteils in einer solchen Frage zuzulassen, muss das Argumentrepertoire jeweils auf eine solche Frage oder Handlungsoption bezogen werden. Es wird ebenfalls die Annahme übernommen, dass sich das Argumentrepertoire mit der Zeit verändern kann. Da in Minipublics ein Zusammenspiel von mehreren Ebenen stattfindet, ist vor allem interessant, inwiefern das Argumentrepertoire der Expert\*innen durch die Teilnehmenden aufgegriffen oder sogar erweitert wird, und inwiefern es gelingt, das vorhandene Argumentrepertoire für das Plenum festzuhalten und bei der Entscheidungsphase wieder zu aktivieren.

### **2.3.2 Qualität der Argumente**

Um aussagekräftig zu erheben, wie hoch die epistemische Qualität der Urteile beim Bürgerrat Demokratie war, genügt es nicht, zu beschreiben, wie viele Argumente hervorgebracht wurden und ob diese ausgewogen waren, sondern es muss auch etwas über die interne Qualität dieser Argumente gesagt werden. Bei diesem Kriterium folge ich Friberg-Fernros und Schaffer (2017), die zu diesem Zweck vorschlagen die *Vollständigkeit und Gültigkeit der Argumente* zu erheben. Ich ergänze die Beschreibung der Qualität der Argumente aber auch um die *Akzeptabilität der Prämissen*, gemessen an den für die Auswahl verwendeten Selektionsregeln. Die Details dieser Kriterien werden aus der politischen Argumentationsanalyse abgeleitet (vgl. Brun und Betz 2016).

Brun und Betz (2016) gehen davon aus, dass für die Analyse von Argumenten diese zunächst rekonstruiert werden müssen. Dabei gelten aus der Hermeneutik die Normen *Präzision* und *Wohlwollen*. Letztere beinhaltet, dass man, wenn es mehrere präzise Möglichkeiten gibt, eine Argumentation zu rekonstruieren, jene wählt, die das Argument am stärksten machen würde. So kann sichergestellt werden, dass Argumente nicht aus bösem Willen negativ evaluiert werden. Das aus dieser Rekonstruktion erwachsende Argument ist dann Gegenstand der Evaluation. Diese Rekonstruktion von Argumenten ist auch nötig, denn Friberg-Fernros und Schaffer (2017) erkennen an, dass in Minipublics selten alle Prämissen und Inferenzen in einer Argumentation explizit gemacht werden. Dass etwas fehlt, kann erst im Vergleich zum rekonstruierten Argument festgestellt werden. Eine solche *Unvollständigkeit des Arguments* ist ein Teilkriterium für eine negative Evaluation. Ausnahme sind so genannte Enthymeme, die, obwohl sie formal

schwach sind, eine starke Wirkung haben, weil sich alle Anwesenden aus dem Kontext die fehlenden Teile des Arguments erschließen können (vgl. Brun und Betz 2016).

Ein zweites Teilkriterium ist die *Gültigkeit und Stärke der vorgenommenen Inferenzen*. Wenn sich aus dem Gesagten eine vollständige Argumentation rekonstruieren lässt, dann können auch die Inferenzregeln untersucht werden, die für das Argument angewandt werden. Im Fall von deduktiven Inferenzen gibt es eine Reihe von gültigen Schlussmustern, deren Einhaltung für eine *formelle Gültigkeit* überprüft werden kann (vgl. Brun und Betz 2016). Im Fall von nicht deduktiven Schlüssen hingegen kann durch Interpretation der Beobachter nur eine *Stärke* des Argumentationsmusters evaluieren. Auch diese kann aber häufig unter Berufung auf anerkannte Prinzipien evaluiert werden. Beispiele hierfür sind quasi-logische Schlüsse wie *Wenn A besser ist als B, dann ist B schlechter als A* und Anwendungen von Regeln der Kausalität.

Das Kriterium, das die Menge der Gründe und deren Gültigkeit umfasst, nennen Friberg-Fernros und Schaffer (2017) *support adequacy*. Sie erkennen allerdings selbst, dass dieses Kriterium nur eine notwendige, aber keine hinreichende Bedingung für epistemische Qualität ist und dass für eine tiefer gehende Evaluation auch die Plausibilität der Prämissen geprüft werden müsste. Um Uneinigkeit über externe Standards zur Evaluierung der Plausibilität von Prämissen aus dem Weg zu gehen, belassen sie es aber bei dieser formellen Evaluation und schlagen als Annäherungen an die *inhaltliche Gültigkeit* der Prämissen vor, die Cross-Inferenz-Konsistenz der angenommenen Prämissen untereinander zu testen. Dieser Ansatz ist aber nicht nur äußerst aufwändig, sondern er ist im Fall von Bürgerbeteiligungsverfahren wohl auch aussichtslos, weil von den Teilnehmenden nur selten eine so vollständige Beschreibung der Welt vorgenommen werden dürfte, dass sich Inkonsistenzen zeigen. Deswegen muss die Qualität der Prämissen als Unterkriterium auf eine andere Art und Weise erhoben werden.

Brun und Betz (2016) meinen, dass zur Argumentationsanalyse auch die Untersuchung gehört, ob die Prämissen *wahr* oder *akzeptabel* sind. Die Gültigkeit jeder Prämisse könnte in einem eigenen Diskurs geklärt werden, und es steht einem einzelnen Beobachter nicht zu, über deren Wahrheit zu urteilen, solange nicht eindeutig geklärt ist, anhand welches externen Standards man die Wahrheit der Prämissen bestimmen kann. Deswegen wird in dieser Arbeit versucht, sich der Qualität der Prämissen über ihre Akzeptabilität und die Akzeptabilität der für sie angewandten Selektionsregeln anzunähern. Für die Akzeptabilität von *Bewertungen\** wird als Kriterium erhoben, ob man sich bei diesen Bewertungen\* und Argumenten auf Werte bezieht, die auch andere teilen können, oder nicht. Das passt zu der Erhebung der Gemeinwohlorientierung von Argumenten im DQI, bei der unterschieden wird, ob sich ein Argument nur auf Vor- oder

Nachteile der eigenen Gruppe bezieht, auf die Vor- und Nachteile einer anderen Gruppe oder das Gemeinwohl (vgl. Maia u. a. 2018: 409), und dazu, dass schon Cappella u. a. (2002: 77) Argumente, die sich nur auf die eigenen Präferenzen oder persönliche Freundschaften beziehen, teils für irrelevant erklären.

Um die Wahrheit von Behauptungen über *empirische Fakten oder Zusammenhänge* herauszuarbeiten, könnten theoretisch Recherchen vorgenommen werden. Da das Thema des Bürgerrats zu großen Teilen das Gleiche ist wie das Thema dieser Arbeit, sollte es mir als Autor sogar besonders leicht fallen, Quellen zu zitieren, die die Wahrheit oder Falschheit einer Behauptung belegen. Dieser Schritt ist allerdings sehr aufwändig, und einige Probleme des politischen Fact-checking (vgl. Uscinski und Butler 2013) bei Aussagen über Zusammenhänge und Vorhersagen für die Zukunft würden auch hier bestehen. Um Transparenz und eine gewisse Objektivität bei der Evaluierung der Prämissen zu gewährleisten, wird anstatt dessen für deren Akzeptabilität in zwei Schritten erhoben, welche Selektionsregeln angewandt wurden, um eine Behauptung zu stützen und ob diese Selektionsregel für die Art der Behauptung geeignet ist. Derzeit gibt es noch keine vollständigen Aufstellungen darüber, welche Arten von Selektionsregeln für welche Arten von Fragen als akzeptabel gelten. Webler (1995: 68) hat aber bereits erwähnt, dass das Ideal bei Faktenbehauptungen ein wissenschaftlicher Konsens oder ein Konsens von Personen mit lokalem Wissen wäre (wenn es sich um lokales Wissen handelt), dass aber auch der Ruf der Person mit der Behauptung eine akzeptable Selektionsregel sein könnte, um zu entscheiden, ob das Wissen akzeptiert werden soll. In Minipublics kann Wissen selten vor Ort überprüft werden, und Vertrauen spielt eine wichtige Rolle. Tatsächlich schlagen Friberg-Fernros und Schaffer (2017) etwas Ähnliches vor, wenn sie Argumente, die von einer einzelnen Expertenmeinung übernommen werden, als mittelmäßig stark einstufen.

## **2.4 Hypothesen zur epistemischen Qualität beim Bürgerrat**

Nach den vorangegangenen Ausführungen zur internen Funktionsweise von Minipublics und zum Wesen und der Erhebung epistemischer Qualität, können nun begründete Hypothesen darüber aufgestellt werden, wie die anfangs formulierten Forschungsfragen F1 bis F6 vermutlich zu beantworten sind. Mit der Formulierung dieser Hypothesen wird einer Forderung von Mutz (2008) nachgekommen, damit anschließend überprüft werden kann, zu welchen Ergebnissen Deliberation führt. Zur Frage F1 wird auf Grundlage des Diversity-Trumps-Ability-Theorems formuliert:

*H1: Es entsteht im Bürgerrat Demokratie in den Kleingruppendiskussionen eine beachtliche Anzahl an EEQ, die nicht bereits als Experteninputs an die Teilnehmenden herangetragen wurden.*

Weil innerhalb von Minipublics EEQ nur dann im Output des Prozesses ankommen, wenn sie mehrere Hürden nehmen, wird bezüglich F2 von Folgendem ausgegangen:

*H2: Es befindet sich nur ein kleiner Teil der EEQ, die während des Bürgerrats geäußert werden, auch im Output wieder. Einige Themen und Handlungsoptionen werden im Ergebnis fehlen.*

Es ist bekannt, dass Argumente bei Minipublics selten voll ausformuliert werden (vgl. Adams 2014). Bei einem Minipublic wie dem Bürgerrat Demokratie stehen außerdem nur begrenzte Möglichkeiten zur Recherche zur Verfügung, und auch Zeit ist ein limitierender Faktor. Weil aber davon ausgegangen wird, dass in deliberativen Minipublics anerkannte Selektionsregeln für die Gültigkeit von Prämissen und Argumenten angewandt werden und weil von Minipublics gut informierte Empfehlungen erwartet werden, werden folgende Hypothesen formuliert:

*H3a): Die epistemische Qualität der EEQ in den Kleingruppendiskussionen ist im Durchschnitt relativ niedrig.*

*H3b): Die epistemische Qualität der EEQ, die von der Ergebnissicherung festgehalten werden und in die Empfehlungen einfließen, ist relativ hoch.*

*H3c): Die epistemische Qualität von Urteilen im Output des Bürgerrats ist hoch.*

Bezüglich der Forschungsfragen F4, F5 und F6 lassen sich nur bedingt Hypothesen aufstellen, die auch empirisch überprüfbar sind. Das liegt daran, dass einige Elemente in Minipublics, denen nachgesagt wird, einen Einfluss auf die epistemische Qualität zu haben, sich nur schwer operationalisieren lassen (z.B. Moderation und Modus der Gesprächsführung) und dass sich noch schwerer abschätzen lässt, auf welche Beiträge in der Umgebung eine bestimmte Strategie der Moderation einen Einfluss hatte. Eine Ausnahme stellen als Faktoren die persönlichen Eigenschaften der Teilnehmenden dar, zu denen folgende Hypothesen aufgestellt werden:

*H4: Teilnehmende mit a) höheren Bildungsabschlüssen, b) männlichem Geschlecht und c) mehr politischem Interesse tragen eine größere Zahl an EEQ zur Diskussion bei. d) Diesen Personen gelingt es als Meinungsführer\*innen außerdem besonders häufig, Thema und Gegenstand der Diskussion zu bestimmen.*

Um festzustellen, ob auch die Art der Gesprächsführung, die Aufgabenstellung und die Moderation einen Einfluss auf die Entstehung von EEQ und ihre Weiterleitung im Prozess gehabt haben könnten, wird eine ungerichtete qualitative Untersuchung vorgenommen. Dass ein Zusammenhang besteht, wird aber insbesondere von der Unterscheidung zwischen konsensualen und kontestatorischen Diskussionsformen von Bächtiger und Gerber (2014: 118f.) nahegelegt.

### **3 Datengrundlage und Methodik**

Bei der Untersuchung von deliberativen Prozessen wurden bisher zwei grundsätzlich voneinander verschiedene Ansätze beschrieben: Der Input-Output-Ansatz und der Prozess-basierte Ansatz (vgl. Bächtiger 2018: 658). Der Input-Output-Ansatz untersucht, ob der Input eines Prozesses den Regeln der deliberativen Theorie entspricht (ob also eine repräsentative Auswahl an Stimmen gehört wurde) und ob sich im Output Effekte zeigen, die von Deliberation erwartet werden (z.B. Meinungsänderungen und Lerneffekte). Dieser Ansatz alleine ist aber problematisch, weil wir darin nichts über die Interaktionen der Menschen erfahren, die zu einem bestimmten Output führen (vgl. Ryan und Smith 2014: 22). Der Prozess-basierte Ansatz versucht diese Lücke zu schließen und untersucht daher, was in der Blackbox Minipublic genau geschieht und ob die beobachteten erwünschten Effekte auch tatsächlich auf Elemente der Deliberation zurückgeführt werden können. Dabei werden oft qualitative Gesprächsdaten über einen Prozess des Kodierens quantifiziert. Ein Beispiel hierfür ist die Arbeit von Gerber u. a. (2018), in der mithilfe des modifizierten Diskursqualitätsindex nach Steenbergen u. a. (2003) nachgewiesen werden konnte, dass Meinungsänderungen als Ergebnis tatsächlich häufiger auftreten, wenn innerhalb des Prozesses von den Teilnehmenden mehr Gründe angeführt wurden. Auch in dieser Arbeit wird ein Prozess-basierter Ansatz verfolgt, weshalb auch methodische Anleihen vom DQI und dem Kodierschema nach Stromer-Galley (2007) gemacht werden. Für diese Arbeit müssen deren meist formale Kategorien für die Untersuchung von Diskussionen aber noch erweitert werden, weil Elemente fehlen, um zu beurteilen, ob die gegebenen Gründe die Konklusionen auch stützen (vgl. Friberg-Fernros und Schaffer 2017). Zur Beantwortung der Forschungsfragen und Überprüfung der Hypothesen werden in dieser Arbeit Gesprächsdaten vom Bürgerrat Demokratie ausgewertet und mit Angaben aus der Teilnehmendenbefragung verbunden, die während der Evaluation des Bürgerrats durchgeführt wurde. Das Bild wird ergänzt durch den Abgleich mit Dokumenten der Ergebnissicherung, die die Organisator\*innen des Bürgerrat Demokratie zur Verfügung gestellt haben. Im Folgenden werden die Details der Datenerhebung und der anschließenden Analyse beschrieben.

#### **3.1 Der Bürgerrat Demokratie und die erhobenen Daten**

Der Bürgerrat Demokratie ist ein von der NGO *Mehr Demokratie e.V.* initiiertes Minipublic, das im Jahr 2019 von Prozessgestalter\*innen vom *nexus Institut* in Zusammenarbeit mit der *IFOK GmbH* durchgeführt wurde. Der zentrale Prozessabschnitt des Bürgerrats fand an vier Tagen im September 2019 statt (13., 14., 27. und 28. September). Zu diesem Prozessabschnitt wurden 160 Teilnehmende aus ganz Deutschland über eine Zufallsauswahl eingeladen, wobei kontrolliert wurde, dass die zugelassenen Teil-

nehmenden nach Kriterien wie Geschlecht, Alter und Gemeindegröße repräsentativ für die deutsche Gesamtbevölkerung sind. Eine geographische und sozioökonomische Repräsentativität konnte so weitgehend hergestellt werden, aber es gab Verzerrungen bei den Bildungsabschlüssen und den Demokratie-bezogenen Einstellungen der Teilnehmenden im Vergleich zur Gesamtbevölkerung (vgl. Geißel u. a. 2019: 14ff.). Während der vier Tage des Verfahrens wurden sieben verschiedene Themenfelder behandelt: *die Herausforderungen der Demokratie, Repräsentation, Lobbyismus/Transparenz, Bürgerbeteiligung, Online-Beteiligung, direkte Demokratie und die Kombination aus direkter Demokratie und Bürgerbeteiligung*. Für jedes dieser Themenfelder gab es ein bis zwei Input-Einheiten durch neutrale Expert\*innen oder durch die Gegenüberstellung von Befürworter\*innen und Gegner\*innen im Plenum im Wechsel mit ein bis zwei Diskussionsrunden in Kleingruppen. Die Kleingruppen bestanden aus jeweils sechs bis acht Teilnehmenden und wurden zu Beginn jeden Tages zufällig neu zusammengesetzt. Jede Kleingruppe wurde von einer professionellen Moderator\*in begleitet, die den Auftrag hatte, die Gesprächsrunden mit vorgegebenen Fragen zu eröffnen, die Einhaltung von Diskussionsregeln einzufordern und die Teilnehmenden mit der Methode der *Dynamic Facilitation* zu unterstützen. Eine Moderationsassistenz unterstützte das Festhalten der Ergebnisse und sendete diese an ein Redaktionsteam, das die Ergebnisse aller Tische zusammenstellte. Am letzten Tag des Bürgerrats gab es zusätzlich auch eine lange Diskussionsrunde in Kleingruppen, um Empfehlungen zu erarbeiten, und eine abschließende Abstimmung über die Empfehlungen im Plenum.

Für die Untersuchung des Bürgerrats wurde aus den 23 Kleingruppen eine Stichprobe von jeweils zwei Kleingruppen zufällig ausgewählt und parallel aufgezeichnet, sodass zwei Mal elf Stunden Tonmaterial von den Kleingruppen für die Analyse zur Verfügung stehen. Dazu kommen knapp sieben Stunden Videomaterial von den Inputs der Expert\*innen, die auf der Prozesswebseite zur Verfügung gestellt werden. Die Aufnahmen aller Gespräche wurden ähnlich wie bei vergleichbaren Studien (vgl. Caluwaerts und Kavadias 2014) Wort für Wort transkribiert, ohne dabei Vermerke über Pausen und den Ausdruck der Sprecher\*innen zu machen. Wegen des großen Umfangs der Daten konnten nicht alle Aufnahmen im Rahmen dieser Arbeit ausgewertet werden. Um die Entwicklung von Argumenten und anderen EEQ über den Prozess hinweg verfolgen zu können, wurde mit dem Thema Bürgerbeteiligung daher genau ein Themenfeld des Bürgerrats zur genaueren Untersuchung ausgewählt. Das für diese Arbeit genutzte Datenmaterial besteht aus einer Sequenz von (1) einem kurzen Experteninput von ca. 20 min Länge, (2) zwei kurzen parallel verlaufenden Gesprächsrunden, in denen Fragen an die Experten gesammelt werden sollten (ca. 30 min), (3) einer längeren Einheit, in der die Experten die Fragen beantworteten (75 min), (4) zwei längeren parallel ver-

laufenden Kleingruppendiskussionen, bei denen Argumente, Ideen und Empfehlungen zum Thema Bürgerbeteiligung erarbeitet werden sollten (45 min), (5) der Ergebnissicherung der Kleingruppen zu diesem Thema in Dokumentenform, (6) zwei parallel verlaufenden Diskussionen zur Erarbeitung von Empfehlungen (100 min) und (7) den Empfehlungen, wie sie im Bürgergutachten Demokratie veröffentlicht wurden.

Innerhalb dieser beobachteten Prozessschritte wurden drei verschiedene Experten beobachtet, drei unterschiedliche Moderator\*innen und 27 Teilnehmende, die in vier verschiedenen Zusammensetzungen an den Tischen saßen (eine Person war zweimal vertreten). 22 dieser 27 Teilnehmenden haben in der Befragung durch die Evaluation Angaben zu ihrem Alter, Geschlecht, Schulabschluss und ihrem politischen Interesse gemacht, sodass ihre Beiträge in der Diskussion mit diesen Größen in Verbindung gesetzt werden können. Dabei handelt es sich um 12 Frauen und 10 Männer. Mit rund 68% dieser Teilnehmenden im Alter zwischen 41 und 65 Jahren, rund 73%, die eine Fach- oder Hochschulreife haben und knapp 55% der Teilnehmenden, die ein starkes oder sehr starkes Interesse an Politik haben, sind die beobachteten Teilnehmenden nach diesen Kriterien aber weder für die Gesamtbevölkerung noch für den Bürgerrat Demokratie als Ganzes repräsentativ (siehe Tabelle 7 im Anhang). Es ist daher davon auszugehen, dass an nicht beobachteten Tischen mit anderen Zusammensetzungen auch abweichende Gesprächsdynamiken zu beobachten waren. Die Ergebnisse aus dieser Untersuchung können dennoch wichtige Erkenntnisse liefern: Zwar können aus den beobachteten Kleingruppen alleine kaum allgemeinen Gesetzmäßigkeiten über Gespräche bei Minipublics abgeleitet werden, aber es können Erkenntnisse gesammelt werden, welche Prozesse sich tatsächlich bei Gesprächsrunden von Minipublics abspielen und was tatsächlich in manchen Fällen mit den EEQ aus den einzelnen Prozessschritten geschieht. Diese Erkenntnisse können teils auch für sich alleine stehend schon relevant für manche angenommenen Funktionen von Minipublics sein und können zusätzlich in ein Verhältnis zu bekannten Ergebnissen gesetzt werden.

### **3.2 Inhaltsanalysen und Intrakoder-Übereinstimmung**

Bei der Auswertung der Daten wurde unterschiedlich vorgegangen, je nachdem, um welchen Schritt des Prozesses und welche Art von Dokument es sich handelt: Für die Analyse der Transkripte von Experteninputs und Kleingruppendiskussionen wurden zunächst detaillierte Inhaltsanalysen mithilfe eines Kodierbuchs in der Software MAXQDA 2020 durchgeführt, bevor relevante EEQ für verschiedene Themen extrahiert wurden. Aus den wesentlich kürzeren und übersichtlichen Dokumenten der Ergebnissicherung und dem abschließenden Bürgergutachten wurden die verwendeten EEQ hingegen direkt extrahiert und mit den EEQ aus den Kleingruppendiskussionen verglichen. Ziel der



Inhaltsanalysen war es, Phänomene epistemischer Qualität und mögliche Faktoren für die epistemische Qualität zu identifizieren und zu quantifizieren. Den Inhaltsanalysen der Kleingruppengespräche und Experteninputs lag kein besonderer theoretischer Ansatz, wie beispielsweise die *grounded theory* zugrunde. Vielmehr war ein Großteil der für die Analysen verwendeten Kodes schon von vorneherein festgelegt und wurde aus der Literatur und theoretischen Überlegungen deduktiv abgeleitet. Dabei wurde dem Schema der deduktiven Kategorienanwendung nach Mayring (2000) und Brosius u. a. (2016: 153ff.) gefolgt: Auf Grundlage des Forschungsinteresses und der theoretischen Literatur über die Funktionsweise von Kleingruppendiskussionen wurde zunächst ein Kategoriensystem mit mehreren Aspekten, Kodes und Sub-Kodes entwickelt. All diese Kodes wurden in einem Kodierleitfaden beschrieben und vorläufig voneinander abgegrenzt. Dann wurde Ende Mai 2020 ein Pretest durchgeführt, in dem das vorläufige Kodiersystem auf ca. 5% des insgesamt zu analysierenden Textes angewandt wurde. Wann immer hierbei Probleme bei der Abgrenzung von Kodes untereinander auftraten oder Textpassagen aufgrund fehlender Kodes nicht zugeordnet werden konnten, wurde das Kategoriensystem angepasst und die Definition der Kategorien geschärft. Anschließend wurde das gesamte Textmaterial in chronologischer Reihenfolge kodiert.

Aus den theoretischen Vorüberlegungen und dem Pretest ergab sich für diese Arbeit ein komplexes Kodierschema: Auf drei verschiedenen Ebenen wurden sechs Aspekte untersucht, die ihrerseits wiederum mithilfe von 21 Kodes und 86 Sub-Kodes beschrieben wurden. Die Definition der Kodes orientiert sich weitgehend an den Kodes von Stromer-Galley (2007), Dillard (2013) und dem modifizierten DQI (vgl. Gerber u. a. 2018), wurde aber teilweise noch durch eigene Kodes und Definitionen ergänzt. Die dazu gehörigen finalen Kodieranweisungen sind zu zahlreich, um sie alle an dieser Stelle zu erläutern und zu begründen, sie können aber im Kodierhandbuch im Anhang eingesehen werden. An dieser Stelle sollen dennoch einige grundlegende Entscheidungen für dieses Kodierschema dargelegt und begründet werden.

Eine grundlegende Entscheidung beim Kodieren der Texte war die Wahl einer Ebene der Analyse. Die Wahl der Analyseebene ist wichtig, weil sie festlegt, auf welcher Ebene Phänomene identifiziert und miteinander verglichen werden können (vgl. Brosius u. a. 2016: 166) und immer auch eine Reihe von Analyseproblemen mit sich bringt. Beim bereits erwähnte DQI beispielsweise werden Kodierungen immer auf der Ebene der Redebeiträge vergeben. Das hat zur Folge, dass eine Kodierung immer die Frage beantwortet, ob der Redebeitrag einer Person eine bestimmte Eigenschaft oder einen bestimmten Inhalt hat. Damit lassen sich sehr gut Fragen beantworten, die die Fähigkeiten oder Aktivitäten von Teilnehmenden betreffen, es ist jedoch nicht möglich, nur bestimmte Teile von Redebeiträgen zu extrahieren und direkt gegenüberzustellen.

Weil Teilnehmende in einem einzelnen Redebeitrag manchmal mehrere Themen ansprechen, ist es bei einer solchen Kodierweise beispielsweise nicht möglich, die Frage zu beantworten, was oder wie viel eine Person genau zu einem Thema gesagt hat. Phänomene, die sich über mehrere Redebeiträge hinweg entwickeln, stellen ebenso ein Problem dar, weil man sich entscheiden muss, welchem Redebeitrag man den kodierten Inhalt zuordnet, um ihn nicht doppelt zu zählen.

Eine Alternative stellt das Vorgehen von Stromer-Galley (2007) dar, bei dem Phänomene auf der Ebene von *Thoughts*, bzw. *Gedanken* kodiert werden. Ein Gedanke kann beispielsweise aus einem Argument bestehen, aus der Antwort auf eine Frage, aus einer Geschichte oder einer Zusammenfassung des Gesagten. Der Pretest hat jedoch gezeigt, dass sich einzelne EEQ, die in dieser Arbeit untersucht werden sollten, häufig sogar auf einer noch niedrigeren Ebene befinden und dass teilweise mehrere EEQ in einem einzelnen Gedanken stecken. Gleichzeitig gibt es auch Phänomene wie Themen, Frames oder Strategien, die sich auf einer höheren Ebene befinden und die ihrerseits mehrere Gedanken beinhalten können. Das Kodierschema, das verwendet wurde, erkennt die Vielzahl dieser Phänomene an, genauso wie die drei unterschiedlichen Ebenen, auf denen sie auftreten können. Um der Tatsache gerecht zu werden, dass einzelne Gedanken und EEQ manchmal durch Zwischenrufe anderer Personen unterbrochen werden können, bevor sie von einer Person wieder aufgegriffen werden, wurde außerdem für Codes, bei denen nicht nur der Abdeckungsgrad, sondern auch die Häufigkeit von Interesse ist (Argumente, Faktenaussagen und Ideen), jeweils ein Sub-Kode eingeführt, der verwendet werden kann, wenn ein Argument, eine Aussage oder Idee ausgearbeitet wird, die zuvor an anderer Stelle bereits begonnen wurde. Auf diese Weise können anschließend sowohl Analysen auf den Ebenen der Kodierungen durchgeführt werden als auch Daten auf die Ebene der Redebeiträge, der Teilnehmenden und ganzer Gespräche oder Prozessabschnitte aggregiert werden.

Auf der obersten Ebene wurden beim Kodieren verschiedene Themen voneinander unterschieden. Hierbei wurde den Anweisungen von Stromer-Galley (2007) gefolgt und zwischen *Process Talk*, *Metatalk*, *Social Talk* und *Problem Talk* unterschieden, wobei es sich nur bei der letzten Art von Rede tatsächlich um inhaltliche Beiträge zu einem Thema des Bürgerrats handelt. Diese thematischen Beiträge werden beim Kodieren direkt einem oder mehreren Themen zugeordnet, um die es dabei inhaltlich ging. Die meisten Themen waren schon aus dem Pretest und den theoretischen Überlegungen bekannt. Genau wie bei Fereday und Muir-Cochrane (2006) wurden die bereits vorhandenen Codes für Themen im Bereich Bürgerbeteiligung teils aber noch induktiv erweitert, wenn thematische Beiträge auftraten, die eindeutig nicht zu den bereits vorhandenen Themen passten. *Process Talk*, *Metatalk*, *Social Talk* und thematische Beiträge,

die abseits vom Thema des Bürgerrats sind, wurden beim Kodieren als *off-topic* klassifiziert und in den folgenden Kodierschritten nur noch berücksichtigt, wenn sie für die epistemische Qualität des Geschehens von Relevanz sein könnten. Bei Experteninputs sind diese *off-topic*-Beiträge so wenig relevant für die epistemische Qualität in den späteren Diskussionen, dass sie überhaupt nicht kodiert wurden. Bei allen Beiträgen außer dem von Expert\*innen wurde auf dieser obersten Ebene ebenfalls kodiert, wenn mit einem Beitrag ein Thema zum ersten Mal innerhalb eines Gespräches angesprochen wird oder wenn es zum ersten Mal seit längerer Zeit wieder eingebracht wird, weil das Einbringen eines Themas Hinweise darauf liefern könnte, ob es Meinungsführer\*innen in einer Gesprächsrunde gibt. Ähnliche Unterscheidungen werden in anderen Arbeiten mit Inhaltsanalysen mit einer noch größerer Detailtiefe getroffen (vgl. Morgan und Hoffman 2018), die aber für die vorliegende Forschung nicht benötigt wird.

Auf der nächst größten Analyseeinheit unterhalb der Themenebene befinden sich an manchen Stellen im Text *Frames und Strategien*. Diese können mehrere Gedanken umfassen und sind laut Dillard (2013) bei manchen Formen der Moderation von Kleingruppen zu erwarten. Sie wurden nach der Beschreibung von Dillard überall dort kodiert, wo sie dem Kodierer auffallen. Weil für das Erkennen solcher Frames und Strategien aber eine gewisse Interpretationsleistung erbracht werden muss, wird davon ausgegangen, dass lange nicht alle Frames und Strategien so auch gefunden werden können. Diese Kategorien sind deshalb nicht für quantitative Analysen geeignet, sondern dienen als Hinweise für unangemessenes Verhalten, wenn Frames von Moderator\*innen oder Expert\*innen manipulativ wirken könnten, und als Ansatzpunkte für qualitative Untersuchungen darüber, welche Effekte angewandte Redestrategien wie das Spielen des Teufelsadvokaten tatsächlich auf folgende Beiträge haben.

Auf der *Ebene der Gedanken* lassen sich innerhalb der Kleingruppendiskussionen fast alle Teile der Redebeiträge kodieren. In dieser Arbeit wurden allerdings Segmente mit unverständlichen Beiträgen, Beiträge aus dem Process Talk, Social Talk und über andere Themen, die nichts mit Bürgerbeteiligung zu tun haben, als irrelevant außen vor gelassen, und es wurden nur Segmente auf dieser Ebene kodiert, die inhaltlich zum Problem Talk gehören, und Teile des Metatalk, von denen ein Einfluss auf die folgende Diskussion erwartet wurde. Auf dieser Ebene lassen sich am einfachsten *Fragen* identifizieren. Diese werden kodiert, weil davon ausgegangen wird, dass sie bei den anderen Teilnehmenden Antworten hervorrufen können, die EEQ enthalten. Besonders bei kritischen Nachfragen werden als Antworten bessere Begründungen erwartet. Auch von der Moderation werden von Stromer-Galley (2007) in manchen Fällen Gedankentypen erwartet, die die Teilnehmenden dazu bringen sollen, ihre Diskussion zu beschleunigen, abubrechen oder zurück zum Thema zu kommen (genannt „off-topic move“).

Diese werden als besondere Ausprägungen von *Metatalk-Gedanken* kodiert und sind interessant, um den Stil der Moderation beschreiben zu können. Auf der Ebene der Gedanken werden ebenfalls *Geschichten* kodiert, die Personen beispielsweise erzählen, um Informationen zu transportieren, Positionen zu unterstützen oder auf ein Problem hinzuweisen, weil davon ausgegangen wird, dass sie den Gang der Diskussion beeinflussen können. Auch die Möglichkeit von *narrative claims* nach Polletta und Lee (2006: 707) wurde hier offen gelassen, aber später aus der Analyse wieder entfernt, weil EEQ, wenn sie in einer Geschichte enthalten waren, getrennt kodiert wurden.

Problematischer als die bisher genannten Gedanken-Typen sind *Argumente* und *Zusammenfassungen*, weil sie häufig eng verbunden sind mit den EEQ, die sie enthalten. Bei Zusammenfassungen wird zwischen sachlichen Zusammenfassungen und Interpretationen unterschieden, weil letztere laut Dillard (2013) im Fall der Moderation ein Anzeichen für einen involvierten Moderationsstil sein können und weil solche Interpretationen, wenn sie nicht mit der Absicht der betroffenen Teilnehmenden abgeglichen werden, ein Hinweis für unangemessene Manipulationen des Gesprächs durch Framing sein können. EEQ werden innerhalb von Zusammenfassungen nicht noch einmal kodiert, weil es sich nur um Wiederholungen handeln kann. Argumente müssen hingegen kodiert werden, weil sie das Phänomen sind, das laut der deliberativen Theorie Menschen vor allem davon überzeugen soll, ihre Meinung zu ändern. Weil sich beim Pretest gezeigt hat, dass Argumente in Kleingruppendiskussionen selten an einem Stück so detailliert ausgeführt werden, dass man ihre Vollständigkeit und Schlüssigkeit beurteilen könnte, wird auf Codes der Qualität von Argumenten verzichtet. Anstatt dessen wird kodiert, ob es sich bei dem Beitrag um ein neues Argument handelt, ein altes Argument, das wieder aufgegriffen wird, oder die Ausarbeitung eines alten Arguments (wobei neue EEQ hinzugefügt werden). Die von Stromer-Galley verwendete Gedankeneinheit der *Meinung* wird in dieser Arbeit nicht kodiert, weil sie zu ungenau ist und vollständig durch die Codes der verschiedenen EEQ ersetzt wird: Schließlich kann eine Meinung darin bestehen, dass ein bestimmter Sachverhalt vorliegt, darin, dass etwas sein sollte, darin, dass eine Idee bedenkenswert ist, oder in einer Kombination davon.

Auf der nächsten Ebene werden drei Arten von EEQ unterschieden: *Aussagen und Annahmen über Fakten und Zusammenhänge*, *Bewertungen\* / normative claims* und *Ideen*. Wieder wird, um relevante EEQ nach Möglichkeit schnell aus einer Reihe von Wiederholungen identifizieren zu können, zwischen EEQ unterschieden, die gerade zum ersten Mal geäußert werden, EEQ, die zum ersten Mal in diesem Gespräch angesprochen werden, die aber schon in einem vorangegangenen und allen zugänglichen Prozessschritt zur Sprache gebracht wurden, und EEQ, die einfach nur Wiederholungen von dem darstellen, was andere in der gleichen Gesprächsrunde schon gesagt ha-

ben. Diese Unterscheidung ist auch potenziell hilfreich, um Meinungsführer\*innen zu identifizieren. Auf dieser Ebene werden ebenfalls Qualitäten kodiert, die den EEQ zugeordnet werden können. Die Kategorien zur Bewertung der EEQ sind aber unterschiedlich, je nachdem, um welche Art von EEQ es sich handelt:

Bei Bewertungen\* und Ideen wird zunächst kodiert, ob bei dem EEQ eine Ausrichtung vorliegt, die *für Bürgerbeteiligung* auf Bundesebene spricht oder *dagegen*, oder ob das EEQ nur dann Sinn ergibt, wenn die *Idee von Bürgerbeteiligung auf Bundesebene bereits akzeptiert* wurde. Ideen und Bewertungen, die sich mit anderen Fragen beschäftigen und daher *neutral* sind, sind ebenfalls als solche zu kodieren. Diese Kodierungen sollen helfen, um auf Grundlage der Ausgewogenheit der EEQ zur grundlegenden Frage der Bürgerbeteiligung auf Bundesebene Rückschlüsse auf die epistemische Qualität des Urteils darüber zu ziehen. Bei Bewertungen\* wird zusätzlich kodiert, ob bekannt ist, auf welcher *Wertegrundlage* die normative Behauptung aufgestellt wurde, und wenn ja, ob sie sich auf *Eigeninteresse*, das *Wohlergehen von anderen* oder *allgemein teilbare Werte*, bzw. das *Gemeinwohl* beruft. Diese Unterscheidung wurde vom Kriterium der Gemeinwohlorientierung des DQI abgeleitet und ist relevant, um anschließend zu beurteilen, ob die Bewertungen\* eine Grundlage hatten, die rechtfertigt, dass auch andere Personen ihr zustimmen und so davon überzeugt werden.

Bei Faktenbehauptungen wird zunächst kodiert, auf welche Quelle sich die Person stützt, die diese Behauptung macht, und ob das überhaupt erkennbar ist. Quellen wie *persönliche Erfahrung*, *Beiträge anderer Teilnehmender*, *Medien*, *Informationsmaterial und Inputs des Prozesses* wurden schon von Stromer-Galley (2007) als Aspekt der Elaboration kodiert, um über *Sourcing* etwas über die Rationalität der Beiträge sagen zu können. In meiner Arbeit werden diese Möglichkeiten noch um die Möglichkeiten *einfache Recherche* und *ausführliche Recherche / (wissenschaftlicher) Konsens* ergänzt, die für manche Arten von Behauptungen die einzig angemessene Quellenangabe wären. Die *Angemessenheit der genutzten Quelle* für den Inhalt der getätigten Faktenaussage wird ebenfalls kodiert. Dieser Kode ist problematisch, weil der Kodierer als einzelne Person sich anmaßt, darüber zu urteilen, ob eine Faktenaussage einen gut begründeten Gültigkeitsanspruch hat oder nicht, obwohl solche Fragen viel besser in einem Diskurs geklärt werden könnten. Ein solcher Diskurs über die Gültigkeit aller identifizierten Faktenaussagen sprengt aber den Rahmen einer einzelnen Forschungsarbeit. Die Bewertungen der Angemessenheit beruhen auf einer gewissen Expertise, die sich der Autor im Rahmen seiner Recherchen zum Thema Bürgerbeteiligung angeeignet hat, sollen aber nicht als Wahrheit anerkannt werden, sondern lediglich bei extremen Werten auf Probleme hinweisen. Für Faktenaussagen, die von Expert\*innen geäußert werden, wird außerdem ein zweites Mal ein Neutralitätskriterium angelegt

und kodiert, ob es sich bei den Äußerungen um Behauptungen handelt, die vor allem *für Argumente für Bürgerbeteiligung* verwendet werden können oder *dagegen* oder ob sie *neutral* sind. Das erscheint relevant, falls es unausgewogen wäre und sich Teilnehmende bei ihren Argumenten häufig auf die Aussagen der Expert\*innen berufen.

Abschließend gibt es drei Codes, die sich außerhalb des Schemas der Inhaltsanalyse befinden: Erstens wird kodiert, wenn eine Person einer anderen *widerspricht*, weil diese Uneinigkeit laut Stromer-Galley (2007: 5) indizieren kann, dass es unterschiedliche Meinungen gibt und weil Uneinigkeit dafür sorgen könnte, dass Dinge im Detail ausdiskutiert werden, und verhindert, dass sich ähnlich denkende Menschen gegenseitig bestärken und polarisieren. Bei Uneinigkeit im theoretischen Diskurs wird manchmal weniger konfrontativ einfach eine *Faktenaussage richtig gestellt*. Auch das wird kodiert. Außerdem hält der Kodierer fest, wenn er der Ansicht ist, dass eine Person etwas für das Gespräch *Unangemessenes oder Schädliches* getan hat und begründet das in einer Notiz. Diese Passagen können anschließend gesondert ausgewertet werden.

Mit Ausnahme der Abweichungen bei Beiträgen von Expert\*innen wurde das gleiche Kodierschema bei der Analyse aller Beiträge in den Transkripten angewandt. Damit weiche ich vom Vorgehen von Stromer-Galley (2007: 13) ab, die für die Analyse der Moderation teils eigene Kategorien eingeführt hat. Die methodische Ungleichbehandlung von Moderation und Teilnehmenden ergibt aber wenig Sinn, wenn man anerkennt, dass die Moderation teils selbst wie Teilnehmende agiert (vgl. Moore 2012: 147) und dass auch die Teilnehmenden teils Aufgaben der Moderation übernehmen. Bei der Beschreibung der Kategorien im Kodierbuch wurde versucht, Merkmalsausprägungen trennscharf voneinander zu unterscheiden (vgl. Brosius u. a. 2016: 160). Dennoch gab es Fälle, in denen es unterschiedliche Möglichkeiten gab, die Segmente zu kodieren (z.B. bei der Zuordnung von Passagen zu einem oder mehreren Themen oder bei der Unterscheidung von Fragen zu einem Thema und Metatalk), und in denen der Kodierer selbst entscheiden musste. Bei der Identifikation von EEQ kam es nur selten zu Problemen. Dabei ist es notwendig, etwas über die Reliabilität der Inhaltsanalysen zu sagen, die aus Ermanglung von Mitarbeiter\*innen von einem einzelnen Kodierer durchgeführt wurden. Zur Überprüfung der Reliabilität wurde nach den Anweisungen von Hildebrandt u. a. (2015: 326) und Brosius u. a. (2016: 162) in einem zeitlichen Abstand von mehreren Wochen eine zufällig ausgewählte Kleingruppendiskussion (Umfang: 6% des Textmaterials) ein zweites Mal kodiert und die Intrakoder-Übereinstimmung berechnet.

Weil es keine a priori vorgegebenen Einheit gab, der Kodierungen zugeordnet wurden und die Wahrscheinlichkeit, dass der gleiche Code von zwei Kodierern rein zufällig für genau das gleiche Segment vergeben wird, gegen null tendiert, musste im Rahmen der

Reliabilitätsprüfung kein auf Zufall kontrollierender Koeffizient berechnet werden, sondern es genügt die Berechnung der einfachen Intrakoder-Übereinstimmung (vgl. Kuckartz und Rädiker 2019: 281). Um zu verhindern, dass Fälle, in denen bei einem Kodiergang ein Segment als zwei verschiedene EEQ kodiert wurde, und in einem anderen als eines, die Übereinstimmung künstlich vermindern, wurde festgelegt, dass eine Übereinstimmung vorliegt, sobald 25% eines kodierten Segments bei beiden Durchgängen mit dem gleichen Code versehen wurde. Die Übereinstimmung war bei Beachtung aller Codes mit 57,69% Übereinstimmung<sup>11</sup> zwischen dem ersten und zweiten Kodiergang dennoch recht niedrig (siehe Tabelle 8 im Anhang) und ist schlechter als die Werte von 0,75 bis 1,0 nach Cohens Kappa, die beispielsweise Stromer-Galley mit ihrem ebenfalls sehr komplexen Kodierschema erreichen konnte (vgl. Stromer-Galley 2007: 14). Allerdings muss bei diesem Vergleich beachtet werden, dass bei Stromer-Galley der Test in zwei Stufen ablief, und dass bereits für die Einteilung des Textes in Gedanken Cohens Kappa bei 0,86 lag, was bedeutet, dass niedrigere Übereinstimmungen zu erwarten wären, wenn, wie im Fall dieser Arbeit, die Analyseeinheit vor dem inhaltlichen Kodieren nicht bekannt gewesen wäre.

Da die Vermutung nahe lag, dass der besonders niedrige Wert der Intrakoder-Übereinstimmung auch auf das komplexe Codesystem mit seinen vielen feinen Abstufungen zurückzuführen ist, wurden testweise die Kodierungen von Sub-Codes, die nur eine *Ausprägung* eines Phänomens indizieren zu neuen Eltern-Codes aggregiert. Der Code, ob ein Argument neu ist, und der Code, ob es hier nur wieder aufgegriffen oder ausgearbeitet wird wurden zum Beispiel zum Eltern-Code „merged – Argumente“ zusammengefügt. Anschließend wurde überprüft, ob beim bloßen Identifizieren der Phänomene (nicht ihrer Ausprägungen) eine größere Übereinstimmung herrscht.<sup>12</sup> Die Intrakoder-Übereinstimmung lag für die aggregierten Phänomene auf Ebene 1 und 2 bei 68,55% (siehe Tabelle 9) und wird als annehmbar für vorsichtige weitere quantitative Analysen auf dieser Analyseebene erachtet. Allerdings gab es bei der Intrakoder-Übereinstimmung zwischen den Codes immer noch große Unterschiede von 0 bis 100% Übereinstimmung. Diese können wegen der teils geringen Fallzahlen nicht interpretiert werden, und es zeichnet sich nur für die Einstufung als off-topic eine große Übereinstimmung ab, die für diese Arbeit aber weniger wichtig ist. Bei der qualitativen Untersuchung der Fälle auf der Ebene der Gedanken und der EEQ, in denen es keine Übereinstimmung

---

11 Der Wert der Übereinstimmung kann auf 60,34% erhöht werden, wenn man sich mit 10% Überschneidung zufrieden gibt, und er sinkt auf 46,63% bei 80% Überschneidung.

12 Diese Praxis ist möglich, geht aber mit dem Verlust von Informationen einher (vgl. Krippendorff 1970: 150). Der Schritt ergibt auch deshalb Sinn, weil beim ersten Kodieren dem Kodierer noch im Gedächtnis war, welche EEQ bereits im Experteninput vorher eingebracht wurden, nicht aber beim zweiten Kodieren.

gab, konnte aber festgestellt werden, dass die meisten dieser Fälle dadurch entstehen, dass ein Segment im einen Kodiergang korrekterweise als EEQ erkannt wurde, im anderen aber gar nicht auf dieser Ebene kodiert wurde. Das bedeutet, dass nicht zu erwarten ist, dass Kodierungen ohne Übereinstimmung „falsche“ Kodierungen sind, die eigentlich mit einem anderen Kode versehen werden müssten, sondern dass in vielen Fällen die Bedeutung des Gesagten beim Kodieren nicht vollständig erfasst wird, bzw. dass der Kodierer manchmal zu grob vorgeht, um EEQ zu erkennen. Phasen, in denen grob kodiert wird, scheinen dabei keinem Muster zu folgen, sondern treten vermutlich in Abhängigkeit von der Konzentration auf. Für die quantitative Analyse der Ergebnisse bedeutet das, dass die Anzahl verschiedener Codes nur sehr vorsichtig in ein Verhältnis zueinander gesetzt werden sollte. In vielen Fällen kann von einer Dunkelziffer von weiteren Phänomenen dieser Art ausgegangen werden, die nicht erkannt wurde. Dass die Anzahl der Kodierungen für eine Kategorie in Wirklichkeit niedriger wäre, ist hingegen unwahrscheinlich. Die Tatsache, dass ein außenstehender Dritter die Gespräche während der Kleingruppendiskussionen von außen beobachtet und analysiert, bringt trotzdem neue Erkenntnisse. Kodierungen, die auf ein Problem hinweisen, sind auch als solche ernst zu nehmen – ihre Zahl ist eventuell sogar noch größer.

### **3.3 Rekonstruktion und Analyse von Argumenten**

Etwas außen vor bei der Überprüfung der Qualität der Kodierung war bisher die Einteilung der Ausprägungen von EEQ in „neu“, „als erste wieder eingebracht“ und „wiederholt – ausgearbeitet“. Weil sich der Kodierer für die Einordnung in diese Kategorien zunächst auf sein Gedächtnis verlassen musste, was eine unzuverlässige Quelle darstellt, wurde hier eine weitere Qualitätssicherung vorgenommen, indem alle als Argumente kodierten Segmente nach der Prüfung der Intrakoder-Übereinstimmung noch einmal aufgerufen und untersucht wurden. Bei dieser Untersuchung wurde eine Tabelle angelegt, in die jedes Argument eingetragen wurde und in der festgehalten wurde, wann es erstmals eingebracht wurde und wer es wieder aufgegriffen und erweitert hat. Wann immer im Abgleich mit dieser Tabelle falsche Kodierungen der Ausprägung von EEQ kenntlich wurden, wurden diese nachträglich ausgebessert, was die Qualität der Kodierungen zumindest für als solche erkannte Argumente erhöhen sollte. Die Überprüfung aller kodierter EEQ war aufgrund der begrenzten Zeit nicht möglich.

Die Tabelle wird ebenfalls genutzt, um aus den oft über mehrere Beiträge verstreuten Bestandteilen eines Arguments nach der Anleitung von Brun und Betz (2016) das vollständige Argument sowie das genutzte Schlussmuster zu rekonstruieren (siehe Tabelle 24 im Anhang). Dieser Schritt ist wichtig, um die Schlüssigkeit der Argumente beurteilen zu können – eine wichtiges Qualitätsmerkmal (vgl. Friberg-Fernros und Schaffer



2017), das bisher in dieser Arbeit noch nicht erhoben werden konnte. Die Qualität der Argumente ist wichtig, um die epistemische Qualität der Empfehlungen des Minipublics beurteilen zu können, weil es theoretisch die Argumente sind, die die Teilnehmenden davon überzeugen sollten, dass etwas empfehlenswert ist. Wenn die Argumente keinen guten Grund für diesen Schluss bieten, wäre das eine wichtige Erkenntnis. Für die Rekonstruktion der Argumente wurde nicht die Sprache der formalen Logik verwendet, sondern es wurden zunächst die Prämissen in einfacher Sprache und ohne unnötige Elemente reformuliert, mit Kommas voneinander getrennt und am Ende die Konklusion angehängt. Wenn es sich bei dem Argument um ein Enthymem handelt, wurde das vermerkt. Die fehlenden oder nur implizit genannten Prämissen und Konklusionen wurden bei der Rekonstruktion in Klammern gesetzt.

Auch die Evaluation der Argumente folgte der Anleitung von Brun und Betz (2016), was bedeutet, dass vom Kodierer nochmals die Wahrheit (im Fall von Faktenaussagen) und Akzeptabilität (im Fall von Bewertungen\*) der Prämissen festgestellt wurde, genauso wie die Vollständigkeit der Argumente und die Gültigkeit und Stärke des Schlussmusters. Nicht-deduktive Argumente wurden nur auf ihre Stärke hin bewertet, wobei anerkannt wird, dass diese nicht dichotom ist, sondern dass es auch mittlere Stärke geben kann (vgl. Friberg-Fernros und Schaffer 2017). Unvollständige Argumente, die keine Enthymeme sind, wurden als „schwach“ eingestuft, genauso wie Argumente, deren Prämissen inkonsistent sind. Bei der Rekonstruktion wurde ebenfalls festgehalten, in welchen Prozessschritten das Argument von wem vorgebracht wurde, und es wurde abgeglichen, ob die identifizierten Argumente bei der Ergebnissicherung der Gruppe, der allgemeinen Ergebnissicherung oder sogar im Bürgergutachten Demokratie aufgegriffen wurden. Im Zuge dieses Prozesses wurde bei sechs kodierten Segmenten festgestellt, dass es sich doch nicht um Argumente handelte, und sie wurden wieder entfernt, wohingegen drei neue Argumente entdeckt und ergänzt wurden.

### **3.4 Statistische und Problem-geleitete Auswertungen**

Aus der Menge der kodierten Segmente wurden in verschiedenen Kombinationen Daten extrahiert, um die vielen Fragen zu beantworten, die von Interesse waren. Die Verfahren dafür werden hier geordnet nach dem Thema der Fragestellung vorgestellt.

Für die Frage nach der *gleichen Teilhabe* der einzelnen Teilnehmenden an den Gesprächen wurde innerhalb der Kleingruppendiskussionen über die Zeichenzahl die Abdeckung, bzw. Fläche der Beiträge jeder teilnehmenden Person ermittelt und anschließend der Anteil dieser Fläche an der Fläche aller Beiträge berechnet, die Sprecher\*innen in einem Gespräch zugeordnet wurden. Auf diese Weise wurde ausgeschlossen, dass Anmerkungen der Transkription, Überschriften oder die Namen der Teilnehmenden

den das Ergebnis verfälschen und dass Teilnehmende, die viele kleine Beiträge machen, wegen der bloßen Anzahl dieser Beiträge als übermäßig dominant erscheinen. Die Anzahl der Wörter pro Teilnehmenden wurde geschätzt, indem die Fläche pro Teilnehmenden durch 7 geteilt wurde, was in etwa der durchschnittlichen Wortlänge der Dokumente plus 1 entspricht (für zusätzliche Satzzeichen). Um die Anteile am Gespräch zu standardisieren wurde wie bei Han u. a. (2015) zunächst die Abdeckung berechnet, die zu erwarten gewesen wäre, wenn alle Teilnehmenden bei einer Runde gleich viel gesprochen hätten (die Moderation wurde als gleichberechtigter Gesprächspartner mit gezählt; der Moderations-Assistenz wurden keine zu erwartenden Beiträge zugeordnet). Dann wurde die Fläche der Beiträge jeder Person durch diesen zu erwartenden Wert geteilt, wobei ein Wert unter 1 bei dieser *standardisierten Beitragsquote* angibt, dass eine Person deutlich weniger gesprochen hat, als bei einer Gleichverteilung zu erwarten gewesen wäre, und ein Wert über 1, dass mehr gesprochen wurde als zu erwarten war. Um festzustellen, ob Unterschiede bei den Redeanteilen nach Geschlecht, Bildungsstand und Alter bestehen, wurde zunächst eine explorative Datenanalyse durchgeführt, die ergab, dass für alle Gruppen der unabhängigen Variablen laut Shapiro-Wilk Test eine Normalverteilung der standardisierten Beitragsquote angenommen werden darf. Anschließend wurden bei einem zweiseitigen Signifikanzniveau von 0,05 T-Tests für die einzelnen unabhängigen Variablen in Paarung mit der standardisierten Beitragsquote durchgeführt. Zur speziellen Untersuchung stiller Teilnehmender wurden außerdem qualitative Inhaltsanalysen und Interpretationen der Redebeiträge dieser Personen durchgeführt. Als stille Teilnehmende wurden dabei Teilnehmende gezählt, deren standardisierte Beitragsquote bei 0,33 und niedriger lag.

Für die *Analyse der Themen* wurde eine quantitative Auswertung nicht nur der Kleingruppendiskussionen, sondern auch der Experteninputs vorgenommen. Die Menge und der Abdeckungsgrad der kodierten Segmente wurden für jedes Thema und jede Arbeitseinheit aufsummiert, sodass beschrieben werden kann, wie breit die Auseinandersetzung während einer Arbeitseinheit mit welchem Thema war. Um der Tatsache Rechnung zu tragen, dass der Bürgerrat von Teilnehmenden teilweise in Kleingruppen durchlaufen wurde, die wenn, dann nur indirekt (zum Beispiel über die Ergebnissicherung) von den thematischen Diskussionen der anderen erfahren, wurden bei der Berechnung des Abdeckungsgrades für den gesamten Prozess einerseits die lokalen Minima der beiden Arbeitseinheiten addiert und andererseits die lokalen Maxima der beiden Arbeitseinheiten. So kann gezeigt werden, wie stark oder schwach die Auseinandersetzung der Teilnehmenden mit den Themen theoretisch in den Kleingruppen maximal, bzw. minimal hätte sein können, wenn sie sowohl bei der ersten Arbeitseinheit als auch in der zweiten in der beobachteten Gruppe gewesen wären, in der am meisten

bzw. am wenigsten über ein Thema gesprochen wurde. In einem zweiten Schritt wurde untersucht, wie tief die Diskussion zu jedem einzelnen Thema war. Hierfür wurde die Anzahl der *neuen* Argumente, Faktenaussagen, Bewertungen\* und Ideen für jedes Thema erhoben, genauso wie die jeweilige Dichte der EEQ pro 1000 Wörter.

Bei der anschließenden *Analyse der EEQ und ihrer Qualität* wurde zweierlei erhoben: Zunächst wurde erhoben, wie groß der Anteil der neuen EEQ und der von einem anderen Prozessschritt wieder aufgegriffenen EEQ in jedem Prozessschritt war. Dann wurde für Ideen, Faktenaussagen und Bewertungen\* einzeln berechnet, wie groß der Anteil mit welcher Qualitätsausprägung war, die laut Kodierhandbuch für die jeweilige Art von EEQ erhoben wurde. Ähnliche Auswertungen der Anteile verschiedener Qualitäten wurden auch für die rekonstruierten Argumente des Bürgerrats durchgeführt.

Um den Einfluss verschiedener *Faktoren* auf das Gespräch zu überprüfen, wurden in dieser Arbeit nur Faktoren auf der Ebene der Teilnehmenden – das *politische Interesse, der höchste Schulabschluss, Alter und Geschlecht* untersucht.<sup>13</sup> Untersuchte abhängige Größen waren *die Anzahl der EEQ pro Teilnehmer\*in und die Quote der geäußerten EEQ pro Teilnehmer\*in und 1000 Wörter* mit besonderer Beachtung von neuen EEQ, die vorher noch nicht eingebracht worden waren. Die Fälle der Teilnehmenden wurden anhand ihrer Charakteristika in die selben zwei Gruppen aufgeteilt wie schon bei der Analyse zur standardisierten Beitragsquote, und es wurde parallel zu diesem Vorgehen auch hier ein Test auf Normalverteilung innerhalb der Gruppen durchgeführt und dort, wo es möglich war, ein T-Test oder ein Welch-Test durchgeführt. Als einziger Gesprächs-interner Faktor wurde untersucht, ob es mit Textstellen des Kodes *Aufforderungen zum Reden* gelingt, stille Teilnehmende zum Reden zu motivieren. Hierfür wurde erhoben, wie oft stille Teilnehmende (mit einer standardisierten Beitragsquote unter 0,33) direkt im Anschluss auf eine Aufforderung zum Reden gesprochen haben. Der Anteil, den diese aufgeforderten Beiträge an den Beiträgen des\*der jeweiligen Sprecher\*in ausgemacht haben, wurde in Prozent berechnet, und die Verteilung dieser Anteile wurde mit einem T-Test zwischen der Gruppen der stillen Teilnehmenden und den restlichen Teilnehmenden verglichen.

Für die Untersuchung der Existenz von Meinungsführer\*innen wurde eine Reihe von Daten erhoben, und es wurden all jene Personen als Meinungsführer\*innen definiert, bei denen mindestens drei der folgenden vier Bedingungen zutrafen: a) *Die Person re-*

13 Das Untersuchen des Einflusses von Gesprächs-internen Faktoren wie den Kodes für a) *Herauslocken*, b) *Teufelsadvokat*, c) *Kritisches Hinterfragen*, d) *Jemandem widersprochen*, e) *Verständnis- und Klärungsfragen*, f) *Frage nach Beiträgen*, g) *Fragen nach Informationen*, h) *Fragen nach Sichtweisen* und i) *Aufforderung zum Reden* (+) wäre ebenfalls möglich, indem die Anzahl der EEQ pro 1000 Wörter in den 50 Wörtern nach einem solchen Beitrag berechnet und verglichen wird.

det überdurchschnittlich viel (hat also standardisierte Beitragsquote größer 1), b) Die Person bringt überdurchschnittlich häufig ein neues Thema ein oder greift es wieder auf, c) die Person befindet sich mindestens einmal unter den Personen, die die ersten zwei inhaltlichen Beiträge zu einer Gesprächsrunde geleistet haben und d) die Person bringt überdurchschnittlich viele Beiträge innerhalb der nächsten drei Beiträge nach den Codes „Frage nach Beiträgen“ und „Frage nach Sichtweisen“ (und ist damit eine Person, die besonders häufig auf ungerichtete Fragen antwortet). Für das Kriterium c) wurden Teile der Diskussion ignoriert, in denen die Moderation Teilnehmende der Reihe nach aufgerufen hat. Die Zählung wurde dort begonnen, wo erstmals eine offene Diskussion stattfand. Für Kriterium d) wurde der Durchschnittswert zur Referenz immer nur für die jeweilige Gesprächsrunde berechnet, um Effekte durch unterschiedlich hohe Zahlen an Frage nach Beiträgen und Sichtweisen“ auszuschließen. Die Moderation wurde bei dieser Berechnung ignoriert, weil es sich hier oft um Erläuterungen handelte.

Für Teilnehmende, die im Zuge dieser Arbeit als Meinungsführer\*innen identifiziert werden konnten, wurde anschließend mithilfe von T-Tests und Chi-Quadrat-Tests erhoben, ob sie sich auf Basis ihrer sozioökonomischen Merkmale oder anhand der Anzahl der von ihnen eingebrachten Themen oder EEQ signifikant von den anderen Teilnehmenden unterscheiden. Es wurde außerdem erhoben, ob es sich bei ihnen auch um besonders effiziente oder besonders ineffiziente Redner\*innen handelt, indem die Anzahl der eingebrachten Themen und der verschiedenen EEQ pro 1000 Wörter erhoben und mit der jeweiligen Restgruppe verglichen wurde.

## **4 Ergebnisse**

Im Rahmen der Inhaltsanalyse konnten eine hohe Anzahl an Segmenten aus den Transkripte der Experteninputs und der Kleingruppendiskussionen insgesamt 9964 Kodierungen zugeordnet werden (davon 7078 ohne die zusätzlichen aggregierten Codes). Aus deren Analyse konnte im Abgleich mit den Dokumenten der Ergebnissicherung und unter Anwendung der beschriebenen Methoden eine Reihe von Ergebnissen verbucht werden, die im Folgenden thematisch sortiert vorgestellt werden.

### **4.1 Gesprächsstruktur und Statistik der Redebeiträge**

Bei den untersuchten Prozessschritten handelt es sich ausnahmslos um Gespräche, weil auch die Experteninputs zum Thema Bürgerbeteiligung in Form einer Podiumsdiskussion stattfanden. Insgesamt gab es darin 3340 Redebeiträge von drei Experten, zwei Mitgliedern der Hauptmoderation, drei Moderator\*innen der Kleingruppen und ihren Assistent\*innen und 27 Teilnehmenden. Die Struktur dieser Gespräche unterschied sich insofern voneinander, als dass die Experten oft länger am Stück redeten

als die Teilnehmenden in den Kleingruppen. Letztere unterbrachen sich gegenseitig häufig oder äußerten sich nur mit einzelnen Wörtern oder Brummen zu einem Sachverhalt. In den Expertendiskussionen wurden so innerhalb von 75 min 137 Redebeiträge eingebracht, was 1,8 Beiträgen pro Minute entspricht, während bei den Kleingruppen Werte zwischen 6,5 und 13,6 Beiträgen pro Minute erreicht wurden.

In den beobachteten *Kleingruppengesprächen* wurden insgesamt schätzungsweise über 51300 Wörter gesprochen (vgl. Tabelle 10 im Anhang). Die Moderation hatte daran einen Anteil von 31,84%. Mit einer standardisierten Beitragsquote von 1,6 bis 3,25 haben die Moderator\*innen damit an jedem Tisch überdurchschnittlich viel geredet. Unter den Teilnehmenden gab es Beitragsquoten von 0,14 (was in der betroffenen Gesprächsrunde nur etwa 227 Wörtern entsprach) bis 1,72 (ungefähr 2446 Wörter), wobei einige Teilnehmende nur sehr wenige Redebeiträge gemacht haben (das Minimum lag bei 7 Beiträgen) und andere bis zu 205 Beiträge. Tabelle 1 zeigt die mittlere geschätzte Wortanzahl nach Gruppen. Dieser Wert dient aber der Veranschaulichung und ist für den Vergleich wenig aussagekräftig, weil die beobachteten Gespräche unterschiedlich lang waren und unterschiedlich viele Teilnehmende hatten. Für den Vergleich eignet sich alleine die standardisierte Beitragsquote.

*Tabelle 1: Durchschnittliche Wortanzahl und Beitragsquote nach Demographie*

	Geschätzte Wortanzahl (Mittelwert)	standardisierte Beitragsquote (Mittelwert)	Test	Signifikanz
<b>Geschlecht</b>				
weiblich (N = 12)	1221	0,75	T = 1,196	0,25
männlich (N = 11)	1495	0,97	df = 21	
<b>Alter</b>				
jünger als 52 (N = 10)	1282	0,79	T = 0,530	0,602
52 und älter (N = 13)	1405	0,90	df = 21	
<b>Schulabschluss</b>				
Mittlere Reife oder niedriger (N = 6)	731	0,49	T = 2,50	0,021
Fachhochschulreife / Abitur (N = 17)	1571	0,98	df = 21	
<b>Politisches Interesse</b>				
mittelmäßig und weniger (N = 10)	1227	0,79	T = 0,62	0,542
sehr stark bis stark (N = 13)	1448	0,91	df = 21	

Wie man sehen kann, haben männliche Teilnehmende im Schnitt mehr gesprochen als weibliche, jüngere mehr als ältere, Menschen mit Fachhochschulreife oder Abitur mehr als die mit niedrigeren Schulabschlüssen und Menschen mit stärkerem politischen Interesse mehr als die mit maximal mäßigem Interesse. Es gibt aber mit der Aufteilung nach Schulabschlüssen nur einen Fall, in dem die standardisierten Beitragsquoten si-

gnifikant voneinander abweichen. Dort lag die Beitragsquote für Menschen mit Fachhochschulreife oder Abitur im Schnitt ca. 0,49 höher als für die Menschen mit niedrigerem Schulabschluss. Sechs Personen konnten als stille Teilnehmende identifiziert werden. Bei der qualitativen Untersuchung der Redebeiträge dieser Personen sind keine Unterschiede zwischen ihren Beiträgen und denen der anderen aufgefallen. Auffällig waren nur die Beiträge einer Person (4A-TN2), die nur gesprochen hat, wenn sie von der Moderation und anderen Teilnehmenden nach ihrer Meinung oder danach gefragt wurde, ob sie sich beteiligen will. Die Antworten dieser Person wie „Nee, eigentlich nicht. Mir fällt halt nur nichts ein, was ich aufschreiben könnte“ oder „Pff. Das wüsste ich jetzt nicht. Also könnte ich jetzt nicht sagen, was für mich da wichtig wäre.“ waren einzigartig, weil sie die Beschäftigung mit den Gesprächsthemen verweigert haben. Die Person begründete das selbst damit, dass sie sich nicht für das Thema interessiere und auch nicht wisse, was passieren müsste, damit sie sich dafür interessiere.

## 4.2 Themenanalyse

Die Analyse der Themen, die in den beobachteten Prozessschritten zum Oberthema *Bürgerbeteiligung* (siehe Tabelle 11 im Anhang) angesprochen wurden, bringt auf den ersten Blick zwei Erkenntnisse: 1.) Die verschiedenen Themen wurden im Vergleich zueinander unterschiedlich stark diskutiert. So hatte z.B. die Frage, wie Bürgerbeteiligung institutionalisiert und verankert werden könnte, mit knapp 52000 Zeichen, bzw. 7400 mutmaßlich dazu geäußerten Wörtern den höchsten Abdeckungsgrad, während das Thema Jugendbeteiligung, das nur in zwei beobachteten Beiträgen mit insgesamt 93 Zeichen bzw. 13 Wörtern angesprochen wurde, den geringsten Abdeckungsgrad hatte. 2.) Die Themen wurden in den unterschiedlichen Kleingruppen in teils deutlich variierender Intensität diskutiert. Nur sechs der insgesamt 25 Themen (ohne die Restkategorien *Anderes zu Bürgerbeteiligung* und *Anderes Thema des Bürgerrats*) wurden in ausnahmslos jeder Arbeitseinheit in beiden parallel verlaufenden Kleingruppen angesprochen. In 17 weiteren Fällen wurde das Thema mindestens in einer der beiden Arbeitseinheiten und/oder im Experteninput angesprochen, sodass man den Bürgerrat nicht passieren konnte, ohne ein Wort zu diesem Thema gehört zu haben. Für zwei Themen (*Grenzen von Bürgerbeteiligung* und *Jugendbeteiligung*) konnte das nicht gewährleistet werden. Besonders groß sind die Differenzen zwischen der maximalen und der minimalen Auseinandersetzung bei der *Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung*, der *Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung*, dem Thema *Bildung für Bürgerbeteiligung* und der *Attraktivität und Zugänglichkeit von Bürgerbeteiligung*.

Eine Analyse der EEQ, die in diesen Themen geäußert wurden, zeigt, dass je nach Thema auch unterschiedlich ausführlich und unterschiedlich intensiv diskutiert wurde

(vgl. Tabelle 12 im Anhang). So gab es Themen wie *Attraktivität und Zugänglichkeit von Bürgerbeteiligung*, *Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung* und *Institutionalisierung von Bürgerbeteiligung*, zu denen während des Bürgerrats je über 100 unterschiedliche EEQ geäußert wurden. Diese stimmen überein mit den Themen, zu denen auch Anteilsmäßig am meisten geredet wurde (vgl. Tabelle 11). Abweichungen von dieser Reihenfolge gibt es bei der Intensität der entsprechenden EEQ pro 1000 Wörter. Hier zeigt sich die höchste Dichte an neuen Argumenten bei den Themen *Ständiges oder nicht ständiges Gremium* und *Attraktivität und Zugänglichkeit von Bürgerbeteiligung*, die höchste Dichte an neuen Faktenbehauptungen bei den Themen *status quo* und *Repräsentativität von Bürgerbeteiligung*, die höchste Dichte an Bewertungen\* bei den Themen *status quo* und *ständiges oder nicht ständiges Gremium* und die höchste Dichte an neuen Ideen bei den Themen *Alternativen zu Bürgerbeteiligung* und *ständiges oder nicht ständiges Gremium*. Ein großer Teil der Themen hatte hingegen eine relativ niedrige Anzahl an EEQ. So wurden in 40 % der Themen weniger als zwei unterschiedliche Argumente vorgebracht, in 37 % der Themen weniger als elf unterschiedliche Faktenbehauptungen, in 33 % der Themen weniger als sechs unterschiedliche normative Behauptungen und in ca. 40% der Themen weniger als zwei unterschiedliche Ideen.

### **4.3 Elemente epistemischer Qualität**

Bei den beobachteten Experteninputs und Kleingruppendiskussionen des Bürgerrat Demokratie gab es insgesamt 1157 Segmente, die mindestens einen Teil einer Idee (N = 277), einer Faktanaussage (N = 397), einer Bewertung\* bzw. einer normative Behauptung (N = 335) oder eines Arguments (N = 148) enthielten. Davon wurden 185 EEQ in den Experteninputs geäußert, und 972 in den Kleingruppendiskussionen (vgl. Tabelle 2). Im Hinblick auf die Originalität der Segmente mit EEQ lässt sich sagen, dass während der Experteninputs ein größerer Teil (86,5 %) der vorgebrachten EEQ neu war: Wiederholungen und Ausarbeitungen gab es nur in 13,5 % der Fälle. Während der Kleingruppen hingegen enthielten 54,3% der Segmente mit EEQ neue EEQ und 40,4% der Segmente waren lediglich Wiederholungen oder Ausarbeitungen bereits geäußelter EEQ. In 51 Fällen wurde in den Kleingruppen ein Argument, eine Idee oder eine Faktanaussage wieder aufgegriffen, die in einem vorherigen Prozessschritt – meist einem Experteninput – bereits geäußert worden war.<sup>14</sup> Wie man an der Tabelle ebenfalls erkennen kann, hatten Experteninputs und Kleingruppen einen etwa gleich großen Anteil an Bewertungen\* an der Gesamtzahl der EEQ. Abgesehen davon gab es bei den Experteninputs eher einen Schwerpunkt auf dem Einbringen von Faktenwis-

---

14 Eine genauere Untersuchung der Frage, unter welchen Umständen EEQ aufgegriffen wurden, konnte in dieser Arbeit nicht vorgenommen werden. Eine solche Untersuchung wurde aber in Kapitel 4.4 für Argumente durchgeführt.

sen, während bei den Kleingruppen eher Ideen und Argumente eingebracht wurden. In den Experteninputs gab es außerdem seltener Wiederholungen.

Tabelle 2: EEQ nach Prozessschritten und Neuheit

Anzahl (Prozentsatz)	Experteninputs ( $\Sigma = 185$ )			Kleingruppen ( $\Sigma = 972$ )			Summe
	neu	wieder aufgegrif- fen	Wiederho- lung / Aus- arbeitung	neu	wieder aufgegrif- fen	Wiederho- lung / Aus- arbeitung	
Ideen	21 (87,5%)	0 (0%)	3 (12,5%)	80 (31,6%)	16 (6,3%)	157 (62,1%)	277
Faktenaussagen	85 (89,5%)	0 (0%)	10 (10,5%)	221 (73,2%)	25 (8,3%)	56 (18,5%)	397
Bewertungen*	39 (78%)	NN	11 (22%)	160 (56,1%)	NN	125 (43,9%)	335
Argumente	15 (93,8%)	0	1 (6,3%)	67 (50,8%)	10 (7,6%)	55 (41,7%)	148
Summe	160 (86,5%)	0 (0%)	25 (13,5%)	528 (54,3%)	51 (5,2%)	393 (40,4%)	

Tabelle 3 zeigt, dass für den größten Teil der beobachteten Aussagen und Annahmen zu *Fakten und empirischen Zusammenhängen* (58,9%) nicht erkenntlich war, aus welcher Quelle der\*die Sprecher\*in ihr Wissen hatte. In solchen Fällen wurde immer, wenn es sich nicht um Allgemeinwissen handelte (in 62,8% der Fälle), auch markiert, dass schwer zu sagen ist, ob diese Quelle des Wissens angemessen für die Aussage ist.

Tabelle 3: Qualitäten der Faktenaussagen

Quelle	Anzahl N = 397 fehlend = 6	Prozent	nach Angemessenheit		
			a	s	na
unbekannt	234	(58,9 %)	35,0 %	62,8 %	6,4 %
Erfahrungswissen	110	(27,7 %)	62,7 %	34,6 %	7,3 %
andere Teilnehmende	8	(2,0 %)	100 %	12,5 %	0 %
Briefing-Material	35	(8,8 %)	91,4 %	5,7 %	5,7 %
einfache Recherche	3	(0,8 %)	66,7 %	33,3 %	0 %
Ausführliche Recherche	1	(0,3 %)	100 %	0 %	0 %
<b>Angemessenheit der Quelle</b>			a = angemessen s = schwer zu sagen na = nicht angemessen		
angemessen	189	(46,9 %)			
schwer zu sagen	180	(45,3 %)			
nicht angemessen	25	(6,3 %)			

Die zweithäufigste Quelle ist mit 27,7% Wissen aus Erfahrung, was in über 62 % der Fälle auch als angemessen für das geäußerte Wissen angesehen wurde. Auf das Briefing-Material bezogen sich die Teilnehmenden in 8,8% der Fälle, auf andere Teilnehmende, und Recherchen aller Art nur in wenigen Fällen. Der Bezug auf die letztge-



nannten Quellen wurde vom Kodierer fast immer als angemessen erachtet. Auf Berichte aus den Medien bezogen sich die Teilnehmenden nicht. Die zusätzliche Untersuchung der Neutralität der Faktenaussagen, die für die Experteninputs erhoben wurde, ergab, dass von den insgesamt 83 Faktenaussagen aus diesem Prozessschritt 39,7 % Aussagen waren, die für Argumente *für* Bürgerbeteiligung genutzt werden konnten, 50,6 % Aussagen, die *neutral* in dieser Frage waren, und 9,6 % Aussagen, die eine Grundlage für Argumente *gegen* Bürgerbeteiligung auf Bundesebene sein könnten.

Die *Ausrichtung* wurde auch für Ideen und Bewertungen\* erhoben. Hierbei zeigt sich, dass nur jeweils knapp über 10 % der EEQ, die identifiziert wurden bezüglich ihrer Ausrichtung neutral waren oder gegen Bürgerbeteiligung sprachen. Der größte Teil der EEQ war jeweils so formuliert, dass die Frage, ob es Bürgerbeteiligung auf Bundesebene geben sollte, innerlich bereits mit ja beantwortet sein musste, sodass es nur noch darum ging, wie diese Bürgerbeteiligung gestaltet werden könnte. Besonders bei den eingebrachten Ideen war dieser Anteil mit 72,5 % sehr groß. Dafür gab es nur 13 Ideen, die dafür sprachen, Bürgerbeteiligung einzuführen. Bei den normativen Aussagen und Bewertungen\* lag dieser Anteil mit 17,9% wesentlich höher.

*Tabelle 4: Ausrichtung der EEQ zu Bürgerbeteiligung nach Anzahl und Prozent*

	Pro BB	Idee der BB bereits akzeptiert	Neutral	Kontra BB
Ideen (N = 277) <i>fehlend: 30 (10,8%)</i>	13 (4,7 %)	201 (72,5 %)	30 (10,8 %)	3 (1,1 %)
Bewertungen* (N = 335) <i>fehlend: 32 (9,6%)</i>	60 (17,9 %)	198 (59,1 %)	32 (9,6 %)	12 (3,6 %)

Auch rhetorische und kritische Fragen hatten manchmal eine klare Ausrichtung in Bezug auf Bürgerbeteiligung. Wenn man alle Segmente mit einer solchen Ausrichtung zusammenfasst und ihre Abdeckung in ein Verhältnis zur Fläche aller Texte setzt, dann zeigt sich, dass insgesamt in 6,27 % des Bürgerrats auf eine Art und Weise gesprochen wurde, die für Bürgerbeteiligung spricht, in 8,96 % auf eine neutrale Art und in 1,96 % so, dass das Gesagte gegen Bürgerbeteiligung spricht. In 17,45% des Bürgerrats wurde hingegen so über das Thema diskutiert, als hätte man schon akzeptiert, dass es Bürgerbeteiligung auf Bundesebene geben soll.

Für *Bewertungen\* und normative Behauptungen* wurde zusätzlich zur Ausrichtung auch noch erhoben, auf welche normative Grundlage sich der\*die Sprecher\*in mit ihrer Aussage beruft. Hier zeigt sich, dass in den meisten Fällen (77,3 %) nicht bekannt ist, auf was sich der\*die Sprecher\*in bei ihrer Aussage normativ beruft (vgl. Tabelle 5). In diesen Fällen gibt es weder eine Begründung noch einen sonstigen Verweis auf die Werte, die in dieser Arbeit kodiert wurden. Ebenfalls in diese Kategorie fallen Bewer-

tungen\*, bei denen so gesprochen wird, als handle es sich nur um die eigene Position und müsse für die anderen nichts bedeuten. Eine Berufung auf eigene Interessen kam bei den beobachteten Gesprächen so gut wie nie vor. Auf das Wohlergehen von anderen und auf teilbare Werte oder das Gemeinwohl hat man sich in jeweils ca. 5 % der Bewertungen\* berufen. 39 Bewertungen konnten nicht analysiert werden, weil sie zu Themen vorgebracht wurden, die nichts mit Bürgerbeteiligung zu tun hatten und daher nicht auf ihre Qualität hin kodiert wurden. Ein nicht im Kodierbuch enthaltener Wert, auf den sich viele Teilnehmende berufen haben, war hingegen das Funktionieren der Bürgerbeteiligung an sich, das wiederum vielen anderen Werten dienen kann.

*Tabelle 5: Qualität der Bewertungen nach Wertegrundlage*

Berufung auf:	unbekannt	Eigeninteresse / persönliche Werte	Wohlergehen von anderen	Teilbare Werte / Gemeinwohl
Bewertungen* (N = 335) <i>fehlend: 39 (11,6 %)</i>	259 (77,3 %)	5 (1,5 %)	15 (4,5 %)	17 (5,1 %)

#### 4.4 Argumente im Fokus

Die gesonderte und auf ihre Qualität kontrollierte Analyse der in den beobachteten Prozessschritten vorgebrachten Argumenten ergab folgende Ergebnisse: Es wurden insgesamt zum Thema Bürgerbeteiligung 83 unterschiedliche Argumente vorgebracht (vgl. Tabelle 24 im Anhang). In sechs weiteren Fällen wurde ein Argument von einer anderen Person noch einmal in einer anderen Version eingebracht. Nur in 6 der 89 Fälle wurde das Argument als vollständig bewertet, in vier Fällen als unvollständig und in 76 Fällen (85,4 %) als Enthymem (vgl. Tabelle 13 im Anhang), wobei manchmal auch die Bewertung\* fehlte. In den meisten Fällen (60,7 %) war nicht klar, auf welchen grundlegenden Wert die Sprecher\*in sich mit ihrem Argument beruft. In den übrigen Fällen haben sich die Menschen beim Bürgerrat auf unterschiedlichste Werte bezogen. Mehrfach wurden aber nur die Werte der *Zugänglichkeit für alle*, einer *hohen Wahlbeteiligung*, der *Repräsentation der Menschen* und der *Qualität der Ergebnisse von Bürgerbeteiligung* genannt. In 29 Fällen (32,6 % der Fälle) handelte es sich um Argumente, in denen keine normative Behauptung beinhaltet war, die als akzeptabel bewertet werden konnte, und es gab auch einen Fall, in dem eine normative Behauptung als inakzeptabel klassifiziert wurde. Außerdem gab es vier Fälle, in denen empirische Annahmen eines Arguments als unplausibel und drei Fälle, in denen sie als eindeutig falsch bewertet wurden (kumuliert ca. 7,9 % aller Argumente).

Das Schlussmuster, nach dem die Sprecher\*innen auf Grundlage ihrer Prämissen auf eine Konklusion schließen konnte in 67 Fällen (75,3 %) als gültig klassifiziert werden (vgl. Tabelle 14 im Anhang). In 15 weiteren Fällen folgte die Konklusion zwar nicht

zwangsläufig aus den Prämissen (unter der Annahme, dass sie wahr und akzeptabel wären), die Prämissen hätten aber durchaus für die Konklusion gesprochen, wenn sie anders formuliert worden wäre. In den meisten dieser Fälle war es so, dass eine Person aus den Prämissen geschlossen hat, dass eine Handlung X unternommen werden sollte, anstatt daraus zu schließen, dass es *Gründe* gibt, die für Handlung X sprechen – Gründe, die durch Gegengründe ausgeglichen oder durch Gründe für alternative Handlungen überboten werden können. Nur in zwei Fällen war das Schlussmuster eindeutig falsch. Dank dieser Bilanz konnten nur 29,2 % der Argumente als stark bewertet werden, 47,2 % als mäßig stark und 19,1 % als schwach (vgl. Tabelle 15 im Anhang).

Die Analyse der Gegenstände der Argumente ergab, dass es nur wenige Fälle gab, in denen mehrere Argumente zum selben Thema ausgetauscht wurden. So gab es beispielsweise eine Sequenz von sechs Argumenten pro und kontra, die zu der Frage ausgetauscht wurden, ob die Teilnahme bei nationalen Minipublics besser entlohnt werden sollte, und eine Reihe von 10 Argumenten pro und kontra in direkter Abfolge (zzgl. fünf weiterer Argumente an anderen Stellen im Bürgerrat) zu der Frage, ob es nur kurze Beteiligungsprozesse zu je einem kleinen Thema geben sollte, oder lieber ein dauerhaftes Gremium, das über einen längeren Zeitraum und zu verschiedensten Themen tagt. Zu beiden Fragen standen letztendlich keine Empfehlungen zur Auswahl, und die Argumente wurden in der Ergebnis-Tabelle aller Argumente des Bürgerrats nicht aufgeführt, da sie weder für noch gegen Bürgerbeteiligung sprechen.

Insgesamt sprachen nur 34 (38,2%) der identifizierten Argumente direkt oder indirekt für eine oder mehrere der Empfehlungen des Bürgerrats. Wie in Tabelle 6 zu sehen ist, ist die Anzahl der identifizierten Argumente zu Empfehlungen, die nur das Thema Bürgerbeteiligung betreffen, etwas höher als bei Themen, die theoretisch auch an anderen – nicht ausgewerteten Stellen des Bürgerrats diskutiert wurden. Sie liegt zwischen vier Argumenten dafür, dass sich die Regierung verpflichtend zu den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung äußern müsse, und 16 Argumenten dafür, dass die repräsentative Demokratie durch Elemente der Bürgerbeteiligung ergänzt werden sollte, wobei die Argumente als unterschiedlich stark eingestuft worden sind. Die 16 Argumente für Bürgerbeteiligung stehen fünf Argumenten dagegen gegenüber. Von der Ergebnissicherung der einzelnen Tische sind zehn der 89 Argumente festgehalten worden. Sieben von diesen zehn Argumenten finden sich außerdem in der Zusammenfassung der Argumente aller Tische wieder. Sechs weitere Argumente, die in Experteninputs und beobachteten Kleingruppen zwar beobachtet, aber nicht festgehalten wurden, tauchen ebenfalls in der Zusammenfassung für alle Tische wieder auf und sind wohl in anderen Kleingruppen geäußert und festgehalten worden. Im Bürgergutachten selbst sind so gut wie keine Argumente für die Forderungen enthalten.

Tabelle 6: Stärke der Argumente für Empfehlungen des Bürgerrats

Argumente (N = 34) Empfehlung des Bürgerrats	Stärke der Argumente für die Empfehlung			Summe
	schwach	mäßig	stark	
Nr. 2: Ergänzung der repräsentativen Demokratie durch BB	5	7	4	16
Nr. 4: Ergänzung durch eine Kombination BB + DD	-	(2)	-	(2)
Nr. 7: Zufallsauswahl von TN	-	2	4	6
Nr. 8: Regierung muss sich zu BB verpflichtend äußern.	-	3	1	4
Nr. 14: Schaffung einer unabhängigen Stelle für Bürgerbeteiligung	-	3	2	5
Nr. 15: Intensivierung der politischen Bildung	-	(1)	(1)	(2)
Nr. 16: Gewährleistung staatlicher Finanzierung von BB und DD	(1)	(1)	(1)	(3)
Nr. 21: Immer BB vor Volksentscheid	-	(2)	-	(2)

#### 4.5 Mögliche Faktoren für EEQ

Ein Einfluss der Teilnehmendencharakteristika darauf, wie viele EEQ und insbesondere neue EEQ ein\*e Teilnehmer\*in pro 1000 Worte in ein Gespräch einbringt konnte nicht nachgewiesen werden. Wie Tabelle 16 (siehe Anhang) zeigt, gab es mit einer Ausnahme keinen einzigen Konstellation, in der nachgewiesen werden konnte, dass die Verteilung einer Teilgruppe signifikant von einer anderen abweicht. Die Ausnahme bildet der Vergleich der Verteilungen neuer Bewertungen\* pro 1000 Wörter nach Geschlecht: Hier haben bei einem T-Wert von 2,27 und bei Einhaltung des Signifikanzniveaus von 5% weibliche Teilnehmende im Mittel eine um 1,81 größere Anzahl solcher Beiträge pro 1000 Wörter hervorgebracht als Männer.

Der Test, welchen Einfluss das Auffordern von Menschen zum Reden auf deren Beiträge hat, hat ergeben, dass ein wesentlich größerer Anteil der Beiträge von stillen Personen (im arithmetischen Mittel 9,10%, bzw. 5,21% ohne Ausreißer), an die diese Aufforderungen meist gerichtet waren, direkt auf eine Aufforderung zum Reden folgt. Bei den Beiträgen der anderen Teilnehmenden liegt dieser Wert im Mittel nur bei 1,03%. Der zweiseitige Welch-Test für den Vergleich dieser Verteilungen zeigt, dass der Unterschied zwischen den stillen Teilnehmenden und dem Rest mit einem T-Wert von 2,02 bei  $df=5,069$  signifikant ist, zweiseitig aber nur bei einem Niveau von 0,1.

#### 4.6 Meinungsführer\*innen

Anhand der in Kapitel 3.4 beschriebenen Kriterien konnten elf Personen ausgemacht werden, die als Meinungsführer\*innen gelten können – darunter auch alle drei beob-

achteten Moderator\*innen (vgl. Tabelle 18 im Anhang). Die acht Teilnehmenden aus dieser Gruppe haben ein Durchschnittsalter von 52,75 Jahren, sind leicht häufiger weiblich als männlich, haben allesamt eine Fachhochschulreife oder ein Abitur gemacht und geben für sich selbst im Schnitt ein mäßig ausgeprägtes Interesse für Politik an. Der Unterschied zwischen der Gruppe der Meinungsführer\*innen und den restlichen Teilnehmenden war nur beim Merkmal der Bildungsklassen signifikant.<sup>15</sup>

Der Vergleich der Gruppe der Meinungsführer\*innen mit den restlichen Teilnehmenden nach epistemischer Leistung ergab, dass sie sich in fast allen EEQ in absoluten Zahlen signifikant von den anderen Teilnehmenden unterscheiden (vgl. Tabelle 19): Per Definition hatten sie eine höhere standardisierte Beitragsquote als die anderen Teilnehmenden. Sie haben aber auch bei einem Signifikanzniveau von 5 % und 29 Freiheitsgraden im Mittel 4,7 Segmente mehr als die anderen Teilnehmenden mit Ideen gehabt ( $T=2,16$ ), 7,45 mehr Segmente mit Bewertungen ( $T= 3,28$ ) und 5,05 mehr Segmente mit Faktenbehauptungen ( $T=2,24$ ). Nur bei der Anzahl der Segmente mit Teilen von Argumenten gab es keinen signifikanten Unterschied. Im Hinblick darauf, wie häufig neue EEQ eingebracht wurden, gibt es nur bei der Anzahl neuer Bewertungen\* und neuer Ideen einen bei einem Niveau von 5 % signifikanten Unterschied: Die Verteilung der neuen Bewertungen\* lag bei einem T-Wert von 3,12 ( $df=13,215$ ) bei Meinungsführer\*innen im Mittel um 4,54 höher als bei den anderen Teilnehmenden, und neue Ideen wurden von Meinungsführer\*innen im Mittel 1,55 Mal öfter eingebracht als von anderen Teilnehmenden ( $T=2,23$ ,  $df=29$ ). Bei der Untersuchung der Dichte, mit der diese EEQ sich in den Beiträgen der Meinungsführer\*innen befindet, hingegen gab es kaum signifikante Unterschiede: Nur bei der Quote der Segmente mit Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter ( $T=2,66$ ,  $df= 27,572$ ) und bei der Quote neuer Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter ( $T=2,18$ ,  $df= 29$ ) gab es einen bei einem Signifikanzniveau von 5% signifikanten Unterschied zwischen den Verteilungen: Faktenbehauptungen wurden von Meinungsführer\*innen im Mittel mit einer Differenz von 3,74 seltener pro 1000 Wörter eingebracht als von anderen Teilnehmenden, genauso wie neue Faktenbehauptungen (hier lag die Differenz der Mittelwerte bei 3,02). Schließt man die Moderator\*innen aus dem Vergleich der Gruppen aus, verschwindet dieser Unterschied bei den EEQ pro 1000 Wörtern aber. Dafür gibt es bei diesem Vergleich zusätzlich auch bei der Anzahl der Teile von Argumenten ( $T=2,10$ ,  $df=26$ ) und bei neuen Behauptungen ( $T=2,29$ ,  $df=26$ ) einen bei einem Niveau von 5 % signifikanten Unterschied, bei dem der Output der Meinungsführer\*innen im Mittel deutlich höher liegt (vgl. Tabellen 20 und 21).

---

15 Die Signifikanz lag laut exaktem Test nach Fischer bei der gerichteten Hypothese, dass Meinungsführer\*innen im Verhältnis häufiger eine Fachhochschulreife oder Abitur haben als niedrigere Abschlüsse (im Vergleich zu anderen Teilnehmenden) bei 0,05 (vgl. Tabelle 17).

Was das Einbringen oder Wieder-Aufgreifen von Themen angeht, fällt auf, dass besonders die Moderation hier sehr aktiv war. Das kommt vor allem durch die hohe Anzahl an Fällen zustande, in denen ein Thema, das eine andere Person angesprochen hatte, von der Moderation wieder aufgegriffen wird. Häufig geschah das am Ende von Diskussionsrunden, wenn die Moderation versuchte, das Gesagte zusammenzufassen. Es gab allerdings auch 3 Fälle bei der Moderation von Tisch A im letzten Prozessschritt und 5 Fälle der Moderation von Tisch F, in denen ein Thema von der Moderation als erstes in das Gespräch eingebracht wurde, wodurch die Moderation das Thema setzte.

## **5 Interpretation und Diskussion**

Die Ergebnisse aus Kapitel 4 sind größten Teils von Bedeutung für die verschiedenen Hypothesen und Forschungsfragen dieser Arbeit. Einige Ergebnisse müssen aber noch eingeordnet werden, bevor daraus Schlüsse auf Minipublics, ihre Abläufe und Möglichkeiten gezogen werden können. Die Ergebnisse werden dabei in den Komplexen *epistemische Kreativität* der Minipublics, *unterschiedliche Redeanteile* und *das Phänomen der Meinungsführerschaft* und *Sicherung von Ergebnissen* behandelt.

### **5.1 Epistemische Kreativität, Intensität und Ausgewogenheit**

Die Ergebnisse zeigen: Die Intensität, mit der Themen beim Bürgerrat behandelt wurden, variiert zwischen den Themen und in Abhängigkeit von den Kleingruppen, in denen man sich als Individuum befand. Diese Tatsache wird hier als typisch für Minipublics mit mehreren parallel verlaufenden Kleingruppen interpretiert, in denen sich Diskussionen frei entfalten können. Dass die Themen von allen Gruppen in gleicher Intensität behandelt würden, wäre nur vorstellbar, wenn die Gesprächsleitung die Auseinandersetzung mit den Themen vorgibt. Das Faktum der variierenden Intensität muss nicht unbedingt ein Problem für die epistemische Qualität eines Minipublics darstellen, wenn das Prozessdesign dafür sorgt, dass Ergebnisse und Diskussionsinhalte in ausreichendem Maße zwischen den Kleingruppen ausgetauscht werden. Bei Prozessen, in denen wie beim Bürgerrat Demokratie die Zeit für entsprechende Arbeitsschritte knapp ist<sup>16</sup>, besteht aber die Gefahr, dass die Auseinandersetzung von Teilen der Teilnehmenden mit bestimmten Themen nicht ausreicht, um am Ende von einer informierten Empfehlung sprechen zu können. Wichtige Problemlösungsansätze fallen den Teilnehmenden bei geringer Themenbehandlung nicht ein. Diese Gefahren bestehen aber nur, wenn es sich bei den wenig behandelten Themen um relevante Themen handelt.

In diesem Kontext muss geklärt werden, was bei einem Minipublic als relevantes Thema gelten muss. Hier kann man eine Minimaldefinition und eine Maximaldefinition

<sup>16</sup> Der einzige Prozessschritt, bei dem die Auseinandersetzung mit Ergebnissen anderer Gruppen vorgesehen war, war Arbeitseinheit 12, die hier bereits mit untersucht wurde.

unterscheiden: Nach der Minimaldefinition wird die Relevanz rückwirkend von den Empfehlungen des Minipublics her bestimmt, und es gelten alle Themen als relevant, die von diesen Empfehlungen berührt werden. Das wären im Fall des Bürgerrat Demokratie nach einer möglichen Lesart die Themen, die in Tabelle 23 im Anhang den Empfehlungen zugeordnet sind. In dieser Tabelle wird deutlich, dass meist mehrere Themen für eine Empfehlung relevant sind, wenn auch in manchen Fällen nur indirekt. Eine niedrige Auseinandersetzung mit einem indirekt relevanten Thema bedeutet nicht, dass automatisch auch eine entsprechende Empfehlung unterbelichtet war (auch weil die Grenzen der Themen willkürlich gezogen wurden). Nach einer Maximaldefinition hingegen ist jedes Thema relevant, von dem aus man eine Brücke hin zu Ideen oder Argumenten schlagen könnte, die helfen, die Frage des Minipublics zu behandeln. Die Menge der relevanten Themen nach der Maximaldefinition ist eine Unbekannte und muss ihrerseits vermutlich in einem langen Diskurs erarbeitet werden.

Die Untersuchung des Bürgerrats zeigt nun, dass die theoretische Gefahr, dass relevante Themen unterbelichtet sind, real ist, wenn die Auseinandersetzung mit bestimmten Themen nicht vorgegeben wird. Der Abgleich von Tabelle 23 und Tabelle 11 macht deutlich, dass zumindest für die Empfehlungen 16, 17 und 20 sich die Teilnehmenden der beobachteten Gesprächsrunden vermutlich zu wenig mit relevanten Themen auseinandergesetzt haben, weil Themen, die dafür hauptsächlich hätten diskutiert werden müssen, in den beobachteten Gruppen zumindest in Bezug auf Bürgerbeteiligung überhaupt nicht behandelt wurden. Wenn man willkürlich davon ausginge, dass für eine ausreichende Auseinandersetzung mindestens 500 Wörter zu einem Thema gesprochen werden müssten, und alle Themen betrachtet, bei denen die minimale Auseinandersetzung während des Bürgerrats unterhalb dieser Grenze lag, dann würde im Abgleich der beiden Tabellen außerdem deutlich, dass einzelne Teilnehmende sich mit *Alternativen zu Bürgerbeteiligung*, *Kosten und Aufwand für Bürgerbeteiligung*, *Kritik an Bürgerbeteiligung*, den *positiven Outcomes* und *Sinn und Zweck von Bürgerbeteiligung* zu wenig auseinandergesetzt hätten, um ausreichend informiert die grundlegende Empfehlung 2 abgeben zu können. Diese Grenze ist willkürlich<sup>17</sup>, und sie ignoriert die Tatsache, dass sich die Teilnehmenden eines Minipublics auch außerhalb der offiziellen Gespräche mit dessen Themen auseinandersetzen (besonders in diesem Fall, in dem die Teilnehmenden gleichzeitig an einem Bürgerbeteiligungsprozess teilnahmen). Diese Argumentation zeigt aber, dass das Prozessdesign des Bürgerrats zumindest in

---

17 Wenn man hohe Ansprüche an die epistemische Qualität von politischen Empfehlungen stellt, könnte der Wert von 500 Wörtern sogar noch deutlich zu niedrig sein. Einen Hinweis darauf liefert die Tatsache, dass in den ca. 1100 Wörtern zum Thema *Sinn und Zweck von Bürgerbeteiligung* die viel diskutierte Frage, welche Rolle Minipublics sinnvollerweise in einem politischen System spielen können, nicht einmal angesprochen wurde.

der offiziellen Behandlung von Bürgerbeteiligung nicht *sicherstellen* konnte, dass die Auseinandersetzung mit relevanten Themen diesem Level entspricht.

Wenn man mit einer *Maximaldefinition* an die Frage heran tritt, ob die Auseinandersetzung mit relevanten Themen genügt hat, bietet sich ein wesentlich kargeres Bild: Mit Jugendbeteiligung und der Frage, ob es ein ständiges Gremium oder ein Themen-gebundenes Gremium zur Bürgerbeteiligung geben soll, gibt es zwei weitere Themen, die nur von Teilen der Teilnehmenden behandelt wurden und die sich – trotz der in Kapitel 4.4 gezeigten hohen Intensität an Argumenten zu einem der Themen – nicht in Form einer Empfehlung niedergeschlagen haben. Weitere relevante Themen für die Behandlung der Fragestellung des Bürgerrats sind unter Umständen überhaupt nicht besprochen worden<sup>18</sup>. Es kann also nicht als gesichert gelten, dass die Menge aller relevanten Themen nach einer Maximaldefinition zu einer ähnlich komplexen Frage innerhalb von zwei Prozesstagen von selbst in den Diskurs kommt. Bei facettenreichen Themen wie Bürgerbeteiligung ist davon auszugehen, dass auch bei einer doppelt so langen Bearbeitungszeit im Bürgerrat noch nicht alle relevanten Themen nach Maximaldefinition von selbst angesprochen würden, was bedeutet, dass Minipublics für komplexe Themen entweder wesentlich länger werden müssen oder dass für eine effiziente Gestaltung von Beteiligungsprozessen hoher epistemischer Qualität der Diskurs darüber, welche Themen relevant sind, schon vor dem eigentlichen Beginn des Minipublics geführt werden muss, sodass die entsprechenden Themen dann von außen in die Gespräche des Minipublics eingeführt werden können. Der Bürgerrat Demokratie selbst hatte einen Beirat aus Wissenschaft und Zivilgesellschaft und die geladenen Expert\*innen, mit denen eine solche Diskussion geführt werden konnte. Es soll aber an dieser Stelle darauf hingewiesen werden, wie groß die Verantwortung solcher Personen, die die Agenda von Minipublics bestimmen, auch für die epistemische Qualität ist.

### **5.1.1 Elemente epistemischer Qualität**

Um wirklich beurteilen zu können, ob die Behandlung der verschiedenen Themen beim Bürgerrat Demokratie ausreichend war für eine informierte Empfehlung, muss die Anzahl der EEQ pro Thema genauer unter die Lupe genommen werden: Bei der Untersuchung der EEQ im Allgemeinen hat sich zunächst gezeigt, dass Hypothese 1 bestätigt werden konnte: Ein großer Teil der EEQ, die beim Bürgerrat Demokratie diskutiert wurden, kamen erstmals in den Kleingruppen zur Sprache, und es ist gut möglich, dass es weitere EEQ der Teilnehmenden gab, die beim Kodieren übersehen wurden. Minipublics wie der Bürgerrat Demokratie dürfen also durchaus als Orte epistemischer Kreativität gelten. Die Tatsache, dass die Zahl der EEQ pro Thema häufig gering ist, lässt al-

---

<sup>18</sup> Ein mögliches Beispiel wäre die Frage der vorliegenden Arbeit, wie hochwertig die Ergebnisse von Minipublics überhaupt sein können.



lerdings insgesamt auf eine teilweise niedrigere epistemische Qualität der Auseinandersetzung mit Bürgerbeteiligung schließen. Hierzu muss beachtet werden, dass in Tabelle 12 die Werte für die EEQ bei jedem Thema schon die Summe aus allen Prozessschritten der zwei parallel verlaufenden Kleingruppen darstellt. Wenn man wissen wollte, wie viele EEQ ein\*e Teilnehmer\*in im Schnitt zu einem Thema gehört hat, müsste man den jeweiligen Wert durch zwei teilen. Unter der Annahme, dass die Hälfte der tatsächlichen EEQ beim Kodieren nicht entdeckt wurden, würde die Tabelle aber eine plausible Schätzung für die tatsächliche Anzahl der EEQ darstellen.

Dass bei ca. 40% der Themen die Teilnehmenden nur über maximal eine Idee gesprochen und nur maximal ein Argument dazu gehört haben, kann unter epistemischen Gesichtspunkten nicht als ausreichend angesehen werden: Nur über *eine* Idee zu sprechen, heißt, zu diesem Thema keine Ideen für Handlungsalternativen zu haben, die man daraufhin vergleichen könnte, ob sie besser sind. Und nur maximal *ein* Argument zu einem Thema zu hören, bedeutet, entweder gar nicht zu begründen, warum man etwas fordert, bzw. für richtig oder falsch hält, oder nur eine Begründung, nicht aber eine Gegendarstellung zu haben. Das wiederum halten Fishkin und Luskin (2005: 285) für fatal bei der Kompetenzentwicklung. Wenn zu einem Thema nur maximal ein Argument vorgebracht wird, bedeutet das außerdem, dass zu diesem Thema keine wirkliche Deliberation, sondern maximal eine Sammlung von Bewertungen\* und Faktenbehauptungen stattgefunden hat. Das betrifft beim Bürgerrat Demokratie auch die nach Minimaldefinition für die Grundfrage (Empfehlung 2) relevanten Themen *Agendasetting – Themen von BB, Gemeinwohlorientierung oder Einzelinteressen bei BB, Grenzen von BB, Kosten und Aufwand für BB, Kritik an BB* und das Thema *status quo*.

Die bei der gesonderten Analyse der Argumente herausgearbeitete Anzahl aller Argumente muss ebenfalls als niedrig angesehen werden. Die Tatsache, dass nur zu wenigen Themen und Fragestellungen mehrere Argumente ausgetauscht wurden, bestätigt den Verdacht, dass beim Bürgerrat Demokratie über weite Strecken hinweg nicht mithilfe von Argumenten deliberiert wurde, sondern dass sich Phasen der Deliberation nur an wenigen Fragen entzündet haben, in denen plötzlich viele Argumente ausgetauscht wurden. Dabei sind die Teilnehmenden, wenn sie Argumente äußern, durchaus zur Deliberation fähig. Die Rekonstruktion der Argumente zeigt: Es ist möglich, die Argumente der Teilnehmenden zu verstehen, selbst wenn sie meist Enthymeme waren. Die meisten Argumente konnten auf Basis ihres Schlussmusters auch als gültig bezeichnet werden, was bedeutet: Viele Teilnehmende haben verinnerlicht, wie man schlüssig argumentiert. Es wird aber nur selten umgesetzt. Vor allem Meta-Diskurse darüber, ob ein Argument schlüssig oder eine Prämisse korrekt war, sind beim Nachlesen der Argumente nicht aufgefallen, obwohl sie teilweise durchaus angebracht gewesen wären.

Das wirft die Frage auf, warum beim Bürgerrat Demokratie so wenig deliberiert wurde. Die Frage kann hier nicht abschließend beantwortet werden. Die Beobachtung der Kleingruppen und Überlegungen bei der Analyse legen aber die Vermutung nahe, dass sowohl die allgemeine Situation bei einem Minipublic als auch die Aufgabenstellung und Gesprächsführung speziell beim Bürgerrat Demokratie einen Einfluss hatten: Ein Minipublic ist ein Umfeld, in dem viele Teilnehmende einander nicht gut kennen, und man hat nur wenig Zeit, um gemeinsam etwas auf die Beine zu stellen. In einem solchen Fall könnten Normen der Höflichkeit und Zurückhaltung fördern, dass Teilnehmende sich nicht kritisch äußern, selbst wenn man einen Fehler in einer Argumentation entdeckt oder anderer Meinung ist. Solche Normen dürften in den Hintergrund treten, sobald klar wird, dass es bei einer Diskussion um etwas Wichtiges geht, sodass es schlimme Folgen hätte, wenn man etwas aus eigener Sicht Falsches unkommentiert lässt. Dazu kam es aber auch wegen der Aufgabenstellung und Gesprächsführung beim Bürgerrat nur selten: Die Aufgabe an den Tischen bestand stets daraus etwas *zusammeln*: zunächst Argumente und Ideen und später die wichtigsten Empfehlungen. Es galt: Jede Sichtweise hat ihre Berechtigung und wird festgehalten, was bedeutet, dass es wenig Grund gab, Aussagen zu kritisieren und zu hinterfragen. Nur am Ende einer Diskussionsrunde gab es Anlass zur Deliberation, wenn die Anzahl der Ergebnisse reduziert werden sollte. Solche Fälle gaben Anlass zur Diskussion darüber, warum ein Beitrag kombiniert werden könnte oder wichtiger ist, nicht aber über die Schwächen von Beiträgen. Dieses Format der Gesprächsführung hat seine Vorteile, weil es stillen Teilnehmenden leichter fallen dürfte, ihre Sichtweisen zu äußern, wenn sie keine Kritik erwarten müssen. Dadurch könnte die Breite der EEQ gefördert werden. Die Tiefe der Diskussion und die Überprüfung der EEQ würde hingegen vermutlich von einem anderen Prozessdesign profitieren. Diese Vermutung wird auch von den Erkenntnissen von Schweiger u. a. (1986) gestützt, nach denen Gruppen bei Formaten wie dialektischen Untersuchungen und Experimenten mit der Rolle des Teufelsadvokaten bessere Ergebnisse erbringen als in konsensorientierten Formaten. Eine Diskussion mit mehr Argumenten könnte auch dann entstehen, wenn sich die Meinungen der Teilnehmenden stärker unterscheiden als das laut Geißel u. a. (2019: 30) der Fall war.

Dass in den beobachteten Gesprächen insgesamt nur wenige Argumente zur Sprache gebracht wurden, wirft die Frage auf, auf welcher Grundlage sich im speziellen Fall des Bürgerrat Demokratie die Meinungen der Teilnehmenden zu den Empfehlungen gebildet haben.<sup>19</sup> Die Befragung der Teilnehmenden ergab, dass sich ihre Meinung zu Fragen der politischen Beteiligung leicht verbessert hat (vgl. Geißel u. a. 2019: 30), bein-

---

<sup>19</sup> Viele Meinungen haben sich mit Sicherheit erst während des Bürgerrats ausgeprägt, denn es ist bei der Detailtiefe vieler Empfehlungen nicht plausibel, dass die Teilnehmenden schon vor dem Bürgerrat eine Meinung zu allen Fragen hatten.

haltete aber nur eine unzureichende Erhebung darüber, ob und warum sich die Meinungen der Teilnehmenden zu *Themen der Bürgerbeteiligung* ausgebildet oder geändert haben, weshalb entsprechende Untersuchungen hier nicht vorgenommen werden können.<sup>20</sup> Dass es zu einigen Empfehlungen des Bürgerrats in den beobachteten Gesprächen nur wenige oder gar keine Argumente gab, bedeutet aber, dass sich die Meinungen der Teilnehmenden dazu nicht auf Grundlage gemeinsamer Argumente als kollektiver Ressource ausgebildet haben können. Grundlage für die Meinungsbildung können in diesen Fällen nur die Überzeugungen sein, die die Teilnehmenden schon vor dem Bürgerrat hatten, und die Faktenbehauptungen, Bewertungen\* und Ideen, die sie während des Bürgerrats gehört und andere Erfahrungen, die sie dort gemacht haben. In diesen Fällen mit wenigen Argumenten muss die Meinungsbildung also größtenteils intern stattgefunden haben, und es lässt sich kaum überprüfen, ob die gehörten EEQ einen entscheidenden Einfluss hatten oder ob sich die Meinungen der Teilnehmenden zu den Fragen teilweise spontan, unterbewusst und vielleicht sogar unbegründet entwickelt haben. Letzteres würde nicht dem Ideal der deliberativen Demokratie entsprechen und wäre auch für die epistemische Qualität der Empfehlungen ein Problem.

Auch wenn die Teilnehmenden ihre Meinungen auf Grundlage der vorgebrachten EEQ ausgebildet hätten, wäre das aber unter Umständen problematisch, denn sowohl bei Faktenaussagen als auch bei Bewertungen\* war in einem großen Teil der Fälle nicht klar, worauf sich die Sprecher\*innen mit ihren normativen und empirischen Behauptungen und Annahmen berufen. Dass nicht bekannt ist, worauf sich der\*die Sprecher\*in beruft, muss nichts Schlechtes für die Qualität des EEQ bedeuten. Manchmal sind Dinge evident, oder Faktenaussagen ergeben sich direkt aus Definitionen (sind also a priori wahr). Dann bedarf es keiner weiteren Begründung, und man hat guten Grund, sich überzeugen zu lassen. Dass in 45% der Faktenbehauptungen laut Kodierer nur schwer zu sagen war, ob die Quelle, auf die man sich bezog, auch angemessen war, ist aber ein Problem, denn es wurde auch bei solchen Aussagen und bei Aussagen, deren Quellen eindeutig unangemessen waren, nur äußerst selten kritisch hinterfragt, ob etwas stimmt, und noch seltener wurde widersprochen. Gleiches gilt für die Bewertungen\*, bei denen die normative Basis unklar war: Diese wurden häufig so formuliert, als handle es sich nur um eine persönliche Meinung, die für andere nicht von Bedeu-

---

20 Wegen unerwarteter Themen wäre es wohl auch nicht gelungen, Meinungen genau zu den Themen abzufragen, über die die Teilnehmenden im Prozess diskutiert haben. Die Erkenntnis, dass lange nicht alle Argumente, die bei Inhaltsanalysen als solche kodiert werden, auch für oder gegen eine Meinung sprechen, die in einer Befragung erhoben wird, sollte bei zukünftigen Studien berücksichtigt werden, weil Schlussfolgerungen wie die von Gerber u. a. (2018), dass Teilnehmende häufig ihre Meinung *auf Basis der Rechtfertigungen im Gespräch* geändert hätten, infrage stehen würden, wenn ein großer Teil der identifizierten Gründe bei derart offenen Diskussionen mit den abgefragten Meinungen nichts zu tun hätte.

tung sein müsse. Daraus ergibt sich viele kein Grund, Bewertungen\* zu widersprechen, und es fällt ohne Bezug auf eine Wertegrundlage schwer, darüber zu diskutieren, ob diese akzeptabel ist. Wenn sich Teilnehmende direkt von derart ungesicherten Behauptungen und Bewertungen\* überzeugen ließen, könnten sie eine Meinung annehmen, die ihren eigenen Werten widerspricht oder auf einem falschen Bild der Realität beruht.

Auch ungesicherte Behauptungen sind also potenziell schädlich für eine gute Meinungsbildung und für die epistemische Qualität eines Minipublics. Ob sie es auch tatsächlich sind, hängt davon ab, wie sich Meinungen in der Realität bilden. Wenn Menschen ein gutes Gespür dafür haben, was richtig ist, und Falschaussagen an allen wirkungslos abprallen, dann wären sie nur für die Meinung der jeweiligen Sprecher\*innen schädlich. Wenn nicht, dann gibt es auch noch einen weiter gehenden Einfluss, und ungesicherte Behauptungen müssten für eine hohe epistemische Qualität im Minipublic unterbunden oder hinterfragt werden. Wenn tatsächlich sichergestellt werden soll, dass Minipublics eine gut informierte Empfehlung abgeben, dann muss man sich mit der Meinungsbildung weiter auseinandersetzen, weil ungünstige Erkenntnisse hierzu bedeuten könnten, dass man Sicherungsmechanismen der epistemischen Qualität in das Design von Minipublics integrieren muss. Dabei wäre es eine große Herausforderung, nicht den Fluss und Charakter der Diskussionen zu beeinträchtigen, wie das der Fall wäre, wenn bei über 40 % der Aussagen eingehakt und hinterfragt würde, warum eine Person etwas behauptet oder für gut hält. Eine Möglichkeit wäre, zumindest das Überprüfen von *Faktenaussagen* aus den Gesprächen auszulagern und in einer zweiten Runde oder in Echtzeit durch die Ergebnissicherung in den Prozess zurück zu spiegeln. Ob Techniken der dialektischen Untersuchung oder das Einsetzen eines Teufelsadvokaten dafür sorgen können, dass zumindest alle *relevanten* Aussagen überprüft und gesichert werden, und zu welchem Preis, muss noch weiter erforscht werden.

### **5.1.2 Ausgewogenheit und Vielseitigkeit der Diskussionen**

Eine letzte Erkenntnis zur epistemischen Qualität im Allgemeinen war die, dass es beim Bürgerrat Demokratie nicht gelungen ist, Diskussionen zu erzeugen, die in Bezug auf die Grundfrage (*soll es Bürgerbeteiligung auf Bundesebene geben?*) ausgeglichen waren, obwohl die Organisator\*innen sich Mühe gegeben haben, kritische Expert\*innen zu diesem Thema einzuladen, und – als das nicht gelungen ist – selbst kritische Fragen zu diesem Thema gestellt haben. Dieses Phänomen kann wahrscheinlich mit dem Bias erklärt werden, dass die meisten Teilnehmenden schon vor dem Bürgerrat eine positive Einstellung zu Entscheidungen durch Bürger\*innen hatten – ein noch größerer Anteil, als das in der Gesamtbevölkerung ohnehin der Fall war (vgl. Geißel u. a. 2019: 16). Dadurch, dass die Expert\*innen überwiegend über Fakten referiert haben, die neutral sind oder in Argumenten *für* Bürgerbeteiligung verwendet werden können,

wurden sie vermutlich nicht kritisch gestimmt, sondern in ihren Überzeugungen noch bestärkt, die dann in den Kleingruppen weitgehend reproduziert wurden. Diese Vermutung würde bedeuten, dass sich die Teilnehmenden *als Ganzes* während des Bürgerrats in Richtung Befürwortung von Bürgerbeteiligung polarisiert haben.<sup>21</sup>

Dieses Phänomen ist schwer zu bewerten: Einerseits ist erwünscht, dass *alle* Argumente und Sichtweisen der Teilnehmenden eingebracht werden und dass diese ihre Meinung auf Basis dieser Argumente ändern. Die Unausgewogenheit scheint aber problematisch, weil es sich bei den Empfehlungen des Bürgerrats größtenteils um Entscheidungen bei unvollkommener Information handeln dürfte (vgl. Kapitel 2.1.2.4). Dass in den beobachteten Gruppen die Gesamtheit aller möglichen Argumente zur Sprache gekommen ist, ist nämlich bei einer Anzahl von 0 bis 18 Argumenten pro Thema nicht plausibel, zumal die Themen teils immer noch so grob waren, dass sie viele grundlegend verschiedene Fragen beinhalten können. Es muss also davon ausgegangen werden, dass die Teilnehmenden sich ihr Urteil auf das Basis von nur einem Teil aller Argumente bilden mussten. Die Argumente, die von der Ergebnissicherung für und gegen Bürgerbeteiligung zusammengetragen wurden, waren zwar zahlreicher und auch ungefähr ausgeglichen, aber es ist unklar, ob und wie intensiv sich die Teilnehmenden mit dieser Liste der Argumente anderer Tische auseinandergesetzt haben.

Bei genauerer Überlegung gibt es bei einem Prozess, bei dem zum Beispiel aus Zeitgründen nicht alle Argumente gefunden werden, bezüglich der Ausgeglichenheit tatsächlich ein Problem für die epistemische Qualität der politischen Urteile, selbst wenn man dafür sorgen könnte, dass die Teilnehmenden sich mit den Argumenten der anderen Tische genau auseinandersetzen: Wenn es tatsächlich den vermuteten Bias gibt, der dafür sorgt, dass Teilnehmende häufiger Argumente für die Meinung vorbringen, die sie ohnehin schon innehaben, dann könnte das bedeuten, dass sich die Liste der Argumente, die *für* diese Meinung sprechen, systematisch schneller füllt, als die Liste der Argumente, die dagegen spricht. Wenn das Sammeln von Argumenten in einem Minipublic abgebrochen wird, bevor alle Argumente gefunden werden konnten, dann bedeutet das bei vorliegendem Bias, dass bis dahin mehr Argumente für die vorherrschende Meinung eingegangen sein werden als dagegen. Prozesse knapper Zeit begünstigen also eventuell das Reproduzieren der Meinungen, die vor dem Prozess vorlagen, unabhängig davon, ob tatsächlich mehr und bessere Gründe für oder gegen diese Meinung sprechen würden. Unter der Annahme eines Bias fördern sie also verfälschte Urteile. Um eine höhere Qualität der Urteile zu sichern, gäbe es nun mindes-

---

21 Ob sich die Meinung zu Bürgerbeteiligung auf Bundesebene polarisiert hat, ist schwer zu sagen, weil das bei der Befragung der Teilnehmenden nicht erhoben wurde. Es haben aber nur 5,7% der Teilnehmenden gegen die Empfehlung der Bürgerbeteiligung gestimmt.

tens zwei Möglichkeiten: Entweder man erhöht die Zeit, die für die Behandlung von Themen zur Verfügung steht, oder man versucht, die Teilnehmenden vor dem Prozess auf ihren Bias zu grundlegenden Fragen hin zu überprüfen, um dann kontrolliert ungefähr gleich viele Personen mit befürwortenden wie ablehnenden Meinungen einzuladen. Beim ersten Lösungsansatz würden Prozesse womöglich länger und so für Teilnehmende unattraktiv; der zweite Lösungsansatz hat zwar den Vorteil, dass Diskussionen kontroverser und epistemisch tiefer wären und die Liste der Argumente vollständiger, er birgt aber auch den Nachteil, dass er aufwändig ist und dass Minipublics damit ihre mögliche Funktion verlieren würden, ungefähr vorhersagen zu können, was die Mehrheit der Bevölkerung wollen würde, wenn sie besser informiert wäre.

## **5.2 Redeanteile, stille Gruppen und Meinungsführerschaft**

Die Analysen haben gezeigt, dass sowohl Anzahl als auch Umfang der einzelnen Redebeiträge unter den Teilnehmenden sehr unausgeglichen waren, wobei ein signifikanter Unterschied zwischen Menschen mit Abitur oder Fachhochschulreife und dem Rest der Teilnehmenden festgestellt werden konnte. Dieser Fund an sich ist nicht verwunderlich: Er ist bereits von Han u. a. (2015) entdeckt worden und kann vermutlich auf unterschiedliche kommunikative Fähigkeiten und Gewohnheiten der Personen mit verschiedenen Schulabschlüssen zurückgeführt werden. Erklärungsbedürftig ist eventuell, dass die bei Han u. a. signifikanten Effekte des Alters und des Geschlechts nicht reproduziert werden konnten (für den signifikanten Unterschied nach Geschlecht bei der Anzahl der Bewertungen\* pro 1000 Wörter gibt es keine gute Erklärung). Das kann aber auch an der relativ kleinen Stichprobe beim Bürgerrat Demokratie liegen. Solange diese Unterschiede bestehen, weil einige Menschen die gleiche Anzahl Gedanken in weniger Worten ausdrücken als andere, stellen sie keine Gefahr für die epistemische Qualität eines Minipublics dar. Problematisch wird es aber, wenn einzelne Teilnehmende schweigen, weil sie die Diskussion nicht verstehen oder wenn sie Gedanken zu einem Thema haben, sich aber nicht trauen, diese zu äußern. In diesen Fällen würde verhindert, dass potenziell relevante Beiträge zu einem Thema eingebracht werden.

Bei den stillen Teilnehmenden, die teilweise nur bis zu 4 % der gesamten Rede in den Gesprächsrunden getragen haben, liegt der Verdacht, dass ein unerwünschtes Unterbinden von Beiträgen stattfindet, besonders nahe. Für die epistemische Qualität ist dabei laut Theorie irrelevant, ob es sich bei den stillen Teilnehmenden um Menschen mit bestimmten sozioökonomischen Merkmalen handelt oder nicht. Relevant ist nur, ob sie potenziell andere Perspektiven, Ideen und Argumente hätten einbringen können als die anderen Teilnehmenden (das kann nach derzeitigem Wissensstand vermutlich bei keiner sozioökonomischen Gruppe ausgeschlossen werden) und ob sie das getan haben.

Die Analyse der EEQ von stillen Teilnehmenden zeigt, dass deren Anzahl gemäß ihrer niedrigen Anzahl von Redebeiträgen sehr gering war. Ob es Unterschiede in den Einstellungen zwischen den stillen und den anderen Teilnehmenden gab, ließ sich nicht nachweisen. Es ist bei einigen dieser Teilnehmenden auch denkbar, dass sie sich deswegen nicht geäußert haben, weil andere ihre Meinung bereits zuvor vertreten hatten. Das legt auch die Nachbefragung der Evaluation nahe, bei der (bei geringer Beteiligung an der Befragung) kein\*e beobachtete\*r Teilnehmer\*in angegeben hatte, nicht genügend Gelegenheit gehabt zu haben, die eigene Sicht der Dinge darzulegen. Einen Hinweis darauf, dass die Diskussion für stille Teilnehmende zu schnell ging, gab es nur bei der Person, die die Auseinandersetzung verweigert und deshalb keine Meinung hatte. Wenn man diese Person als Spezialfall außer Acht lässt, fällt das Fazit bezüglich der epistemischen Qualität unsicher aus: Es ist nicht klar, ob die beim Bürgerrat genutzte und durchaus übliche Vorgehensweise einer freien Diskussion mit Gesprächsregeln, die aber nur selten eingefordert werden, genügt, um sicherzustellen, dass alle relevanten Sichtweisen der Teilnehmenden auch Gehör finden. Die stillen Teilnehmenden direkt zum Reden aufzufordern, scheint aber Erfolge zu versprechen.

Bezüglich der Meinungsführer\*innen-Problematik gibt es interessante Erkenntnisse: Es gab tatsächlich Menschen, die mehr reden als die anderen, die häufig als erste in einer Gesprächsrunde sprechen, als erste auf Fragen antworten und ihre Meinung sagen und häufiger neue Themen in das Gespräch einbringen. Diese Personen bringen im Schnitt auch signifikant mehr EEQ ein als die anderen Teilnehmenden. Das ist vor allem ihrem großen Redeanteil geschuldet, denn es ließ sich nicht nachweisen, dass diese Personen auch mehr EEQ in der gleichen Zeit einbringen und damit besonders effizient deliberieren würden. Die Personen waren also nicht grundsätzlich bessere Deliberatoren als die anderen Teilnehmenden. Sie haben aber früher und mehr gesprochen. Entgegen der Erwartung waren sie nicht überwiegend männlich oder Menschen mit überdurchschnittlich großem politischen Interesse, doch sie waren überdurchschnittlich oft Menschen mit den höchsten Schulabschlüssen. Damit konnten die Hypothesen 4a) und 4d) bestätigt werden, nicht aber 4b) und 4c). Von besonderem Interesse ist nun, ob diese Personen einen großen Einfluss auf die Meinungsbildung im Bürgerrat hatten und somit als Meinungsführer\*innen bezeichnet werden müssen.

Die Untersuchung dieser Fragestellung war im Rahmen dieser Arbeit nur teilweise möglich, weil nach dem Identifizieren der vermeintlichen Meinungsführer\*innen nicht nachvollzogen wurde, wie lange die Gespräche bei den Themen blieben, die diese Personen eingebracht hatten, und ob andere Teilnehmende ihnen nicht doch in einigen Punkten widersprechen. Die Tatsache, dass Teilnehmende einander beim Bürgerrat allgemein nur in sehr wenigen Fällen widersprochen haben, legt aber nahe, dass auch

die Meinungen der vermeintlichen Meinungsführer\*innen nicht auf große Ablehnung gestoßen sind. Weil beim Bürgerrat Demokratie die Vermutung im Raum steht, dass viele Teilnehmende schon vor dem Prozess ähnliche Einstellungen zu Beteiligung hatten, kann es auch sein, dass die zuerst geäußerten Meinungen deswegen nicht auf Widerspruch stoßen, weil sie tatsächlich den Meinungen entsprechen, die die Teilnehmenden auch selbst ausgebildet hätten, wenn sie etwas mehr Zeit gehabt hätten. Aus epistemischer Perspektive wäre das nur dann ein Problem, wenn durch die Beiträge der Meinungsführer\*innen die Gedanken der anderen Teilnehmenden in bestimmte Richtungen geleitet würden und dadurch das Einbringen anderer EEQ oder Themen unterbunden würde. Das wiederum kann in dieser Arbeit nicht nachgewiesen werden. Dass auch die Moderation, die um diese Gefahr wissen sollte, teilweise Themen eingebracht hat, muss mit Vorsicht betrachtet werden. In Fällen, in denen die Teilnehmenden von selbst keine Einfälle mehr haben, kann das Stimulieren der Diskussion legitim sein.

### **5.3 Ergebnissicherung – Festhalten und Aufgreifen von EEQ**

Zwei Aspekte von Minipublics, die in dieser Arbeit bereits mehrfach erwähnt wurden, in der übrigen Literatur zu Minipublics aber weitgehend fehlt, ist die Rolle der Ergebnissicherung und das Aufgreifen von Ergebnissen im Prozess. Für die epistemische Qualität von Minipublics müssen diese Aspekte aber auch nach den Erkenntnissen dieser Arbeit als äußerst wichtig gelten, wie die folgende Argumentation zeigen soll:

Auch wenn die Sicherung von *Ideen* im Rahmen dieser Arbeit nicht überprüft werden konnte, konnte Hypothese 2 in Bezug auf den Bürgerrat Demokratie bestätigt werden: Die selektive Ergebnissicherung hat dazu geführt, dass nur ein Teil aller Argumente des Bürgerrats festgehalten wurde. Faktenbehauptungen und Bewertungen\* der Teilnehmenden wurden überhaupt nicht festgehalten. Letzteres lässt sich bei einem Bürgerrat kaum ändern, und es würde die Adressat\*innen der Ergebnissicherung wohl auch überfordern, wenn sie alle Behauptungen, die beim Bürgerrat getätigt wurden, nachlesen könnten.<sup>22</sup> Dass Argumente nur selektiv festgehalten wurden, ist aber sowohl für die Funktion des Bürgerrats ein Problem als auch für die epistemische Qualität der Empfehlungen des Bürgerrats: Durch die nach Themen diskriminierende Sicherung der Argumente ist den Empfänger\*innen des Bürgergutachtens für alle Empfehlungen außer Empfehlung 2 nicht klar, was dafür spricht sie anzunehmen und was dagegen. So hat die selektive Ergebnissicherung des Bürgerrats auch dazu beigetragen, dass

---

<sup>22</sup> Tatsächlich waren Teilnehmende teils bereits mit der weniger ausführlichen Ergebnissicherung des Bürgerrats überfordert. Bei der Auseinandersetzung mit den geschriebenen Ergebnissen der anderen Tische sagte eine Teilnehmende bei Arbeitseinheit 12: „Das erschlägt einen auch so ein bisschen, diese vielen Sachen. ... Mich bringt das durcheinander.“, und auch die Moderation meinte dazu: „ich glaube auch, wenn ich jetzt alles vorlese, dann lese ich hier 20 Minuten lang (...) vor. Und ob das uns weiterbringt, bin ich jetzt [nicht sicher]“



die Begründung des Bürgergutachtens äußerst unvollständig ist. Das entspricht nicht dem Ideal der deliberativen Demokratie und bedeutet, dass die Empfänger\*innen eines Bürgergutachtens für die epistemische Qualität ihrer eigenen Urteile wieder fast bei null beginnen müssen. Nicht für jede Empfehlung ausführlich zu begründen, warum sie angenommen werden sollte, bedeutet für ein Minipublic deshalb, dass es nicht direkt eine epistemische Funktion im politischen System einnimmt, sondern von anderen verlangt, dass sie auf das Funktionieren dieser Institution vertrauen, um mit diesem Vertrauen einen Effekt wie beispielsweise das Bestimmen der politischen Agenda zu erzielen. Auch ob man darauf vertrauen kann, dass das Minipublic die richtigen Empfehlungen abgibt, hängt von der Ergebnissicherung ab: Beim Bürgerrat Demokratie konnten die Teilnehmenden, bevor sie ihre Empfehlungen abgegeben haben, für alle Empfehlungen abseits von Empfehlung 2 nicht nachlesen, was dafür und was dagegen spricht. Die selektive Ergebnissicherung führt also auch bei den einzelnen Urteilen der Teilnehmenden zu einem Urteil bei unvollständiger Information, wenn es im Minipublic keine anderen Formate gibt, die sicherstellen, dass Ergebnisse ausgetauscht werden.

Hypothese 3 ging davon aus, dass Selektionsmechanismen in einem Minipublic so funktionieren, dass nur solche EEQ von der Ergebnissicherung aufgenommen werden, die eine höhere Qualität haben, und dass die Empfehlungen eines Bürgerrats wiederum nur die best-begründeten Empfehlungen enthalten. Es konnten keine Untersuchungen durchgeführt werden, die dafür geeignet wären, diese Hypothese zu überprüfen. Tatsächlich hat die qualitative Untersuchung aber gezeigt, dass einige sehr fragwürdige Argumente wie beispielsweise das, dass Bürgerbeteiligung die Wahlbeteiligung anheben würde, von der Ergebnissicherung nicht aufgegriffen wurden. Es ist also möglich, dass über die Ergebnissicherung und die Auswahl der abschließenden Empfehlungen tatsächlich eine gewisse Steigerung der epistemischen Qualität stattfindet. Falls das zutrifft, ist aber nicht ganz klar, wie genau sie funktioniert. Neben der Diskussion sind keine Schritte der Qualitätssicherung aufgefallen außer dem, dass die Moderation beim Festhalten von Ergebnissen Fragen dazu gestellt hat, wie genau eine Person das meint, was sie gesagt hat. Es könnten aber weiche Faktoren für das Aussortieren schlechterer EEQ eine Rolle spielen, indem zum Beispiel bei Argumenten, die vielen als nicht gesichert erscheinen, oft weder die Teilnehmenden noch die Moderation darauf pochen, dass sie festgehalten werden. Genauso könnten Gedanken der Teilnehmenden dazu führen, dass sie Ideen, bei denen sie sich nicht sicher sind, nicht als Empfehlung für das Gutachten vorschlagen, auch wenn sie sie zuvor geäußert haben. Das könnte bedeuten, dass die Vorsicht der Teilnehmenden und der Moderation – kollektiv angewandt – dazu führt, dass die Qualität der abschließenden Empfehlungen annehmbar wäre, selbst wenn es die meisten zuvor geäußerten EEQ nicht waren.

## 6 Fazit: zur epistemischen Qualität von Minipublics

Der Bürgerrat Demokratie war ein Minipublic, in dem 160 zufällig ausgewählte Bürger\*innen in der relativ kurzen Zeit von vier Tagen sieben Themen behandelt haben. Der Prozess hat gezeigt, dass Minipublics eine eigene Kreativität besitzen und keinesfalls nur das verarbeiten und wiederholen, was Expert\*innen ihnen sagen. Faktoren, die das Entstehen von EEQ befördern, konnten nicht nachgewiesen werden, aber es scheint so zu sein, dass sich bei dem eher konsensorientierten und auf das Sammeln von Ideen und Argumenten konzentrierten Gesprächsformat des Bürgerrats lebhaftere Diskussionen mit Gründen für und wider nur an wenigen Stellen entzündet haben. Auch wenn viele Designentscheidungen des Bürgerrats wie die kontrollierte Zufallsauswahl, die Entschädigung von Teilnehmenden, die Experteninputs, die professionelle Moderation samt Moderationsassistenz und Redaktionsteam im Hintergrund höheren Standards der Bürgerbeteiligung entsprechen, muss der Prozess aber unter epistemischen Gesichtspunkten als suboptimal gelten.

Dieses Urteil kann an mehreren Dimensionen entlang des Bürgerrats festgemacht werden: Auf der *untersten Ebene* war die Qualität der einzelnen Redebeiträge derart, dass in vielen Fällen nicht beurteilt werden konnte, ob es sich um richtige oder falsche Aussagen handelt, ob man Grund hat ein normatives Urteil zu teilen oder nicht. Ausführliche Argumente gab es nur selten, und es war noch seltener der Fall, dass mit Gegenargumenten darauf reagiert und ein Thema ausdiskutiert wurde. In der nächsten Dimension kann festgestellt werden, dass trotz entsprechender Anstrengungen der Moderation nicht alle relevanten Beiträge aus den Gesprächen auch festgehalten wurden. Das hatte erstens zur Folge, dass Teilnehmende von anderen Tischen nicht alles nachvollziehen konnten, was anderswo besprochen wurde. Zweitens führte es auch dazu, dass einige Argumente, die aus der kollektiven Intelligenz des Bürgerrats entstanden und durchaus relevant für die Thematik gewesen wären, verloren gingen. Dabei gibt es dafür, dass EEQ schon während der Kleingruppendiskussionen aussortiert werden, nur selten einen guten Grund (vgl. Kapitel 2.2.2). Und auch in Bezug auf die Forschungsfrage F2 (*inwiefern die EEQ für das politische System nutzbar sind*), macht der Bürgerrat wegen der Ergebnissicherung einen durchwachsenen Eindruck. Laut Bächtiger und Goldberg (unveröffentlicht) basiert die Funktion von Minipublics zwar teils auf Vertrauen, doch wenn Bürger\*innen kritisch gegenüber den Empfehlungen des Bürgerrats wären und sich informieren wollten, dann würde die Ergebnissicherung des Bürgerrats ihnen dazu nur bei wenigen der Empfehlungen nützliche Argumente liefern.

Auf der Dimension der Aggregation der einzelnen Themen ist das Problem, dass die Beiträge, Themen und Argumente unausgewogen waren: Über Kritik und Alternativen

zu Bürgerbeteiligung wurde kaum gesprochen; es gab verhältnismäßig wenige Argumente gegen Bürgerbeteiligung in den beobachteten Gesprächen, und es wurde meist über das *Wie* der Bürgerbeteiligung gesprochen, und kaum über das *Ob*. Die Teilnehmenden waren also bei der Abstimmung über die Empfehlungen „informiert“ – aber auf eine Art und Weise, bei der die Auseinandersetzung unvollständig, ungleichmäßig und teils unausgewogen war und bei der die Teilnehmenden zum Teil vermutlich selbst nicht sagen konnten, ob die Informationen, die sie hatten, einer kritischen Überprüfung standhalten würden. Der Bürgerrat Demokratie konnte so wohl kaum eine hohe epistemische Qualität der Empfehlungen gewährleisten, und falls doch, dann ist nicht nachvollziehbar, wie das gelungen ist. Mögliche Ursachen wären eine gute Vorauswahl von Themen durch die Organisator\*innen und Expert\*innen, das Vorwissen vieler Teilnehmender, ein gutes Gespür für die richtigen Antworten oder weitere Gedanken und Privatgespräche der Teilnehmenden, wobei vermutlich keiner dieser Faktoren alleine den Ausschlag gibt. Nicht zu wissen, ob es diese Effekte gibt, bedeutet aber auch, dass nicht klar ist, ob wir Minipublics wirklich begründet Vertrauen schenken können.

Einige dieser Schwächen hätte der Bürgerrat Demokratie wohl durch sein Prozessdesign ausgleichen können, dessen Rolle als Faktor für das Weiterleiten von EEQ (vgl. Forschungsfrage F6) vermutlich kaum überschätzt werden kann. Hier wären vor allem eine vollständigere Ergebnissicherung<sup>23</sup>, konfliktreichere Diskussionsformate und ausführlichere Phasen der Auseinandersetzung mit den Ergebnissen der anderen Kleingruppen zu nennen. Bei anderen Schwächen ist das aber nicht sicher, und es muss die Frage gestellt werden: Inwiefern sind Minipublics vielleicht durch ihre wesentlichen Charakteristika schon dazu bestimmt, höchstens eine mittlere epistemische Qualität innezuhaben? Diese wesentlichen Charakteristika von Minipublics sind, wie in Kapitel 2.2 beschrieben, ihre einigermaßen repräsentative Zusammensetzung und ihr deliberativer Charakter. Restriktionen ergeben sich vor allem aus der ersten dieser Eigenschaften: Teilnehmende, die repräsentativ für die Bevölkerung sind, haben sich zu großen Teilen vor einem Prozess noch nicht intensiv mit einem Thema auseinandergesetzt. Weil das Wissen der Teilnehmenden unterschiedlich ist, muss die Auseinandersetzung mit einem Thema bei einem Minipublic in allen Aspekten bei null beginnen (wobei die Aneignung des Wissens vermutlich durch effiziente Inputs beschleunigt werden kann). Gleichzeitig sind, wie auch beim Bürgerrat häufig betont wurde, repräsentative Teilnehmende Menschen, die ein eigenes Leben, eventuell einen Beruf oder eine Familie haben und die nicht unbegrenzt Zeit in die Auseinandersetzung mit einem Thema inves-

---

23 Um das Potenzial der vielen Ideen und Sichtweisen voll auszuschöpfen bräuchte es vermutlich eine technische Lösung mit einer relationalen Datenbank, in der man Diskurse in Echtzeit vollständig abbilden kann. Diese wäre im Idealfall auch für außenstehende erkundbar.

tieren können. Es hat zwar bereits Prozesse gegeben, bei denen die Teilnehmenden sich über ein Jahr hinweg getroffen haben (vgl. Warren und Pearse 2008), aber es wird allenthalben vor langen Prozessen gewarnt, weil bestimmte Teile der Bevölkerung so ausgeschlossen würden. Es gibt zwar Überlegungen, Minipublics so zu institutionalisieren, dass die Teilnehmenden von ihren Berufen frei gestellt würden und für längere Zeit bezahlte Vertretungs-Bürger\*innen sein könnten, doch darauf kann hier nicht eingegangen werden. In der üblichen Form erscheint es plausibel, dass ein Minipublic, das keine Teile der Bevölkerung ausschließt, maximal vier bis zehn Tage dauern kann.

Was folgt, ist eine Überschlagsrechnung dazu, wie lange es dauern könnte, bis man Empfehlungen von maximaler epistemischer Qualität abgeben kann. Dabei ist wichtig, dass politische Probleme, die in Minipublics behandelt werden können, unterschiedlich komplex sind. Eigene Erfahrungen aus der Planung haben gezeigt: Ein relativ konkretes Problem wie die Verbesserung der Lebensqualität von alten Menschen an einem Ort hat drei bis fünf Dimensionen und bis zu 200 Ursachen der Missstände, an denen man ansetzen könnte, um das Problem zu lösen. Daraus ergeben sich unter Umständen 300 Ideen als Lösungsansätze, die man auf ihre Folgen hin untersuchen und bezüglich ihrer Vor- und Nachteile bewerten kann. Positiv bewertete Lösungsansätze können in Gedanken in zahlreichen Konstellationen kombiniert und miteinander verglichen werden. Erst im Vergleich dieser Ansätze kann man eine begründete Empfehlung von *maximaler epistemischer Qualität* abgeben (vgl. Kapitel 2.1.2.3). Ein komplexes Problem wie die Verbesserung unserer Demokratie dürfte noch wesentlich mehr Dimensionen und Lösungsansätze haben, und auch der Vergleich zwischen Lösungsansätzen dürfte länger dauern, wenn diese komplexer werden. Schließlich gab es bereits beim Bürgerrat Demokratie knapp 20 Themen, die sich nur mit Ausgestaltungsmöglichkeiten *des einen Lösungsansatzes* „Bürgerbeteiligung“ und seinen Vor- und Nachteilen beschäftigt haben, und es wurden bis zu 100 unterschiedliche Ideen zur Ausgestaltung genannt. Dafür hat es 27 Teilnehmende und einen Arbeitstag (knapp 7 Stunden) gebraucht. Um die Ideen und Argumente der anderen Teilnehmende zu verstehen, hätten die Teilnehmenden schätzungsweise einen weiteren Arbeitstag benötigt. Damit hätten sie aber immer noch nicht das zu lösende grundlegende Problem der Demokratie behandelt und noch nicht all die anderen Lösungsansätze neben der Bürgerbeteiligung bedacht, geschweige denn alle Argumente dazu. Um wirklich zu verstehen, warum sie etwas empfehlen und nicht etwas anderes, hätten die Teilnehmenden bei dem komplexen Thema Demokratie deswegen womöglich sogar mehr als zehn Tage gebraucht.

Diese quantitative Gegenüberstellung soll deutlich machen: Wenn Minipublics Empfehlungen von höchster epistemischer Qualität geben wollen, dann stoßen sie bei der Behandlung komplexer Probleme an die Grenzen des Formats. Daraus kann man nun un-

terschiedliche Schlüsse ziehen, abhängig davon, ob man überhaupt davon ausgeht, dass politische Urteile eine hohe epistemische Qualität haben und ob insbesondere die Empfehlungen von Minipublics schon diese Qualität besitzen sollten. Wenn man sich damit zufrieden gibt, dass in der Politik Entscheidungen auf Basis von nur teilweise durchdachten Urteilen gefällt werden, dürften die Einsatzmöglichkeiten und Funktionen für Minipublics äußerst zahlreich sein. Schließlich ermöglichen sie es innerhalb eines einzigen Prozesses bekannte Lösungsansätze zu behandeln, neue zu entwickeln, darüber zu diskutieren und diese mit den Sichtweisen eines möglichst repräsentativen Teils der Bevölkerung abzugleichen. All das sind Schritte, die auch in einem idealen Entscheidungsprozess durchgeführt werden müssten (wenn auch in größerer Detailtiefe). Wenn die Entscheidungsheuristiken der Teilnehmenden und das Design des Minipublics funktionieren, dann entsprechen die Empfehlungen ungefähr den Werten in der Bevölkerung und weichen unter Umständen nicht weit ab von dem, was die gleichen Menschen in einem idealen Deliberationsprozess erarbeiten würden. Diese Vermutung ist nicht belegt, aber wenn sie zutrifft, dann könnten auch Minipublics eine Art Abkürzung oder Entscheidungsheuristik für ganze Gesellschaften sein. Mehr noch: Weil die Probleme, die das Minipublic sieht, jene sind, die auch durchschnittliche Bürger\*innen sehen, und die Empfehlungen, die das Minipublic gibt, jene sind, die schon länger im Fachdiskurs sind oder die den Teilnehmenden als erstes zusätzlich einfallen, ist davon auszugehen, dass es sich dabei um Lösungsansätze handelt, die auch die Bevölkerung leicht verstehen und akzeptieren kann. Die Funktion, gerade das herauszuarbeiten, was salient ist, wird auch von Parkinson als Vorteil gesehen (vgl. Parkinson 2003: 187), und es fördert die Funktion von Demokratien, Politik zu machen, die gegenüber Bürger\*innen rechtfertigbar ist. Ein epistemisch suboptimales Minipublic kann außerdem auch dann einen epistemischen Beitrag leisten, wenn es im Austausch mit der Politik steht, die die Fehler des Minipublics ausbessern könnte, sodass epistemische Qualität im Zusammenspiel und der gegenseitigen Kontrolle mehrerer unvollkommener Akteure entsteht. Und auch außerhalb der Lösung politischer Probleme könnten Minipublics wichtige Funktionen erfüllen – zum Beispiel beim Entwickeln gemeinsamer Visionen. Wenn man aber höhere Ansprüche an die epistemische Qualität politischer Urteile stellt, sind sinnvolle Einsatzmöglichkeiten von Minipublics stärker begrenzt<sup>24</sup> und an Bedingungen geknüpft, die im folgenden Kapitel vorgestellt werden.

---

24 Dieses Urteil zu Möglichkeiten einer epistemischen Funktion von Minipublics, mag für manche ernüchternd sein. Es kann aber keinesfalls in Abrede stellen, dass Minipublics gerade für die Teilnehmenden viele positive Effekte haben können, die auch für das politische System relevant sind. Hier sind z.B. Vertrauen und Zusammenhalt, Bildung und eine besondere Kultur zu nennen, die auch in der postfaktischen Gesellschaft hilfreich sein könnte (vgl. Min und Wong 2018: 10).

## 7 Empfehlungen für Minipublics mit epistemischer Funktion

Dass der Bürgerrat Demokratie keine Empfehlungen von höchster epistemischer Qualität abgeben konnte, muss nicht bedeuten, dass er ein schlechtes Minipublic war oder dass Minipublics keine epistemischen Funktionen erfüllen könnten. Um darüber ein Urteil fällen zu können, muss nämlich der Kontext mit einbezogen werden, in dem ein Minipublic stattfindet. In einem politischen System, in dem bestimmte Themen wegen Eigeninteressen der Politik nicht behandelt werden (vgl. Thompson 2008b) oder Rechtfertigungen für politische Entscheidungen manchmal spärlich ausfallen, kann vermutlich auch ein Minipublic wie der Bürgerrat Demokratie der epistemischen Funktion von Demokratie dienen, indem es diese Themen auf die Agenda setzt oder es leichter macht, Begründungen von der Politik dazu einzufordern. Informiert durch die Ergebnisse dieser Arbeit, sollen nun aber die verschiedenen Möglichkeiten noch einmal überdacht werden, nach denen ein Minipublic einen Beitrag zur epistemischen Funktion von Demokratie liefern kann, und mit Empfehlungen versehen werden, wie das Minipublic für die jeweilige Funktion in einer *deliberativen Sequenz* optimiert werden kann. Dass ein Minipublic mehrere dieser Funktionen in sich vereinen kann, soll dabei als theoretische Möglichkeit mitgedacht werden – die folgenden Ausführungen können also auch als Beschreibung der Prozessschritte eines einzelnen epistemisch optimierten Minipublics gelesen werden – für komplexe Themen, wie sie in der Politik häufiger vorkommen, ist aber ein Ansatz, bei dem ein Minipublic in einen Prozess eingebettet ist, in dem es jeweils nur wenige dieser Funktionen erfüllen muss, wesentlich plausibler.

Der erste Schritt in der *deliberativen Sequenz* (vgl. Kapitel 2.1.3), in der ein Minipublic sinnvollerweise eingesetzt werden kann, ist der, bei dem aus einer wilden unkontrollierten Debatte heraus Themen ausgesucht werden sollen, um sie auf die politische Agenda zu setzen (vgl. Bächtiger und Parkinson 2019: 90). Für die epistemische Funktion eines politischen Systems wäre es wichtig, dass sich dabei tatsächlich die schwerwiegendsten und drängendsten Themen durchsetzen, damit sie behandelt werden können, bevor es zu spät ist. In vielen Fällen werden solche drängenden Themen bereits heute mehr oder weniger erfolgreich über Diskurse, Lobbyismus und verschiedene Formen politischer Beteiligung auf die Agenda gesetzt. Ein Problem für die epistemische Funktion eines politischen Systems gibt es nur dann, wenn das nicht gelingt, zum Beispiel, weil die Gruppe, die ein Thema vertritt, nicht die Ressourcen und Kompetenzen hat, um das Thema auf die Tagesordnung zu setzen, oder weil das Etablieren dieser Themen von anderen aktiv verhindert wird. Minipublics, die beim Agenda-Setting einen Mehrwert bringen wollen, muss es gelingen, die Vertreter\*innen dieser Themen zu erreichen und einen geschützten Raum für sie zu schaffen, in dem repräsentative Bürger\*innen ihnen zuhören, die Wichtigkeit dieser Themen begreifen und erst an-

schließlich deliberieren und eine Empfehlung abgeben, welche Themen denn nun am schnellsten von der Politik behandelt werden müssten. Die Deliberation beim Minipublic müsste nur darauf ausgerichtet sein, dass die Teilnehmenden die Tragweite *jedes vorgebrachten Problems* verstehen und bewerten können. Entsprechende Erfahrungen vom Bürgerrat Demokratie gibt es nicht, aber es müsste wohl ein *Austausch* zu allen Argumenten über die Tragweite der Themen stattfinden, weil nicht davon ausgegangen werden kann, dass ein Urteil auf unvollkommener Wissensbasis von einer uninformierten Entscheidung über die Agenda abweicht. Nur bei vollständigem Verständnis aller Probleme *durch alle* könnte sicher gestellt werden, dass vom Minipublic auch die Themen empfohlen werden, für deren Behandlung tatsächlich die besten Gründe sprechen. Damit das Agenda-Setting gelingt, müssten vermutlich aber auch Regeln zur verbindlichen Behandlung der Empfehlungen in der Politik etabliert werden, weil die Öffentlichkeit den Ergebnissen von Minipublics noch wenig Gehör schenkt.

In der fokussierten Deliberation könnten Minipublics unterschiedliche Funktionen erfüllen. In der ersten Version könnte ihre Funktion darin bestehen, mit ihrer *Kreativität* neue Lösungsansätze zu einem bestimmten Thema auf der politischen Agenda zu finden und zu sichern. Um sinnvolle Handlungsvorschläge einbringen zu können, müssten die Teilnehmenden eines solchen Minipublics zunächst ein Grundverständnis des zugrundeliegenden Problems erhalten. Danach sind aber nur noch Formate relevant, in denen entweder neue Ideen befördert oder Ideen untersucht und kritisiert werden können. Auch Phasen mit einem Gruppen- oder Experten-Delphi könnten helfen, weil so auch Ideen eingebunden werden können, die schon außerhalb des Bürgerrats in Fachkreisen entstanden sind, und weil durch die Kontroverse wahrscheinlich eine höhere Anzahl an EEQ zu Ideen entsteht. Es wäre dabei nicht wichtig, dass alle Teilnehmende alle Ideen und ihre Folgen verstehen und bewerten können, weil sie diese nicht aussortieren sollen, sondern nur dass wirklich alle Ideen von verschiedenen Gruppen untersucht werden, damit nicht manche Handlungsoptionen ignoriert werden, nur weil sie auf den ersten Blick nicht interessant erschienen. Außerdem sollte für das Ausschöpfen der Kreativität alles, was zu den Ideen gesagt wird, festgehalten werden, damit in späteren Schritten weiter an ihnen gearbeitet werden und fehlendes Wissen dazu eingeholt werden kann. Solche Prozesse ergeben aber nur Sinn, wenn es als Adressaten einen Prozess gibt, in dem diese Ideen tatsächlich weiterverarbeitet und zur Entscheidungsreife gebracht werden. Solche Prozesse könnten in der Verwaltung stattfinden oder – dem deliberativen Ideal entsprechend – auf öffentlich einsehbaren Plattformen.

Auch kurz bevor es in der deliberativen Sequenz zu einer Entscheidung kommt, können Minipublics eine Rolle spielen, indem sie das Für und Wider für schon bestehende Handlungsalternativen herausarbeiten, die im politischen System zur Auswahl stehen

und die im Idealfall zuvor in einem deliberativen Prozess erarbeitet wurden. In Minipublics können auch bestehende Entscheidungsprozesse rückgekoppelt werden. Dazu sind sie geeignet, insofern es gelingt, Menschen mit den *unterschiedlichsten Wertevorstellungen* innerhalb einer Gesellschaft zu rekrutieren, denn es müssen alle Sichtweisen gesammelt werden.<sup>25</sup> Wenn das Ziel eine politische Entscheidung von optimaler epistemischer Qualität ist, dann müsste das Ziel des Minipublics in diesem Schritt sein, wirklich *alle* Argumente herauszuarbeiten, die aus Sicht irgendeiner\*r Bürger\*in für und gegen die verschiedenen Handlungsoptionen sprechen. Um das zu gewährleisten muss den Teilnehmenden alles Wissen über die Handlungsalternativen und ihre Folgen zur Verfügung gestellt werden, das im Idealfall schon vorher zusammengetragen wurde. Die Teilnehmenden müssten dieses dann nur noch verknüpfen und bewerten.

Dafür, dass die entsprechenden Argumente auch ausprägt werden, ist es wahrscheinlicher hilfreich, eine Mischung aus konfrontativen und konsensualen Gesprächsformaten zu wählen, um bei niedrigen Hürden der Gesprächsteilnahme eine Auseinandersetzung zwischen Menschen unterschiedlicher Meinung zu stimulieren. Die Argumente könnten beispielsweise vor einer Volksentscheidung zu den bearbeiteten Handlungsoptionen zusammengefasst und wie beim CIR den Bürger\*innen an die Hand gegeben werden. Weil sie vollständig sind, könnte das Minipublic dann auch zurecht als „trusted source of information for voters“ (Setälä 2017: 847) oder als "facilitative trustee" (Warren und Gastil 2015: 566ff.; siehe auch Bächtiger und Goldberg unveröffentlicht) gelten. Aber auch für Entscheidungsträger\*innen in Regierungen und Parlamenten könnten solche Sammlungen aller Argumente wertvoll sein, um die Folgen ihrer Entscheidungen abschätzen und damit überhaupt erst verantwortlich handeln zu können. Wenn es derartige allgemein akzeptierte Zusammenstellungen aller Folgen von Handlungsoptionen gäbe, mit denen man sich als Entscheidungsträger\*in auseinandersetzen müsste, könnte das auch die Qualität repräsentativer Entscheidungen erhöhen, genauso wie die Zurechenbarkeit der Repräsentant\*innen, wenn nachvollziehbar ist, welche Handlungsfolgen sie wissend in Kauf nehmen und welche Werte sie demnach vertreten. Auch in diesem Fall wäre der Adressat des Minipublics indirekt die Bevölkerung. Eine leicht abgewandelte Form von Minipublics, in der der Adressat die Politik wäre, ist die, in der das Minipublic der Testgrund (vgl. Parkinson 2004: 385) für Ideen und Argumentationen der Politik wäre und gefragt wird, wie die Bürger\*innen darauf reagieren. Bei diesem Schritt verbleibt die Autorschaft der Entscheidungen komplett bei der Politik, aber es besteht ein epistemischer Mehrwert, wenn Entscheidungen vermieden werden können, die Bürger\*innen widerstreben.

---

25 Wenn die Zeit knapp ist, könnten anstelle einer Zufallsauswahl hier gleiche Teile Befürworter\*innen und Gegner\*innen eingeladen werden, um eine möglichst vollständige Landkarte der Argumente sicherzustellen – mit den in Kapitel 5.1.2 beschriebenen Nachteilen.



Minipublics können also nicht nur auf eine undurchsichtige Art und Weise in besonderen Fällen Demokratien bei ihrer epistemischen Funktion unterstützen. Nein: Wenn das Thema oder die Aufgabe des Minipublics entsprechend klein ist, wäre es auch denkbar, dass Minipublics wichtige Bausteine in Prozessen sind, die geordnet und nachvollziehbar zu politischen Urteilen von höchster epistemischer Qualität führen. Bedingung dafür ist, dass das Design zur jeweiligen Aufgabe des Minipublics passt und dass auch ein Prozess existiert, in dem die Ergebnisse der Minipublics aufgenommen werden. Dafür braucht es institutionelle Anreize in der Politik, die Minipublics auch verbindlich wahrzunehmen (vgl. Setälä 2017: 852). Auch wenn diese Möglichkeit weit entfernt zu sein scheint von der politischen Realität, dürfte es doch wertvoll sein, diese Möglichkeit weiter zu bedenken und auszuarbeiten, denn: Das Ziel, bessere politische Entscheidungen zu treffen, dürfte wohl von vielen anerkannt werden. Alternative Vorschläge zur Sicherung der epistemischen Qualität gibt es aber nur wenige.

Die vorgestellten Möglichkeiten von Minipublics erkennen zumindest an, dass unser politisches System eines ist, in dem nicht alle Betroffenen an allen Problemen selbst mitwirken können, sondern eines, in dem wir ein Bedürfnis danach haben, verschiedenen Institutionen vertrauen zu können, dass sie die deliberative Arbeit für uns erledigen oder erleichtern (vgl. Warren und Gastil 2015). Gleichzeitig bedeuten diese theoretischen Möglichkeiten von Minipublics nicht, dass es nicht auch alternative Institutionen und Prozesse geben könnte, die die gleichen Qualitäten womöglich auf eine effizientere Art und Weise sicherstellen könnten. Das mag überraschen, weil die Politik sich bereits entschieden hat, die Möglichkeiten von Minipublics auszutesten (vgl. Deutscher Bundestag 2020); unter dem epistemischen Gesichtspunkt könnten aber Diskursabbilder auch dann gute Dienste für das politische System leisten, wenn sie nicht von Zufallsbürger\*innen erstellt werden. Sie müssten nur auf eine andere Art und Weise sicherstellen, dass alle relevanten Stimmen gehört werden. Auch eine Kombination aus solchen Diskursabbildern und Minipublics scheint vielversprechend. Die Prozesse, über die Minipublics oder Diskursabbilder sinnvoll in das politische System eingebunden werden können, müssen allerdings erst noch entwickelt werden. Weitere Forschungen auf diesem Gebiet sollten wegen der aktuellen Behandlung des Themas in der Politik besonders jetzt mit hoher Priorität vorangetrieben werden.

## Literatur

- Abizadeh, Arash 2020: Representation, Bicameralism, Political Equality, and Sortition: Reconstituting the Second Chamber as a Randomly Selected Assembly. In: *Perspectives on Politics*, 1–16
- Adams, Brian E. 2014: Reason-Giving In Deliberative Forums. In: *Journal of Deliberative Democracy* 10 (2), Art. 6
- Alvarez, Maria 2017: Reasons for action: Justification, motivation, explanation. In: Zalta, Edward N. (Hrsg.): *The stanford encyclopedia of philosophy*. Winter 2017. Metaphysics Research Lab, Stanford University. In: <https://plato.stanford.edu/archives/win2017/entries/reasons-just-vs-expl/>, zugegriffen am 30.05.2020
- Bächtiger, André/Gerber, Marlène 2014: „Gentlemanly conversation“ or vigorous contestation?: an exploratory analysis of communication modes in a transnational Deliberative Poll® (Europolis). In: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.): *Deliberative Mini-Publics. Involving Citizens in the Democratic Process*. Colchester: ECPR Press, 115–134
- Bächtiger, André/Goldberg, Saskia unveröffentlicht: Towards a More Robust, but Limited and Contingent Defense of the Political Uses of Deliberative Minipublics
- Bächtiger, André/Hangartner, Dominik 2010: When Deliberative Theory Meets Empirical Political Science: Theoretical and Methodological Challenges in Political Deliberation. In: *Political Studies* 58 (4), 609–629
- Bächtiger, André/Parkinson, John 2019: *Mapping and measuring deliberation: towards a new deliberative quality*. Oxford, United Kingdom; New York, NY: Oxford University Press
- Bächtiger, André/Setälä, Maija/Grönlund, Kimmo 2014: Towards a New Era of Deliberative Mini-Publics. In: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.): *deliberative Mini-Publics. Involving Citizens in the democratic Process*. Colchester: ECPR Press, 225–245
- Bächtiger, André 2018: A Preface to Studying Deliberation Empirically. In: Bächtiger, André/Dryzek, John S./Mansbridge, Jane u. a. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. New York: Oxford University Press, 656–662
- Beauvais, Edana/Bächtiger, André 2016: Taking the Goals of Deliberation Seriously: A Differentiated View on Equality and Equity in Deliberative Designs and Processes. In: *Journal of Public Deliberation* 12 (2), Art. 2
- Beauvais, Edana/Warren, Mark E. 2019: What can deliberative mini-publics contribute to democratic systems? In: *European Journal of Political Research* 58 (3), 893–914
- Beauvais, Edana 2018: Deliberation and Equality. In: Bächtiger, André/Dryzek, John S./Mansbridge, Jane u. a. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. New York: Oxford University Press, 143–155
- Bevir, Mark/Bowman, Quinlan 2018: Qualitative Assessment of Deliberation. In: Bächtiger, André/Dryzek, John S./Mansbridge, Jane u. a. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. New York: Oxford University Press, 677–694
- Black, Laura W./Lubensky, Ron 2013: Deliberative Design and Storytelling in the Australian Citizens' Parliament. In: Gastil, John/Carson, Lyn/Hartz-Karp, Janette u. a. (Hrsg.): *The Australian Citizens' Parliament and the future of deliberative democracy*. University Park, Pennsylvania: Pennsylvania State University Press, 81–94
- Bohman, James 2007: Political Communication and the Epistemic Value of Diversity: Deliberation and Legitimation in Media Societies. In: *Communication Theory* 17 (4), 348–355

- Bohman, James 2009: Epistemic Value and Deliberative Democracy. In: *The Good Society* 18 (2), 28–34
- Böker, Marit 2017: Justification, critique and deliberative legitimacy: The limits of mini-publics. In: *Contemporary Political Theory* 16 (1), 19–40
- Broome, John 1999: Normative Requirements. In: *Ratio* 12 (4), 398–419
- Brosius, Hans-Bernd/Haas, Alexander/Koschel, Friederike 2016: *Methoden der empirischen Kommunikationsforschung*. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Brown, Mark B. 2006: Citizen Panels and the Concept of Representation\*. In: *Journal of Political Philosophy* 14 (2), 203–225
- Brun, Georg/Betz, Gregor 2016: Analysing Practical Argumentation. In: Hansson, Sven Ove/Hirsch Hadorn, Gertrude (Hrsg.): *The Argumentative Turn in Policy Analysis*, Band 10. In: *Logic, Argumentation & Reasoning*. Cham: Springer International Publishing, 39–77
- Caluwaerts, Didier/Kavadias, Dimokritos 2014: Deliberative democracy in divided Belgium: An alternative for democracy on edge? In: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.): *Deliberative mini-publics: involving citizens in the democratic process*. In: *ECPR -- studies in European political science*. Colchester: ECPR Press, 135–155
- Caluwaerts, Didier 2012: *Confrontation and communication: deliberative democracy in divided Belgium*. Bruxelles ; New York: P.I.E. Peter Lang
- Cappella, Joseph N./Price, Vincent/Nir, Lilach 2002: Argument Repertoire as a Reliable and Valid Measure of Opinion Quality: Electronic Dialogue During Campaign 2000. In: *Political Communication* 19 (1), 73–93
- Carson, Lyn/Gastil, John/Hartz-Karp, Janette/Lubensky, Ron (Hrsg.) 2013: *The Australian Citizens' Parliament and the future of deliberative democracy*. 1. Auflage. University Park, Pennsylvania: Pennsylvania State University Press
- Chambers, Simone 2017: The Epistemic Ideal of Reason-Giving in Deliberative Democracy. In: *Social Epistemology Review and Reply Collective* 6 (10), 59–64
- Chambers 2018: Democracy in the Open. In: *The Good Society* 27 (1–2), 146–154
- Curato, Nicole/Böker, Marit 2016: Linking mini-publics to the deliberative system: a research agenda. In: *Policy Sciences* 49 (2), 173–190
- Dahl, Robert A. 1989: *Democracy and its critics*. New Haven: Yale University Press
- Deichsel, Katharina 2020: Sind ausgeloste Bürgerräte das Demokratie-Update, das wir brauchen? In: <https://www.br.de/puls/themen/welt/ausgeloste-buergerraete-100.html>, zugegriffen am 27.05.2020
- Delli Carpini, Michael X./Keeter, Scott 1996: *What Americans know about politics and why it matters*. New Haven: Yale University Press
- Deutscher Bundestag, Pressestelle 2020: Bundestag beschließt neue Form der Bürgerbeteiligung: Bürgerrat soll Parlament Bürgergutachten zur Rolle Deutschlands in der Welt vorlegen. In: <https://www.bundestag.de/presse/pressemitteilungen/701614-701614>, zugegriffen am 24.07.2020
- Dienel, Peter C. 2009: *Demokratisch, praktisch, gut: Merkmale, Wirkungen und Perspektiven der Planungszelle*. Bonn: Dietz
- Dillard, Kara N. 2013: Envisioning the Role of Facilitation in Public Deliberation. In: *Journal of Applied Communication Research* 41 (3), 217–235

- Dryzek, John S./Niemeyer, Simon 2010: Foundations and frontiers of deliberative governance. Oxford ; New York: Oxford University Press
- Elster, Jon 1997: The Market and the Forum: Three Varieties of Political Theory. In: Bohman, James/Rehg, William (Hrsg.): Deliberative Democracy: Essays on Reason and Politics. Cambridge, Mass: MIT Press, 3–33
- Escobar, Oliver/Elstub, Stephen 2017: Forms of Mini-publics. An introduction to deliberative innovations in democratic practice. In: <https://www.newdemocracy.com.au/2017/05/08/forms-of-mini-publics/>, zugegriffen am 13.04.2020
- Estlund, David/Landemore, Hélène 2018: The Epistemic Value of Democratic Deliberation. In: Bächtiger, André/Dryzek, John S./Mansbridge, Jane u. a. (Hrsg.): The Oxford Handbook of Deliberative Democracy. New York: Oxford University Press, 112–131
- Estlund, David 1997: Beyond fairness and deliberation: The epistemic dimension of democratic authority. In: Bohman, James/Rehg, William (Hrsg.): Deliberative democracy: essays on reason and politics. Cambridge, Mass: MIT Press, 173–204
- Farrell, David M./Suiter, Jane/Harris, Clodagh 2019: ‘Systematizing’ constitutional deliberation: the 2016–18 citizens’ assembly in Ireland. In: Irish Political Studies 34 (1), 113–123
- Felicetti, Andrea/Niemeyer, Simon/Curato, Nicole 2016: Improving deliberative participation: connecting mini-publics to deliberative systems. In: European Political Science Review 8 (3), 427–448
- Fereday, Jennifer/Muir-Cochrane, Eimear 2006: Demonstrating Rigor Using Thematic Analysis: A Hybrid Approach of Inductive and Deductive Coding and Theme Development. In: International Journal of Qualitative Methods 5 (1), 80–92
- Fishkin, James S./Luskin, Robert C. 2005: Experimenting with a Democratic Ideal: Deliberative Polling and Public Opinion. In: Acta Politica 40 (3), 284–298
- Fishkin, James S. 1997: The voice of the people: public opinion and democracy. New Haven: Yale University Press
- Fishkin 2019: Response to Critics: Toward the Reform of Actually Existing Democracies. In: The Good Society 27 (1–2), 190–210
- Frankfurt, Harry 1982: The Importance of What We Care About. In: Synthese 53 (2), 257–272
- Friberg-Fernros, Henrik/Schaffer, Johan Karlsson 2017: Assessing the epistemic quality of democratic decision-making in terms of adequate support for conclusions. In: Social Epistemology 31 (3), 251–265
- Fung, Archon 2003: Recipes for Public Spheres: Eight Institutional Design Choices and Their Consequences. In: Journal of Political Philosophy 11 (3), 338–367
- Gastil, John/Richards, Robert/Knobloch, Katherine 2014: Vicarious Deliberation: How the Oregon Citizens’ Initiative Review Influenced Deliberation in Mass Elections. In: International Journal of Communication 8, 62–89
- Geißel, Brigitte/Dean, Rikki/Jung, Stefan/Wipfler, Bruno 2019: Bürgerrat Demokratie - Abschlussbericht der wissenschaftlichen Evaluation. Evaluationsbericht. Frankfurt am Main
- Geißel, Brigitte/Jung, Stefan 2019: Mehr Mitsprache wagen: ein Beteiligungsrat für die Bundespolitik. In: Für ein besseres Morgen. Bonn: Friedrich-Ebert-Stiftung
- Gerber, Marlène/Bächtiger, André/Shikano, Susumu/Reber, Simon/Rohr, Samuel 2018: Deliberative Abilities and Influence in a Transnational Deliberative Poll (EuroPolis). In: British Journal of Political Science 48 (4), 1093–1118

- Goldschmidt, Rüdiger 2014: Kriterien zur Evaluation von Dialog- und Beteiligungsverfahren. Konzeptuelle Ausarbeitung eines integrativen Systems aus sechs Metakriterien. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden
- Goodin, Robert E./Dryzek, John S. 2006: Deliberative Impacts: The Macro-Political Uptake of Mini-Publics. In: *Politics & Society* 34 (2), 219–244
- Goodin, Robert E. 2005: Sequencing Deliberative Moments. In: *Acta Politica* 40 (2), 182–196
- Goodin, Robert E. 2008: *Innovating democracy: democratic theory and practice after the deliberative turn*. Oxford ; New York: Oxford University Press
- Goodin, Robert E. 2017: The epistemic benefits of deliberative democracy. In: *Policy Sciences* 50 (3), 351–366
- Gutmann, Amy/Thompson, Dennis F. 1996: *Democracy and disagreement*. Cambridge; London: The Belknap Press of Harvard University Press
- Habermas, Jürgen unveröffentlicht: Commentary on: Cristina Lafont, *Democracy without Shortcuts*, Oxford UP, 2020
- Habermas, Jürgen 1973: Legitimationsprobleme im Spätkapitalismus. 1. Auflage. In: Edition Suhrkamp, Band 623. Frankfurt am Main: Suhrkamp
- Habermas, Jürgen 2005: Concluding Comments on Empirical Approaches to Deliberative Politics. In: *Acta Politica* 40 (3), 384–392
- Han, Soo-Hye/Schenck-Hamlin, William/Schenck-Hamlin, Donna 2015: Inclusion, Equality, and Discourse Quality in Citizen Deliberations on Broadband. In: *Journal of Public Deliberation* 11 (1), Art. 3
- Hildebrandt, Achim/Jäckle, Sebastian/Wolf, Frieder/Heindl, Andreas 2015: *Methodologie, Methoden, Forschungsdesign*. Wiesbaden: Springer Fachmedien Wiesbaden
- Himmelroos, Staffan 2017: Discourse Quality in Deliberative Citizen Forums – A Comparison of Four Deliberative Mini-publics. In: *Journal of Public Deliberation* 13 (1), Art. 3
- Hong, L./Page, S.E. 2004: Groups of diverse problem solvers can outperform groups of high-ability problem solvers. In: *Proceedings of the National Academy of Sciences* 101 (46), 16385–16389
- Isernia, Pierangelo/Fishkin, James S. 2014: The EuroPolis deliberative poll. In: *European Union Politics* 15 (3), 311–327
- Isernia, Pierangelo/Smets, Kaat 2014: Revealing preferences: Does deliberation increase ideological awareness among the less well educated?: Revealing preferences. In: *European Journal of Political Research* 53 (3), 520–540
- Jaramillo, Maria Clara/Steiner, Jürg 2014: Deliberative Transformative Moments: A New Concept as Amendment to the Discourse Quality Index. In: *Journal of Public Deliberation* 10 (2), Art. 8
- John, Peter 1999: Ideas and Interests; Agendas and Implementation: An Evolutionary Explanation of Policy Change in British Local Government Finance. In: *The British Journal of Politics and International Relations* 1 (1), 39–62
- John, Peter 2003: Is There Life After Policy Streams, Advocacy Coalitions, and Punctuations: Using Evolutionary Theory to Explain Policy Change? In: *Policy Studies Journal* 31 (4), 481–498

- Kahneman, Daniel/Tversky, Amos 1982: Judgment under uncertainty: heuristics and biases. In: Kahneman, Daniel/Slovic, Paul/Tversky, Amos (Hrsg.): Judgment under uncertainty: heuristics and biases. Cambridge ; New York: Cambridge University Press, 3–20
- Kanra, Bora 2012: Binary Deliberation: The Role of Social Learning in Divided Societies. In: Journal of Deliberative Democracy 8 (1), Art. 1
- Karpowitz, Christopher F./Mendelberg, Tali 2014: The silent sex: gender, deliberation, and institutions. Princeton: Princeton University Press
- Kearns, Stephen/Star, Daniel 2013: Weighing Reasons. In: Journal of Moral Philosophy 10 (1), 70–86
- Knobloch, Katherine R./Gastil, John/Feller, Traci/Richards, Robert C./Jr, Robert C. 2014: Empowering Citizen Deliberation in Direct Democratic Elections: A Field Study of the 2012 Oregon Citizens' Initiative Review. In: Field Actions Science Reports: Special Issue 11
- Knobloch, Katherine R./Gastil, John/Reedy, Justin/Cramer Walsh, Katherine 2013: Did They Deliberate? Applying an Evaluative Model of Democratic Deliberation to the Oregon Citizens' Initiative Review. In: Journal of Applied Communication Research 41 (2), 105–125
- Krippendorff, Klaus 1970: Bivariate Agreement Coefficients for Reliability of Data. In: Sociological Methodology 2, 139–150
- Kuckartz, Udo/Rädiker, Stefan 2019: Analyzing Qualitative Data with MAXQDA: Text, Audio, and Video. Cham: Springer International Publishing
- Kuhar, Metka/Jeznik, Katja 2018: Effects of Group Discussion Attachment Styles and Facilitation on the Quality of Deliberation. In: Drustvena istrazivanja 27 (2), 281–303
- Lafont, Cristina 2015: Deliberation, Participation, and Democratic Legitimacy: Should Deliberative Mini-publics Shape Public Policy?: Deliberation, Participation & Democratic Legitimacy. In: Journal of Political Philosophy, 23 (1), 40–63
- Lafont, Cristina 2019: Democracy without shortcuts: a participatory conception of deliberative democracy. New product edition. New York, NY: Oxford University Press
- Landemore, Hélène 2013a: Deliberation, cognitive diversity, and democratic inclusiveness: an epistemic argument for the random selection of representatives. In: Synthese 190 (7), 1209–1231
- Landemore, Hélène 2013b: Democratic reason: politics, collective intelligence, and the rule of the many. Princeton ; Oxford: Princeton University Press
- Landemore, Hélène 2017: Beyond the Fact of Disagreement? The Epistemic Turn in Deliberative Democracy. In: Social Epistemology 31 (3), 277–295
- Landwehr, Claudia 2014: Facilitating Deliberation: The Role of Impartial Intermediaries in Deliberative Mini-Publics. In: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.): Deliberative mini-publics: involving citizens in the democratic process. In: ECPR -- studies in European political science. Colchester: ECPR Press, 77–92
- Lumer, Christoph/Dove, Ian J. 2011: Argument schemes—an epistemological approach. In: Argumentation: Cognition and Community. Proceedings of the 9th International Conference of the Ontario Society for the Study of Argumentation (OSSA), May 18-21, 1–32
- Luskin, Robert C./O'Flynn, Ian/Fishkin, James S./Russell, David 2014: Deliberating across Deep Divides. In: Political Studies 62 (1), 116–135
- Lustick, Ian S./Miodownik, Dan 2000: Deliberative democracy and public discourse: The agent-based argument repertoire model. In: Complexity 5 (4), 13–30

- Maia, Rousiley C.M./Cal, Danila/Oliveira, Vanessa V./Vimieiro, Ana Carolina/Hauber, Gabriella/Rossini, Patrícia G.C. 2018: Deliberation Across a Space of Reasons: Assessing Epistemic Changes in Group Discussions. In: *Human Communication Research* 44 (4), 399–426
- Manin, Bernard 1987: On legitimacy and political deliberation. In: *Political theory* 15 (3), 338–368
- Manin, Bernard 2005: Democratic deliberation: Why we should promote debate rather than discussion. Paper präsentiert bei der Program in Ethics and Public Affairs seminar. Princeton University
- Mansbridge, Jane/Bohman, James/Chambers, Simone/Christiano, Thomas/Fung, Archon/Parkinson, John/Thompson, Dennis F./Warren, Mark E. 2012: A systemic approach to deliberative democracy. In: Parkinson, John/Mansbridge, Jane (Hrsg.): *Deliberative Systems*. Cambridge: Cambridge University Press, 1–26
- Mayring, Philipp 2000: Qualitative Content Analysis. In: *Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research*, Vol 1 (No 2 (2000): Qualitative Methods in Various Disciplines I: Psychology), Art. 20
- Mendelberg, Tali/Oleske, John 2000: Race and Public Deliberation. In: *Political Communication* 17 (2), 169–191
- Min, John B./Wong, James K. 2018: Epistemic approaches to deliberative democracy. In: *Philosophy Compass* 13 (6), e12497
- Moore, Alfred 2012: Following from the front: theorizing deliberative facilitation. In: *Critical Policy Studies* 6 (2), 146–162
- Morgan, David L./Hoffman, Kim 2018: A System for Coding the Interaction in Focus Groups and Dyadic Interviews. In: *The Qualitative Report* 23 (3), 519–531
- Morrell, Michael 2014: Participant Bias and Success in Deliberative Mini-Publics. In: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.): *Deliberative Mini-Publics. Involving Citizens in the Democratic Process*. Colchester: ECPR Press, 157–175
- Mutz, Diana C. 2008: Is Deliberative Democracy a Falsifiable Theory? In: *Annual Review of Political Science* 11 (1), 521–538
- Nanz, Patrizia/Leggewie, Claus 2016: *Die Konsultative: mehr Demokratie durch Bürgerbeteiligung*. Originalausgabe. Berlin: Verlag Klaus Wagenbach
- Niemeyer, Simon/Dryzek, John S. 2007: The Ends of Deliberation: Meta-consensus and Inter-subjective Rationality as Ideal Outcomes. In: *Swiss Political Science Review* 13 (4), 497–526
- Niemeyer, Simon 2011: The Emancipatory Effect of Deliberation: Empirical Lessons from Mini-Publics. In: *Politics & Society* 39 (1), 103–140
- Niemeyer, Simon 2014: Scaling up deliberation to mass publics: Harnessing mini-publics in a deliberative system. In: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.): *Deliberative mini-publics: involving citizens in the democratic process*. In: ECPR -- studies in European political science. Colchester: ECPR Press
- Nierth, Claudine 2019: Ein Bürgerrat für mehr Demokratie. In: [https://www.deutschlandfunkkultur.de/regionalkonferenzen-in-erfurt-und-schwerin-ein-buergerrat.1008.de.html?dram:article\\_id=451214](https://www.deutschlandfunkkultur.de/regionalkonferenzen-in-erfurt-und-schwerin-ein-buergerrat.1008.de.html?dram:article_id=451214), zugegriffen am 27.05.2020
- Parkinson, John 2003: Legitimacy Problems in Deliberative Democracy. In: *Political Studies* 51 (1), 180–196
- Parkinson, John 2004: Why Deliberate? The Encounter Between Deliberation and New Public Managers. In: *Public Administration* 82 (2), 377–395



- Parlament der Weltreligionen 1993: Erklärung zum Weltethos. Chicago
- Parthasarathy, Ramya/Rao, Vijayendra/Palaniswamy, Nethra 2019: Deliberative Democracy in an Unequal World: A *Text-As-Data* Study of South India's Village Assemblies. In: *American Political Science Review* 113 (3), 623–640
- Polletta, Francesca/Lee, John 2006: Is Telling Stories Good for Democracy? Rhetoric in Public Deliberation after 9/11. In: *American Sociological Review* 71 (5), 699–721
- Renn, Ortwin/Webler, Thomas/Wiedemann, Peter 1995: A Need for Discourse on Citizen Participation: Objectives and Structure of the Book. In: Renn, Ortwin/Webler, Thomas/Wiedemann, Peter (Hrsg.): *Fairness and competence in citizen participation: evaluating models for environmental discourse*. Dordrecht: Kluwer Academic, 1–15
- Rowe, Gene/Frewer, Lynn J. 2000: Public Participation Methods: A Framework for Evaluation. In: *Science, Technology, & Human Values* 25 (1), 3–29
- Rowe, Gene/Marsh, Roy/Frewer, Lynn J. 2004: Evaluation of a Deliberative Conference. In: *Science, Technology, & Human Values* 29 (1), 88–121
- Rummens, Stefan 2016: Legitimacy without visibility? On the role of mini-publics in the democratic system. In: Reuchamps, Min/Suiter, Jane (Hrsg.): *Constitutional deliberative democracy in Europe*. In: *ECPR - Studies in European political science*. Colchester, United Kingdom: ECPR Press, 129–146
- Ryan, Matthew/Smith, Graham 2014: Defining Mini-Publics. In: Grönlund, Kimmo/Bächtiger, André/Setälä, Maija (Hrsg.): *deliberative Mini-Publics. Involving Citizens in the de-mocratic Process*. Colchester: ECPR Press, 9–26
- Schoenfield, Miriam 2014: Permission to Believe: Why Permissivism Is True and What It Tells Us About Irrelevant Influences on Belief: Permission to Believe. In: *Noûs* 48 (2), 193–218
- Schwartzberg, Melissa 2015: Epistemic Democracy and Its Challenges. In: *Annual Review of Political Science* 18 (1), 187–203
- Schweiger, David M./Sandberg, William R./Ragan, James W. 1986: Group Approaches for Improving Strategic Decision Making: A Comparative Analysis of Dialectical Inquiry, Devil's Advocacy, and Consensus. In: *Academy of Management Journal* 29 (1), 51–71
- Setälä, Maija 2017: Connecting deliberative mini-publics to representative decision making. In: *European Journal of Political Research* 56 (4), 846–863
- Singer, Daniel J. 2019: Diversity, Not Randomness, Trumps Ability. In: *Philosophy of Science* 86 (1), 178–191
- Smith, Graham/Setälä, Maija 2018: Mini-Publics and Deliberative Democracy. In: Bächtiger, André/Dryzek, John S./Mansbridge, Jane u. a. (Hrsg.): *The Oxford Handbook of Deliberative Democracy*. New York: Oxford University Press, 299–314
- Smith, Graham 2009: *Democratic Innovations: Designing institutions for citizen participation*. Cambridge: Cambridge University Press
- Steenbergen, Marco R./Bächtiger, André/Spöndli, Markus/Steiner, Jürg 2003: Measuring Political Deliberation: A Discourse Quality Index. In: *Comparative European Politics* 1 (1), 21–48
- Steiner, Jürg/Bächtiger, André/Spöndli, Markus/Steenbergen, Marco R. 2004: *Deliberative Politics in Action: Analyzing Parliamentary Discourse*. 1. Auflage. Cambridge University Press
- Steiner, Jürg 2012: *The foundations of deliberative democracy: empirical research and normative implications*. Cambridge: Cambridge University Press



- Steup, Matthias/Neta, Ram 2020: Epistemology. In: Zalta, Edward N. (Hrsg.): The stanford encyclopedia of philosophy. Summer 2020. Metaphysics Research Lab, Stanford University. In: <https://plato.stanford.edu/archives/sum2020/entries/epistemology/>, zugegriffen am 31.05.20
- Stromer-Galley, Jennifer 2007: Measuring Deliberation's Content: A Coding Scheme. In: Journal of Public Deliberation 3 (1), Art. 12
- Suiter, Jane/Farrell, David M./Clodagh, Harris 2016: The Irish Constitutional Convention: A Case of 'High Legitimacy'? In: Reuchamps, Min/Suiter, Jane (Hrsg.): Constitutional deliberative democracy in Europe. In: ECPR - Studies in European political science. Colchester, United Kingdom: ECPR Press, 33–52
- Thompson, Dennis F. 2008a: Deliberative Democratic Theory and Empirical Political Science. In: Annual Review of Political Science 11 (1), 497–520
- Thompson, Dennis F. 2008b: Who should govern who governs? The role of citizens in reforming the electoral system. In: Warren, M.E./Pearse, H. (Hrsg.): Designing deliberative democracy: The british columbia citizens assembly. Cambridge University Press, 20–49
- Trénel, Matthias 2009: Facilitation and Inclusive Deliberation. In: Davies, Todd/Gangadharan, Seeta Peña (Hrsg.): Online Deliberation: Design, Research, and Practice. Stanford, Calif: Center for the Study of Language and Information, 253–258
- Uscinski, Joseph E./Butler, Ryden W. 2013: The Epistemology of Fact Checking. In: Critical Review 25 (2), 162–180
- van Roojen, Mark 2018: Moral cognitivism vs. Non-cognitivism. In: Zalta, Edward N. (Hrsg.): The stanford encyclopedia of philosophy. Fall 2018. Metaphysics Research Lab, Stanford University. In: <https://plato.stanford.edu/archives/fall2018/entries/moral-cognitivism/>, zugegriffen am 30.05.2020
- Vandamme, Pierre-Etienne/Verret-Hamelin, Antoine 2017: A Randomly Selected Chamber: Promises and Challenges. In: Journal of Public Deliberation 13 (1), Art. 5
- Wallace, R. Jay 2020: Practical reason. In: Zalta, Edward N. (Hrsg.): The stanford encyclopedia of philosophy. Spring 2020. Metaphysics Research Lab, Stanford University. In: <https://plato.stanford.edu/archives/spr2020/entries/practical-reason/>, zugegriffen am 31.05.2020
- Warren, Mark E./Gastil, John 2015: Can Deliberative Minipublics Address the Cognitive Challenges of Democratic Citizenship? In: The Journal of Politics 77 (2), 562–574
- Warren, Mark E. 2017: A Problem-Based Approach to Democratic Theory. In: American Political Science Review 111 (1), 39–53
- Warren, Mark/Pearse, Hilary (Hrsg.) 2008: Designing deliberative democracy: the British Columbia Citizens' Assembly. In: Theories of institutional design. Cambridge, UK ; New York: Cambridge University Press
- Webler, Thomas 1995: "Right" Discourse in Citizen Participation: An Evaluative Yardstick. In: Renn, Ortwin/Webler, Thomas/Wiedemann, Peter (Hrsg.): Fairness and Competence in Citizen Participation. Dordrecht: Springer Netherlands: 35–86
- Wohlfarth, Tom 2020: Für mehr Räte, Republik! Was wäre, wenn Demokratie für alle gelten würde? In: <https://www.wm-mag.de/debatten/beitrag/-raete-republik>, zugegriffen am 27.05.2020
- Wright, Scott 2009: The Role of the Moderator: Problems and Possibilities for Government-Run Online Discussion Forums. In: Online Deliberation: Design, Research, and Practice. Stanford, Calif: Center for the Study of Language and Information, 233–242

Zimmerman, Michael J./Bradley, Ben 2019: Intrinsic vs. Extrinsic value. In: Zalta, Edward N. (Hrsg.): The stanford encyclopedia of philosophy. Spring 2019. Metaphysics Research Lab, Stanford University. In: <https://plato.stanford.edu/archives/spr2019/entries/value-intrinsic-extrinsic/>, zugegriffen am 30.05.2020

# Anhang

## Kodierbuch für die qualitative Inhaltsanalyse

Version 2.2 (Final)

Die Inhaltsanalysen der Dokumente vom Bürgerrat Demokratie haben zwei Ziele: Sie sind 1.) darauf ausgerichtet, die epistemische Qualität des Bürgerrat Demokratie zu erheben und 2.) darauf, herauszufinden, wie Elemente epistemischer Qualität (EEQ) im Gespräch entstehen und weiter gereicht werden. Dafür sollen Faktoren identifiziert werden. Im Zuge dieser Aufgabe werden vom Kodierer unterschiedliche Dinge erwartet: Er soll a) den Text beim Lesen in Sinneinheiten verschiedener Ebenen einteilen, b) einige dieser Sinneinheiten einem oder mehreren Themen zuordnen, c) Strategien, Frames, Fragen, Geschichten und verschiedene EEQ identifizieren, d) für viele dieser Segmente aus dem Gedächtnis heraus kodieren, ob es sich um einen neuen Beitrag oder um eine Wiederholung handelt und e) die EEQ und ihre Herleitungen noch weiter bezüglich ihrer Qualität beurteilen. Um eine möglichst zuverlässige Kodierung des Textes sicherzustellen, wurde das in diesem Kodierbuch beschriebene Kodierschema entwickelt, das nach einem Pretest noch einmal ausgebessert wurde. Bei diesem Text handelt es sich um die finale Version, die für die abschließenden Inhaltsanalysen verwendet wurden.

### Kodieranweisung

Beim Bürgerrat Demokratie werden die Inhalte von drei verschiedenen Arten von Dokumenten inhaltlich untersucht: Von 1.) den Transkripten der Experteninputs, 2.) den Transkripten der Kleingruppendiskussionen und 3.) den Dokumenten der Ergebnissicherung und dem Abschlussbericht. Kodiert werden nur Nummer 1.) und Nummer 2.), wobei beim Kodieren der letzten Arbeitseinheit die Dokumente der Ergebnissicherung zu Rate gezogen werden sollen, um festzustellen, ob ein EEQ aus der Ergebnissicherung übernommen wurde. Zwischen dem Kodieren von Experteninputs und dem Kodieren von Kleingruppendiskussionen gibt es kleine Unterschiede, die bei den Definitionen und Anweisungen für die einzelnen Codes aufgeführt sind. Weil das Kodieren teilweise davon abhängt, was schon in vorangegangenen Prozessschritten codiert wurde, ist es wichtig, dass die Verfahrensschritte in chronologischer Reihenfolge nacheinander kodiert werden.

Beim Kodieren eines Textdokuments ist es hilfreich in mehreren Schritten vorzugehen. In einem ersten Schritt sollte ein Abschnitt von einigen Zeilen des Textes zusammenhängend gelesen werden, um sich einen Überblick über die Themen und Sprecher\*innen zu machen. Es bietet sich an, dieses erste Lesen an einem Punkt zu beenden, bei dem a) das Thema wechselt, b) der\*die Sprecher\*in wechselt oder c) der Text so lang wird, dass man sich nicht mehr an den Anfang erinnert. In den folgenden Schritten können dann nacheinander Themen, Inhalte und Qualitäten kodiert werden.

Beim Codieren ist wichtig, dass es verschiedene Ebenen von Einheiten gibt, die codiert werden können. Nach Stromer-Galley (2007) befindet sich auf der obersten Ebene die Einteilung in:

- Einheiten, die sich auf das Thema beziehen (**problem talk**)
- Einheiten, in denen über das Gespräch gesprochen wird (**metatalk**)
- Einheiten, in denen über den Prozess gesprochen wird (**process talk**) und ...
- Einheiten, in dem soziale Verbindungen hergestellt werden soll (**social talk**).

Innerhalb dieser Einheiten gibt es auf einer zweiten Ebene wiederum einzelne **Thoughts** oder **Gedanken**. - innerhalb dieser Gedanken auf einer dritten Ebene **Elemente epistemischer Qualität**.

Einen einzelnen Gedanken zu identifizieren kann daher manchmal schwierig sein. Die sicherste Art, einen Gedanken zu identifizieren, ist danach zu schauen, wann sich der Inhalt des Gesagten ändert (und besser zu einer anderen Art von Thought passen könnte. Stromer-Galley (2007: 23) hat aber ebenfalls einige Zeigewörter identifiziert, die anzeigen, wann ein neuer Gedanke beginnt. Dazu gehören Aussagen wie:

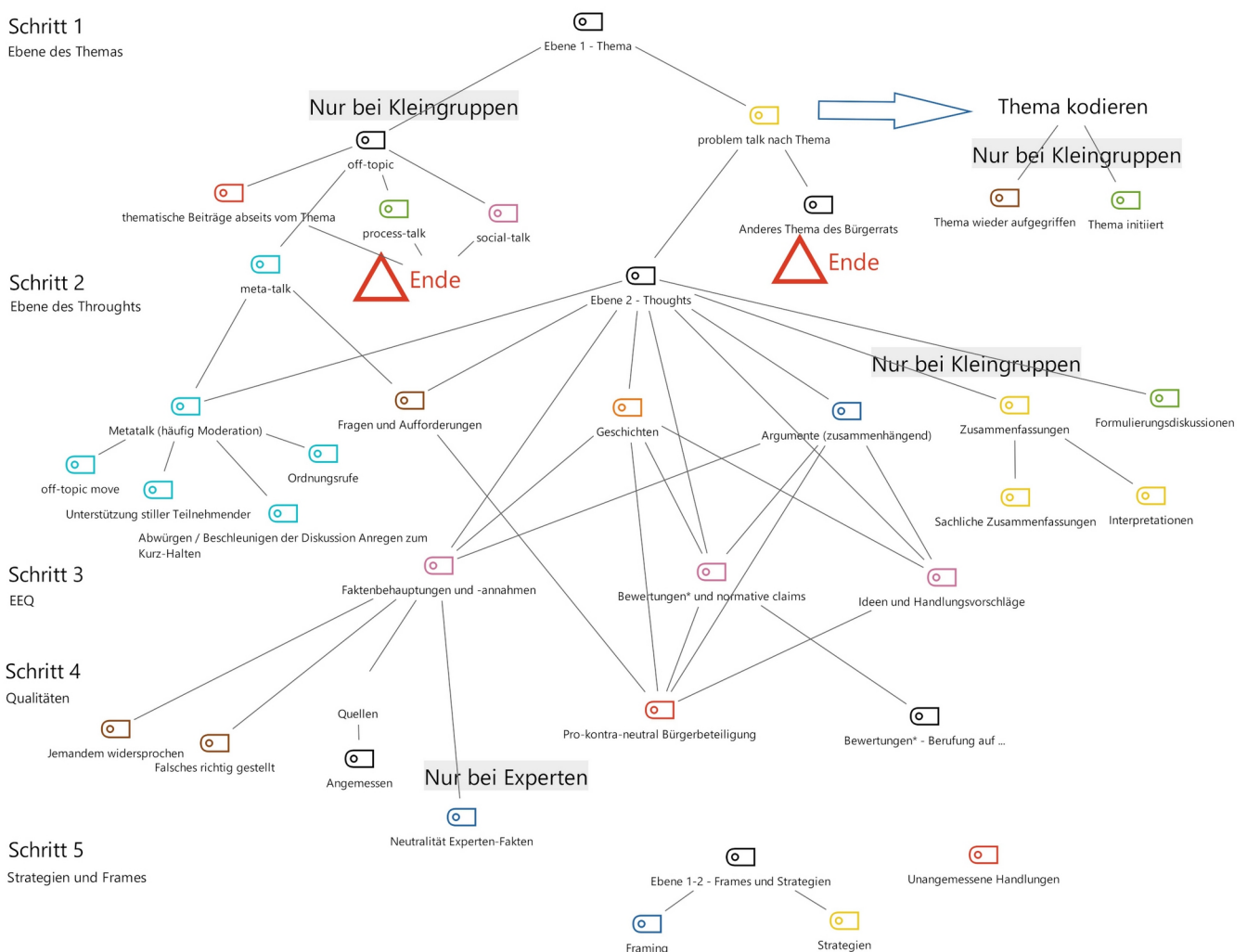
- Nummerierungen: „Mein erster Gedanke ist ...“, „Mein zweiter Gedanke ist ...“, „Erst mal habe ich gedacht ...“
- „eine andere Sache“, „außerdem“
- „zurück zu ...“, „Zu dem, was vorhin gesagt wurde“
- „In Bezug auf ...“ „Mit Blick auf ...“
- Abgrenzbare Antworten auf Fragen. Sobald die Antwort auf die Frage vorbei ist, kann das Thema ohne Anzeigewort gewechselt werden.

In den meisten Fällen sind solche Anzeigewörter aber nicht vorhanden, und die Coder sollen sich auf ihr Bauchgefühl verlassen, ab wann es sich um einen neuen Gedanken handelt. Hier ein Beispiel für die Einteilung eines Beitrags in Gedanken (übersetzt nach Stromer-Galley 2007: 9):

„Hallo, ich heiße Sarah. Ich finde, X ist eine gute Idee. Ich mag sie schon lange. Ich habe Probleme damit, die anderen zu hören. Vielleicht kann die Moderation mir helfen. Danke.“

Dieser Beitrag wird eingeteilt in (a) Hallo, ich heiße Sarah. (B) Ich finde, X ist eine gute Idee. Ich mag sie schon lange. (c) Ich habe Probleme damit, die anderen zu hören. Vielleicht kann die Moderation mir helfen. (d) Danke., wobei (a) und (d) Social Talk sind, (b) Problem Talk ist (in diesem Fall handelt es sich inhaltlich um eine Bewertung zu einem Gegenstand der Diskussion) und (c) als Process Talk gilt. Diese Einteilung gilt für alle Dokumentenarten. Im Folgenden soll aber noch auf Eigenheiten verschiedener Dokumentenarten und Sprecher\*innen eingegangen werden.

### Kodierschema nach Dokument



Beim inhaltlichen Kodieren wird in der Reihenfolge im Wesentlichen dem Schema des Kodierbaums gefolgt, der hier zu sehen ist. Dieser ist als ein Entscheidungsbaum zu verstehen, bei dem man einem Pfad von oben nach unten durch die Baumstruktur folgt, um nicht die Einordnung in relevante Codes zu vergessen. In diesem Kodierbaum kann man erkennen, dass gewisse Codes nur dann vergeben werden, wenn das entsprechende Segment bereits einem bestimmten anderen Code zugewiesen wurde. So wird beispielsweise die Angemessenheit von Quellen als Code nur für Segmente vergeben, die bereits als Faktenbehauptungen kodiert wurden. Bei anderen Codes wiederum ist es so, dass obwohl sie vergeben wurden, noch andere Codes auf einer ähnlichen Ebene vergeben werden können (zum Beispiel EEQ, die sich innerhalb einer Geschichte befinden). Wenn bestimmte off-topic-Codes vergeben werden, endet das Kodieren. Am unteren Ende des Kodierbaums finden sich die Codes für Strategien, Frames und unangemessenes Verhalten, die unabhängig vom Kodierbaum dann vergeben werden, wenn sie dem Kodierer auffallen. Im Kodierbaum ist ebenfalls eingetragen, wenn gewisse Codes nur vergeben werden, wenn es sich bei dem Beitrag um einen Beitrag in Kleingruppendiskussionen oder um den Beitrag eines Experten handelt. Details der Unterscheidung nach Dokumentgruppen und Sprecher\*in werden ab hier beschrieben.

### **Experteninputs**

Innerhalb der Dokumente der Experteninputs werden nur Beiträge zum Problem Talk kodiert, weil dem Metatalk, Social Talk und Process Talk hier kein Einfluss auf die epistemische Qualität später in den Kleingruppen zugeschrieben wird. Das bedeutet, dass große Teile – besonders der Moderation – in den Dokumenten zum Experteninput überhaupt nicht kodiert werden. Ebenso wenig wird kodiert, ob mit einem Beitrag ein Thema initiiert oder wieder aufgegriffen wird, weil die Experten nicht auf Meinungsführerschaft hin untersucht werden. Wenn ein\*e Expert\*in eine Behauptung über Fakten aufstellt, die sich nicht auf Forschung beruft, sondern aus dem Erfahrungsschatz der Expert\*innen stammt, dann wird das als Erfahrungswissen kodiert, nicht als Expertenwissen. Bei Faktenbehauptungen gibt es für Expert\*innen die Besonderheit, dass auch Fakten nach ihrer Neutralität bewertet werden. Es gibt eigene Codes dafür, wenn Wissen eingebracht wird, das nur für Argumente für Bürgerbeteiligung eingesetzt werden kann, nicht gegen Bürgerbeteiligung, und die Kategorie „neutral“. Es wird außerdem kodiert, wenn der Kodierer der Meinung ist, dass der\*die Expertin etwas Unangemessenes tut, wie beispielsweise Appelle an die Teilnehmenden zu richten, um sie zu beeinflussen. Hier werden bei Expert\*innen strengere Maßstäbe gesetzt als bei Teilnehmenden, denen so etwas durchaus zugebilligt werden würde.

### **Kleingruppendiskussionen**

Bei Kleingruppendiskussionen sind die Beiträge einzelner Personen kürzer. Deswegen können sie einmal am Stück gelesen werden, bevor codiert wird. Beim Kodieren gibt es ein unterschiedliches Vorgehen, je nachdem, ob ein Beitrag der Moderation kodiert wird oder ein Beitrag von Teilnehmenden. Eine andere Besonderheit gibt es beim Codieren der letzten Arbeitseinheit zum Erstellen der Empfehlungen, weil hier auch andere Themen besprochen werden, die nichts mit Bürgerbeteiligung zu tun haben.

### **Beiträge der Moderation**

Moderator\*innen spielen eine Doppelrolle innerhalb von Minipublics. Sie sind einerseits Teilnehmende der Diskussionen, die wie die anderen auch EEQ in das Gespräch einbringen können. In vielen Fällen verhalten sie sich aber anders und versuchen mit verschiedensten Strategien, das Gespräch auf eine bestimmte Art und Weise zu formen oder gehen ihren verschiedentlichen Aufgaben aus der Ergebnissicherung nach. Auf die dafür verwendeten Elemente soll besonderer Wert gelegt werden. Hier werden Elemente codiert, die nach Dillard (2013) wichtig sind und nach Stromer-Galley (2007).

### **Beiträge von Teilnehmenden**

Bei den Teilnehmenden muss das Muster aus dem Kodierbaum für jeden Redebeitrag fast vollständig durchgearbeitet werden. Die bei Teilnehmenden häufigen kurzen Antworten wie „Ja“, „Mmh“ und „stimmt“ werden mit dem gleichen Thema kodiert wie der vorangegangene Beitrag, auf den sie sich beziehen, werden allerdings nicht noch zusätzlich auf den Ebenen der Gedanken, EEQ oder Strategien und Frames kodiert. Eine Ausnahme liegt vor, wenn deutlich ist, dass der\*die Teilnehmende mit der Aussage eindeutig eine Bewertung vornehmen will. Dann wird diese auch als solche kodiert. Bei der letzten Arbeitseinheit kommt es besonders häufig vor, dass die Teilneh-

menden auch über ein anderes Thema des Bürgerrats wie Online-Beteiligung oder direkte Demokratie sprechen. Für solche thematischen Passagen abseits vom Thema wird einheitlich festgelegt, dass keine Phänomene auf der Ebene der Gedanken oder darunter kodiert werden. Wenn man sich beim Kodieren unsicher ist, ob ein Beitrag schon einmal eingebracht wurde oder nicht, kann man sich bei der letzten Arbeitseinheit auch auf die Ergebnissicherung der vorangegangenen Runden beziehen.

### Kategorien und Ausprägungen

In der folgenden Tabelle werden nun die verschiedenen Kategorien/Kodes und ihre Ausprägung beschrieben. An diesen Definitionen kann man sich später auch bei der Vergabe der Codes orientieren. In der Tabelle befinden sich dabei Codes und ihre Sub-Codes. Tatsächlich vergeben werden nur die Codes, die fett gedruckt sind. Bei jedem solchen Code ist auch mindestens ein Zitat hinterlegt, um zu verdeutlichen, was gemeint ist.

In der Tabelle befinden sich ebenfalls einige Abkürzungen, die hier erläutert werden sollen.

KG steht für Kleingruppe, EI für Experteninput. Damit wird beschrieben, wo der Code vergeben wird.

In der Spalte „Quelle“ steht SG für Stromer-Galley, Dil für Dillard, DQI für den Diskursqualitätsindex und BW für eigene Ergänzungen zu den Codes.

in..	Ebene 1: Thema		Quelle
KG	Off-topic talk	<p><b>Thematische Beiträge abseits vom Thema:</b> Es handelt sich um Beiträge, die nichts mit dem Thema zu tun haben, nichts mit dem Prozess oder dem Gespräch an sich und auch keine soziale Funktion erfüllen. Dieser Code wird zum Beispiel vergeben, wenn Teilnehmende über das Waldsterben in Deutschland diskutieren und kein Bezug zu irgendeinem Thema des Bürgerrats festzustellen ist.</p> <p><i>Beispiel: „Die Sache ist zum Beispiel, diese Aufschriften ... "Rettungsgasse bilden" - solche Sachen. Das hat mich total an die DDR erinnert. Weil das war ... das waren eigentlich die öffentlichen ...“ (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 624)</i></p> <p><b>process talk:</b> Beiträge, die den Prozess betreffen (z.B. Dauer der Gespräche, weiteres Vorgehen etc.. Es können sich auch im process talk teilweise Diskussionen entspinnen, in denen Argumente ausgetauscht werden, zum Beispiel darüber, wie es jetzt weiter gehen soll. Diese werden aber einfach als process-talk eingestuft und nicht weiter kodiert.</p> <p><i>Beispiel: „Wo sind denn diese Blätter mit der Zusammenfassung von gestern?“ (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 3)</i></p> <p><b>metatalk:</b> Beiträge, in denen über das Gesagte oder das Gespräch gesprochen wird, ohne dabei auf die Inhalte einzugehen. Beispiele sind Anmeldungen, dass man etwas sagen möchte, Verständnisfragen Zusammenfassungen etc.). Sehr häufig sind auch offene Fragen, die sich nicht speziell an ein Thema knüpfen, wie „Möchte jemand etwas sagen?“ Metatalk. Auch wenn eine Person und die Moderation im Zwiegespräch sind, um ganz genau zu verstehen, was der*die Teilnehmende gemeint hat, wird das ab dem zweiten Beitrag nur noch als Metatalk codiert. Es wird auch als Metatalk kodiert, wenn versucht wird, die Sätze von anderen zu beenden, weil das ein Versuch ist, zu sagen, was die anderen sagen wollten. Beiträge sind oft kurz.</p> <p><i>Beispiel: „Entschuldigung. ... Wir haben das ja gestern schon im Wesentlichen auch gemacht: Was spricht dafür, was spricht dagegen?“</i></p>	SG + BW

		<p>(4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 415)“</p> <p><b>social talk:</b> Beiträge, in denen die Beziehungen der Menschen im Mittelpunkt stehen. Beispiele hierfür sind Begrüßungen, Vorstellung der Personen, Humor - wenn nicht thematisch und Dank.</p> <p><i>Beispiel: (als Witz) „Und dann landest du im Gefängnis, weil du nicht an dem Spielplatz dich beteiligt hast. (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 126)“</i></p>	
EI KG	Problem talk nach Thema	<p>Alle Arten von problem talk werden einem <b>inhaltlichen Thema</b> zugeordnet. Die Liste der Themen, die zum Thema Bürgerbeteiligung relevant sind, wurde beim Pretest erstellt und ist selbsterklärend. Sie kann allerdings beim Codieren auch erweitert werden, wenn neue Themen auftreten. Da nur ein Coder vorhanden ist, kann sofort ein neuer Code erstellt werden, wenn etwas nicht zu den vorhandenen Themen passt. Ziel dabei ist eine mittlere Auflösung von Themen: Nicht jeder Handlungsvorschlag soll ein eigenes Thema sein. Damit sich etwas für ein Thema qualifiziert, muss es sich um eine Frage handeln, zu der es mehrere Handlungsoptionen gibt. Beim Kodieren nach Themen soll sich der Kodierer auf seine Intuition verlassen. Bei Unsicherheit, welchem Thema etwas zuzuordnen ist, gilt: Die gleichen Passagen können auch mehreren Themen zugeordnet werden.</p> <p><b>Transparenz und Öffentlichkeit für Bürgerbeteiligung:</b> Alles, was mit der Bekanntheit von Beteiligungsformaten zu tun hat.</p> <p><b>Status quo:</b> Beiträge, die sich damit auseinandersetzen, wie die Politik ohne Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie wäre/ist.</p> <p><b>Verbindlichkeit von Bürgerbeteiligung:</b> Wie verbindlich sind die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung? Wie verbindlich sollen sie sein? Wie kann man das sicherstellen?</p> <p><b>Grenzen von Bürgerbeteiligung:</b> Was kann Bürgerbeteiligung nicht tun und was sollte sie nicht tun dürfen (z.B. Verfassungsfeindliches)?</p> <p><b>Kosten und Aufwand für Bürgerbeteiligung:</b> Was kostet sie? Wie lange dauert sie? Etc.</p> <p><b>Gemeinwohlorientierung oder Einzelinteressen bei Bürgerbeteiligung:</b> Inwiefern fördert Bürgerbeteiligung das Gemeinwohl oder folgt jeder seinen eigenen Interessen?</p> <p><b>Jugendbeteiligung:</b> Wie können und/oder sollen Jugendliche beteiligt werden?</p> <p><b>Bildung für Bürgerbeteiligung und Politik:</b> Wie müsste Bildung zu diesen beiden Themen aussehen? Wie sieht sie aus? Wie müsste sie aussehen, damit Beides gelingen kann?</p> <p><b>(Bedingungen für) gelingende Bürgerbeteiligung:</b> Beispiele gelungener Beteiligung; was muss fürs Gelingen gegeben sein?</p> <p><b>Was ist Bürgerbeteiligung?</b> Was unterscheidet sie von direkter Demokratie? Kann sie Entscheidungen treffen?</p> <p><b>Positive Outcomes von Bürgerbeteiligung:</b> Welche positiven Effekte werden Bürgerbeteiligung zugeschrieben? Und was ist dran?</p> <p><b>Kritik an Bürgerbeteiligung:</b> Welche Gefahren oder Nachteile hat Bürgerbeteiligung? Was spricht gegen sie? Was nicht?</p>	SG

**Alternativen zu Bürgerbeteiligung:** Welche anderen Möglichkeiten gibt es noch, um die Ziele zu erreichen, die Bürgerräte bringen sollen? Was können sie? (Gemeinderatssitzungen, Petitionen etc.)

**Bürgerbeteiligung auf Bundesebene:** Beiträge, in denen es darum geht, ob Bürgerbeteiligung auf Bundesebene gewünscht ist und welche Besonderheiten es auf der Bundesebene gibt.

**Sinn und Zweck von Bürgerbeteiligung:** Welchen Zweck hat Bürgerbeteiligung?

**BB und Repräsentative D – Umgang der Politik mit Bürgerräten:** Wie geht die Politik mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung um? Wie sollte sie damit umgehen? Wie kann man das sicher stellen?

**Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung:** Eine recht allgemein gehaltene Kategorie, in die alle Vorschläge und Argumente fallen, wie man Bürgerbeteiligung ausgestalten könnte oder sollte.

**Ständiges oder nicht ständiges Gremium:** Eine Unterkategorie der Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung. Hierbei geht es um die Frage, ob Bürgerräte, wenn es sie gibt, für einen längeren Zeitraum bestehen sollen oder sich nur für kurze Zeit/ein Thema treffen.

**Kombination aus Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie:** Bei diesem Thema geht es darum, ob und wie man direkte Demokratie und Volksentscheide verbinden könnte/sollte. Entsprechende Passagen werden mit diesem Code versehen, obwohl es sich streng genommen auch um ein anderes Thema des Bürgerrats handelt.

**Institutionalisierung – Verankerung von Bürgerbeteiligung:** Bei diesem Thema geht es darum, wie Bürgerbeteiligung institutionalisiert werden könnte. Auch die Institutionen, die die Politik schaffen könnte, um dafür zu sorgen, dass Bürgerbeteiligung durchgeführt wird und auch in der Politik Gehör findet, gehören zu diesem Code, genauso wie die Frage, wer Bürgerbeteiligung initiieren kann usw.

**Zusammensetzung und Rekrutierung für nationale Minipublics:** Wie sollen Teilnehmende für Minipublics gewonnen werden? Soll die Teilnahme verpflichtend oder freiwillig sein?

**Attraktivität und Zugänglichkeit von Bürgerbeteiligung:** Unter welchen Bedingungen ist Bürgerbeteiligung für alle gleich zugänglich? Wie kann man die Teilnahme attraktiver machen?

**Repräsentativität von Bürgerbeteiligung:** Inwiefern repräsentieren Minipublics die Bevölkerung? Oder kann eine Repräsentativität der Argumente erreicht werden?

**Neutralität Inputs, Experten und Lobbyisten:** Wie kann dafür gesorgt werden, dass die Inputs, die Experten und Lobbyisten für Bürgerbeteiligung neutral sind? Soll es überhaupt Lobbyisten auf solchen Veranstaltungen geben dürfen?

**Anderes zu Bürgerbeteiligung:** Dies ist eine Restkategorie: Wenn es eindeutig thematisch um Bürgerbeteiligung geht, aber um keines der genannten Themen, wird dieser Code verwendet. (zum Beispiel, wie man ein nationales Minipublic nennen soll).

**Anderes Thema des Bürgerrats:** Dieser Code wird verwendet, wenn es sich um einen inhaltlichen Beitrag zum Bürgerrat Demokratie handelt, aber nicht zum Thema Bürgerbeteiligung, sondern zu den ande-



		ren Themen wir Online-Beteiligung und direkte Demokratie. Wenn dieser Code vergeben wird, werden hier keine weiteren Codes vergeben.	
KG	<b>Thema initiiert</b>	<p>Wenn ein Thema in diesem Segment zum ersten Mal im beobachteten Gespräch angesprochen wird, wird ihm zusätzlich der Code „Thema initiiert“ zugeordnet. Das ist hilfreich, um Meinungsführer*innen zu identifizieren. Manchmal ergibt sich ein Thema fließend aus einem anderen (zum Beispiel gibt es einen fließenden Übergang von Überlegungen zur Zusammensetzung von Bürgerräten dorthin, wie man das institutionalisieren kann). In solchen Fällen wird der Code „Thema initiiert“ nicht vergeben, sondern nur dann, wenn es eine Art Bruch gibt oder etwas bewusst als neu eingebracht wird. Ein Abschnitt gilt auch dann nicht als „Thema initiiert“, wenn es nicht gelingt, das Thema zu etablieren. Ein Thema gilt als etabliert, wenn zwei oder mehr Beiträge zu dem selben Thema im direkten Umfeld auf das Initiieren folgen. Ob Expert*innen das Thema bereits einmal angesprochen hatten, ist hierfür hingegen irrelevant.</p> <p><i>Beispiel: „Dann habe ich eine Frage dazu. Weil das zu ... oder wäre das ein Diskussionsanfang? ... Würdest du sagen, dass auch Lobbyisten dann in Kontakt treten können mit diesen ständigen Bürgerrätlern sozusagen? ... mit Mitgliedern des Bürgerrats? (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 113)“</i></p>	SG
KG	<b>Thema wieder aufgegriffen</b>	Dieser Code wird immer dann für ein Segment vergeben, wenn hier ein Thema angesprochen wird, das IM SELBEN GESPRÄCH schon einmal Thema war, aber nicht in den vorangegangenen 5 Minuten (hier an den Zeitmarken orientieren). Auch das hilft, um Meinungsführer*innen zu identifizieren, die sich trauen, das Gespräch in eine bestimmte Richtung zu lenken. Ein Beispiel ist hierfür nicht sinnvoll, weil Themen in allen möglichen Formen – auch Beiläufig eingebracht werden können.	SG
<b>Ebene 1-2: Frames und Strategien</b>			
EI KG	Framing	<p><b>schwaches Framing:</b> Es werden Sachbuch-Beschreibungen von Gegenständen geliefert, die das Besprochene in einem bestimmten Licht erscheinen zu lassen, und es wird nach den Meinungen der Teilnehmenden dazu gefragt.</p> <p><i>Beispiel (Moderation): „die erste Frage ist ... da geht es um die Umsetzung ... ich mache es mal provokativ: Wie viel landet denn im Papierkorb? (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 48)“</i></p> <p><b>Starkes Framing:</b> Es werden starke Interpretationen des Themas vorgenommen, alternative Arten der Problematisierung vorgeschlagen. Beiträge, die nicht zu diesem Frame passen, werden abgewürgt.</p> <p><i>Beispiel (Experte): „Und da kann dann schon oft frustrierend sein, dass man sich sagt: „Mann, seid doch mal ein bisschen mutiger, ihr lieben Politiker, liebe Verwaltung! Traut euch zu, auch diese ... auch diese Frage an die Bürgerschaft abzugeben!“ Und das ist so mein Plädoyer: Wenn man so etwas hier auf Bundesebene erreichen möchte, dann sollte die Frage möglichst sein, ob etwas getan wird, und nicht nur die Frage, wie etwas getan wird. Also das wäre mir ein großes Anliegen. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 56)“</i></p>	Dil

KG	Strategien:	<p><b>Schlichtung / Konsensfindung:</b> Es wird versucht, Konflikte beizulegen, zum Beispiel, indem man Kompromisse vorschlägt.</p> <p><i>Beispiel: „Darf ich Ihnen noch einen Vorschlag jetzt machen? Lassen Sie uns doch Beides als Empfehlung aufschreiben. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 565)“</i></p> <p><b>Strukturieren und Klarheit schaffen:</b> Dieser Kode wird vergeben für Beiträge, in denen der*die Sprecher*in versucht, komplizierte Sachverhalte zu vereinfachen und die Verwirrung anderer beizulegen.</p> <p><i>Beispiel: „Nee. Sie kombinieren jetzt schon sehr viele Sachen. Was ... Sie gehen immer von einem ständigen Bürgerrat aus, der permanent ... permanent da sitzt und sozusagen vier Jahre lang - oder wie lange auch immer - kontrolliert. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 424)“</i></p> <p><b>Herauslocken:</b> Hierbei handelt es sich um Strategien, um Redebeiträge aus Teilnehmenden herauszulocken, auch um die Macht während der Diskussion an die Teilnehmenden zu übergeben.</p> <p><i>Beispiel: „Aber vielleicht erklären Sie nochmal, wenn [4F-TN3] das auch nicht verstanden - mir war das jetzt auch nicht ganz so klar (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 83)“</i></p> <p><b>Teufelsadvokat:</b> Dieser Code wird verwendet, wenn absichtlich schwierige Fragen gestellt werden, die eine Position untergraben oder wenn absichtlich eine Gegenposition eingenommen wird, mit der sich die anderen auseinandersetzen sollen. Die Strategie kann von der Moderation auch gezielt angewandt werden, um tieferes Nachdenken zu provozieren.</p> <p><i>Beispiel: „Aber was bedeutet das dann? also das... Dann sollte man lieber deswegen keine Beteiligung durchführen?“ 00:00:05-0 (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 1)</i></p>	Dil + BW
<b>Ebene 2: Ebene der Gedanken</b>			
	<b>Formulierungsdiskussionen</b>	<p>Dieser Kode ist wichtig für den die Beschreibung des Bürgerrats, weil in einigen Teilen der Kleingruppen die Teilnehmende damit beschäftigt sind, mit der Moderation ausdiskutieren, wie ein Argument oder eine Idee für die Ergebnissicherung festgehalten werden soll. Dabei wird nur selten etwas inhaltlich hinzugefügt, und es scheint teilweise wie eine Art Metatalk, es soll aber doch als eigener Kode vergeben werden, damit dem Rechnung getragen werden kann, dass sich die Teilnehmenden in solchen Fällen gedanklich weiter mit dem Thema auseinandersetzen, über das die Formulierungsdiskussion geführt wird.</p> <p><i>Beispiele: „Ja, ist nur eine Frage: Wie formulieren wir das?“ (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 291) „Also man könnte sagen "Beschäftigung mit den Empfehlungen des Bürgerrats ist verbindlich für das Parlament." Also dass die sich wirklich damit beschäftigen müssen und auch Antwort geben müssen.“ (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 296)</i></p>	BW
KG	Fragen und Aufforderungen	<p><b>Verständnis- und Klärungsfragen:</b> In dieser Art von Frage geht es darum, herauszufinden, was jemand mit einer Aussage gemeint hat.</p> <p><i>Beispiel: „Also verstehe ich das richtig? Es geht hier eher um die</i></p>	SG + BW

*Frage "Wie viele Leute beteiligen sich eigentlich an ... an Bürgerbeteiligung? (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 18)"*

**Aufforderung zum Reden (+):** Als Aufforderung zum Reden zählen genuine Aufforderungen, sich zu äußern und einige Fragen, wenn sie sich gezielt an einzelne Personen richten und diese fragen, ob sie sich nicht äußern wollen.

*Beispiel: ... [2F-TN6], haben Sie vielleicht eine Frage? Sie haben bisher noch nicht ... (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 52)*

**Frage nach Beiträgen:** Diese Fragen werden meistens sehr offen gestellt, sodass sich niemand persönlich angesprochen fühlen muss.

*Beispiel: „... [2F-TN6], haben Sie vielleicht eine Frage? Sie haben bisher noch nicht ...“ (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 52)*

**Frage nach Informationen:** Eine klassische und ehrliche Frage, in der nach Informationen über Fakten / Faktenzusammenhängen gefragt wird.

*Beispiel: „Gibt es Informationen darüber, ob überhaupt eine Bürgerbeteiligung gewünscht wird, wenn ... das ist ungefähr in die Richtung: Wenn so wenig Rückläufer kommen - Vielleicht gibt's gar kein Interesse von der Bevölkerung.“ (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 47)*

**Frage nach Sichtweisen:** Eine ehrliche Frage, in der nach den Sichtweisen oder Zustimmung anderer Teilnehmender zu einer bestimmten Sache gefragt wird.

*Beispiel: „Die Frage ist: Wollen wir alle, die schlechter Stimmung sind, mit einbeziehen? Oder erwarten wir, dass man sich engagiert, und da kann man auch in den Gemeinderatssitzung gehen. Wie viel Engagement ist sozusagen die Schwelle, die Eintrittsschwelle, um sozusagen Bürgerbeteiligung überhaupt glaubhaft zu machen? Reicht Zuhause ein Klick am Computer - Ja oder nein - um zu sagen: "Ja, der hat sich jetzt beteiligt" oder muss man ein bisschen mehr tun, um sich ... um sich zu qualifizieren, dass man sich beteiligt?“ (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 71)*

**Kritisches Hinterfragen:** Manchmal werden Aussagen oder Positionen infrage gestellt. Diese kritischen Fragen eignen sich besonders gut, um etwas in der Tiefe zu diskutieren und werden oft in der Strategie des Teufelsadvokaten verwendet. Beispiele hierfür sind Anzeigewörter wie „Bedeutet das nicht, dass ...“ und „Was sind denn die Folgen von ...“

*Beispiel: „Müssen wir uns jetzt an dem Bürgerrat festhalten als solches, oder gibt es vielleicht noch etwas, was noch mehr Sinn macht und wo sie vielleicht auch nicht“ (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 245)*

**Rhetorische Frage:** Diese Fragen sind nur ihrer Form nach Fragen. Inhaltlich wird hierin eine Meinung ausgedrückt. Deswegen werden auch Bewertungen\* impliziert, die anschließend codiert werden können. Beispiele hierfür sind Fragen wie „Wie soll denn das bitte funktionieren?“ und „Was haben die sich nur dabei gedacht?“. Impliziert wird hier, dass das nicht funktionieren kann, oder dass man sich nichts dabei gedacht hat. Um das zu erkennen, muss der Kodierer den Text im Kontext genau interpretieren. Wenn er sich nicht sicher ist, muss die-

		<p>ser Kode nicht vergeben werden.</p> <p><i>Beispiel: „Und sollen wir diese Gründe, ob sie nach als gut oder schlecht eingeschätzt werden, einfach ausklammern, weil sie ... weil sie jemandem wehtun?“ (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 64)</i></p>	
EI KG	Geschichten	<p>Es kann vorkommen, dass Gesprächsteilnehmer*innen Geschichten über eigene Erfahrungen oder Erfahrungen von anderen erzählen. Diese Geschichten werden nach ihrem Zweck codiert. Diesen Zweck zu erfassen, bedarf einer Interpretation. IN den meisten Fällen ist das aber problemlos möglich, und es gibt als Restkategorie <b>andere Zwecke</b>, der alle Geschichten bei Unsicherheit zugeordnet werden können.</p> <p>Ein häufiger Zweck ist das <b>Illustrieren von Punkten – Herüberbringen von Informationen</b>. Hier möchte eine Person Informationen übertragen oder einen Punkt plausibel machen. Im Folgenden Beispiel soll der Punkt verdeutlicht werden, dass Planung, wenn sie lange dauert, nicht mehr aktuell ist:</p> <p><i>Beispiel: „an der Uni - praktisches Beispiel: An der Uni haben die zehn Jahre vorher die Mensa geplant und dann gesagt: Ja, wir brauchen ja ganz viel Lager. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 129) Aber es gab damals noch nicht so viel Konvenienz. Jetzt brauchen sie keine Lager mehr und müssen die Mensa für eine Millionen Euro umbauen, weil sie zehn Jahre vorher die Mensa geplant haben. Und da muss es rechtzeitig hin. Diesen Bau oder kurz vor dem Bau muss es die Möglichkeit geben, davon Abweichungen zu treffen. Und Ähnlich ist es ... in einen größeren Beispielen der Bundesregierung oder Ähnlichem. <u>00:33:34-8</u> (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 131)“</i></p> <p><b>Geschichten, die eine Position unterstützen</b>, sprechen häufig für oder gegen etwas, und <b>Geschichten, die auf ein Problem hinweisen</b>, können ein Faktor für das Entstehen von EEQ sein.</p> <p>Wenn Geschichten durch das Dazwischenreden anderer Personen unterbrochen werden, werden beide Teile der Geschichte kodiert, weil von Interesse nicht die Anzahl der Geschichten, sondern ihre Abdeckung ist. Außerdem sollen EEQ, die in Geschichten enthalten sind, als solche identifiziert werden können.</p>	BW
EI KG	Argumente (zusammenhängend)	<p>In einigen Fällen kommt es auch bei der Bürgerbeteiligung vor, dass zusammenhängende Argumente mit erkennbaren Schlussmustern geäußert werden. Diese bestehen häufig aus mehreren Faktenaussagen und Bewertungen und einem Schluss, der oft durch Schlüsselwörter wie „daher“, „also“ oder „folglich“ angezeigt wird. Es kann aber auch sein, dass diese Schlüsselwörter fehlen. Diese Einheiten werden zusätzlich zum Kode der einzelnen EEQ auch zusammenhängend als Argumente codiert. Hierbei wird unterschieden zwischen:</p> <p><b>Neues Argument:</b> Dieser Kode wird verwendet, wenn das Argument mit diesem Schlussmuster an dieser Stelle zum ersten Mal in der Sequenz gebracht wird, in der sich die Teilnehmenden befinden. Damit ist gemeint, dass ein Argument mehrmals neu eingebracht werden kann, wenn es unabhängig voneinander in verschiedenen Arbeitseinheiten vorgebracht wird. Wenn vorher bereits ein ähnliches Argument gemacht wurde, bei dem sich die verwendeten EEQ teilweise überschneiden, wird trotzdem dieser Kode verwendet, wenn das Schlussmuster ein anderes ist, oder andere EEQ verwendet werden.</p>	BW

		<p><b>Wieder aufgegriffenes Argument:</b> Dieser Code wird verwendet, wenn ein Argument geäußert wird, das genau in dieser Schlussform und mit diesen verwendeten EEQ bereits vorher in der Sequenz geäußert wurde (also in Experteninputs, Beiträgen von anderen Teilnehmenden oder – im Fall der letzten Arbeitseinheit – in der Ergebnissicherung der Kleingruppen). Wenn das Argument in einer parallelen Sequenz geäußert wurde, von der der*die Sprecher*in nichts wissen kann, wird das nicht als wieder aufgegriffenes Argument, sondern als neues Argument codiert.</p> <p><b>Ausarbeitung altes Argument:</b> Manchmal kommt es vor, dass ein Argument bereits gebracht wurde, bei dem aber EEQ fehlen oder unklar waren, und dass dieses Argument weiter ausgearbeitet wird. Solche Fälle sind nicht immer leicht zu unterscheiden von Fällen, in denen EEQ einfach ohne den Zusammenhang eines Arguments eingebracht werden. Sie unterscheiden sich aber doch dadurch, dass ein Bezug hergestellt wird zu Argumenten.</p> <p>Wenn ein Argument einer Person nur durch das kurze Dazwischenreden einer anderen Person unterbrochen wird, gilt das Argument dennoch als zusammenhängend. Der Kode „Neues Argument“ oder „Wieder aufgegriffenes Argument“ wird dann aber nur für den ersten ununterbrochenen Teil des Arguments vergeben, der zweite gilt als „Ausarbeitung“.</p> <p>Insgesamt gilt es zu beachten: Es gibt theoretische und praktische Argumente: Argumente, dass ein Sachverhalt so ist, und Argumente, dass etwas so und so sein soll oder dass man eine Idee umsetzen sollte. Beide werden als Argumente codiert, die je nachdem mindestens eine Faktenbehauptung, eine Bewertung* oder eine Idee enthalten müssen. Auch im Metatalk können Argumente vorkommen (warum man jetzt so oder so weiter machen sollte).</p>	
KG	Metatalk-Gedanken (häufig Moderation)	<p>Nicht alle Typen von Metatalk werden auch auf der Ebene der Gedanken untersucht. Für jeden Beitrag, der als Metatalk identifiziert wurde, wird aber überprüft, ob die folgenden Codes zutreffen:</p> <p><b>Unterstützung stiller Teilnehmender:</b> Beiträge, in denen stillen Teilnehmenden explizit Unterstützung angeboten wird und z.B. gefragt wird, wie man ihnen helfen kann.</p> <p><b>Ordnungsrufe:</b> Beiträge, in denen um Ordnung gebeten wird (z.B. wenn viele gleichzeitig reden).</p> <p><b>Abwürgen / Beschleunigen der Diskussion:</b> Verweise darauf, dass nur noch wenig Zeit bleibt und dass man bitte zum Ende kommen solle, können einen Starken Einfluss auf die eingebrachten EEQ haben. Deswegen werden diese als solche codiert.</p> <p><i>Beispiel: „Ich muss leider kurz ein bisschen auf die Tube drücken, weil wir diese Fragen übermitteln müssen. Wir haben ja jetzt ... sollen drei bis vier Fragen pro Tisch eigentlich entwickeln. Wie Sie sehen: Wir haben jetzt zehn.“ (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 104)</i></p> <p><b>Off-topic move:</b> Wenn Teilnehmende sich vom Thema entfernen, kann es vorkommen, dass sie von der Moderation oder anderen Teilnehmenden dazu aufgefordert werden, zurück zum eigentlichen Thema zu kommen. Hierfür wird der Code off-topic move verwendet.</p>	SG + BW

		<p><i>Beispiel: „Aber das ist etwas, was wir - wie gesagt - am Nachmittag noch mal ... am Nachmittag noch mal genauer besprechen, ja!?“ (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 139)</i></p>	
KG	Zusammenfassungen	<p>Es kommt besonders am Ende von Gesprächsrunden manchmal vor, dass Teilnehmende (meist die Moderation) noch einmal zusammenfasst, was bereits gesagt wurde. Bei Zusammenfassungen werden die in ihnen enthaltenen EEQ nicht noch einmal codiert, sondern es wird als Zusammenfassung verbucht. Dabei wird aber unterschieden zwischen sachlichen Zusammenfassungen und Interpretationen. Interpretationen treten häufiger auch im Laufe des Gesprächs auf – manchmal, um Klarheit zu erlangen, was gemeint ist, manchmal als Versuch des Framings.</p> <p><b>Sachliche Zusammenfassung:</b> Dieser Kode wird vergeben, wenn in einem Gedanken das vorher gesagte ohne eine besondere Wertung oder Verzerrung sachlich wiedergegeben wird. Dabei muss es sich nicht um eine Zusammenfassung aller Dinge handeln, die bis dahin gesagt wurden, sondern es kann sich auch auf die vergangenen Beiträge beziehen. Zusammenfassungen können in der Theorie Teilnehmende dazu anregen, neue Beiträge zu bringen, oder Dinge besser auszuarbeiten.</p> <p><i>Beispiel: „Ich wollte Ihnen jetzt nochmal kurz vorlesen, wie wir jetzt die Fragen zusammengefasst haben, die vier: "Wie ist die praktische Umsetzung in Leipzig in Bezug auf Regularien, Bekanntmachung und Beispiele?" Als erste Frage. "Wird Beteiligung von der Bevölkerung gewünscht, und wie viele beteiligen sich?" ... die zweite ... "Werden Beteiligungsergebnisse bereits jetzt schon berücksichtigt?" ... als dritte Frage und "Was für Regelungen und Institutionen braucht es, um Beteiligung auf Bundesebene zu etablieren?" (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 193)</i></p> <p><b>Interpretationen:</b> In einigen Fällen, in denen Teilnehmende oder die Moderation über Dinge reden, die andere gesagt haben, und diese zusammenfassen, geben sie diese nicht einfach sachlich wieder, sondern sie ergänzen fehlende Teile, wählen neue Formulierungen und interpretieren so das Gesagte. Das kann manchmal für ein besseres Verständnis sorgen und rationalisieren, aber es kann auch dazu führen, dass Inhalte verfremdet werden.</p> <p><i>Beispiel: „Habe ich Sie jetzt richtig verstanden, dass es ... also dass ihr beide Komponenten ... einmal zu sagen "Ja, auf jeden Fall, wir sind für Bürgerbeteiligung" und "Ja, wir möchten den Bürgerrat als ... also implementieren als festes Instrument"? Ja!?“ (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 255)</i></p>	SG Dil
		<p><b>Ebene 2-3: Einzelne Elemente epistemischer Qualität</b></p> <p>Achtung: Alle Elemente epistemischer Qualität können entweder als eigenständige Gedanken (auf Ebene 2) auftreten, oder aber in Gedanken von Ebene 2 verbaut werden und sich sozusagen auf Ebene 3 befinden. In einigen wenigen Fällen kann es sogar vorkommen, dass Bewertungen und Ideen oder Fakten so eng verwoben in den selben Gedanken eingebaut sind, dass ein und dasselbe Segment gleichzeitig als Bewertung als auch als Idee codiert werden kann und soll.</p> <p>Inhalte von Redebeiträgen als EEQ zu analysieren, hat außerdem seine Tücken, die sich schon bei klassischen Kommunikationsmodellen zeigen: So kann beispielsweise die Aussage "Dann kommt der nächste und sagt: "Ich hätte es noch gerne in der Alten-</p>	

		<p>pflge, und ich hätte es gerne noch in der Landesverteidigung." (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 175) auf ihrer Informationsseite als Faktenaussage interpretiert werden. In Wahrheit ist sie aber auch eine Aussage, die eine Position lächerlich machen will, also ein Argumente der Marke reductio ad absurdum. Es ist davon auszugehen, dass beim Kodieren einige dieser Feinheiten übersehen wurden. Es ist aber zu versuchen, Beiträge als all das zu codieren, als was sie verstanden werden können (wenn es relevant ist).</p>	
EI KG Do k	Faktenbehauptungen und -annahmen	<p>Manchmal tätigen Teilnehmende, Expert*innen oder Moderator*innen Äußerungen, die Behauptungen oder Annahmen über Dinge, Zustände und Zusammenhänge enthalten, die in der realen Lebenswelt existieren, existiert haben oder existieren werden. Diese werden als Behauptungen über Fakten kodiert, wobei bei Annahmen darauf geachtet werden muss, dass sie so formuliert sind, dass der*die Sprecherin auch tatsächlich davon ausgeht, dass sie zutrifft. Dabei werden unterschieden:</p> <p><b>Neue Behauptungen und Annahmen:</b> Als neu werden solche Annahmen und Behauptungen kodiert, die in der gleichen Sequenz zuvor noch von niemand anderem geäußert wurden.</p> <p><b>Als erste von anderem Prozessschritt:</b> Dieser Kode wird für Behauptungen und Annahmen verwendet, die zwar in einem vorangegangenen Prozessschritt schon geäußert wurden (also z.B. im Experteninput oder in der Ergebnissicherung), aber in dieser Arbeitseinheit gerade zum ersten Mal erwähnt werden.</p> <p><b>Wiederholte Behauptungen und Annahmen:</b> Als wiederholte Behauptungen und Annahmen werden solche Annahmen und Behauptungen kodiert, die in der gleichen Arbeitseinheit (d. h. im gleichen Dokument) bereits geäußert wurden.</p> <p>Manchmal ist ein Fakt auch in einem Argument verbaut. Behauptungen über Fakten, die nur die eigene Person betreffen (z.B. „Ich wohne in einer Großstadt“ und Faktenbehauptungen zu einem anderen Thema, werden hier wegen ihrer Irrelevanz nicht als EEQ codiert. Faktenbehauptungen können teilweise sehr kurz sein und nur im Kontext Sinn ergeben.</p> <p><i>Beispiele:</i> „Also ich denke, es ist ein komplizierter Prozess ...“ (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 19)“ „Das wurde privatisiert.“ (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 63)</p>	SG
EI KG Do k	Bewertungen* und normative claims	<p>In einem praktischen Diskurs werden auch häufig Aussagen darüber getroffen, ob etwas gut oder schlecht ist, welcher Zustand wünschenswert ist oder wie etwas sein soll. Solche normativen claims und Bewertungen sind häufig in Meinungen oder Argumenten verbaut, und es werden auch häufig Ideen in der Form einer Bewertung* herübergebracht. Sie sollen aber auch als EEQ codiert werden, und zwar entweder als neue Bewertungen* oder als Wiederholte Bewertungen*</p> <p><b>Neue Bewertungen*:</b> Die Behauptung darüber, wie etwas sein sollte oder die Bewertung* ist in der selben Sequenz noch von niemand anderem vorgenommen worden.</p> <p><b>Wiederholte Bewertungen*:</b> Bevor die Person diese Bewertung* geäußert hatte, haben schon andere Teilnehmende in der gleichen Sequenz die gleiche Bewertung* geäußert.</p>	BW

		<p><i>Beispiel: „... und das fand ich eben interessant, dass man die Leute auch nicht überfordern darf in dem, wie viel Zeit investiert wird.“ (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 98) „Was ist richtig, was ist falsch? Das ist ja jetzt im Prinzip ... Es gibt kein Richtig und kein Falsch.“ (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 150)</i></p>	
EI KG Do k	Ideen und Handlungsvorschläge	<p>In praktischen Diskursen muss an manchen Stellen über mögliche Perspektiven, Ideen und Handlungsoptionen gesprochen werden, die man umsetzen könnte. Diese sollen mit einem der folgenden Codes markiert werden. Ideen sind ein Zwischending zwischen normativen Behauptungen und Aussagen über Fakten. Sie sind eine Projektion, dass bestimmte Fakten möglich wären. Wenn gleichzeitig noch gesagt wird, dass diese Möglichkeit gut wäre, wird eine Idee gleichzeitig auch als Bewertung kodiert.</p> <p><b>Neue Ideen:</b> Als neu werden solche Ideen und Handlungsvorschläge kodiert, die in der gleichen Sequenz zuvor noch von niemand anderem geäußert wurden.</p> <p><b>Als erste von anderem Prozessschritt:</b> Dieser Kode wird für Ideen und Handlungsvorschläge verwendet, die zwar in einem vorangegangenen Prozessschritt schon geäußert wurden (also z.B. im Experteninput oder in der Ergebnissicherung), aber in dieser Arbeitseinheit gerade zum ersten Mal erwähnt werden. Ein klares Anzeichen für die Übernahme aus einem anderen Prozessschritt oder eine Wiederholung sind Sätze wie „Das hatten wir ja schon gesagt.“</p> <p><b>Wiederholung-Erläuterung-Ausarbeitung:</b> Dieser Kode wird für Ideen und Handlungsvorschläge verwendet, die in diesem Fall zum wiederholten Mal geäußert werden, oder wenn diese erläutert und weiter ausgearbeitet werden.</p> <p><i>Beispiel: „Man kann ja auch mehrere Bürgerräte theoretisch parallel zu verschiedenen Themen einberufen, Ne!? Das ginge ja auch, also ... Sind ja genug Leute da.“ (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 518)</i></p>	BW
	<p><b>Ebene 2-3: Qualitäten</b></p> <p>Für jedes der oben genannten EEQ gibt es einzelne Qualitäten, die zusätzlich festgehalten werden sollen und die wichtig für die Erhebung der epistemischen Qualität sind. Neben Qualitäten, die sich auf die Ausrichtung und die Quellen beziehen, gibt es aber auch Qualitäten, die die Funktion in Relation zu anderen Aussagen im Gespräch beschreiben:</p>		
EI KG	Bei Bewertungen* und Ideen: <b>Ausrichtung</b>	<p><b>Pro Bürgerbeteiligung:</b> Es handelt sich um einen Beitrag, der eher für Bürgerbeteiligung auf Bundesebene spricht.</p> <p><b>Bürgerbeteiligung bereits akzeptiert:</b> Dieser Code wird vergeben, wenn der Beitrag nur Sinn ergibt unter der Annahme, dass es Bürgerbeteiligung auf Bundesebene gibt. Dieser Code ist besonders wichtig, weil nicht alle Argumente und Bewertungen, die gemacht werden, für oder gegen Bürgerbeteiligung sprechen, sondern zum Beispiel nur für oder gegen eine bestimmte Gestaltungsmöglichkeit oder Idee. Die Ausgewogenheit der Argumente in Bezug auf jede Idee zu erheben, ist aber zu aufwändig.</p> <p><b>Neutral:</b> Es handelt sich um einen neutralen Beitrag (Restkategorie)</p>	SG BW



		<b>Kontra Bürgerbeteiligung:</b> Es handelt sich um einen Beitrag, der eher gegen Bürgerbeteiligung (auf Bundesebene) spricht.	
EI KG	Faktenaussagen: <b>Quellen</b>	<p><b>Unbekannt:</b> Es ist nicht klar, woher die Person diese Überzeugung hat. Achtung: Wenn etwas evident erscheint, wird anstatt dessen mit „Ausführliche Recherche / (wissenschaftlicher) Konsens“ codiert.</p> <p><b>Erfahrungswissen:</b> Der Beitrag beruft sich auf persönliche Erfahrungen, Berichte von Freunden oder Familienangehörigen, von dem man gehört hat. Wenn Expert*innen sich auf ihre Erfahrungen berufen, wird das auch als Erfahrungswissen codiert. Deren Qualität ist anschließend höher einzuschätzen, aber es ist auch ein klarer Unterschied zu machen zwischen dem Erfahrungswissen eines Experten und der Berufung auf einen Experten, der zu dem Thema geforscht hat.</p> <p><b>Andere Teilnehmende:</b> Der Beitrag beruft sich auf Dinge, die andere Teilnehmende gesagt haben.</p> <p><b>Medien:</b> Der Beitrag beruft sich auf Informationen, die der*die Sprecher*in aus den Medien erfahren hat (inklusive Internet).</p> <p><b>Experteninputs und Informationsmaterial:</b> Der Beitrag beruft sich auf den Input von Expert*innen oder die Lektüre von Informationsmaterial. Es muss sich dabei nicht unbedingt um die Expert*innen oder das Material aus dem Bürgerrat Demokratie handeln.</p> <p><b>Einfache Recherche:</b> Der Beitrag beruft sich darauf, dass eine einfache Recherche vorgenommen wurde (zum Beispiel über eine Suche bei Google oder Wikipedia). Dazu zählt auch, wenn jemand sich auf ein Buch beruft, das er*sie gelesen hat.</p> <p><b>Ausführliche Recherche / (wissenschaftlicher) Konsens:</b> Der Beitrag beruft sich auf die Ergebnisse systematischer Forschung oder sogar auf einen wissenschaftlichen Konsens. Dieser Code darf auch verwendet werden, wenn eine Aussage über Fakten so evident erscheint, dass sie als allgemeiner Konsens anerkannt werden kann.</p>	SG BW
EI KG	Bei Fakten: <b>Angemessenheit</b>	<p>Bei Behauptungen und Annahmen über Fakten soll vom Kodierer bewertet werden, ob die Quelle, die der*die Sprecherin für ihre Behauptungen anführt, eine angemessene Quelle ist, um davon ausgehen zu können, dass es sich um die Wahrheit handelt. Wenn der*die Sprecherin nicht sagt, was die Quelle ihrer Annahmen oder Behauptungen ist, dann muss der Coder bewerten, ob der Person zugetraut werden kann, auf dem Gebiet so gut Bescheid zu wissen, dass sie wahrscheinlich die Wahrheit sagt. Bei der Bewertung der Angemessenheit der Quelle des Wissens für die Faktenaussagen soll nicht allzu lange darüber nachgedacht werden. Spätestens nach fünf Sekunden sollte eine Bauchentscheidung getroffen werden.</p> <p><b>Ja:</b> Der Kodierer ist der Ansicht, dass die Art von Quelle, die für die genannte Faktenaussage angeführt wird, angemessen ist.</p> <p><b>Schwer zu sagen:</b> Der Kodierer ist sich nicht sicher, ob die Quelle, die für die Faktenaussage erkennbar ist, angemessen ist, um eine derartige Behauptung zu stützen. Das ist auch fast immer der Fall, wenn unklar ist, was die Quelle ist (es sei denn, es handelt sich um Allgemeinwissen)</p> <p><b>Nein:</b> Der Kodierer ist der Ansicht, dass die Art von Quelle für die co-</p>	BW

		dierte Faktenaussage nicht angemessen ist, was bedeutet, dass die Behauptung nicht mit Sicherheit als wahr behandelt werden sollte.	
KG	Bei Bewertungen*	<p><b>Unbekannt:</b> Der*die Sprecherin macht nicht deutlich, worauf sie sich bei der Bewertung eines Phänomen stützt.</p> <p><b>Eigeninteresse:</b> Der*die Sprecherin macht deutlich, dass sie die Bewertung* oder das Argument vornimmt, weil es ihren Interessen nutzt.</p> <p><b>Wohlergehen von anderen:</b> Der*die Sprecherin bezieht sich bei den Bewertungen* oder Argumenten auf das Wohlergehen von anderen.</p> <p><b>Teilbare Werte / Gemeinwohl:</b> Der*die Sprecherin bezieht sich bei der Bewertung* oder dem Argument auf teilbare Werte wie Gerechtigkeit, Freiheit oder das Gemeinwohl. Dieser Kode wird auch verwendet, wenn eine bestimmte Bewertung nur Sinn ergibt, wenn man sich auf Werte wie Gerechtigkeit oder das Gemeinwohl bezieht??</p>	DQI BW
EI	Neutralität Expertenfakten	<p>Um das zu bewerten, soll der Kodierer sich mit dem Feld der Minipublics auskennen und spontan entscheiden, ob das (im Abgleich mit ihm bekannten Argumenten) auf die eine oder andere Art genutzt werden kann.</p> <p><b>Wissen, das eher für pro-Argumente genutzt werden kann: Beispiel:</b></p> <p><i>„Sie werden spätestens nach dem Wochenende ... nach dem nächsten Wochenende heim gehen, und Sie werden schlauer sein als vorher, Sie werden mehr Einsichten haben als vorher, und auch Ihre Ergebnisse, die Sie nachher sehen werden, werden das Alles widerspiegeln, was es an demokratischen Fragen und Lösungsansätzen gibt.“ (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 12)</i></p> <p><b>neutral:</b> Es handelt sich um neutrales Wissen, das entweder gar nicht für Argumente zur Bürgerbeteiligung genutzt werden kann, oder aber sowohl für Argumente dafür als auch dagegen genutzt werden kann.</p> <p><i>Beispiel: „Also manchmal verwenden wir auch den Begriff der Öffentlichkeitsbeteiligung. Dann wird das ergänzt ... dann wird Bürgerbeteiligung ergänzt durch Interessengruppen andererseits, um ein Gesamtvotum einzuholen. (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 3)“</i></p> <p><b>Wissen, das eher für Kontra-Argumente genutzt werden kann:</b></p> <p><i>Beispiel: „Wir haben Menschen, die bei unserer Bürgerbeteiligung mit gewirkt haben, gefragt: Was findet ihr denn gut? Was findet ihr schlecht? Meist waren die Veranstaltungen relativ gut bewertet, aber was regelmäßig als nicht besonders gut gespiegelt wurde, war, dass die Kommunikation vor und nach den Veranstaltungen eben doch sehr lange gedauert hat - nicht erreicht wurde.“ (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 24)</i></p>	BW
<b>Hinweisecodes außerhalb des Schemas</b>			
KG	Jemandem widersprechen	<p>Laut Stromer-Galley ist Uneinigkeit ein wichtiges Phänomen, weil sich daran Diskussionen und Argumente entwickeln können. Deswegen soll kodiert werden, wenn eine Person einer anderen widerspricht.</p> <p><i>Beispiel: „Aber ich würde es nicht unbedingt aufnehmen, dieses Argument, weil alleine dass die Möglichkeit besteht, dass dann die Politik</i></p>	SG

		<i>im Grunde genommen sich darauf ausruht, ist ja nun kein Grund, es gar nicht erst zu machen.“ (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 516)</i>	
KG	<b>Richtig gestellt</b>	<p>In Kleingruppengesprächen kommt es manchmal vor, dass eine Person interpretiert, was eine andere gesagt hat, dabei aber einen Fehler begeht. In solchen Fällen können Sprecher*innen das richtig stellen. Entsprechende Segmente werden zusätzlich zu ihrer sonstigen Inhalte mit diesem Kode versehen.</p> <p><i>Beispiel: „Nee, das meinte ich nicht, sondern die ... die Gremien, das heißt: die Gesetz ... die Legislative ...“ (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 116)</i></p>	BW
EI KG	<b>Unangemessene Handlungen</b>	<p>Dieser Kode soll immer dann verwendet werden, wenn der Kodierer der Ansicht ist, dass der Beitrag auf irgend eine Art und Weise unangemessen war. Es soll auch ein Kommentar hinterlassen werden, warum der Beitrag als unangemessen eingestuft wird. Beispiele könnten sein, wenn ein Experte oder die Moderation die eigene Meinung als Wahrheit verkauft oder versucht, die Teilnehmenden zu beeinflussen. Die so markierten Beiträge können anschließend untersucht werden. Die Beiträge können von falschen Ja-Nein-Antworten auf Inhaltliche Fragen, die nur im Kontext falsch sind, bis hin zu langen Sätzen reichen. Unangemessene Beiträge der Moderation und der Expert*innen liegen beispielsweise vor, wenn diese den Teilnehmenden Worte in den Mund legen oder häufig, wenn sie starkes Framing anwenden.</p> <p><i>Beispiel: „Aber es kann ja auch sein, dass die Bevölkerung sagt: "Ja, wir wollen", aber die Politik sagt: "Ne, aber wir wollen nicht."“ (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 50)</i></p>	BW

Tabelle 7: Vergleich der beobachteten Teilnehmenden nach sozioökonomischen Merkmalen

	Stichprobe (N = 22)	Bürgerrat <sup>1</sup>	Gesamtbevölkerung <sup>1</sup>
<b>Geschlecht</b>			
männlich	45,5%	49,0%	49,3%
weiblich	54,5%	50,0%	50,7%
divers	0,0%	1,0%	k.A.
<b>Alter</b>			
16-25 Jahre	9,1%	16,0%	18,4%
26-40 Jahre	13,6%	23,0%	21,8%
41-65 Jahre	72,7%	41,9%	34,6%
65+ Jahre	4,5%	20,0%	25,2%
<b>Schulabschluss</b>			
Schüler*innen	0,0%	4,0%	3,6%
Ohne Abschluss	0,0%	1,0%	4,0%
Hauptschule	4,5%	7,0%	29,6%
Mittlere Reife	22,7%	26,0%	29,9%
Fachhochschulreife und Abitur	72,7%	62,0%	32,5%
<b>Politisches Interesse</b>			
sehr stark	4,5%	9,4%	11,2%
stark	50,0%	38,8%	27,5%
mittelmäßig	40,9%	37,4%	45,7%
weniger stark	4,5%	12,2%	12,3%
überhaupt nicht	0,0%	2,2%	3,3%

<sup>1</sup> Erweiterung der auf dem ALLBUS 2018 basierenden Tabelle von Geißel u. a. (2019: 14f.)

Tabelle 8: Intrakoder-Übereinstimmung - vollständig

Code	Übereinstimmung	Nicht-Übereinstimmung	Gesamt	Prozentual
process-talk	22	11	33	66,67
meta-talk	207	49	256	80,86
social-talk	24	4	28	85,71
Transparenz und Öffentlichkeit für Bürgerbeteiligung	0	5	5	0,00
Jugendbeteiligung	2	1	3	66,67
Bildung für Bürgerbeteiligung und Politik	6	6	12	50,00
Alternativen zu Bürgerbeteiligung	2	1	3	66,67
Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene	0	1	1	0,00
BB und Repräsentative D - Umgang der Politik mit Bürgerräten	0	2	2	0,00
Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung	0	4	4	0,00
Institutionalisierung - Verankerung von Bürgerbeteiligung	28	26	54	51,85
Zusammensetzung und Rekrutierung für nationale Minipublics	10	4	14	71,43
Attraktivität und Zugänglichkeit von Bürgerbeteiligung	6	8	14	42,86
Anderes zu Bürgerbeteiligung	0	4	4	0,00
Anderes Thema des Bürgerrats	0	4	4	0,00

Code	Übereinstimmung	Nicht-Übereinstimmung	Gesamt	Prozentual
Thema initiiert	0	4	4	0,00
Thema wieder aufgegriffen	0	3	3	0,00
schwaches Framing	0	1	1	0,00
starkes Framing	0	3	3	0,00
Herauslocken	0	2	2	0,00
Verständnis- und Klärungsfragen	6	8	14	42,86
Aufforderung zum Reden (+)	6	3	9	66,67
Frage nach Beiträgen	4	0	4	100,00
Fragen nach Informationen	14	19	33	42,42
Fragen nach Sichtweisen	8	3	11	72,73
Rhetorische Fragen	0	1	1	0,00
Unterstützung einer Position	0	1	1	0,00
Andere Zwecke	0	1	1	0,00
Neues Argument	0	4	4	0,00
off-topic move	4	4	8	50,00
Abwürgen / Beschleunigen der Diskussion Anregen zum Kurz-Halten	2	2	4	50,00
Sachliche Zusammenfassungen	6	7	13	46,15
Interpretationen	0	1	1	0,00
Neue Behauptungen und Annahmen	12	14	26	46,15
Als erste von anderem Prozessschritt	0	5	5	0,00
Wiederholte Behauptungen und Annahmen	0	2	2	0,00
Neue Bewertung*	22	9	31	70,97
Wiederholte Bewertung*	0	5	5	0,00
Neue Idee	4	3	7	57,14
Als erste von anderem Prozessschritt	0	1	1	0,00
Wiederholung-Erläuterung-Ausarbeitung	4	5	9	44,44
Jemandem widersprochen	0	1	1	0,00
Pro Bürgerbeteiligung	2	3	5	40,00
Idee der Bürgerbeteiligung bereits akzeptiert	12	29	41	29,27
neutral	13	24	37	35,14
Kontra Bürgerbeteiligung	2	0	2	100,00
unbekannt	8	10	18	44,44
Erfahrungswissen	0	10	10	0,00
Andere Teilnehmende	0	2	2	0,00
Experteninputs und Briefing-Material	0	4	4	0,00
Ja	4	14	18	22,22
Schwer zu sagen	10	5	15	66,67
Nein	0	1	1	0,00
unbekannt	28	8	36	77,78
Unangemessene Handlungen	2	0	2	100,00
<Total>	480	352	832	57,69

Tabelle 9: Intrakoder-Übereinstimmung - aggregierte Kategorien

Code	Übereinstimmung	Nicht-Übereinstimmung	Gesamt	Prozentual
------	-----------------	-----------------------	--------	------------

		mung		
merged - Ideen	8	9	17	47,06
merged - Bewertungen*	28	8	36	77,78
merged - Faktenbehauptungen	12	21	33	36,36
merged - Zusammenfassungen	6	8	14	42,86
merged - Argumente	0	4	4	0,00
merged - Geschichten	0	2	2	0,00
merged - Framing	2	2	4	50,00
merged - off-topic	272	45	317	85,80
Transparenz und Öffentlichkeit für Bürgerbeteiligung	0	5	5	0,00
Jugendbeteiligung	2	1	3	66,67
Bildung für Bürgerbeteiligung und Politik	6	6	12	50,00
Alternativen zu Bürgerbeteiligung	2	1	3	66,67
Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene	0	1	1	0,00
BB und Repräsentative D - Umgang der Politik mit Bürgerräten	0	2	2	0,00
Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung	0	4	4	0,00
Institutionalisierung - Verankerung von Bürgerbeteiligung	28	26	54	51,85
Zusammensetzung und Rekrutierung für nationale Minipublics	10	4	14	71,43
Attraktivität und Zugänglichkeit von Bürgerbeteiligung	6	8	14	42,86
Anderes zu Bürgerbeteiligung	0	4	4	0,00
Anderes Thema des Bürgerrats	0	4	4	0,00
Thema initiiert	0	4	4	0,00
Thema wieder aufgegriffen	0	3	3	0,00
off-topic move	4	4	8	50,00
Abwürgen / Beschleunigen der Diskussion Anregen zum Kurz-Halten	2	2	4	50,00
<Total>	388	178	566	68,55

Tabelle 10: Quantitative Statistik der Redebeiträge nach Sprecher\*innen

Sprecher*innen aggregiert	Fläche	in Prozent	standardisierte Beitragsrate	Wortzahl (geschätzt)	Anzahl Beiträge
<b>Audio-AE6</b>					
2A-Mod	16.009,00	17,83 %	1,60	2.287	209
2A-TN1	17.122,00	19,07 %	1,72	2.446	140
2A-TN2	5.946,00	6,62 %	0,60	849	52
2A-TN3	4.164,00	4,64 %	0,42	595	40
2A-TN4	13.644,00	15,19 %	1,37	1.949	147
2A-TN5	13.627,00	15,17 %	1,37	1.947	205
2A-TN6	7.945,00	8,85 %	0,80	1.135	106
2A-TN7	5.064,00	5,64 %	0,51	723	71
2A-TN8	4.780,00	5,32 %	0,48	683	61
Mod-Ass.	1.506,00	1,68 %		215	15
<b>Film-AE6</b>					
2F-TN1	7.854,00	9,75 %	0,78	1.122	31
2F-TN2	2.962,00	3,68 %	0,29	423	23
2F-TN3	16.476,00	20,45 %	1,64	2.354	75
2F-TN4	6.650,00	8,26 %	0,66	950	31
2F-TN5	6.655,00	8,26 %	0,66	951	23
2F-TN6	3.174,00	3,94 %	0,32	453	7
2F-TN7	10.646,00	13,22 %	1,06	1.521	63
F-Mod	25.942,00	32,20 %	2,58	3.706	153
Mod-Ass.	198,00	0,25 %		28	3
<b>Audio-AE12</b>					
4A-Mod	25.151,00	31,59 %	2,21	3.593	250
4A-TN2	1.586,00	1,99 %	0,14	227	23
4A-TN3	12.726,00	15,99 %	1,12	1.818	155
4A-TN4	11.916,00	14,97 %	1,05	1.702	118
4A-TN5	5.164,00	6,49 %	0,45	738	52
4A-TN6	7.002,00	8,80 %	0,62	1.000	44
4A-TN7	16.067,00	20,18 %	1,41	2.295	147
<b>Film-AE12</b>					
4F-TN1	18.498,00	16,89 %	1,35	2.643	190
4F-TN2	14.086,00	12,87 %	1,03	2.012	148
4F-TN3	10.897,00	9,95 %	0,80	1.557	154
4F-TN4	2.216,00	2,02 %	0,16	317	31
4F-TN5	2.939,00	2,68 %	0,21	420	39
4F-TN6	10.817,00	9,88 %	0,79	1.545	158
4F-TN7	4.390,00	4,01 %	0,32	627	43
F-Mod	44.495,00	40,64 %	3,25	6.356	318
Mod-Ass.	1.151,00	1,05 %		164	15
<b>Überblick</b>			Standardisierte Beitragsquote	Wortzahl (geschätzt)	Anzahl Beiträge
Zeichenzahl (gesamt)	359465	Min	0,14	227	7
Wortzahl (gesamt)	51352	Max	3,25	6.356	318
Zeichenzahl (Moderation)	114452	Min (TN)	0,14	227	7
Moderationsanteil	31,84 %	Max (TN)	1,72	2.643	205

Tabelle 11: Behandelte Themen und Intensität der Behandlung

Themen des Bürgerrats	Experten	AE6		AE12		Gesamt: Minimum		Gesamt: Maximum	
	Fläche	Fläche (Min)	Fläche (Max)	Fläche (Min)	Fläche (Max)	Fläche Wörter	Beiträge	Fläche Wörter	Beiträge
(Bedingungen für) gelingende BB	8314	0	0	0	0	8314 1188	11	8314 1188	11
Agendasetting – Themen von Bürgerbeteiligung	7395	3568	4393	0	430	10963 1566	17	12218 1745	70
Alternativen zu Bürgerbeteiligung	77	1992	4744	0	0	2069 296	4	4821 689	48
Anderes Thema des Bürgerrats	560	4002	9044	11335	11896	15897 2271	95	21500 3071	241
Anderes zu Bürgerbeteiligung	205	0	3156	0	2281	205 29	1	5642 806	42
Attraktivität und Zugänglichkeit von BB	3109	4715	10486	739	5582	8563 1223	22	19177 2740	130
Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung	2986	3325	16179	3068	10945	9379 1340	3	30110 4301	159
BB und repräsentative D – Umgang der Politik mit BB	8307	0	2741	0	7062	8307 1187	13	18110 2587	94
Bildung für BB und Politik	0	782	1639	1956	12190	2738 391	36	13829 1976	116
Bürgerbeteiligung auch auf Bundesebene	3259	5028	5723	1579	3795	9866 1409	9	12777 1825	52
Gemeinwohlorientierung oder Einzelinteresse bei BB	3919	0	0	0	0	3919 560	3	3919 560	3
Grenzen von Bürgerbeteiligung	0	0	5896	0	0	0 0	0	5896 842	12
Institutionalisierung – Verankerung von BB	10216	5306	16177	2059	18081	17581 2512	77	44474 6353	193
Jugendbeteiligung	0	0	93	0	0	0 0	0	93 13	2
Kombination aus BB und direkter Demokratie	110	0	1757	6653	8642	6763 966	71	10509 1501	89
Kosten und Aufwand für Bürgerbeteiligung	2609	0	321	0	536	2609 373	6	3466 495	9
Kritik an Bürgerbeteiligung	1613	240	359	0	688	1853 265	5	2660 380	9
Neutralität Inputs, Experten und Lobbyisten	4175	0	4350	739	3620	4914 702	10	12145 1735	93
Positive Outcomes von Bürgerbeteiligung	508	1591	3024	857	903	2956 422	9	4435 634	27
Repräsentativität von Bürgerbeteiligung	3631	0	826	457	820	4088 584	9	5277 754	18
Sinn und Zweck von Bürgerbeteiligung	944	0	3677	1645	2648	2589 370	9	7269 1038	46
Ständiges oder nicht ständiges Gremium	0	0	22	0	7523	0 0	0	7545 1078	43
status quo	0	315	2228	0	276	315 45	1	2504 358	20
Transparenz und Öffentlichkeit für BB	0	0	748	2538	7952	2538 363	23	8700 1243	75
Verbindlichkeit von Bürgerbeteiligung	0	0	2034	4831	6106	4831 690	43	8140 1163	61
Was ist Bürgerbeteiligung	2093	2881	3975	0	749	4974 711	6	6817 974	30
Zusammensetzung und Rekrutierung für Minipublics	4945	2730	6639	0	2686	7675 1096	27	14270 2039	76



Tabelle 12: EEQ - Anzahl und Quote nach Thema und Neuheit

	Argumente Anzahl (pro 1000 Worte)			Behauptungen über Fakten Anzahl (pro 1000 Worte)			Normative Claims Anzahl (p. 1000 W.)		Ideen Anzahl (pro 1000 Worte)			Summe neue EEQ
	merged	neu	aufgegriffen	merged	neu	aufgegriffen	merged	neu	merged	neu	aufgegriffen	
(Bedingungen für) gelingende BB	1 (0,84)	1 (0,84)	0 (0)	15 (12,63)	11 (9,26)	0 (0)	8 (6,73)	6 (5,05)	1 (0,84)	1 (0,84)	0 (0)	<b>19</b> <b>(15,99)</b>
Agendasetting – Themen von BB	5 (2,22)	1 (0,44)	1 (0,44)	21 (9,31)	18 (7,98)	1 (0,44)	20 (8,87)	13 (5,76)	8 (3,55)	4 (1,77)	3 (1,33)	<b>36</b> <b>(15,96)</b>
Alternativen zu BB	8 (8,22)	4 (4,11)	1 (1,03)	16 (16,44)	15 (15,42)	1 (1,03)	6 (6,17)	6 (6,17)	22 (22,61)	8 <b>(8,22)</b>	0 (0)	<b>33</b> <b>(35,92)</b>
Anderes Thema des Bürgerrats	2 (0,38)	1 (0,19)	0 (0)	18 (3,42)	13 (2,47)	1 (0,19)	22 (4,18)	10 (1,9)	5 (0,95)	5 (0,95)	0 (0)	<b>29</b> <b>(5,51)</b>
Anderes zu BB	2 (2,48)	1 (1,24)	0 (0)	17 (21,09)	13 (16,13)	0 (0)	8 (9,93)	6 (7,44)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	<b>20</b> <b>(24,81)</b>
Attraktivität und Zugänglichkeit von BB	39 (11,08)	18 <b>(5,12)</b>	1 (0,28)	63 (17,90)	45 (12,79)	5 (1,42)	42 (11,94)	24 (6,82)	29 (8,24)	12 (3,41)	3 (0,85)	<b>99</b> <b>(28,13)</b>
Ausgestaltung von BB	37 (7,09)	23 (4,41)	0 (0)	45 (8,63)	36 (6,90)	1 (0,19)	58 (11,12)	32 (6,14)	42 (8,05)	15 (2,88)	0 (0)	<b>106</b> <b>(20,33)</b>
BB und repräsentative D – Umgang der Politik mit Bürger-räten	3 (1,16)	3 (1,16)	0 (0)	22 (8,50)	17 (6,57)	1 (0,39)	20 (7,73)	13 (5,03)	24 (9,28)	9 (3,48)	1 (0,39)	<b>42</b> <b>(16,24)</b>
Bildung für BB und Politik	3 (1,27)	2 (0,84)	0 (0)	26 (10,98)	24 (10,14)	0 (0)	20 (8,45)	12 (5,07)	23 (9,72)	12 (5,07)	0 (0)	<b>50</b> <b>(21,12)</b>
BB auch auf Bundesebene	19 (6,86)	10 (3,61)	3 (1,08)	26 (9,39)	23 (8,31)	0 (0)	31 (11,20)	17 (6,14)	14 (5,06)	6 (2,17)	0 (0)	<b>56</b> <b>(20,22)</b>
Gemeinwohlorientierung oder Einzelinteressen bei BB	1 (1,79)	1 (1,79)	0 (0)	4 (7,14)	4 (7,14)	0 (0)	1 (1,79)	1 (1,79)	2 (3,57)	2 (3,57)	0 (0)	<b>8</b> <b>(14,29)</b>
Grenzen von BB	8 (9,50)	1 (1,19)	0 (0)	5 (5,94)	2 (2,38)	2 (2,38)	8 (9,50)	5 (5,94)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	<b>8</b> <b>(9,50)</b>
Institutionalisierung – Verankerung von BB	30 (4,05)	17 (2,30)	5 (0,68)	67 (9,05)	54 (7,29)	6 (0,81)	77 (10,40)	49 (6,62)	68 (9,18)	27 (3,65)	9 (1,22)	<b>147</b> <b>(19,85)</b>
Jugendbeteiligung	1 (-)	1 (-)	0 (-)	1 (-)	1 (-)	0 (-)	1 (-)	1 (-)	0 (-)	0 (-)	0 (-)	<b>3</b> <b>(-)</b>
Kombination aus BB und DD	3 (1,22)	3 (1,22)	0 (0)	11 (4,49)	8 (3,26)	2 (0,82)	17 (6,93)	11 (4,49)	32 (13,05)	9 (3,67)	1 (0,41)	<b>31</b> <b>(12,64)</b>
Kosten und Aufwand für BB	1 (2,02)	0 (0)	0 (0)	8 (16,16)	6 (12,12)	1 (2,02)	2 (4,04)	1 (2,02)	0 (0)	0 (0)	0 (0)	<b>7</b> <b>(14,14)</b>
Kritik an BB	2 (4,83)	1 (2,42)	1 (2,42)	6 (14,49)	6 (14,49)	0 (0)	2 (4,83)	1 (2,42)	1 (2,42)	1 (2,42)	0 (0)	<b>9</b> <b>(21,74)</b>

	Argumente Anzahl (pro 1000 Worte)			Behauptungen über Fakten Anzahl (pro 1000 Worte)			Normative Claims Anzahl (p. 1000 W.)		Ideen Anzahl (pro 1000 Worte)			Summe neue EEQ
	merged	neu	aufgegriffen	merged	neu	aufgegriffen	merged	neu	merged	neu	aufgegriffen	
Neutralität Inputs, Experten und Lobbyisten	5 (2,72)	3 (1,63)	0 (0)	15 (8,15)	13 (7,06)	0 (0)	19 (10,32)	9 (4,89)	17 (9,23)	6 (3,26)	1 (0,54)	<b>31</b> <b>(16,84)</b>
Positive Outcomes von BB	7 (7,12)	3 (3,05)	2 (2,03)	23 (23,40)	15 (15,26)	5 (5,09)	5 (5,09)	2 (2,03)	4 (4,07)	1 (1,02)	1 (1,02)	<b>21</b> <b>(21,36)</b>
Repräsentativität von BB	6 (7,33)	3 (3,66)	0 (0)	14 (17,09)	13 <b>(15,87)</b>	1 (1,22)	9 (10,99)	4 (4,88)	3 (3,66)	1 (1,22)	0 (0)	<b>21</b> <b>(25,64)</b>
Sinn und Zweck von BB	6 (4,71)	2 (1,57)	0 (0)	12 (9,43)	7 (5,50)	3 (2,36)	13 (10,21)	8 (6,28)	14 (11,00)	5 (3,93)	0 (0)	<b>22</b> <b>(17,28)</b>
Ständiges oder nicht ständiges Gremium	14 (12,99)	7 <b>(6,49)</b>	2 (1,86)	19 (17,63)	14 (12,99)	3 (2,78)	16 (14,84)	9 <b>(8,35)</b>	13 (12,06)	6 <b>(5,57)</b>	2 (1,86)	<b>36</b> <b>(33,40)</b>
status quo	5 (12,41)	1 (2,48)	0 (0)	11 (27,30)	10 <b>(24,81)</b>	0 (0)	5 (12,41)	5 <b>(12,41)</b>	1 (2,48)	1 (2,48)	0 (0)	<b>17</b> <b>(42,18)</b>
Transparenz und Öffentlichkeit für BB	3 (1,87)	2 (1,25)	0 (0)	9 (5,61)	7 (4,36)	0 (0)	24 (14,95)	11 (6,85)	28 (17,45)	1 (0,62)	2 (1,25)	<b>21</b> <b>(13,08)</b>
Verbindlichkeit von BB	5 (2,70)	3 (1,62)	1 (0,54)	14 (7,56)	7 (3,78)	3 (1,62)	17 (9,17)	9 (4,86)	20 (10,79)	5 (2,70)	3 (1,62)	<b>24</b> <b>(12,95)</b>
Was ist BB?	1 (0,72)	1 (0,72)	0 (0)	22 (15,88)	14 (10,11)	0 (0)	4 (2,89)	4 (2,89)	2 (1,44)	1 (0,72)	0 (0)	<b>20</b> <b>(14,44)</b>
Zusammensetzung und Rekrutierung	14 (5,76)	8 (3,29)	0 (0)	29 (11,94)	19 (7,82)	2 (0,82)	32 (13,17)	15 (6,18)	22 (9,06)	11 (4,53)	1 (0,41)	<b>53</b> <b>(21,82)</b>
Minimum	1	0	0	1	1	0	1	1	0	0	0	
Maximum	39	23	5	67	54	6	77	49	68	27	9	
Mittelwert	8,56	4,48	0,63	19,96	15,37	1,41	18,04	10,52	14,63	5,52	1,00	

Tabelle 13: Vollständigkeit der identifizierten Argumente

<b>(0 unvollständig, nicht nachvollziehbar; 1 = Enthymem, 2 = vollständig)</b>					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Pro- zente	Kumulierte Prozente
Gültig	0	4	4,5	4,7	4,7
	1	76	85,4	88,4	93
	2	6	6,7	7	100
	0	86	96,6	100	
Fehlend	0	3	3,4		
Gesamt		89	100		

Tabelle 14: Gültigkeit des Schlussmusters der Argumente

<b>(g = gültig, u = ungültig, aber es geht in die richtige Richtung, f = grundfalsch)</b>					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Pro- zente	Kumulierte Pro- zente
Gültig	f	2	2,2	2,2	2,2
	g	67	75,3	75,3	77,5
	u	15	16,9	16,9	94,4
	NN	5	5,6	5,6	100,0
	Gesamt	89	100,0	100,0	

Tabelle 15: Stärke der Argumente

<b>Stärke (1 = schwach, 2 = mäßig, 3 = stark)</b>					
		Häufigkeit	Prozent	Gültige Pro- zente	Kumulierte Prozente
Gültig	1	17	19,1	20,0	20,0
	2	42	47,2	49,4	69,4
	3	26	29,2	30,6	100,0
	Gesamt	85	95,5	100,0	
Fehlend	System	4	4,5		
Gesamt		89	100,0		

Tabelle 16: T-Tests: EEQ/1000 Wörter – Unterschiede nach Teilnehmendencharakteristika

Mittelwerte T-Test	Geschlecht		Alter		Schulabschluss		politisches Interesse	
	w (N=12)	m (N=11)	<52 (N=10)	>=52 (N=13)	Mittlere R. (N=6)	Abitur (N=17)	Mäßig (N=10)	Stark (N=13)
Ideen / 1000 Wörter	7,99 T=1,50 sig. 0,15 df = 21	5,68	7,84 T=1,06 sig. 0,30 df = 21	3,92	6,12 T=0,57 sig. 0,58 df = 21	7,15	6,67 T=0,23 sig. 0,82 df = 21	7,05
Bewertungen* / 1000 Wörter	9,48 T= 1,99 sig. 0,06 df = 21	6,40	8,10 T=0,10 sig. 0,92 df = 21	7,94	6,52 T=1,07 sig. 0,30 df = 21	8,53	7,46 T=0,57 sig. 0,57 df = 21	8,43
Fakten / 1000 Wörter	7,65 T=0,18 sig. 0,86 df = 21	7,39	8,67 T=1,38 sig. 0,18 df = 21	6,65	6,96 T=0,45 sig. 0,66 df = 21	7,73	8,06 T= 0,59 sig. 0,57 Df = 14,462	7,12
Argumente / 1000 Wörter	2,97 T=0,45 sig. 0,66 df = 21	3,44	3,20 T=0,001 sig. 1,00 df = 21	3,20	2,26 T=1,09 sig. 0,29 df = 21	3,53	2,80 T=0,68 sig. 0,51 df = 21	3,51
Neue Ideen / 1000 Wörter	2,34 T=0,13 sig. 0,90 df = 21	2,26	1,93 T=1,14 sig. 0,27 df = 21	2,59	2,90 T=0,94 sig. 0,38 df = 6,138	2,09	2,82 T=1,62 sig. 0,12 df = 21	1,91
Neue Bewertun- gen* / 1000 Wör- ter	<b>4,99</b> <b>T=2,27 sig. 0,03</b> <b>df = 21</b>	<b>3,18</b>	3,86 T=0,52 sig. 0,61 df = 21	4,32	3,38 T=1,0 sig. 0,32 df = 21	4,38	3,94 T=0,37 sig. 0,72 df = 21	4,26
Neue Fakten / 1000 Wörter	5,73 T=0,51 sig. 0,62 df = 21	6,51	6,55 T=0,51 sig. 0,61 df = 21	5,75	6,61 T=0,38 sig. 0,70 df = 21	5,92	7,00 T=1,05 sig. 0,30 df = 21	5,41
Neue Argumente / 1000 Wörter	1,68 T=0,12 sig. 0,91 df = 21	1,73	1,48 T=0,92 sig. 0,37 df = 21	1,87	1,51 T=0,54 sig. 0,60 df = 21	1,77	1,67 T=0,14 sig. 0,89 df = 21	1,73

Tabelle 17: Kreuztabelle und Test (Fischer) für Bildungsklassen und Meinungsführerschaft

	bis Mittlere Reife	Fachhoch- schulreife oder Abitur	Gesamt
Andere Teilnehmende	6	9	15
Meinungsführer	0	8	8
Gesamt	6	17	23
Einfacher Test nach Fischer: exakte Signifikanz (einseitig): 0,050			

Tabelle 18: Deskriptiver Vergleich von Meinungsführer\*innen und anderen Teilnehmenden

Bei sozioökonomischen Merkmalen der Meinungsführer N=8	Meinungsführer*innen (N=11, davon 3 Moderation)				Andere TN (N=20)			
	Min	Max	Mittelwert	Std.-Abw.	Min	Max	Mittelwert	Std.-Abw.
Anzahl der eingebrachten oder wieder aufgegriffenen Themen	0,00	17,00	5,45	4,70	0,00	6,00	1,50	1,50
Summe eingebracht pro 1000 Wörter	0,00	3,29	1,87	0,94	0,00	7,09	1,62	1,74
Alter	36	75	52,75	12,61	21	65	48,13	13,99
Geschlecht (1 = m 2 = w)	1 (m)	2 (w)	1,63	0,52	1	2	1,47	0,52
Schulabschluss von 4 (Hauptschule) bis 7 (Abitur)	6	7	6,88	0,35	4	7	6,07	1,10
politisches Interesse von 1 (max) bis 5 (min)	2	4	2,50	0,76	1	3	2,40	,63
Bildungsklassen	2,00	2,00	2,00	0,00	1,00	2,00	1,60	0,51
Anzahl der Beiträge	63	471	184,6	110,55	7	158	63,80	48,83
Wortzahl (geschätzt)	1521	10062	2899	2441,9	227	2446	953	605,8
merged - Ideen	1	23	11,00	6,91	0	16	6,30	5,11
merged - Bewertungen*	0	21	14,00	7,80	1	18	6,55	4,90
merged - Faktenbehauptungen	2	25	13,00	7,39	1	19	7,95	5,14
merged - Argumente	0	16	5,36	4,78	0	11	3,70	3,42
Neues Argument	0	6	2,64	2,06	0	8	1,90	2,10
Neue Behauptungen und Annahmen	1	20	9,09	6,46	1	15	6,05	3,97
Neue Bewertung*	0	13	8,09	4,48	1	9	3,55	2,40
Neue Idee	0	7	3,55	2,12	0	6	2,00	1,69
Ideen pro 1000 Wörter	0,44	11,43	5,16	3,71	0,00	20,17	7,02	5,25
Bewertungen pro 1000 Wörter	0	11,00	6,93	4,29	2,21	17,54	7,32	4,07
Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	0,56	10,77	5,49	3,14	2,21	17,62	9,23	4,65
Argumente pro 1000 Wörter	0	8,22	2,59	2,51	0	13,45	3,76	3,55
neue Ideen pro 1000 Wörter	0	3,59	1,60	1,06	0	5,04	2,20	1,80
neue Bewertungen pro 1000 Wörter	0	7,23	3,99	2,65	1,05	9,57	4,12	2,41
neue Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	0,28	9,75	4,02	3,17	2,21	14,29	7,04	3,93
neue Argumente pro 1000 Wörter	0	3,08	1,28	1,06	0	3,27	1,60	1,14

Tabelle 19: T-Tests: Unterschiede – Meinungsführer\*innen und andere Teilnehmende

		Levene-Test der Varianzgleichheit		t-Test für die Mittelwertgleichheit		
		F	Sig.	T	df	Sig. (2-seitig)
merged - Ideen	Varianzen sind gleich	,990	,328	-2,160	29	,039
	Varianzen sind nicht gleich			-1,977	16,146	,065
merged - Bewertungen*	Varianzen sind gleich	4,000	,055	-3,275	29	,003
	Varianzen sind nicht gleich			-2,872	14,464	,012
merged - Faktenbehauptungen	Varianzen sind gleich	2,552	,121	-2,239	29	,033
	Varianzen sind nicht gleich			-2,015	15,444	,062
merged - Argumente	Varianzen sind gleich	,798	,379	-1,124	29	,270
	Varianzen sind nicht gleich			-1,020	15,764	,323
Neues Argument	Varianzen sind gleich	,049	,826	-,940	29	,355
	Varianzen sind nicht gleich			-,945	21,052	,355
Neue Behauptungen und Annahmen	Varianzen sind gleich	4,012	,055	-1,630	29	,114
	Varianzen sind nicht gleich			-1,421	14,259	,177
Neue Bewertung*	Varianzen sind gleich	5,323	,028	-3,701	29	,001
	Varianzen sind nicht gleich			-3,124	13,215	,008
Neue Idee	Varianzen sind gleich	,272	,606	-2,231	29	,034
	Varianzen sind nicht gleich			-2,086	17,111	,052
Ideen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	1,231	,276	1,032	29	,310
	Varianzen sind nicht gleich			1,141	26,922	,264
Bewertungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	,364	,551	,251	29	,804
	Varianzen sind nicht gleich			,247	19,764	,808
Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	5,286	,029	2,378	29	,024
	Varianzen sind nicht gleich			2,661	27,572	,013
Argumente pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	1,187	,285	,964	29	,343
	Varianzen sind nicht gleich			1,067	26,969	,296
neue Ideen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	4,761	,037	1,010	29	,321
	Varianzen sind nicht gleich			1,169	28,781	,252
neue Bewertungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	,305	,585	,140	29	,889
	Varianzen sind nicht gleich			,136	19,098	,893
neue Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	1,323	,259	2,182	29	,037
	Varianzen sind nicht gleich			2,325	24,736	,029
neue Argumente pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	,698	,410	,766	29	,450
	Varianzen sind nicht gleich			,782	21,987	,442

Tabelle 20: Deskription: Unterschiede zu den Meinungsführern - ohne Moderation

	Meinungsführer	N	Mittelwert	Standardabweichung	Standardfehler Mittelwert
merged - Ideen	nein	20	6,30	5,110	1,143
	ja	8	13,63	6,116	2,162
merged - Bewertungen*	nein	20	6,55	4,904	1,097
	ja	8	18,38	2,200	0,778
merged - Faktenbehauptungen	nein	20	7,95	5,135	1,148
	ja	8	13,38	6,140	2,171
merged - Argumente	nein	20	3,70	3,420	0,765
	ja	8	7,00	4,536	1,604
Neues Argument	nein	20	1,90	2,100	0,470
	ja	8	3,50	1,690	0,598
Neue Behauptungen und Annahmen	nein	20	6,05	3,967	0,887
	ja	8	10,63	6,457	2,283
Neue Bewertung*	nein	20	3,55	2,395	0,535
	ja	8	10,38	2,200	0,778
Neue Idee	nein	20	2,00	1,686	0,377
	ja	8	4,25	1,909	0,675
Ideen pro 1000 Wörter	nein	20	7,02	5,249	1,174
	ja	8	6,80	2,913	1,030
Bewertungen pro 1000 Wörter	nein	20	7,32	4,068	0,910
	ja	8	9,36	1,272	0,450
Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	nein	20	9,23	4,646	1,0395
	ja	8	6,68	2,705	0,956
Argumente pro 1000 Wörter	nein	20	3,76	3,555	0,795
	ja	8	3,52	2,307	0,816
neue Ideen pro 1000 Wörter	nein	20	2,20	1,801	0,403
	ja	8	2,09	0,753	0,266
neue Bewertungen pro 1000 Wörter	nein	20	4,12	2,410	0,539
	ja	8	5,37	1,424	0,504
neue Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	nein	20	7,04	3,928	0,878
	ja	8	5,20	2,916	1,031
neue Argumente pro 1000 Wörter	ja	20	1,60	1,138	0,254
	1,00	8	1,75	0,831	0,294

Tabelle 21: T-Tests für Meinungsführer (ohne Moderation)

		Levene-Test der Varianzgleichheit		t-Test für die Mittelwertgleichheit		
		F	Sig.	T	df	Sig. (2-seitig)
merged - Ideen	Varianzen sind gleich	,428	,519	-3,243	26	,003
	Varianzen sind nicht gleich			-2,995	11,135	,012
merged - Bewertungen*	Varianzen sind gleich	4,401	,046	-6,506	26	,000
	Varianzen sind nicht gleich			-8,796	25,446	,000
merged - Faktenbehauptungen	Varianzen sind gleich	,604	,444	-2,391	26	,024
	Varianzen sind nicht gleich			-2,209	11,143	,049
merged - Argumente	Varianzen sind gleich	,267	,610	-2,102	26	,045
	Varianzen sind nicht gleich			-1,858	10,348	,092
Neues Argument	Varianzen sind gleich	,044	,835	-1,914	26	,067
	Varianzen sind nicht gleich			-2,105	16,058	,051
Neue Behauptungen und Annahmen	Varianzen sind gleich	4,058	,054	-2,294	26	,030
	Varianzen sind nicht gleich			-1,868	9,195	,094
Neue Bewertung*	Varianzen sind gleich	,003	,955	-6,961	26	,000
	Varianzen sind nicht gleich			-7,228	14,046	,000
Neue Idee	Varianzen sind gleich	,189	,667	-3,076	26	,005
	Varianzen sind nicht gleich			-2,911	11,633	,013
Ideen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	2,363	,136	,110	26	,913
	Varianzen sind nicht gleich			,140	22,816	,890
Bewertungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	4,176	,051	-1,376	26	,181
	Varianzen sind nicht gleich			-2,008	25,315	,055
Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	6,437	,018	1,448	26	,160
	Varianzen sind nicht gleich			1,807	21,991	,085
Argumente pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	1,153	,293	,173	26	,864
	Varianzen sind nicht gleich			,207	19,970	,838
neue Ideen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	7,719	,010	,164	26	,871
	Varianzen sind nicht gleich			,226	25,838	,823
neue Bewertungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	3,718	,065	-1,363	26	,185
	Varianzen sind nicht gleich			-1,692	21,719	,105
neue Faktenbehauptungen pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	1,598	,217	1,197	26	,242
	Varianzen sind nicht gleich			1,362	17,462	,191
neue Argumente pro 1000 Wörter	Varianzen sind gleich	1,399	,248	-,335	26	,740
	Varianzen sind nicht gleich			-,384	17,767	,706



Tabelle 22: Empfehlungen des Bürgerrat Demokratie

Nr.	Empfehlung
1	Unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie soll durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung und direkten Demokratie ergänzt werden.
2	Unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie soll durch weitere Elemente der Bürgerbeteiligung ergänzt werden.
3	Unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie soll durch weitere Elemente der direkten Demokratie ergänzt werden.
4	Unsere bewährte parlamentarisch-repräsentative Demokratie soll durch die Kombination von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ergänzt werden.
5	Gesetzliche Verankerung eines bundesweiten Bürgerrats.
6	Bundesweite Bürgerräte werden durch Bevölkerung und/oder das Parlament und/oder die Regierung einberufen.
7	Mitglieder eines Bürgerrats sollen zufällig ausgewählt werden und die Gesellschaft möglichst repräsentativ widerspiegeln.
8	Die Regierung muss sich zu Empfehlungen der Bürgerbeteiligung verpflichtend äußern.
9	Ein bundesweiter Volksentscheid soll durch eine Initiative aus der Bevölkerung initiiert werden können.
10	Es soll ein Vetorecht durch Volksentscheide im Gesetzgebungsprozess auf Bundesebene geben.
11	Es soll die Möglichkeit der zusätzlichen Online-Abstimmung bei Volksentscheiden geben.
12	Es soll ein Online-Beteiligungsportal nach dem Vorbild Baden-Württembergs geben.
13	Es soll zur Schaffung von mehr Transparenz ein Lobby-Register auf Bundesebene geben.
14	Schaffung einer staatlich finanzierten, politisch unabhängigen Stelle, die bundesweit Bürgerbeteiligung und direktdemokratische Verfahren koordiniert, durchführt und dazu informiert.
15	Intensivierung der politischen Bildung, insbesondere zur demokratischen Teilhabe
16	Eine staatliche Finanzierung von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie muss gewährleistet sein.
17	Eine ergänzende Drittfinanzierung von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie ist möglich und muss transparent sein.
18	Es müssen verständliche und neutrale Informationen auf verschiedenen Kanälen verfügbar gemacht werden.
19	Bürgerbeteiligung und direkte Demokratie erfordern bundesweit gleiche und geeignete Zugangsmöglichkeiten.
20	Ergebnisse von Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie sollen grundsätzlich rückgängig gemacht werden können.
21	Volksentscheiden soll immer ein Bürgerrat vorgeschaltet sein, um die Fragestellungen vorzubereiten und Informationen zusammenzutragen.
22	Es soll ein angemessenes Quorum bei Volksentscheiden geben.

Tabelle 23: Zuordnung relevanter Themen zu Empfehlungen des Bürgerrats

Themen des Bürgerrats	Empfehlung aus dem Bürgergutachten Nummer ...										
	2	5	6	7	8	14	16	17	18	19	20
Agendasetting – Themen von BB			X								
Alternativen zu Bürgerbeteiligung	X										
Attraktivität und Zugänglichkeit von BB										X	
Ausgestaltung von Bürgerbeteiligung			X	(X)	(X)	(X)	(X)		(X)		(X)
Gemeinwohl oder Einzelinteressen bei BB	(X)										
Umgang der Politik mit BB					X						
Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	X										
Institutionalisierung von BB		X	X	(X)	X	X	(X)	(X)	(X)	(X)	(X)
Kosten und Aufwand für BB	X						(X)	(X)			
Kritik an Bürgerbeteiligung	X										
Neutralität Inputs, Experten ...									X		
Positive Outcomes von BB	X										
Repräsentativität von Bürgerbeteiligung	(X)										
Sinn und Zweck von Bürgerbeteiligung	X										
Transparenz und Öffentlichkeit für BB						(X)					
Status quo	(X)										
Verbindlichkeit von Bürgerbeteiligung		(X)			X						
Was ist Bürgerbeteiligung?	(X)										
Zusammensetzung und Rekrutierung				X							
<b>Fehlende Themen</b>											
Finanzierung von Bürgerbeteiligung							X	X			
Sollen Ergebnisse unumkehrbar sein?											X
Relevant für Empfehlungen zu anderen Themen:	<i>Bildung für BB und Politik, Kombination aus BB und DD,</i>										
Irrelevant für alle Empfehlungen:	<i>(Bedingungen für) gelingende BB, Anderes Thema des Bürgerrats, Anderes zu Bürgerbeteiligung, Jugendbeteiligung, Ständiges oder nicht ständiges Gremium,</i>										

Klammern deuten an, dass das entsprechende Thema nur indirekt relevant ist oder in beobachteten Kleingruppen nicht so diskutiert wurden, dass sie die Empfehlung stützen.

Tabelle 24: Rekonstruktion und Auswertung der identifizierten Argumente

ausführliche Version im digitalen Anhang (\* 0 = unvollständig, nicht nachvollziehbar; 1 = Enthymem, 2 = vollständig; \*\* w = wahr, a = akzeptabel, p = plausibel, s = schwer zu beurteilen, u = unplausibel, i = inakzeptabel, f = falsch; \*\*\* g = gültig, u = ungültig, aber es geht in die richtige Richtung, f = grundfalsch; † 0 = nein, 1 = Ergebnissicherung der Gruppe, 2 = allgemeine Ergebnissicherung, 3 = Bürgergutachten; †† 0 = kontra BB, 1 = neutral, 2 = BB bereits akzeptiert, 3 = pro BB)

Textstellen	Vollständigkeit*	Idealisierte Rekonstruktion (ergänzte Prämissen in Klammern)	Akzeptabilität der Prämissen**	Gültigkeit des Schlussmusters***	Stärke (1 = schwach, 3 = stark)	Verfahrensschritten Nr. ...	Als Ergebnis festgehalten †	spricht für (Wort)	spricht gegen (Wort)	Spricht für Empfehlung Nr. ...	Ausrichtung ††
Nur wir müssen schauen wie kann so etwas in gewisser Weise institutionalisiert werden? Also: Wie können Rahmenbedingungen gesetzt werden, um ein faires, offenes und transparentes Verfahren zu haben, denn ganz oft höre ich, wenn ich solche Verfahren durchführe: „Ach, die Politik weiß eh schon, was sie will. Das ganze ist eine Alibi-Veranstaltung.“ und auch die Frage dann: „Ja, von wem werden Sie denn bezahlt? Dann machen Sie doch das, was die Leute meinen, die Sie bezahlen“ [00:05:17] Und damit man dem etwas entgegen halten kann, sollte es Strukturen geben auf so einer ... auf einer Metaebene, glaube ich ... 00:05:25 (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 3)	1	Bürger*innen sind misstrauisch und glauben, dass die Politik sie bei Bürgerbeteiligung nicht ernst nimmt; (Institutionalisierung, bzw. Rahmenbedingungen für faire und transparente Verfahren könnten helfen, um das Misstrauen zu verringern); (Das Misstrauen sollte verringert werden); (Wenn etwas helfen kann, ein Ziel zu erreichen, dann sollte es auch getan werden); also sollte es solche Rahmenbedingungen geben.	w, p, a, f	u	2	1	0	klare Regeln für Bürgerbeteiligung	NN	8, 14, 16	2
Ich könnte mir vorstellen so etwas wie einen ... wie einen Fonds einzurichten. Also einen bundesweiten Fonds, dass man sagt ... 20 Cent im Jahr pro Steuerzahler werden verwendet, um solche Verfahren durchzuführen. Dann kann nicht nämlich die Opposition sagen: „Bundestag ... ach ja, das hat mal wieder die Regierungsparteien ins Leben gerufen, und jetzt reden sie denen wieder nach dem Mund.“ So etwas zum Beispiel finde ich gut. (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 5)	1	Wenn man einen Fonds für Bürgerbeteiligung hat, kann man darauf vertrauen, dass BB auch unabhängig von den Regierungsparteien ist; (Es ist gut, wenn man darauf vertrauen kann, dass BB unabhängig von den Regierungsparteien ist); also wäre auch so ein Fonds gut.	p, a	u	2	1	0	einen unabhängigen Fonds, aus dem Bürgerbeteiligung bezahlt werden kann	NN	14	2

<p>Aber es geht ja darum, in einen deliberativen Prozess einzusteigen. Das heißt: in ein Miteinander-Sprechen, in ein sich einfühlendes in den anderen. Sie alle sitzen hier aus verschiedenen Regionen des Landes. Sie haben mindestens ein verschiedenes Alter und so weiter und versuchen dann durch Gespräche zu verstehen, warum der andere den Standpunkt hat, und das können Sie mit einer einfachen Meinungsumfrage niemals erreichen. (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 7)</p>	<p>1 Bürgerbeteiligung unterscheidet sich von Meinungsumfragen darin, dass viele Personen miteinander sprechen und die Standpunkte der anderen verstehen lernen können; (Es ist in manchen Fällen, in denen man Bürgerbeteiligung oder Meinungsumfragen einsetzen könnte, wichtig, dass unterschiedliche Menschen die Standpunkte der anderen verstehen lernen); (also ist Bürgerbeteiligung zumindest manchmal besser als Meinungsumfragen)</p>	<p>w; s</p>	<p>g</p>	<p>2</p>	<p>1</p>	<p>2</p>	<p>Bürgerbeteiligung in manchen Fällen</p>	<p>Meinungsumfragen in Fällen</p>	<p>2</p>	<p>3</p>
<p>Und wenn Sie dann so ein Ergebnis an die Politik geben, und Sie haben das Gefühl, es verschwindet in der Schublade und niemand kümmert mehr da drum, dann ist das frustrierend. Und deshalb muss man, wenn man über die Metaebene spricht, wenn man über die richtigen Rahmenbedingungen spricht, muss man sich auch immer überlegen: Was will man denn eigentlich mit Ergebnissen von Bürgerbeteiligung machen? (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 12)</p>	<p>1 Wenn die Bürger*innen das Gefühl haben, die Politik kümmert sich nicht um die Ergebnisse der Bürgerbeteiligung, frustriert das die Bürger*innen; (es ist schlecht, wenn die Bürger*innen frustriert werden); (Wenn man auf einer Metaebene festlegt, wie mit den Ergebnissen von Bürgerbeteiligung umgegangen werden soll, kann man verhindern, dass Bürger*innen denken, man kümmere sich nicht um die Beteiligungsergebnisse); also muss man sich überlegen, wie die Politik mit den Ergebnissen der Bürgerbeteiligung umgehen soll.</p>	<p>p; a; p</p>	<p>g</p>	<p>3</p>	<p>1</p>	<p>0</p>	<p>Auseinandersetzung zum Umgang mit den Ergebnissen in der Politik</p>	<p>NN</p>	<p>8</p>	<p>2</p>
<p>Aber das alleine reicht nicht. Man braucht auch ein Stück praktische Unterstützung und Erfahrung, weil es wichtig ist, dass sich die Planungsprozesse mit den Beteiligungsprozessen verzahnen und nicht die einen Kollegen in der Stadt die Beteiligung machen und die anderen die Planung. Weil ... dadurch ja auch keine Identifi ... kein Kennenlernen der Argumente, kein Eingreifen am Ende passiert. (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 24)</p>	<p>1 Es braucht eine Verzahnung von Bürgerbeteiligung und Planung, damit Argumente berücksichtigt werden; (nur wenn man praktische Unterstützung und Erfahrung hat, kann die Verzahnung gelingen); also braucht es praktische Unterstützung und Erfahrung</p>	<p>a; p</p>	<p>g</p>	<p>3</p>	<p>1</p>	<p>0</p>	<p>Erfahrene Unterstützung für die Verzahnung von BB und Planung / Politik</p>	<p>NN</p>	<p>(14)</p>	<p>2</p>
<p>dass es diese Leitlinien gibt, hat sich dann gezeigt, hilft noch nicht, dass Beteiligung sich wirklich verbessert. Und deswegen ist diese Koordinierungsstelle (nennt sich Weiterdenken) eingerichtet wurden, die konkret Beteiligungsprozesse berät und unterstützt. (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 24) Weil viele Kolleginnen in der Verwaltung machen so ein Prozess auch</p>	<p>1 Die gewöhnliche Verwaltung hätte Schwierigkeiten, einen funktionierenden Beteiligungsprozess auf die Beine zu stellen, (Es soll keine Schwierigkeiten bei der Bürgerbeteiligung geben); Eine Koordinierungsstelle kann bei den Schwierigkeiten helfen;</p>	<p>p; a; p; f</p>	<p>u</p>	<p>2</p>	<p>1</p>	<p>0</p>	<p>Koordinierungsstelle für Bürgerbeteiligung</p>	<p>NN</p>	<p>14</p>	<p>2</p>

zum ersten Mal, wissen nicht unbedingt, wie Beteiligungsverfahren erarbeitet werden, haben aber auch viele ganz praktisch Fragen: „Wie finde ich denn einen guten Raum? Wie finde ich einen guten Moderator? Was muss ich beachten? Und das ist das, was die Koordinierungsstelle Leipzig weiterdenken begleitend unterstützt. Sie berät zu Beteiligungsverfahren, sie verleiht Moderationsmaterialien zum Beispiel ... hat Datenbanken zu geeigneten Räumen und so ... ein Punkt ... (1-Experten-AE6-1-BB-Podium, Pos. 24)		(Wenn etwas helfen kann, ein Ziel zu erreichen, dann sollte es auch getan werden); (also sollte man eine solche Koordinierungsstelle haben)										
Welche Probleme werden denn quasi zugelassen oder sind sinnvoll. Man kann ja nicht jedes kleine ... jedes kleine Problemchen kann man mit Bürgerbeteiligung lösen (...) Das ist auch gar nicht sinnvoll. Sonst müssten wir eine ständige Einrichtung haben. Das haben wir gestern schon auch diskutiert: Wenn der Bürgerrat ... wenn der zu allen möglichen Sachen dann auch ... (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 9) (...) ... was sagen muss: Das geht ja gar nicht. (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 11)	0	Wenn man zu jeder Frage einen Bürgerrat einrichten würde, ginge das gar nicht; (Um die Zahl der Bürgerräte zu verringern, könnte man die zugelassene Themen reduzieren); (Es wäre eventuell eine gute Idee, die Probleme zu beschränken, zu denen es einen Bürgerrat geben kann.	w: p	NN	NN	2	0	Beschränkung der Themen für Bürgerbeteiligung	NN	NN	2	
Dann kann man aber auch nur Ja oder Nein antworten, ne!? Und da fehlt Kommunikation. (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 40)	1	Bei direkter Demokratie kann man im Gegensatz zur alternativen Bürgerbeteiligung nur mit Ja und Nein antworten; Es gibt hier keine Kommunikation (über verschiedene Lösungsalternativen); (Kommunikation über verschiedene Lösungsalternativen ist wichtig); (Das spricht dafür, Bürgerbeteiligung in Fällen, in denen beide Alternativen zueinander sind, der direkten Demokratie vorzuziehen)	w: a	g	2	2	0	Bürgerbeteiligung anstelle von direkter Demokratie	direkte Demokratie anstelle von Bürgerbeteiligung	2	3	
Aber wenn Sie mit Kommunikation anfangen, ich glaube, dann wird es richtig kompliziert. (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 44) Wenn 10 Millionen Kommentare zurück kommen, irgendwie, dann ... (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 46)	1	Wenn man Bürgerbeteiligung auf Bundesebene macht, könnten 10 Millionen Kommentare zurück kommen; Es wäre kompliziert, diese Kommentare zu verarbeiten; (Es gibt einen Grund, komplizierte Dinge zu vermeiden); (also stellt das einen Grund dar, Bürgerbeteiligung auf Bundesebene zu vermeiden)	s: w: a	g	1	2	2	NN	Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	NN	0	
Wahlen sind bisher immer auch abhängig von der Frage, die gestellt wird. Und da ist ja auch ... genau da liegt die Manipula-	1	Wahlen (gemeint sind Abstimmungen) können über die Frage, die gestellt wird, mani-	z: a	g	1	2	0	Bürgerbeteiligung an-	Abstimmungen als Al-	2	3	

tion. (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 48)		puliert werden; (Manipulation sollte vermieden werden); (Also gibt es einen Grund, Wahlen als Alternative zu vermeiden)					stelle von direkter Demokratie	ternative zu Bürgerbeteiligung			
Weil ich könnte mir ja vorstellen, dass es auch zu Verdruss führt, wenn alle Woche irgendeine Frage kommt, in die ich als Bürger mich als Bürger wieder einarbeiten soll im Detail, habe aber die Zeit nicht und das Know-how gar nicht - als wenn ich vielleicht alle halbe Jahr oder halbe ... alle Jahr mal per Zufallslos ausgewählt werde und weiß: OK, jetzt kommt es darauf an. Jetzt muss ich mein Bestes geben, muss mich da völlig einarbeiten, um da ... eine fundierte Entscheidung zu treffen. (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 200)	1	Wenn Bürger*innen sich jede Woche in ein Thema einarbeiten sollten, könnte das zu Verdruss führen; (Verdruss sollte verhindert werden); (Verdruss könnte verhindert werden, wenn man nur einmal im halben Jahr per Zufall ausgelost wird); (Es gibt einen Grund, nur einmal im halben Jahr per Zufall Teilnehmende auszulosen)	p.i.a.i.p	g	3	2	2	Bürgerbeteiligung mit nur einer Zufallsauswahl von Menschen	NN	7	2
Aber wenn man das Gefühl hat, das ... funktioniert hier: Das läuft ... oder auch: Meine Stimme wird gehört und kann was damit bezwecken - und dann vielleicht noch über die Medien ... über die Medien vielleicht eine kleine Dokumentation gemacht wird, damit die Leute dann nicht überfordert sind ... (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 270) Wenn sie dann gefragt werden. Einfach auch über die Medien da drüber im Vorfeld informiert werden. Ich glaube, dann funktioniert das. (2-Audio-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 272)	1	(Wer bei Bürgerbeteiligung teilnimmt, hat das Gefühl, gehört zu werden); (In solchen Fällen ist es wahrscheinlicher, dass man wählen geht); (Wenn über die Bürgerbeteiligung Dokumentationen gezeigt werden, könnte sich dieses Gefühl ausbreiten und die Wahlbeteiligung auch unter nicht-anwesenden steigen); (Die Steigerung der Wahlbeteiligung ist wünschenswert); (also sollte Bürgerbeteiligung stattfinden und darüber berichtet werden)	p.i.s.i.a.i	u	1	2,4,	0	Bürgerbeteiligung und Berichte darüber	NN	2	3
dass sich informieren, weil es ist ja ihr See, ihr Wald oder ihr Jugendtreff, um den es geht. (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 67)	0	(Es gibt Entscheidungen über Dinge wie Jugendtreffs, die Jugendliche besonders betreffen); (Menschen sollten sich über die Dinge informieren, die sie betreffen); (Also sollten sich Jugendliche auch über Jugendtreffs informieren)	.w.s	g	1	2	0	Selbstinformation der Jugendlichen über ihre Themen	NN	NN	1
Also insofern, da gibt es schon auch überleg ... gab's schon auch Überlegungen von Leuten, in diese Richtung zu denken. Insofern ist es ... so ganz abwegig ist das nicht (2-Film-AE6-1-BB-Fragenentwicklung, Pos. 135)	1	Darüber, Bürger*innen wie Schöffen zur Bürgerbeteiligung zu verpflichten, haben schon andere Menschen nachgedacht; (wenn schon andere Menschen über eine Sache nachgedacht haben, ist das eventuell keine schlechte Idee); (also ist eine Schöffenpflicht für Bürgerbeteiligung eventuell keine schlechte Idee)	p.i.s	g	1	2	0	Verpflichtende Teilnahme bei Bürgerbeteiligung	NN	NN	2

<p>Wir glauben ... also ich glaube eher, dass es sinnvoll sein kann, die ... dass die Argumente alle vertreten sind, nicht das ... Ich weiß, wir haben 82 Millionen Einwohner, aber wenn wir jetzt hier ... worüber Sie hier gerade sprechen und sich unterhalten: Wenn wir die Argumente zusammenfassen, dann haben wir nicht 82 Millionen Argumente. Und es ist wichtig, dass wir vor allem eine Repräsentativität der Argumente hinbekommen. Es wäre auch schön, Repräsentativität der Bevölkerung hin zu bekommen, aber ich glaube, die werden Sie nicht eins zu eins abbilden können. Das kann übrigens auch das parlamentarische System in keiner Weise. Von daher gibt es, egal wo wir ansetzen in der Politikwissenschaft, auf welcher Ebene wir ansetzen, immer das Problem oder das ... eine Lücke der Repräsentation. Und damit müssen wir umgehen, und die muss benannt werden. Und wenn wir die benennen können, dann können wir auch mit den Ergebnissen besser arbeiten. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 24)</p>	1	<p>die Bevölkerung sollte in der Politik repräsentiert sein; das parlamentarische System schafft es nicht, die Bevölkerung eins zu eins abzubilden; Auch die Bürgerbeteiligung schafft das nicht, aber sie schafft vielleicht eine Repräsentativität der Argumente; (eine Repräsentativität der Argumente herzustellen, ist gut für das politische System); (also schafft es Bürgerbeteiligung eine gute Art von Repräsentativität herzustellen, was für Bürgerbeteiligung spricht)</p>	a: w: p: s	g	2	3	0	Bürgerbeteiligung	repräsentative Demokratie	2	3
<p>Um das vielleicht noch mal zu spezifizieren: Man muss von Anfang an denken: Wem muss ich die Ergebnisse geben und wie nimmt er die an? Also der ... Sie müssen als Bürgerrat nachher der Politik Ihre Ergebnisse präsentieren. Wenn das - dieser Schritt - nicht vorgesehen wird, dann werden Ihre Ergebnisse in der Schublade verschwinden und nicht wieder auftauchen. Und deshalb muss man das ... Und das wird ganz häufig falsch gemacht. Es wird dann beteiligt, und dann hat man irgendein Ergebnis, und dann wundert man sich, dass das im Gemeinderat oder im Landtag oder im Kabinett irgendwie nicht gehört wird. Und dann hat man einfach übersehen, dass die Ergebnisse nicht anschlussfähig sind an das weitere Verfahren. Und deshalb muss man da schon etwas mehr rein stecken als Gestalter von solchen Verfahren oder als Initiator von solchen Verfahren als an das Verfahren selber. Also, Sie können hier - wie Sie jetzt hier so sitzen und reden, ist da relativ egal. Die Frage ist: Wie ... Was passiert mit den Ergebnissen? Und da muss man speziell ... Da braucht es ja auch Gremien oder Verbindlichkeiten. Da braucht es Leitlinien in den Kommunen, da braucht es vielleicht gesetzliche Vorgaben und ... und da ist allerdings ... Da gibt es keine pauschale Antwort oder keinen ... keine einzelne Methode, um das sozusagen zu erreichen. (3-Experten-AE6-2-</p>	1	<p>Wenn man als Prozessgestalter nicht viel Aufwand betreibt, werden die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung nicht umgesetzt; (die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung sollen umgesetzt werden); (Verbindliche Regeln könnten helfen, damit die Ergebnisse von Bürgerbeteiligung umgesetzt werden); Es braucht verbindliche Leitlinien der Kommunen und gesetzliche Vorgaben dafür</p>	p: a: p	u	2	3, 6,	0	Verbindlichkeiten für den Umgang mit Bürgerbeteiligung	Bürgerbeteiligung ohne klare Verbindlichkeit	8	2

Fragerunde, Pos. 39)												
Das heißt, es wird dann zufällig – meistens aus dem Einwohnermelderegister, wo das gut funktioniert, und wir Jahrzehnte lange Erfahrungen damit haben, werden Leute ausgelost. Und die werden dann angeschrieben postalisch: „Bitte nehmen Sie an dem Prozess teil, wenn Sie können!“ Und damit haben wir dann das einigermaßen erreicht, dass wir das Gemeinwohl in der Weise abbilden, dass Sie hier sitzen und erst mal kein sehr (!) spezielles Interesse haben. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 44)	1	Mit der Zufallsauswahl kann man großteils dafür sorgen, dass die Teilnehmenden kein spezielles Interesse haben; das ist fast das gleiche wie Gemeinwohlorientierung; (Politik sollte gemeinwohlorientiert sein); also gibt es einen Grund des Gemeinwohls für Bürgerbeteiligung	B. S. S.	g	2	3	3	Bürgerbeteiligung	NN	2	3	
Also man müsse natürlich Mehrheiten finden im Bundestag und Bundesrat und dafür das Grundgesetz ändern, und so einen Passus einfügen und einführen. Ich glaube, dass ist zurzeit nicht realistisch bei den Regierungsparteien, die wir haben. Deshalb müssen wir uns auf andere Dinge stützen. Also wie verpflichtend ist es? (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 62)	1	(Es ist gut, wenn Bürger*innen verpflichtet werden können, bei BB teilzunehmen); mit den derzeitigen Mehrheiten im Bundestag ist das nicht zu machen; also muss man andere Möglichkeiten dafür suchen.	S. D.	g	2	3	0	Suche nach anderen Möglichkeiten der Verpflichtung von Bürger*innen	NN	NN	2	
wir versuchen mal in allen Bundesländern Bildungsurlaub schon mal einzuführen und einzurichten. Damit hätten wir nämlich dann schon mal einen Großteil der Bevölkerung erreicht. Ich glaube, 55 Prozent oder so sind berufstätig, und die könnten wir damit dann schon erreichen. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 62)	1	ca. 55% der Bevölkerung sind berufstätig; Die Einführung von Bildungsurlaub ist ein geeignetes Mittel, um berufstätige Menschen dazu zu bringen, bei Bürgerbeteiligung teilzunehmen; (Es wäre gut, einen möglichst großen Teil der Bevölkerung dazu zu bringen); Es sollte versucht werden, einen Bildungsurlaub in allen Bundesländern einzuführen.	B. S. S.	u	2	3	0	Bildungsurlaub in allen Bundesländern	NN	NN	2	
Erst einmal glaube ich ... ich glaube, Sie müssen gar nicht groß geschützt werden vor Lobbyisten. Sie müssen aber als solche erkennbar sein. Das ist ganz wichtig. Also Maulwürfe ... damit wäre es schwierig, damit umzugehen. Aber wenn klar ist, dass es Lobbyisten gibt, die auch kommen und vielleicht auch mit Ihnen reden, das halte ich gar nicht für ein Problem, denn wenn ich ein gemerkt habe in meiner langjährigen Praxis: Die Leute merken ganz schnell, wenn sie verschaukelt werden oder dass man sie in eine bestimmte Richtung drängen möchte. Oft passiert dann das Gegenteil. Also Lobbyisten sind nicht das große Problem. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 87)	2	(Bürger*innen sollten von Lobbyist*innen nicht unbewusst beeinflusst werden); Leute merken schnell, wenn man versucht, sie zu manipulieren; wenn klar ist, dass Lobbyisten da sind, ist das kein Problem; also können Lobbyisten zugelassen werden, müssen aber als solche erkennbar sein	B. S. D.	g	3	3	0	Zulassung von Lobbyisten unter der Bedingung der Transparenz	NN	NN	2	



<p>Es gibt Initiativen, die haben ... die nehmen für sich das Recht in Anspruch, dabei zu sein. Das müssen Sie ... die müssen Sie mit einbeziehen. Und wenn Sie dann nichts tun, um sozusagen eine große Vielfalt da zu haben, dann haben Sie nur ganz spezielle Leute da. Und dann ... ob dann Bürgerbeteiligung so funktioniert, wie man sich das vorstellt, das bezweifle ich. Also eigentlich sollten Sie immer schauen, dass möglichst viele Interessen möglichst viele Menschen, möglichst viele Gruppen beteiligt sind. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 107)</p>	2	<p>Wenn man keine Regelung vornimmt, kommen immer die gleichen Leute zu Bürgerbeteiligung – keine Vielfalt; ohne diese Vielfalt funktioniert Bürgerbeteiligung wahrscheinlich nicht so, wie sie soll; also sollte man aktiv dafür sorgen, dass möglichst viele Interessen möglichst vieler Menschen und Gruppen vertreten sind.</p>	B i s s	g	2	3, 4,	0	<p>Aktive Rekrutierung von stillen Teilnehmendengruppen</p>	<p>NN</p>	7	2
<p>Noch eine dringende Bitte: Das müssen Sie auch in Ihren weiteren Beratungen immer mit nehmen: Wir alle haben nur bedingt ... die Ressource Zeit zur Verfügung. Das heißt: Bitte niemals ... oder: Versuchen Sie nicht, die ... die Kapazitäten der Leute zu überstrapazieren bei diesen Beteiligungsformaten. Das heißt: Wenn man es macht so wie hier, dann macht man zwei Tage am Stück, und dann in zwei Wochen noch mal zwei Tage am Stück, und dann sind Sie entlassen. Aber: Versuchen Sie nicht, Prozesse anzuleiern, wo Sie jahrelang dabei bleiben müssen. Das haben wir auch schon mal probiert, und das bricht dann ... es bricht dann mit den Monaten, mit den Jahren bricht die Beteiligung weg: Keiner hat mehr Spaß daran. Lieber konzentriert an einzelnen Punkten mal zwei drei Stunden Menschen beteiligen, und nicht irgendwie die Leute tot reden - und das soll mein Endstatement sein, denn ich möchte Sie nicht tot reden. Sie wollen ja gleich Mittag essen und noch einen schönen Tag verbringen. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 111)</p>	1	<p>Menschen haben nur begrenzt Zeit; Deswegen und wegen fehlendem Spaß bricht die Beteiligung nach einer Zeit weg, wenn man längere Prozesse hat; bei kürzeren Prozessen passiert das nicht; (Es ist schlecht, wenn die Beteiligung weg bricht); also sollte man nur relativ kurze Prozesse der Bürgerbeteiligung machen.</p>	B i s s	u	2	3, 6,	(2)	<p>kurze Bürgerbeteiligungsprozesse</p>	<p>lange Bürgerbeteiligungsprozesse</p>	<p>NN</p>	2
<p>Na ja: Oh Wunder! Ich bin auch ein Befürworter. ... In einer immer komplexer werdenden Zeit und Welt sind die Entscheidung auch immer komplexer und schwieriger, und das glaube ich auch, dass eine Verfahren von mehreren Elementen ... aber nicht immer alles und alles gleichzeitig, und ... also bitte nicht über das Maximum, sondern wirklich bewusst und dosiert einsetzen. Also auch Bürgerentscheide dosiert einsetzen und Bürgerbeteiligung dosiert einsetzen. (3-Experten-AE6-2-Fragerunde, Pos. 116)</p>	0	<p>Entscheidungen werden immer komplexer; (darin hat Bürgerbeteiligung ihren Platz); (...); also sollte Bürgerbeteiligung nur dosiert eingesetzt werden.</p>	NN	NN	1	3, 4, 6	0	<p>Bürgerbeteiligung, aber nur dosiert</p>	<p>zu viel Bürgerbeteiligung</p>	<p>2</p>	3
<p>Weil es geht ja nur ... ein Parlament ist ja nur ... Wenn etwas verbindlich ist, muss ja ein Gesetz da sein. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 47) Und da gibt es natürlich die ... anders geht</p>	1	<p>Wenn etwas eine Wirkung haben soll, dann muss es in Gesetze eingearbeitet werden; (Für das Schaffen von Gesetzen gibt es be-</p>	B i s s	g	3	4	(0)	<p>Auseinandersetzung mit der</p>	<p>NN</p>	<p>NN</p>	2

<p>es ja nicht. Und dann ist die Frage: Bei diesem Gesetzgebungsverfahren, was sie ja dann wahrscheinlich meinen: Wo kann ein Bürgerrat oder wie auch immer - ein Volksentscheid - einhalten? (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 49)</p>	<p>reits ein Verfahren, dass man nicht komplett über Bord werfen sollte); (Wir wollen, dass Bürgerbeteiligung eine Wirkung hat); also müssen wir uns überlegen, wo im Gesetzgebungsverfahren Bürgerbeteiligung einhalten könnte.</p>						<p>Frage, wo im Gesetzgebungsprozess Bürgerbeteiligung eingesetzt werden sollte.</p>				
<p>Eben. Und deswegen meine ich - der zweite Punkt, den ich dazu noch sagen wollte, ist ... also ich würde davon ausgehen, sozusagen, die Einschätzung: Was ist richtig, was ist falsch? Das ist eher eine subjektive. Aber wenn eben - sagen wir mal - ein größerer Teil der Bevölkerung meint, das war jetzt falsch: Das dann erst zu machen, ist eigentlich zu spät. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 159) Deswegen müssen eben solche Bürgerbeteiligungen vorher schon ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 161)</p>	<p>2 Wenn Bürgerbeteiligung erst dann eingesetzt würde, wenn schon ein Großteil der Bevölkerung sagt, dass eine Sache falsch ist, dann ist das zu spät; also sollte Bürgerbeteiligung früher stattfinden.</p>	s	g	2	4	0	Frühzeitige Bürgerbeteiligung	NN	NN	2	
<p>Man kann ja auch mal ein Beispiel machen: Nehmen wir doch mal die ganze Gift-Geschichte: Glyphosat. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 175) Das hat doch [unverständlich] längstens beschlossen; Deutschland setzt es nicht um. Man kann ja auch Dinge, die beschlossen sind und Gesetz und so ... verzögert werden. Man schiebt es halt auf die lange Bank, ja!? (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 177) Wenn die Frau Klöckner gleichzeitig dann noch soundso viel Gifte wieder zugelassen hat, ja!? ... Das torpediert die ganze Geschichte. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 179) Und da wären so Bürgerbeteilig[un]gen wichtig, sagen warum wir das ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 181)</p>	<p>1 Manchmal verhalten sich Politiker*innen nicht so, wie sie sollten; (Bürgerbeteiligung könnte eine Funktion dabei erfüllen, dass sich Politiker*innen für so etwas erklären müssen); also ist Bürgerbeteiligung wichtig dafür</p>	P.	s.	u	2	4	1, 2	Bürgerbeteiligung	unkontrollierte Politik	2	3
<p>Also ich hätte noch was, was an was anschließt, was Sie gerade gesagt haben: Also ... die Politiker sind ja eigentlich Profis, die wir bezahlen. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 183) Von einem Profi, den ich bezahle, erwarte ich, dass er seinen Job richtig macht. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 186) Und da sehe ich jetzt einen Bruch in der Bürgerbeteiligung: Wir, die wir hier ausgewählt wurden, oder sonst jemand macht das dann mehr oder weniger ehrenamtlich ... (4-Audio-AE6-2-BB-</p>	<p>1 Politiker*innen werden dafür bezahlt, Politik richtig zu machen; (Bürger*innen müssen BB machen, weil Politiker*innen ihre Arbeit nicht richtig machen); Bürger*innen bekommen für die Bürgerbeteiligung nur ein geringeres Entgelt, verrichten aber gleich wichtige Arbeit; (wer gleiche Arbeit verrichtet, sollte den gleichen Lohn bekommen); Mehr</p>	P.	s.	g	2	4	0	bessere Bezahlung der Teilnehmenden	NN	NN	2

<p>Diskussion, Pos. 189) ... in seiner Freizeit oder ... oder für ein Entgelt X ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 191) ... Auch Volksentscheid. Da ist doch ein Bruch drin! Also: Wenn wir den Job derer übernehmen, die wir bezahlen, dann hätte ich als Impuls - Moment. Natürlich, ich investiere ja meine Lebenszeit, ja!? - Dann hätte ich als Impuls, damit auch die Bürgerbeteiligung nicht einschläft, dass die Menschen, die das machen, für den Zeitraum genau das gleiche Geld bekommen wie ein Politiker bekommt. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 193) Nee! Genau den Tagessatz. Das kann man umrechnen. Warum ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 195) Nee, ich sage das wirklich: eins zu eins von den Abgeordneten. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 199) Das ist ja eigentlich nichts. Im Prinzip sind wir ja auch schon selektiert. Wir sind nicht repräsentativ, ne!? Aber in dem Moment, wo sie dann dem Angeschriebenen schreiben: Ihr kriegt einen Tagessatz von 500€ wenn ihr mitmacht, dann gehen die 250 ganz schnell auf 4000 hoch. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 228)</p>																										
<p>Da wollte ich noch dazu sagen: Im alten Athen - in der Athenischen Demokratie - war das ehrenamtlich. Die wurden bezahlt, aber die waren deutlich unterbezahlt. Also es war eine ehrenamtliche Tätigkeit, dass sie einmal im Leben beteiligt waren. Und ... kam jedes Mal ein anderer ... zur Tätigkeit, und dadurch war es vielleicht ein oder zwei Mal im Leben, und das haben sie ehrenamtlich gemacht. Also mit sehr niedriger Bezahlung. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 236)</p>	1	D	u	1	4	0	NN	bessere Bezahlung für Teilnehmende	NN	2																
<p>Das sind alles Leute, die es sich leisten konnten. Da war es jeder Bürger [unverständlich] (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 240)</p>	1	D	g	3	4	0	Auseinandersetzung mit der Frage einer besseren Bezahlung	niedrige Bezahlungen wie im alten Athen	NN	2																
<p>Ich ... Weil ich würde eigentlich wieder dafür plädieren: Es geht dabei natürlich nicht um das ... rein Finanzielle oder Materielle dabei, sondern das ist eine Art von Gleichstellung. Das ist eine Gleichstellung der Leute, die dann aus dem ... in einem Bürgerrat mit arbeiten mit Experten oder Politikern, die eben dafür be-</p>	1	D	g	3	4	0	bessere Bezahlung der Teilnehmenden	NN	NN	2																

<p>zahlt werden. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 251) Dann sollte es auf ... gleicher Ebene sein. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 253)</p>										
<p>Jetzt mal ein bisschen ketzerisch gedacht: Und ... [es] ging ja auch schon mal gestern so um das Thema Reinigungskräfte ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 272) Handwerker [unverständlich]. Jetzt ... ist eine einfache Person, die vielleicht gerade einen Hauptschulabschluss geschafft hat: Die soll sich mit komplexen Themen beschäftigen ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 275) .. weil sie zufällig ausgewählt wurde, kriegt 500€ und hat überhaupt keine Ahnung, worum es geht. Ohne die jetzt werten zu wollen. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 277) Das ... das passt nicht. Und von daher: Wenn man sagt, es ist ein gewisses Ehrenamt und ... also ich finde, dass hier - was uns hier heute schon geboten wird, ist schon doll. Also finde ich wirklich ... also ist auch eine Ehre, dabei zu sein. Und ... also dass an sich mit Politikern oder mit ... mit Vollblutpolitikern, die wir ja eigentlich haben wollen, auf eine Ebene stellt für eine - was weiß ich - eine Woche, eine Sache, finde ich ... gelinde gesagt anmaßend. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 279)</p>	<p>1</p> <p>Ungebildete Bürger*innen haben teils keine Ahnung; sie können gar nicht das gleiche leisten wie Politiker*innen; (ungleiche Leistung soll auch ungleich bezahlt werden); Das Angebot für die ehrenamtliche Teilnahme ist schon toll genug, um Menschen zu motivieren, bei BB teilzunehmen; also sollen Teilnehmende nicht so gut bezahlt werden wie Politiker*innen (und das wird keine Probleme bereiten)</p>	<p>d.i.s.s</p>	<p>g</p>	<p>2</p>	<p>4</p>	<p>0</p>	<p>NN</p>	<p>bessere Bezahlung für Teilnehmende</p>	<p>NN</p>	<p>2</p>
<p>Das Problem, das ich vernehme, wenn Sie sagen: OK, ich mache das mit quasi einem Nachweis, dass man Fachinformationen hat. Das führt aber dazu, dass wie er jetzt sagt, dass natürlich das wiederum eine bestimmte Auswahl trifft. Das heißt, wenn sich nur die dann diesen Fragebogen beantworten, die ohnehin vielleicht auf ihn hören - finde das [unverständlich] Alle anderen fallen wiederum weg. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 283)</p>	<p>1</p> <p>Wenn man einen Nachweis von den Teilnehmenden verlangen würde, dass sie gewisse Informationen über die Thematik des Beteiligungsprozesses haben, dann würde das dafür sorgen, dass manche Menschen ausgeschlossen werden; (es sollen keine Menschen von der Bürgerbeteiligung ausgeschlossen werden); (also sollte Fachwissen auch keine Voraussetzung für die Teilnahme an Bürgerbeteiligungsprozessen sein).</p>	<p>p.i.a</p>	<p>g</p>	<p>3</p>	<p>4</p>	<p>0</p>	<p>NN</p>	<p>Fachinformationen als Voraussetzung für Teilnahme</p>	<p>NN</p>	<p>2</p>
<p>Ich sehe halt einfach auch die Problematik, letzten Endes, wenn ich das an einen bestimmten Betrag knüpfen will - ist ja egal jetzt, wie ... so, dann ist eben die Reinigungsfrau mit diesen ... 500€ sind viel Geld, für den selbstständigen Handwerker</p>	<p>1</p> <p>besser verdienende Selbstständige haben durch ihre Teilnahme an Bürgerbeteiligung einen Verlust, der durch die Aufwandsentschädigung nicht aufgewogen wird; sie ha-</p>	<p>p.p.i.a</p>	<p>g</p>	<p>3</p>	<p>4</p>	<p>0</p>	<p>eine Lösung für die Motivation von besser ver-</p>	<p>NN</p>	<p>NN</p>	<p>2</p>

<p>- oder wie auch immer - da sagt der: Nee, für 500€? Nein. Dann verliere ich ja mehr, ne!? Wenn ich nicht da bin. Oder ein Arzt, sagen wir mal, der niedergelassen ist, ja!? Der jeden Tag - was weiß ich - soundso viel pro Stunde ... 150€ pro Stunde mindestens haben muss brutto, damit er seine Praxis bezahlt ... und, und, und da sagt der: Nee, das geht nicht. Ja!? "Ich verliere einfach zu viel." (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 308) Eine Vertretung in der Praxis kostet mindestens 400 ... nein ... kostet ja mindestens 400€, ein Vertreter. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 310) Das heißt, ich müsste dann pro Tag mindestens 400€ bekommen, damit ich überhaupt die Motivation habe hinzugehen. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 312)</p>							<p>dienenden Selbstständigen</p>			
<p>Aber: Es heißt - finde ich gerade - doch noch lange nicht, dass die nicht auf ihrem Gebiet vielleicht Pragmatiker sind ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 318) ... und trotzdem einfach gute Impulse aus dem Bauch raus vielleicht mit rein, wo vielleicht oft die ... die höher Gebildeten gar nicht dran denken, weil manchmal haben die dann irgendwie so dann ihren Tunnel. Und wenn dann einmal eine ganz andere Meinung aus einer ganz anderen Standpunkt oder Standort kommt, finde ich, das ist auf jeden Fall bereichernd. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 320)</p>	<p>1</p>	<p>d:p:a</p>	<p>g</p>	<p>3</p>	<p>4</p>	<p>(1)</p>	<p>Diverse Zusammensetzung von Bürgerräten</p>	<p>Bürgerräte nur mit gebildeten Menschen</p>	<p>(7)</p>	<p>2</p>
<p>Und - das hat einfach einen riesen Rattenschwanz vor- und nachher. Und da wird es wieder unrealistisch. Also ... Dann würde ich vielleicht lieber sagen: Lasst uns einen Bürgerrat für ein Jahr wählen ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 354)</p>	<p>1</p>	<p>d:u</p>	<p>u</p>	<p>1</p>	<p>4</p>	<p>0</p>	<p>Einjährige Bürgerbeteiligungsprozesse</p>	<p>NN</p>	<p>NN</p>	<p>2</p>
<p>Hmmm. Aber ich würde dazu sagen: Aber eben dieser Bürgerrat, der wird letztendlich doch Experten brauchen, genau aus dem Grund. Weil eben bestimmte Dinge, die zu entscheiden sind, so komplex sind, dass der Bürgerrat nicht ohne Weiteres sich damit auskennt. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 360) Die Art und Weise, wie sie die Fragen stellen und wie sie die Erklärungen bieten. Es geht ja nicht um grundsätzliche philosophische Fragen, sondern es sind konkrete, und die kann man dann entsprechend erklären, und dann versteht es jeder, auch wenn er nicht unbedingt Abitur hat. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskus-</p>	<p>1</p>	<p>d:a:p</p>	<p>u</p>	<p>2</p>	<p>4</p>	<p>(2)</p>	<p>Einbindung von Expert*innen bei Bürgerbeteiligung</p>	<p>Bürgerbeteiligung ohne Expert*innen</p>	<p>NN</p>	<p>2</p>

sion, Pos. 363) Wir haben ja das leicht gegessen, die zwei Referenten. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 364) [unverständlich]. Und die andere Frau, das war viel einfacher, ne!? Also es hängt davon ab, wen man da einlädt und ... wo du ihm die Verpflichtung machst, er muss in Deutsch möglichst klar und ohne großartiges Spezialwissen ... Spezialfremdwörter kommen. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 366)												
Dann hat man doch gar keine Auswahl. Die wissen nicht, welche Experten [unverständlich] (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 395)	NN	NN	NN	NN	4	NN	NN	NN	NN	NN	NN	2
Es sei denn, die Experten brauchen ein bisschen [unverständlich] (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 396)	NN	NN	NN	NN	4	NN	NN	NN	NN	NN	NN	2
Aber diese ganze ... dann muss man vielleicht jedes Mal ein anderes Institut beauftragen. Einmal ist es Nexus, ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 397) ... und es gibt ja mehrere Institute. Weiß nicht: Du bist dieses Jahr dran, du bist ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 399)	NN	NN	NN	NN	4	NN	NN	NN	NN	NN	NN	2
Sie hatten gerade den Aspekt eingebracht, dass die Zufriedenheit steigt ... 00:57:34-2 2A-TN8: Genau. Die steigt ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 425-426)	1	Durch die Teilnahme an Bürgerbeteiligung steigt die Zufriedenheit mit Demokratie; (es ist gut, wenn die Zufriedenheit mit Demokratie steigt); (also spricht das für Bürgerbeteiligung)	1, 2	g	2	4	1, 2	Bürgerbeteiligung	NN	2	3	
Übrigens nicht nur das, sondern auch das ... das Verständnis für Demokratie an sich steigt dadurch. Ja!? Also wenn man ja selber das aktiv macht ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 435) Das ist ... ist dann - selbst wenn mir dann eben eine Entscheidung nicht gefällt, weil ich eben halt in der kleineren Gruppe war bei der Abstimmung oder so - muss ich dann sagen: OK, aber so funktioniert Demo ... Demokratie. Ja!? Da lernt doch jeder selbst. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 437)	1	Durch die Teilnahme an Bürgerbeteiligung steigt das Verständnis für Demokratie; (es ist gut, wenn das Verständnis für Demokratie steigt); (also spricht das für BB)	1, (2)	g	2	4	1, (2)	Bürgerbeteiligung	NN	2	3	

Also ich finde diese Bürgerbeteiligung, auch wenn sie jetzt nicht direkt einen Einfluss hat auf die Entscheidungen im Bundestag, hat zumindest einen indirekten Einfluss durch die Motivation, die in der Bevölkerung entsteht, sich mit den Themen zu befassen. Dann zum Beispiel die Wahlbeteiligung letztendlich steigt. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 438)	1	Durch Bürgerbeteiligung steigt die Motivation in der Bevölkerung, sich mit Themen zu befassen, und auch die Wahlbeteiligung steigt; (es ist gut, wenn die Wahlbeteiligung steigt); (also spricht das für Bürgerbeteiligung)	W. s	g	1	4	0	Bürgerbeteiligung	NN	2	3
Äh ... Ich hätte noch ein Pro für Bürgerräte. Und zwar dieses - sagen wir mal - Konzept oder Stichwort Schwarmintelligenz. ... Also Schwarmintelligenz in dem Sinne, dass oft Entscheidungen aus Gruppen, die völlig heterogen durcheinander gewürfelt sind, sehr sehr ... also das ist ein Prinzip der Geschichte nicht nur der Menschheit, sondern der gesamten Ökologie, ja!? Da hat sich gezeigt, dass Schwarmintelligenz sehr effektiv und oft die richtige Entscheidung trifft oder ... Häufiger die richtige als die falsche. Das ist ja nicht ... die falsche ist ja nicht ausgeschlossen. Und so eine Bürgerbeteiligung ist natürlich genau das: Wenn eben tatsächlich die Möglichkeit besteht, dass Leute aus verschiedensten Schichten ... dass eben auch die Reine-mache-Frau ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 464) ... dort hinein kann, wenn sie ... ob sie es tut oder nicht, ist eine andere Frage, aber sie kann. Und je stärker diese Durchmischung ist, desto sinnvoller. Weil eben erstens wesentlich mehr Interessen berücksichtigt werden und zweitens tatsächlich oft - da gibt es Literatur drüber - die Entscheidungen oft sinnvoller sind. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 466)	1	Auch der Vergleich mit der Ökologie zeigt: Diversität und Durchmischung verbessern die Ergebnisse; (bessere Ergebnisse sind wünschenswert); (Bürgerräte haben eine hohe Diversität); also spricht die Diversität der Bürgerräte dafür, dass sie wünschenswert sind.	W. s	g	3	4	1	Bürgerbeteiligung mit nur einer Zufallsauswahl von Menschen	NN	2, (7)	3
Dass sich die Politiker nachher darauf ausruhen: "Ich muss ja nichts mehr entscheiden. Die Bürger sprechen sowieso dagegen." (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 486) Oder: "Es wird mir zerrissen, unsere Konzepte." Dass die so aus der Verantwortung genommen werden. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 488)	1	Durch Bürgerbeteiligung könnten sich Politiker*innen weniger selbst in der Verantwortung sehen, etwas zu tun; (es ist schlecht, wenn sich Politiker*innen nicht mehr selbst in der Verantwortung sehen etwas zu tun); (also spricht das gegen Bürgerbeteiligung)	W. s	g	1	4	1, 2	NN	Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	NN	0
Oder es wird zur Alibi-Veranstaltung. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 490)	1	Bürgerbeteiligung könnte auch nur ein Alibi sein; (es ist schlecht, wenn Bürgerbeteiligung nur ein Alibi ist); (also spricht das gegen Bürgerbeteiligung)	W. s	f	1	4	(2)	NN	Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	NN	0
Aber ich würde es nicht unbedingt aufnehmen, dieses Argument, weil alleine dass die Möglichkeit besteht, dass dann die Politik im Grunde genommen sich darauf ausruht, ist ja nun	2	Argument A042 ist nicht schlüssig; (man sollte nur schlüssige Argumente aufführen); (also spricht das dafür, das Argument nicht	W. s	g	2	4	0	NN	NN	NN	1

kein Grund, es gar nicht erst zu machen. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 516) ... wäre jetzt ein bisschen kontraproduktiv. Natürlich ist es ein Risiko. Ich meine, man kann es als Risiko formulieren, aber ich würde es eben dann so formulieren, dass es nicht ein Negativum ist, sondern eher wirklich ein Risiko. Weil wenn man sagt "Das ist negativ", dann ist es ein Argument gegen. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 520)											
ich glaube, es sind auch viele - das war auch gestern so ein Thema - uninformiert, welche Möglichkeiten die alle haben. Wir müssen jetzt nichts neu initiieren. Wir müssen es nur wiederbeleben. Wir haben ganz viele Gesetzestexte ... oder wir haben ja die Möglichkeit, Bürgerbeteiligung ... Bürgerbeteiligung von uns aus zu starten. Warum machen wir es nicht? Es ist uns nicht verboten. Und jetzt wird sogar ... "Die Politik muss auf uns zukommen.". Wir müssen ja auch als Bürger sagen: "Mensch, das ist uns wichtig. Ich mache jetzt eine Unterschriftenaktion, und ..." [unverständlich] (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 552)	1	Es gibt bereits viele Möglichkeiten zur Bürgerbeteiligung, von denen viele nichts wissen; (diese sind gut genug); also sollte man nicht mehr fordern, sondern die alten Möglichkeiten nutzen	p.s	u	1	4	0	NN	Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	NN	0
Wenn man da gewählt werden kann, sind wir wieder bei der parlamentarischen ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 557)	1	Wenn Teilnehmende von Bürgerräten gewählt werden, funktionieren diese wie das parlamentarische System, (das wir schon haben); (es ist nicht sinnvoll, etwas zu schaffen, was wir schon haben); also ist es nicht sinnvoll, wenn Bürgerräte gewählt werden)	p.p	g	3	4	0	Bürgerbeteiligung mit nur einer Zufallsauswahl von Menschen	gewählte Bürgerräte	7	2
Das ist wahrscheinlich auch die Methode, wo mehr kommt. Weil ansonsten ist diese Filterwirkung wieder da. Das sind dann nur die Engagierten, die sowieso im Gemeinderat sitzen - alle anderen bleiben zuhause. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 595) Ich glaube, das war so ein bisschen auch der Tenor von der Expertenrunde ... (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 597) ... halt, dass das sinnvoll ist. (4-Audio-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 599)	1	Wenn man keine Regelung zur aktiven Rekrutierung vornimmt, kommen immer die gleichen Leute zu Bürgerbeteiligung; (es ist schlecht, wenn nur die gleichen Leute zur Bürgerbeteiligung kommen); (also ist es sinnvoll, Teilnehmende aktiv zu rekrutieren)	p.s	g	2	4	0	Aktive Rekrutierung von stillen TN	NN	7	2
Ich bin auf jeden Fall dafür, da ... dass gerade die repräsentative Demokratie durch Bürgerbeteiligung ergänzt wird. Größte Begründung ist: In Parteien in Deutschland sind eine 1.225.000 Menschen organisiert. Das sind gerade mal zwei Prozent, die in unserem in der Demokratie darüber entscheiden, was auf Bun-	1	In der repräsentativen Demokratie wird ein großer Teil der Bevölkerung nicht repräsentiert; das kann man daran sehen, dass nur 2 Prozent der Bevölkerung in Parteien organisiert sind; Alle Bürger*innen brauchen	u.u.a.s	g	1	4	1, 2	Bürgerbeteiligung	repräsentative Demokratie	2	3



<p>desebene passiert. 98 Prozent dieser Bevölkerung sind nicht - in keiner Partei organisiert, und ... aber die brauchen dringend eine Stimme. Und ich habe persönlich das Empfinden, dass ... dass die, die im Moment die Demokratie repräsentieren, nicht immer die 98 Prozent im Blick haben. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 16) Deutlich! Deutlich! Ich ... ich, ich habe mittlerweile Zweifel an der Repräsentativität. Mir geht es nicht um einzelne Randgruppen oder einzelne Fragmente aus dieser Gesellschaft. Mir geht es eigentlich, dass ... dass der große ... die große Masse dieser Bevölkerung ja überhaupt gar nicht mehr repräsentiert wird durch die politischen Organisationen, wie sie im Grundgesetz festgeschrieben werden. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 18)</p>		<p>eine Stimme (sollen repräsentiert werden); (durch Bürgerbeteiligung könnte die große Masse der Bevölkerung repräsentiert werden); (also spricht das für Bürgerbeteiligung)</p>									
<p>Dagegen ... also ich habe kein Argument, das dagegen spräche, außer dass das das eine oder andere Projekt deutlich länger dauern würde. Also ich spreche wirklich von deutlich länger. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 18)</p>	1	<p>Mit Bürgerbeteiligung würden Projekte deutlich länger dauern als bisher; (es ist schlecht, wenn Projekte deutlich länger dauern als bisher); also spricht das gegen Bürgerbeteiligung</p>	s.s	g	2	4	1, 2	NN	Bürgerbeteiligung auf Bundesebene	NN	0
<p>Ja, ich bin auch eher dafür für mehr Bürgerbeteiligung. Ich sehe es ähnlich wie mein Nachbar: Wenn ich die Beteiligung an Wahlen sehe (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 23) ...wird das eigentlich kontinuierlich schlechter. Ob es daran liegt, dass die Menschen kein Interesse mehr haben oder ob sie sich in den ... über die Parteien und Wahlprogramme und zu wählenden Personen sich nicht wiederfinden, mag vielleicht ein Aspekt sein. Also ich erwarte mir dann halt, dass die Wahlbeteiligung, die Beteiligung der Bürger, an Entscheidungen ... breiter gefächert möglich ist. Äh, und auch die Politikverdrossenheit an der Stelle vielleicht ein bisschen eliminiert werden kann, nämlich den ... den Bürgern, die halt aus verschiedenen Gründen nicht zur Wahl gehen, die Möglichkeiten haben, sich doch mehr zu beteiligen. Und ob die dann mehr Lust bekommen, an Wahlen teilzunehmen oder mehr Input bekommen oder mehr Gelegenheit, ist eine andere Geschichte. Also ich bin deswegen strikt ... ja: dafür. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 25)</p>	1	<p>Die Wahlbeteiligung wird auch wegen der Politikverdrossenheit niedriger; Bürgerbeteiligung könnte helfen, die Politikverdrossenheit zu vermindern und somit eventuell die Wahlbeteiligung zu steigern; (Es ist gut, wenn die Wahlbeteiligung steigt und die Verdrossenheit zurückgeht); (also spricht das für Bürgerbeteiligung)</p>	p.d.a	g	3	4	(1), (2)	Bürgerbeteiligung	NN	2	3
<p>Aber man sollte nicht zu anmaßend sein und ihnen das vorschreiben. Sondern wenn der freie Wille da ist, dann wird das gerne unterstützt. Es ist wie erreicht wurde, durch Umwelt-</p>	1	<p>(Es sollte eine breite Beteiligung an Bürgerbeteiligungsprozessen geben); Es ist schlecht, Menschen zu Bürgerbeteiligung</p>	s.s.s.s	g	2	4	1	Freiwillige Teilnahme	verpflichtende Bürgerbeteiligung	NN	2

<p>schutz durch biologisches gesünderes Essen: Die Leuten machen das von sich aus. Wenn man es vorlegt, kann man darauf hoffen, dass es sich jemanden anschaut - positives Vorbild - und dass er es nachmacht. Wie so ein kleiner - wie sagt man? ... "Flashmob"! (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 31) Ja. Dass das ansteckend ist und dass man alles, was man sieht - Rom ist auch nie an einem Tag gebaut worden, ja!? Es dauert alles, seine Zeit, aber wenn man es anstößt und vorlebt und irgendwo die Leute mit ins Boot zieht und die Verantwortung wieder den Leuten überlässt und das nachvollziehbar und plausibel und unterstützenswert ist, dann machen die das von alleine. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 33) Und der Respekt und der Anstand auch der Natur und Umwelt gegenüber. Weil die Natur kann ohne uns Leben [unverständlich]. Und wenn mir mitentscheiden, was unser Umfeld betrifft, dann ... und jeder Einfluss drauf hat und auch sieht, dass das angenommen wird und dass das geformt wird von weitergehender Stelle. Es ist ein ewiger Prozess, bis das irgendwann Landesebene mal erreicht hat, weil Formulare - in Deutschland funktioniert nichts über Formulare ... ohne dem. Gehört viel ausgearbeitet. Aber ich denke mir mal, dass ein Mensch mit Herz und Verstand gerne für das kämpft, was sie hinterlässt, und man sollte nie gehen, ohne dass man etwas gutes bewirkt hat oder was zurückgelassen... (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 39)</p>	<p>zu verpflichten; Viele Beispiele zeigen, dass sich Menschen auch von alleine beteiligen, wenn man es nachvollziehbar macht; Es gehört ohnehin zu einem guten Leben dazu, dass man etwas Gutes bewirkt; also spricht das für die Option der Freiwilligkeit</p>							<p>gung</p>		
<p>So habe ich den Herrn Professor verstanden, dass es bestimmte Themen gibt, über die machen wir gar keine ... Außerdem sehe ich gar kein Risiko, denn die Bürgerbeteiligung hat ja gar keine implizierte Wirkung oder keine reale Wirkung, sondern die gibt höchstens Empfehlungen ab. Da kann man Tendenzen sehen: wo tickt denn unsere Bevölkerung. Aber wenn wir dem Ticken schon gar nicht zuhören wollen, indem wir einen Filter rein machen, dann ist die Bürgerbeteiligung ... nicht wirksam. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 60) Ja, das ist tatsächlich schwierig, denn ich stehe natürlich auf dem Boden unserer Verfassung. Ich bin auch froh, dass es die gibt. Dennoch hat die ... nicht in jeder Hinsicht Endgültigkeit. Die ist nach dem Krieg entstanden, aus guten Gründen. Und die könnte man in einzelnen Bereichen adaptieren. Aus guten Gründen. Und sollen wir diese Gründe, ob sie nach als gut oder schlecht einge-</p>	<p>1 Da Bürgerbeteiligung keine bindende Wirkung hat und da unsere Verfassung sehr stabil ist, entsteht durch sie auch kein (großes) Risiko, wenn Bürgerbeteiligung zu verfassungsfremden Themen gemacht wird; Wenn man Bürgerbeteiligung zu einem verfassungsfremden Thema macht, kann man Tendenzen erkennen, wie die Bevölkerung tickt; (es ist gut zu wissen, wie die Bevölkerung tickt); auch Teile der Verfassung sollten zur Debatte stehen können; (also spricht das dafür, Bürgerbeteiligung auch zu verfassungsfremden Themen zuzulassen</p>	<p>p. p. a</p>	<p>g</p>	<p>3</p>	<p>4</p>	<p>0</p>	<p>NN</p>	<p>Beschränkung der Themen von BB</p>	<p>NN</p>	<p>2</p>

<p>schätzt werden, einfach ausklammern, weil sie ... weil sie jemandem wehtun. Also für mich ist die Verfassung wirklich sehr befriedigend, aber ich würde nicht sagen, sie ist sakrosankt. Und natürlich möchte ich auch mit meinen Umfragen auf dem Boden der ... legalen Bedingungen bleiben. Also ich würde jetzt nicht, um das Extrem zu nennen, sagen "Mord und Totschlag ist jetzt von jeder Bestrafung befreit." Das können wir auch umfragen. Aber das halte ich für sinnlos. Ich finde, wir sollten uns schon auf dem ... im Rahmen der gesetzlichen Vorgaben bewegen. Aber auch da gibt es Fragen, die sind unangenehm, und denen sollte man nicht ausweichen. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 64) Ja, das zeigt, den Konflikt, den spüre ich ja auch. Ich möchte einerseits keine Einschränkungen von vornherein in den Raum stellen. Andererseits möchte ich auch nicht, dass wir Chaos durch Extremisten haben übermorgen. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 66) Ja, wobei ich unsere Demokratie sehr stark ... für sehr stabil halte und gar kein Risiko darin sehe, wenn ein paar Randgruppen, ein paar extreme Vorstellungen äußern. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 68)</p>																												
<p>Vielleicht in anderen Sphären dieser Welt sind andere Regierungsformen machbar und in Ordnung. Aber wir leben in einer Demokratie, und alles, was dazu führt, dass hier einige zerrütete Gesellschaft stattfindet, finde ich nicht in Ordnung. Und deswegen zum Wohle der Gesellschaft mit klaren beschriebenen Regeln. Und da finde ich auch, muss es eine Verpflichtung geben. Die da eingebaut ist, weil alles was ... das sehen, wir an den Plastiktüten im Kleinen und das sehen wir im großen in der Automobilindustrie: Alles, was nicht verpflichtend ist, und alles, was in irgendeiner Art und Weise keine Regelung ... feste, verbindliche Regelung findet, wird nicht gelebt oder wird als Lücke gesehen und "kann, aber muss nicht". Und wie es im Gesetz "kann", "soll" oder "muss" gibt, sollte man bei Verfahren und Projekten und fortlaufenden Prozessen der Gesellschaft "kann", "soll" und "muss" einführen. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 62)</p>	1	<p>Alles, was nicht gesetzlich vorgeschrieben ist, wird nicht gelebt; (Bürgerbeteiligung sollte gelebt werden); also sollte auch die Bürgerbeteiligung in Gesetzen geregelt sein</p>	g	2	4	0	<p>gesetzliche Regelungen für Bürgerbeteiligung</p>	NN	NN	2																		
<p>Unsere scheinbar schwache Position, dass wir nur Empfehlungen geben können, wenn wir jemals insti ... institutionalisiert werden, da finde ich es charmante daran, dass man in einer Empfehlung ... kann man komplexe Dinge darstellen, ganze</p>	1	<p>Dadurch dass man nur Empfehlungen geben darf, hat man bei der Bürgerbeteiligung auch die Möglichkeit, sehr differenziert zu sein; (differenziert sein zu können hat Vor-</p>	g	2	4	0	<p>Bürgerbeteiligung mit empfehlendem Cha-</p>	NN	NN	3																		

Sätze bilden, während bei einer Befragung bei ... bei einer direkten Demokratie gibt es nur "ja" und "nein". Wir können sehr differenziert uns äußern. Das finde ich klasse. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 110)									rakter			
ich glaube, es muss in der ... innerhalb dieser Kontinuität und Bestandteil wiederum Weichen geben. Dass man nicht 20 Jahre vorher irgendwas beschließt - wir sehen das selber: Wir haben eine sehr, sehr schnell Geschwindigkeit an Entwicklung - öffnen ... öffentlicher Dienst und Politik kommen gar nicht mehr hinterher, werden teilweise massiv überholt, weil sie Verträge abgeschlossen haben, vor zehn 20 Jahren, Gesetze verabschiedet haben vor 20 Jahren auf Europa Ebene auf deutscher Ebene, die jetzt greifen, und die nicht revidierbar sind, aktuell, zumindest von dem Denken her. Und das ... das sorgt für Unzufriedene, das sorgt für Erlahmung. Also muss ich Weichenstellungen bieten. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 127)	1	Politik verändert sich teilweise so schnell, dass Gesetze schon veraltet sind, wenn sie endlich in Kraft treten; (es wäre besser, aktuelle anstatt veralteter Gesetze zu haben); (Weichenstellungen, bzw. Veränderungspunkte könnten helfen, dass Gesetze aktueller werden); also muss es Weichenstellungen geben	p. a. s	u	2	4	0	Veränderungspunkte im Gesetzgebungsprozess	NN	NN	1	
Aber wir bekommen - und das ist auch eine Erfahrung, die wir ohne die Bühne schon gemacht haben: Menschen ermüden und erlahmen in einem länger jährigen Prozess. Das heißt: auch die Bürgerbeteiligung muss sich permanent erneuern. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 159) sondern das muss permanent umgestaltet werden. Ja!? Wenn es überhaupt Erfolg haben will, denn die Ermüdung spüre nicht nur ich am zweiten Nachmittag hier, sondern das spüren alle spätestens in zwei, drei Jahren. Und es können sich auch nicht alle gesellschaftlichen Gruppen permanent frei nehmen, denn Bildungsurlaub gibt's nur einmal im Jahr. Diejenigen, die berufstätig sind ... und der selbständige Handwerker - Wem rechnet der seinen Bildungsurlaub ab? Ne!? ... Dem entgehen ein Haufen Geschäfte. Und der kommt vielleicht gar nicht mehr. Und schon haben wir diesen Bevölkerungsbestandteil gar nicht mehr abgebildet. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 167)	1	Menschen erlahmen und ermüden, wenn sie mehrere Jahre an einem Prozess teilnehmen sollen; (Menschen sollen nicht erlahmen und ermüden); außerdem können es sich manche Menschen nicht leisten, mehrere Tage in so etwas zu investieren; (die Beteiligung soll so niederschwellig sein, dass es sich jeder leisten kann); also sollen Menschen nicht mehrere Jahre an einem Prozess teilnehmen müssen	p. a	g	3	4	0	Bürgerbeteiligung, aber nur dosiert	NN	NN	2	
Dann kommt der nächste und sagt: "Ich hätte es noch gerne in der Altenpflege, und ich hätte es gerne noch in der Landesverteidigung." (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 175) Und dann haben wir schon fünf Tage beieinander. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 177) Was jetzt sozusagen relevant ist oder nicht [unverständlich]. Wir finden es klasse, dass die Eltern einen Tag	1	Man könnte fordern, dass es einen Pflichten tag für die Bürgerbeteiligung gibt; aber man könnte das auch für andere Themen fordern; wenn man das für alle Themen einführen würde, wäre das absurd; (also soll man das nicht für die Bürgerbeteiligung ein-	p. p. a	f	1	4	0	NN	verpflichtende Bürgerbeteiligung	NN	2	

pro Jahr für die Schule was tun: Finden wir klasse. Und dann kommt die nächste Interessengruppen. "Du sollst jetzt auch noch was für die Alten tun", habe ich gesagt. Oder für die Landesverteidigung. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 184)													
Es muss eine Lücke geben, wenn, wenn ich mal ... Also ich muss doch sagen können: ich ... wenn ich eine pflegebedürftige Familie habe, kann ich da nicht noch sagen: "Ja, klar, ich mache jetzt alles, damit jetzt auch noch die Gesellschaft zufrieden ist." Es muss da immer irgendwie Möglichkeiten der Weichen geben. Und es muss immer die Möglichkeit geben, eben weil wir ja auch vielfältig sind, ist es da so wichtig, dass es da mögliche Spielregeln und Spiel-Rahmenbedingungen gibt, und ein ... Und es muss ja nicht in Bezug auf alles dann eine Verpflichtung geben, und es muss aber auch nicht in Bezug auf alles sein. (4-Film-AE6-2-BB-Diskussion, Pos. 183)	1	Menschen mit zu pflegenden Angehörigen würden durch eine Verpflichtung zur Teilhabe zusätzlich belastet werden; (solche Menschen sollen nicht zusätzlich belastet werden); also soll es für solche Menschen keine Verpflichtung geben	p. a	g	3	4	0	NN	verpflichtende Bürgerbeteiligung	NN	2		
Und auf die Minderheiten trifft ungefähr das Selbe zu: Es ist kein faires System mehr, wenn es auch auf dem Rücken von Minderheiten ausgetragen werden kann. Deswegen ist mir das auch sehr wichtig. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 189)	1	Wenn etwas auf dem Rücken von Minderheiten ausgetragen wird, ist das nicht fair; (es soll alles fair sein); (deswegen ist es wichtig, dafür zu sorgen, dass Minderheiten geschützt werden)	p. a	g	3	6	0	Minderheitenschutz bei Bürgerbeteiligung	NN	NN	2		
Ich finde, primär ... Bürgerbeteiligung sehr wichtig. Die würde ich da gerne sehen. Aber einen Bürgerrat ... eigentlich auch. Die Frage ist halt nur - wie eben gesagt: Es gibt ja vielleicht auch noch andere Formate. Müssen wir uns jetzt an dem Bürgerrat festhalten als solches, oder gibt es vielleicht noch etwas, was noch mehr Sinn macht und wo sie vielleicht auch nicht ... Das ist jetzt so meine Überlegung dazu. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 245)	2	Bürgerbeteiligung ist gut; Bürgerräte sind auch gut; Das heißt aber nicht, dass es nicht noch bessere Formate der Bürgerbeteiligung gibt; also muss man nicht an der Idee des Bürgerrats festhalten.	B. a. w	g	3	6	0	Suche nach weiteren / besseren Formaten der BB	NN	2	3		
Also ich finde ja, ein Bürgerrat schließt ja andere Bürgerbeteiligung nicht aus ... (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 248)	1	Wenn man einen Bürgerrat macht, bedeutet das nicht, dass man nicht auch andere Formate der Bürgerbeteiligung machen kann; (also spricht A057 nicht gegen die Forderung von Bürgerräten)	w	g	3	6	0	Bürgerrat als Format	NN	2	3		
Und man darf ja aber auch nicht vergessen: Das ist ja trotzdem eine gewählte Regierung. Also dass jetzt nicht doch ... vielleicht doch durch Manipulation im Bürgerrat dann Sachen ins Parlament kommen und beschlossen werden müssen, die vielleicht	2	Es könnte passieren, dass durch Manipulation im Bürgerrat Sachen im Parlament beschlossen werden, die dort nichts zu suchen haben, wenn Bürgerratsempfehlungen	S. a	u	2	6	0	NN	verbindliche Empfehlungen	NN	2		

dann doch nicht im Rahmen unserer Demokratie laufen. Das wäre dann die Gefahr. Also ... eher erst mal Verpflichtung zur Stellungnahme ... und zur ausführlichen Stellungnahme ... (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 301)		verbindlich wären; das wäre eine Gefahr (also negativ); also sollte man das Parlament erst einmal nur zu einer ausführlichen Stellungnahme zu Empfehlungen verpflichten											
Und dann hätten wir ... dann hätten wir aber keine repräsentative Demokratie mehr ... (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 312) ... sondern eine direkte Demokratie, und das ist dann die Frage, ob du das hier ... so ernst mit haben willst. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 314)	1	Wenn Empfehlungen von zufällig ausgewählten Bürgerräten von Repräsentanten umgesetzt werden müssten, hätten wir keine repräsentative Demokratie mehr; (es wäre schlecht, wenn wir keine repräsentative Demokratie mehr hätten); (also spricht das gegen eine Verpflichtung zur Umsetzung	p:s	g	2	6	0	NN	verbindliche Empfehlungen	NN	2		
Und wo es zum Beispiel ... also: Nehmen wir auch so ein Beispiel wie die Geschichte vorhin mit Irland und mit so livestreaming-Geschichten oder so. Das guckt sich ja keiner an, wenn keiner weiß, dass es das gibt. Auch wenn man vielleicht weiß, dass jetzt mehr Bürgerbeteiligung erzielt werden soll. Deswegen muss das schon präsent sein. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 383)	1	Wenn nur wenige von Bürgerbeteiligung wissen, dann kann sie auch keinen Effekt in der Öffentlichkeit erreichen; (die Bürgerbeteiligung sollte einen Effekt in der Öffentlichkeit erreichen); deswegen sollte die Existenz von Bürgerbeteiligung allen präsent sein	p:a	g	2	6	0	große Bekanntheit von Bürgerbeteiligung	NN	NN	2		
Ja. Weil das was anderes ist als ein Brief ... in Kombination dann eben mit weiterführenden Sachen im Internet. Dass man wirklich entscheiden kann: Wie weit möchte ich da jetzt rein. Oder vielleicht interessiert es mich gar nicht. Aber aufgrund der Broschüre weiß ich schon: Es ist mehr als irgendwie so ein weiß-ich-nicht-Brief, der vielleicht dann mit dem anderen Werbemüll irgendwie ... (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 456) Und das ist nämlich dann die andere Seite, also ... dass man auch diese - salopp gesagt - old school wieder nutzt. Also nicht nur dieses Online, weil mit Online erreiche ich ein Drittel der Gesellschaft nicht. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 466)	1	(Bürgerbeteiligung sollte durch Zusendungen möglichst allen bekanntgemacht werden); Über Online-Zusendungen erreicht man viele nicht; Briefe landen manchmal im Werbemüll; Aus Broschüren könnte man sich direkt ein Bild machen, ob man tiefer einsteigen will; (das wäre wünschenswert); also sollte man Bürgerbeteiligung über die Zusendung von Broschüren bekannt machen.	a:p;p:p:a	u	2	6	0	Zusendung von Broschüren über Bürgerbeteiligung	reine Online-Information	NN	2		
Unterscheidung von oben und von unten. So Sachen. Also alles, was jetzt so von oben kommt, ist ja meistens dieses Ja-Nein. Will man nicht. Also es muss irgendwie ... Im Grunde läuft das für mich im Grunde ein Stück weit darauf hinaus, dass dieser Prozess schon irgendwie durchlaufen werden muss. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 620)	1	Wenn direkte Demokratie alleine steht, hat man eine reine Ja-Nein-Entscheidung; Man will keine reine ja-nein-Entscheidung; wenn man notwendigerweise Bürgerbeteiligung vor direkte Demokratie schaltet, könnte man die Entscheidungsmöglichkeiten der	p:s:p	g	2	6	0	Kombination aus Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie	direkte Demokratie alleine	4, 21	3		

		Bürger*innen so erweitern, wie man das will; also spricht das dafür, dass Bürgerbeteiligung notwendigerweise vor direkter Demokratie durchlaufen werden muss						(verpflichtend)			
Also ich denke mir so: Der Mensch ist einfach dafür gemacht, nicht nur sprachlich - auf der sprachlichen Ebene Sachen zu verarbeiten, sondern auch anders. Wenn man von Anfang an gewisse [unverständlich] meinetwegen dann schon sagt: OK, machen wir eigentlich Spiele. [unverständlich] Dann wird man verstehen an denen, und das wird dann weiter getragen in die Grundschule und dann die weiterführende Schule. Und dann stellt man sicher [unverständlich]. Und da muss dann die Politik meinetwegen irgendwelche Reformen, dass man da ... dass man das als festen ... Bestandteil, diese politische Aktivierung des Bürgers - das von klein auf. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 666)	1	(eine umfassende Bildung über Politik und Bürgerbeteiligung wäre wünschenswert); (so eine Bildung könnte auch im Kindergarten oder der Schule erlernt werden); der Mensch ist nicht dafür gemacht, alles über Sprache zu lernen; auch Spiele könnten hilfreich sein, um so etwas zu lernen; (was in der Schule gelehrt wird, kann besonders gut durch die Politik festgelegt werden); also spricht das dafür, dass die Politik Reformen vornimmt, dass solche Dinge von klein auf Teil der politischen Bildung des Bürgers werden	a. p. i. p. i. p. p	g	2	6	0	staatliche Regelungen für intensivere politische Bildung	NN	15	1
Ja, stimmt schon. Sonst musst du da irgendwann im 13. Schuljahr: "Wir müssen dann über was anderes sprechen" Ja, ja. Wäre halt vielleicht ein bisschen ... (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 754) Und dann haben es auch alle. (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 755)	1	(es ist wichtig, dass gründliche politische Bildung für alle stattfindet); wenn man politische Bildung erst im 13. Schuljahr macht, ist das sehr knapp; wenn man es frühzeitig macht, dann bekommen diese Bildung auch Menschen, die kürzer zur Schule gehen als 13 Jahre; (also spricht das dafür, die Bildung frühzeitig anzusetzen)	a. p. w	g	3	6	0	frühzeitige politische Bildung	NN	(15)	1
Also im Zweifel - weil ich ja merke, wir klemmen hier so ein bisschen - würde ich den Zwang der Kombination als Empfehlung nennen, aus dem Aspekt wie vorhin auch: Was empfehlen, was wir für sinnvoll erachten, auch wenn wir da vielleicht unsicher sind, ist besser, als wenn wir es nicht empfehlen ... (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 844) ... und dann der umgekehrte Fall eintritt: Also was wir gerade auf jeden Fall vermeiden wollten: Dass das immer alleine steht. Und dann würde ich lieber doch als Empfehlung mit ... (6-Audio-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 846)	1	Wenn man keinen Zwang zur Kopplung von Volksentscheiden und Bürgerbeteiligung einführt, besteht die Gefahr, dass Volksentscheide IMMER alleine stehend gemacht werden; Wir wollen nicht, dass Volksentscheide IMMER alleine stehend gemacht werden; also spricht das dafür, eine verpflichtende Kopplung einzuführen	s. i. a	g	2	6	0	Kombination aus Bürgerbeteiligung und direkter Demokratie (verpflichtend)	NN	4, 21	3
Was gibt es noch? ... Das [haben wir] auch schon gesagt ... genau, ich bin ... wäre eher dafür, einen Bürgerrat für jedes Thema oder Fragestellungen wirklich neu zu berufen, weil man	1	Wenn man einen neuen Bürgerrat für jede Fragestellung einberuft, können dadurch mehr Menschen an der Bürgerbeteiligung	p. i. a	g	3	6	0	Bürgerbeteiligung je Thema neu	dauerhafte Bürgerräte	NN	2

dadurch eben gewährleistet, dass mehr Leute drankommen, mehr Leute beteiligt sind und weil ich es sonst auch vom Aufwand her vielleicht ein bisschen zu viel fände für einzelne Bürger, wenn man jetzt wirklich über Jahre an solchen Entscheidungen teilhat. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 47)		teilhaben; (es ist gut, wenn möglichst viele Menschen an Bürgerbeteiligung teilhaben können); also spricht das dafür, den Bürgerrat für jede Fragestellung neu einzuberufen						zusammen- setzen			
Das ist zu blumig. Aber Kontrolle bedingt, dass die Beschlüsse dieses Bürgerrates gesetzlich verbindlich sind. Wenn sie nämlich nicht verbindlich sind, dann bremsen sie auch gar nicht. Dann kontrollieren sie ja auch nicht. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 408)	1	Wenn man die repräsentative Demokratie durch Bürgerbeteiligung kontrollieren will, muss sie gesetzlich verbindlich sein; (wir wollen, dass die repräsentative Demokratie durch Bürgerbeteiligung kontrolliert wird); (also spricht das dafür, dass Bürgerbeteiligung verbindlich wird)	s. a	g	2	6	0	Verbindlichkeiten für den Umgang mit Bürgerbeteiligung	NN	(8)	2
Wir nennen uns jetzt zwei Wochenenden lang so, wir werden so angesprochen in der Begrüßung, wir haben es als Logo hier drauf. Warum? Das ist doch ... eigentlich sagt das doch klipp und klar aus, was wir möchten: Ein Rat von einem (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 485)	1	(Wenn man ein Wort in seinem Namen trägt, dann bedeutet das, dass man das auch will); Der Bürgerrat Demokratie trägt das Wort Bürgerrat in seinem Namen; also will der Bürgerrat Demokratie einen Bürger- rat	f. w	g	1	6	0	Bürgerrat als Forderung	NN	NN	2
Also ich bin da nicht dafür, weil dann viele Berufsgruppen ausgeschlossen sind. Also ich kann aus meinem Beruf nicht vier Jahre aussteigen und dann wieder einsteigen. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 509) Oder junge Frauen, die Kinder haben, können nicht vier Jahre in Berlin verbringen. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 514)	1	Wenn man einen Bürgerrat vier Jahre als ständiges Gremium hätte, dann müssten die Teilnehmenden für vier Jahre aus ihrem Beruf aussteigen und nach Berlin ziehen; das macht den Bürgerrat weniger zugänglich für Menschen, die nach vier Jahren nicht wieder in ihren Beruf einsteigen können und für Mütter von Kindern; (Bürgerbeteiligung soll für alle gleich zugänglich sein); also spricht das gegen einen dauerhaften Bürgerrat von vier Jahren	b. c. a	g	3	6	0	NN	dauerhafte Bürgerräte	NN	2
Und du kannst die Repräsentativität - also selbst wenn du sie am Anfang gewährleisten kannst - also das jetzt beiseite - kannst du sie nicht vier Jahre lang erhalten. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 515) Also ... da ändert sich einfach ganz viel. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 517) Und diese Repräsentativität kannst du nicht gewährleisten. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 564)	1	Über die Dauer von vier Jahren würde sich viel in der Zusammensetzung eines Bürger-rats ändern (weil Leute abspringen); in diesem Prozess kann man die Repräsentativität nicht gewährleisten; (es wäre wichtig, die Repräsentativität des Bürgerrats zu gewährleisten); (also spricht das dagegen, dass man dauerhafte Bürgerbeteiligung	b. u. a	g	1	6	0	NN	dauerhafte Bürgerräte	NN	2



		über vier Jahre macht)										
Und ich finde auch die Zeit. Zeit ist auch eine Ressource, und die hat nicht jeder unbegrenzt zur Verfügung. Und darum finde ich es sinnvoll, sowohl inhaltlich als auch vom Zeitaufwand her, wenn man sagt: Ich kann mich eigentlich nur angemessen mit einem Thema auseinandersetzen, mit einer Fragestellungen, wenn ich das Gewissen machen will. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 518)	1	Menschen haben nur begrenzt Zeit; (die Zeit reicht, wenn man das gewissenhaft machen will, nur aus, um sich mit einem Thema auseinanderzusetzen); (man soll sich gewissenhaft damit auseinandersetzen); also ist Bürgerbeteiligung sinnvoll nur machbar, wenn man sich nur mit einem Thema auseinandersetzt	p. s. a	g	2	6	0	kurze Bürgerbeteiligungsprozesse	lange Bürgerbeteiligungsprozesse	NN	2	
Ähm mal nichts dazu sagen. Zu der Arbeitsweise eines Bürgerrates, weil es kam das Argument "Ich kann ja nicht vier Jahre in Berlin sein" oder so was. Die Leute, die im Bundestag sitzen, sind auch nicht jeden Tag in Berlin. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 540) Moment. Naja, und das würde man aber dann auch hauptberuflich machen. Ja? ... Nehmen wir mal, um es verträglicher zu machen, zwei Jahre, ja!? Und man wird zu bestimmten Entscheidungen oder Diskussionen fährt man halt nach Berlin - so wie die Abgeordneten von Bundestag, wenn was ansteht. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 543) Aber das heißt nicht, dass ich die ganze Zeit da sein muss. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 545)	1	Genau wie Parlamentarier können auch Bürgerrät*innen einen Teil des Jahres in Berlin verbringen; (wenn man das hauptberuflich und nur für zwei Jahre macht, wäre das einigermaßen verträglich); (also sprechen die Argumente, die auf die knappe Zeit der Bürger*innen beziehen, nicht so stark gegen dauerhafte Bürgerbeteiligung)	s. s	g	2	6	0	dauerhafte Bürgerräte	NN	NN	2	
„Die machen das ja Hauptberuflich.“	1	Parlamentarier machen ihren Job mit Aufenthalt in Berlin hauptberuflich; (Bürgerrät*innen können das nicht hauptberuflich machen); (also ist das Argument A072 irrelevant)	W. p	g	3	6	0	kurze Bürgerbeteiligungsprozesse	dauerhafte Bürgerräte	NN	2	
Aber warum dafür und nicht gegen einen immer neu zu gründenden Bürgerrat? Einfach deshalb, weil das meines Erachtens zu schwerfällig ist. Also es dauert viel zu lange einen Bürgerrat zusammenzubringen, wenn es um ein schnelles, dringendes Thema - irgendein Gesetzentwurf kommt, ja. Ehe man den Bürgerrat zusammen bringt, vergehen ein ... anderthalb - wie lange hat es gedauert hier? Weiß ich nicht. Mit den Regionalkonferenzen und so. So den immer wieder neu zusammenzubringen. Ja? Das heißt, es muss eine gesetzliche Regelung geben, die quasi wie - wie soll man sagen - wie bei einer schnellen Eingreiftruppe - ja, dass der jederzeit parat ist. (6-Film-AE12-Emp-	1	Einen thematischen Bürgerrat zu planen einzuberufen, dauert zu lange, um damit schnell auf dringende Themen reagieren zu können; Bürgerräte sollen aber auch als schnelle Eingreiftruppe jederzeit parat sein, wenn man sie braucht; also spricht das für ein dauerhaftes Gremium, was immer schon bereit ist	s. s	g	2	6	0	dauerhafte Bürgerräte	thematische Bürgerräte	NN	2	

fehlungen-Disk, Pos. 547)													
Ich will das Parlament so kontrollieren. Das einzige, was mich dabei stört: Wir haben ein Kontrollorgan eines Kontrollorgans. Weil das Parlament ist ja auch schon ein Kontrollorgan. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 551) Ja!? Aber wenn wir denen nicht mehr vertrauen, weil es durch Lobbyismus und weiß nicht was durchsetzt ist, dann müssen wir halt da noch eine Kontrolle dann schaffen. Das wäre die Lösung (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 553)	1	(Parlamente sind durch Lobbyismus zer- setzt); (das soll nicht so sein); dauerhafte Bürgerräte könnten als Kontrollorgan hel- fen, Parlamente zu kontrollieren; also spricht das für dauerhafte Bürgerräte	s. s	g	2	6	0	dauerhafte Bürgerräte	NN	NN	2		
Aber auch so Lobbyismus kann ja auch da bei diesem regelmä- ßigen, bei diesem vier Jahre langen Bürgerrat kann Lobbyis- mus auch da richtig gut greifen. Bei den Personen. (6-Film- AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 554)	1	Dauerhafte Gremien bieten eine Angriffsflä- che für Lobbyismus; (es wäre schlecht, wenn es eine Angriffsfläche für Lobbyismus gäbe); (also spricht das gegen dauerhafte Gremien)	D. a	g	3	6	0	NN	dauerhafte Bürgerräte	NN	2		
Ja. Und auch weniger vorbereitet sind als die Politiker. (6-Film- AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 556)	1	(in dauerhaften Gremien kommt man leicht in Kontakt mit Lobbyisten); Bürger*innen sind nicht so gut vorbereitet, mit Lobbyisten umzugehen wie Politiker*innen; (Entschei- der*innen in Kontakt zu Lobbyisten sollten möglichst gut darauf vorbereitet sein); (also spricht das gegen dauerhafte Gremien)	D. s a	g	2	6	0	NN	dauerhafte Bürgerräte	NN	2		
Und ich denke, dass ganz viele ... ganz viele Pro-Argumente scheiden einfach aus. Zum Beispiel junge Leute: Ich könnte das gar nicht. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 557) Dann schließt du ... Also dann würdest du junge Leute, Mütter, wür- dest du einfach ausschließen aus dieser Politik. (6-Film-AE12- Empfehlungen-Disk, Pos. 562)	1	Junge Leute können nicht an einem dauer- haften Beteiligungsprozess teilnehmen und würden davon ausgeschlossen werden; (Ein Bürgerbeteiligungsprozess sollte für alle zugänglich sein); also spricht das ge- gen einen dauerhaften Bürgerrat	D. s a	g	2	6	0	NN	dauerhafte Bürgerräte	NN	2		
Du kannst die Leute ja nicht zwingen, sich konstruktiv zu betei- ligen. Manche können es ja auch vielleicht nicht. (6-Film-AE12- Empfehlungen-Disk, Pos. 595)	1	Manche Menschen haben nicht die Fähig- keiten, die man bräuchte, um an Bürgerbe- teiligungsprozessen teilzunehmen; (solche Menschen sollen auch nicht teilnehmen); (also spricht das gegen einen allgemeinen Zwang zur Teilnahme am Bürgerrat)	D. s	g	2	6	0	Freiwillige Teilnahme	verpflich- tende Bür- gerbeteili- gung	NN	2		
Ja ... Ja, nein. Die muss entschädigt werden, damit alle teilneh- men können (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 606) Ja, sonst wären einige Teile wieder benachteiligt. (6-Film-AE12- Empfehlungen-Disk, Pos. 609) ... die sich das schlicht und er-	1	Wenn Bürger*innen nicht für ihre Teilnahme entschädigt würden, könnten sich einige Menschen die Teilnahme nicht leisten und dadurch benachteiligt; (es soll niemand be-	D. a	g	3	6	0	Entschädi- gung der Teilnehmen-	NN	NN	2		

greifend nicht leisten können. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 611)	nachteiligt werden); also spricht das dafür, dass Entschädigungen gezahlt werden müssen							den			
Natürlich haben die alle ihre Interessen, das kannst du ja gar nicht ausschließen. Darum geht es ja. Es geht ja darum: Wenn ich gar kein Geld habe, einen Experten zu bezahlen, dann kriegst du auch gar keine Expertenmeinung. Das heißt, wir müssten eigentlich sagen, dass Bürgerräte entsprechend finanziell ausgestattet werden von der Bundesregierung, dass sie eben Expertengutachten und Ähnliches erstellen lassen können. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 715) ... Und ob man das dann für Experten verwendet, für die Einladungen für die ... für das Catering ... (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 735) Es ist ja alles! Ich meine, wir geben ja hier auch Geld dafür aus, dass wir hier heute in diesem Raum hier sein dürfen. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 737)	1	(Bürgerräte sollen Expert*innengutachten haben); ohne finanzielle Mittel bekommt man keine Expert*innengutachten; das Gleiche gilt für andere Dinge wie Catering und Räume; also müssen Bürgerräte entsprechend finanziell ausgestattet sein, damit sie Expert*innengutachten erstellen lassen und Räume und Catering buchen können	1	g	3	6	0	finanzielle Ausstattung von Bürgerräten	NN	(14), 16	2
Ja. ... Klar, das muss ... die ganze Geschichte muss einen finanziellen Rahmen haben. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 754) Ne!? Weil ansonsten trete ich doch auf der Stelle. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 757)	0	Ohne Finanzierung tritt man auf der Stelle; (es ist schlecht, wenn man auf der Stelle tritt?); also spricht das für eine Finanzierung	1	g	1	6	0	finanzielle Ausstattung von Bürgerräten	NN	16	2
Aber das kann ja Jahre dauern. (6-Film-AE12-Empfehlungen-Disk, Pos. 1006)	1	Es kann Jahre dauern, einen Prozess vorzubereiten und dann noch den Volksentscheid zu begleiten; (es ist schlecht, wenn so ein Prozess Jahre dauert); also spricht das dagegen, dass ein und derselbe Bürgerrat einen Prozess so lange begleitet	1	g	2	6	0	NN	Begleitung von Prozessen von Anfang an	NN	2

## Eidesstattliche Erklärung

Ich erkläre,

1. dass diese Arbeit selbständig verfasst wurde,
2. dass keine anderen als die angegebenen Quellen benutzt und alle wörtlich oder sinngemäß aus anderen Werken übernommenen Aussagen als solche gekennzeichnet wurden,
3. dass die eingereichte Arbeit weder vollständig noch in wesentlichen Teilen Gegenstand eines anderen Prüfungsverfahrens gewesen ist,
4. dass die Arbeit weder vollständig noch in Teilen bereits veröffentlicht wurde und
5. dass – falls zutreffend – das elektronische Exemplar mit den gedruckten Exemplaren übereinstimmt.

*Stuttgart, 28. Juli 2020*

*Bruno Wipfler*